

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1987

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1987

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1987

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Tim Szatkowski, Tim Geiger
und Jens Jost Hofmann

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-054958-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-055173-0
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-054974-4
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

© 2018 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♻ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	LXXIII
Abkürzungsverzeichnis.....	LXXXII
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–190).....	3
Band II (Dokumente 191–381).....	965
Register	1941
Sachregister.....	1941
Personenregister	2017
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1987	

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1987 wird zum fünfundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes unmittelbar nach Ablauf der 30-jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv und seiner Leiterin Professor Dr. Elke Freifrau von Boeselager. Gleichmaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl (†) und Frau Kohl-Richter danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag De Gruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Tim Szatkowski, Herr Dr. Tim Geiger und Herr Dr. Jens Jost Hofmann, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Rainer Ostermann durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Frau Kathrin Meißner, M.A., Frau Sara Stammnitz und Herr Markus Hengelhaupt.

Berlin, den 1. November 2017

Andreas Wirsching

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1987“ (Kurztitel: AAPD 1987) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amtes vom Juli 1987.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1987“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amtes Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlussachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden, ergänzt durch eine Auswahl von im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zu einem großen Teil unterlagen sie als Verschlussachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlussachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1987 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 381 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z. B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem fett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderrlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur

nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ oder „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amtes (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufbereitung mußten gelegentlich ein Durchdruck oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in fetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, bleiben in der Regel unberücksichtigt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben

und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der west-

liche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Dokumentationen und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden primär solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (1.10.2017) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die fett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien, Dienstbezeichnungen und weniger bekannten Firmen, sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Ferner werden alle Abkürzungen von Firmen und Medien im Sachregister unter den Schlagwörtern „Wirtschaftsunternehmen“ bzw. „Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1987 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- | | | |
|---|--|-------|
| 1 | 05.01. Aufzeichnung des Botschafters Citron | S. 3 |
| | Citron faßt die Verhandlungserfahrungen bei der KVAE in Stockholm zusammen und stellt Überlegungen an, wie die NATO-Mitgliedstaaten ihre Strategie erfolgreich fortführen können. | |
| 2 | 07.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz | S. 6 |
| | Seitz gibt einen Überblick über die Entwicklung des Begriffs der „friedlichen Koexistenz“ bis zum Amtsantritt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und widmet sich dann dessen Neubestimmung seit 1985. Er stellt die Frage, ob sich dahinter eine grundlegende Revision der sowjetischen Außenpolitik verbirgt. | |
| 3 | 07.01. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 14 |
| | Wallau erläutert die Maßnahmen in den USA zum Schutz elektronisch gespeicherter und übermittelter Informationen vor unberechtigten Zugriffen. Er weist darauf hin, daß die Zuständigkeit für die Entwicklung von Methoden und Standards für die Verschlüsselung elektronischer Daten sowie die Erteilung von Zertifikaten für Verschlüsselungs-Chips auf die National Security Agency (NSA) übergehen sollte. | |
| 4 | 08.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen | S. 21 |
| | Richthofen bewertet die Gespräche des Ministerialdirigenten von Ploetz in Paris, in deren Mittelpunkt die Perspektiven für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit sowohl zwischen Frankreich und der Bundesrepublik als auch im Rahmen der WEU standen. Er analysiert die unterschiedlichen Überlegungen im französischen Außen- und Verteidigungsministerium sowie im Amt des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten. | |
| 5 | 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen | S. 29 |
| | Richthofen informiert über den Stand der Diskussion über eine Einladung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, nach Berlin (West) anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt. Er weist auf die Vorbehalte Frankreichs, Großbritanniens und der USA hin. | |
| 6 | 13.01. Legationsrat Rinnert, Kabul, an das Auswärtige Amt | S. 32 |
| | Rinnert teilt mit, der Leiter des Büros des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt, Rosen, habe sich in Kabul aufgehalten und | |

- reise nun nach Islamabad weiter, um einen Gefangenenaustausch zwischen der sowjetischen Armee in Afghanistan und afghanischen Mujahedin zu vereinbaren.
- 7** 15.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 34
- Richthofen notiert, das Auswärtige Amt habe von amerikanischer Seite eine zusammenfassende Bewertung der sowjetischen Verhandlungsführung in der Schlußphase der KVAE in Stockholm erhalten. Diese gehe besonders auf das Verhältnis von Politik und Militär in der UdSSR ein.
- 8** 19.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 36
- Richthofen analysiert das von den Ministerpräsidenten der Länder beschlossene Abkommen zur Errichtung einer Kulturstiftung in Berlin (West). In seine Analyse bezieht er die Frage der Vertretung des Bundes im Stiftungsrat, außen-, deutschland- und berlinpolitische Gesichtspunkte sowie die Haltung der Drei Mächte und mögliche Reaktionen der UdSSR ein.
- 9** 21.01. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 41
- Van Well berichtet, der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead habe deutlich gemacht, daß die USA, trotz des innenpolitischen Drucks in der Bundesrepublik wegen der Entführung der deutschen Staatsangehörigen Cordes und Schmidt im Libanon, auf einer Auslieferung des in Frankfurt am Main festgenommenen libanesischen Staatsangehörigen Hamadi bestünden.
- 10** 21.01. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 43
- Kullak-Ublick verweist auf das Engagement der Botschaft in Menschenrechtsfragen und äußert sich zum Aufnahmeangebot der Länder Hessen und Hamburg für 14 politische Gefangene in Chile, die extremistischer Aktivitäten verdächtig seien.
- 11** 23.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 47
- Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP äußert sich Seitz zur kritischen Haltung führender CSU-Politiker zum Auswärtigen Amt. Die Kritik betreffe hauptsächlich die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Deutschland- und Ostpolitik sowie die Dritte-Welt-Politik.
- 12** 25.01. Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, an das Auswärtige Amt S. 51
- Eitel informiert, daß die Evakuierung der Botschaft der Bundesrepublik im Westteil Beiruts abgeschlossen sei, und schildert deren Ablauf.

-
- 27** 06.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 125
Ploetz unterrichtet über den geplanten Abzug amerikanischer chemischer Waffen aus der Bundesrepublik, der bis 1992 abgeschlossen sein sollte.
- 28** 06.02. Botschafter Holik, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 128
Holik berichtet über die Sitzungen der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen bzw. im erweiterten Kreis. Im Mittelpunkt stand die Unterrichtung über die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf bzw. die Diskussion über den amerikanischen Entwurf zur Verifikation eines INF-Abkommens.
- 29** 06.02. Runderlaß des Ministerialdirigenten Wegner S. 130
Angesichts von Äußerungen eines Vertreters der Abu-Nidal-Organisation erteilt Wegner die Weisung, die Goethe-Institute und andere kulturelle Einrichtungen der Bundesrepublik im Nahen Osten vor einem erhöhten Sicherheitsrisiko zu warnen.
- 30** 09.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 132
Kastrup informiert über die Sondierungsgespräche mit Albanien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, insbesondere zu den Punkten albanische Reparationsforderungen gegen die Bundesrepublik und Berlin-Klausel.
- 31** 10.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 137
Richthofen nimmt Stellung zu Überlegungen des Generalsekretärs des französischen Präsidialamts, Bianco, eine gemeinsame deutsch-französische Schnelle Eingreiftruppe zu bilden. Dabei legt er Aufgabe und Funktion der Force d'Action Rapide dar.
- 32** 10.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 141
Hartmann resümiert die Konsultationen mit Frankreich, Großbritannien und den USA über die Verhandlungen zu chemischen Waffen bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf.
- 33** 10.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek S. 145
Adamek rekapituliert die Haltung der USA und Frankreichs zur Neutronenwaffe und nimmt Stellung zur öffentlichen Debatte darüber, insbesondere in der Bundesrepublik.
- 34** 10.02. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 149
Freitag berichtet, er habe im iranischen Außenministerium die Bitte des Bundesministers Genscher um Hilfe im Entführungsfall Cordes und Schmidt übermittelt und sei dabei mit Vorwürfen wegen Aktivitäten iranischer Oppositionsgruppen in der Bundesrepublik konfrontiert worden.

- 35** 10.02. Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Guatemala-Stadt, an das Auswärtige Amt S. 153
- Ruhfus informiert über die Ergebnisse der dritten Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe in Guatemala-Stadt („San José III“).
- 36** 11.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 157
- Jelonek unterrichtet über erneute Hinweise auf eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Bau von Anlagen zur Herstellung chemischer Waffen im Irak.
- 37** 11.02. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 159
- Van Well resümiert die Gespräche des Ministerialdirektors Teltshik, Bundeskanzleramt, mit Angehörigen der amerikanischen Regierung. Dabei wurden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt, darunter SDI, das Ost-West-Verhältnis, die Lage im Nahen und Mittleren Osten, in Zentralamerika und im südlichen Afrika sowie der geplante Besuch des Präsidenten Reagan in der Bundesrepublik und in Berlin (West).
- 38** 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 167
- Richthofen legt den Stand der wichtigsten Initiativen zur Menschenrechtspolitik in den Vereinten Nationen und im Europarat dar und skizziert die jeweilige Position der Bundesregierung.
- 39** 13.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 174
- Jelonek schildert die außenpolitischen Folgen, die Meldungen über einen geplanten Export von radioaktiv belastetem Molkepulver in Entwicklungsländer vor allem in Ägypten hervorgerufen haben.
- 40** 13.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hiller S. 177
- Hiller faßt das Gespräch des Ministerialdirektors Sudhoff mit dem Direktor des „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa“, Minty, am 11. Februar zusammen. Es wurde die Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika erörtert.
- 41** 13.02. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 184
- Van Well gibt Informationen des amerikanischen Außenministeriums zum Stand der Verhandlungen mit der UdSSR über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf nach dem Beginn der siebten Runde wieder.

-
- 42** 16.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Stechow S. 187
Stechow informiert über die Aufnahme der Sachverhandlungen im Rahmen der achten Runde des GATT (Uruguay-Runde). Er skizziert bereits gelöste Probleme sowie bevorstehende Aufgaben.
- 43** 17.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin S. 194
Genscher und Sagladin sprechen über die Reformpolitik in der UdSSR, Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen, die bilateralen Beziehungen, besonders im Bereich der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit, sowie über einen möglichen Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der UdSSR.
- 44** 17.02. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 201
Anlässlich der Aufnahme der Mandatsgespräche zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts in Wien skizziert Holik die wichtigsten Elemente für künftige Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Ferner informiert er über die Ergebnisse der trilateralen Konsultationen mit den USA und Großbritannien am 12./13. Februar zu MBFR.
- 45** 17.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 206
Nagel resümiert die Ergebnisse des Treffens der „Australischen Initiative“ am 29./30. Januar in Paris mit dem Ziel, eine Verbreitung chemischer Waffen durch den Ausbau eines Warn- und Kontrollsystems zu verhindern.
- 46** 17.02. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 212
Freitag berichtet über die Reaktion der Regierung und der Medien im Iran auf die satirische Darstellung von Ayatollah Khomeini in der ARD-Sendung „Rudis Tagesshow“.
- 47** 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 216
Sudhoff schlägt vor, den Kulturreferenten der iranischen Botschaft auszuweisen. Er sieht diese Maßnahme als Retorsion für die Ausweisung zweier Angehöriger der Botschaft in Teheran und die angekündigte Schließung des dortigen Goethe-Instituts, mit denen der Iran auf die satirische Darstellung von Ayatollah Khomeini in der ARD-Sendung „Rudis Tagesshow“ reagiert habe.
- 48** 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 219
Nach der Entscheidung der amerikanischen Regierung, das erste Zusatzprotokoll von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 nicht zu ratifizieren, gibt Oesterhelt einen Überblick über die uneinheitliche Haltung der NATO-Mitgliedstaaten und empfiehlt Gespräche mit Großbritannien und den USA.

- 49** 20.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem finnischen Außenminister Väyrynen S. 223
- Gesprächsthemen sind die bilateralen Beziehungen, die Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System der UdSSR unter dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und Fragen der Rüstungskontrolle, insbesondere die konventionelle Abrüstung.
- 50** 23.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 228
- Jelonek resümiert und bewertet die Ergebnisse des Treffens der Finanzminister und Notenbankchefs der G5- bzw. G7-Staaten. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Stabilisierung der Wechselkursrelationen durch die Umsetzung wirtschafts- und haushaltspolitischer Maßnahmen auf nationaler Ebene.
- 51** 23.02. Aufzeichnung des Botschaftsrats Hennig, Brüssel (EG) S. 233
- Hennig unterrichtet über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem Präsidenten der EG-Kommission, bei dem Delors seine Vorschläge zur Reform der Europäischen Gemeinschaften („Delors-Paket“) erläuterte.
- 52** 24.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling S. 239
- Schilling informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ. Themen waren die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, vor allem die Frage einer Internationalen Friedenskonferenz, ferner die Ost-West-Beziehungen sowie eine Demarche gegenüber der UdSSR zu Afghanistan.
- 53** 25.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle S. 247
- Nitze und Perle unterrichten über die mögliche Umstrukturierung des SDI-Programms durch Präsident Reagan und erörtern die Frage einer engen oder weiten Auslegung des ABM-Vertrags. Kohl bekräftigt, für die Bundesregierung bleibe eine enge Vertragsauslegung die wesentliche Voraussetzung für die Unterstützung von SDI.
- 54** 25.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe S. 250
- Im Zentrum des Gesprächs stehen SDI und die Auslegung des ABM-Vertrags, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, die Verhandlungen über ein Verbot von Chemiewaffen und das Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Weitere Themen sind der Reformprozeß in der UdSSR, die Lage

- im Nahen und Mittleren Osten, Südafrika, die 750-Jahr-Feiern in Berlin, die G5- bzw. G7-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs sowie die Vorschläge des Präsidenten der EG-Kommission zur Reform der Europäischen Gemeinschaften („Delors-Paket“).
- 55** 25.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 260
Ploetz informiert über die ersten deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen unter Beteiligung der Außen- und Verteidigungsministerien zur Bündnisstrategie sowie zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- 56** 26.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle S. 266
Nitze und Perle unterrichten über die Entscheidungen des Präsidenten Reagan zu einer Umstrukturierung des SDI-Programms und erläutern die Auslegung des ABM-Vertrags. Genscher legt die Haltung der Bundesregierung zu SDI dar und äußert sich zu den möglichen Folgen für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf.
- 57** 27.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 274
Kastrup befaßt sich mit der Benutzung des Luftwaffenstützpunkts Ramstein als Umschlagplatz für amerikanische Waffenlieferungen an den Iran im Zuge der Iran-Contra-Affäre. Er spricht sich dafür aus, der Botschaft in Washington die Weisung zu erteilen, den Sachverhalt mit dortigen Dienststellen zu klären.
- 58** 27.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker S. 276
Stoecker informiert über die bevorstehende erneute Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestags zur Aufklärung der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika und übermittelt eine Sprachregelung.
- 59** 28.02. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 279
Hansen faßt die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und den Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, über die Entscheidungen des Präsidenten Reagan zur möglichen Umstrukturierung des SDI-Programms zusammen.
- 60** 01.03. Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 282
Arnot berichtet über die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Februar, in der sich Gorbatschow für separate INF-Verhandlungen in Genf aussprach. Er legt die Motive dar und bewertet die Erklärung.

- 61** 02.03. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 286
Van Well informiert über die Reaktion der amerikanischen Regierung auf das Angebot des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu separaten INF-Verhandlungen.
- 62** 03.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 289
Jelonek erörtert und bewertet die Vorschläge des amerikanischen Senators Sarbanes zur Lösung der internationalen Schuldenkrise.
- 63** 04.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu S. 291
Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die bilateralen Beziehungen, die Verschuldung Zaires sowie die Lage im Tschad, in Angola und in Südafrika.
- 64** 04.03. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 297
Holik notiert, die amerikanische Regierung habe die in ihrem Entwurf für ein INF-Abkommen vorgesehene Verifikationsregelung näher erläutert. Er befaßt sich insbesondere mit dem System der Verdachtskontrolle, den Implikationen für die Souveränität der Bundesrepublik und der Frage der Konversion von Mittelstreckensystemen.
- 65** 04.03. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 305
Eickhoff teilt mit, die Rede des Bundesministers Genscher beim Weltwirtschaftsforum am 1. Februar in Davos zu den Chancen und Risiken der Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe sich für die Delegation der Bundesrepublik auf der KSZE-Folgekonferenz als hilfreich erwiesen. Ferner gibt er eine Einschätzung zum Fortgang der Konferenz.
- 66** 05.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 309
Richthofen präsentiert die Ergebnisse der Konsultationen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA.
- 67** 05.03. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 317
Nach dem Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu separaten INF-Verhandlungen macht Genscher das Interesse der Bundesregierung deutlich, Folgeverhandlungen zu den Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite aufzunehmen.

- 75** 19.03. Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 365
- Joetze faßt die Diskussion bei der letzten Plenarsitzung der 41. Runde der MBFR-Verhandlungen zusammen und geht vor allem auf die Fragen einer Nichterhöhungsverpflichtung und der Verifikation ein.
- 76** 20.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 369
- Gegenstand ist der amerikanische Vorschlag, die Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels sollten eine Erklärung über ihre Ziele in der Südafrikapolitik abgeben. Sudhoff macht Vorbehalte geltend.
- 77** 23.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian S. 373
- Gesprächsthemen sind Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage in der UdSSR, die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR sowie den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten.
- 78** 23.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder S. 379
- Schönfelder vermerkt, er habe Gespräche mit Vertretern der Deutschen Bank über Möglichkeiten einer institutionellen Weiterentwicklung des EWS geführt, insbesondere über die Errichtung einer Europäischen Zentralbank. Es stünden sich eine „nationale“ und eine „europäische“ Fraktion gegenüber.
- 79** 24.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 381
- Richthofen gibt Informationen über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher wieder, in dessen Mittelpunkt Verhandlungen über LRINF und SRINF sowie die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gestanden hätten.
- 80** 24.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 384
- Seitz beschreibt die Verbreitung und die Prognosen für die weitere Ausbreitung von AIDS weltweit. Er stellt die außenpolitischen Implikationen dar, vor allem mit Blick auf die West-West-, West-Ost- und Nord-Süd-Beziehungen, und gibt Empfehlungen für den Umgang mit der Krankheit im Rahmen der Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik.
- 81** 24.03. Aufzeichnung des Botschafters Bartels, Amman S. 389
- Bartels faßt die Gespräche von König Hussein mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl bei des-

- sen Besuch in der Bundesrepublik zusammen. Themen waren der Nahost-Konflikt, die Lage im Libanon und der irakisch-iranische Krieg.
- 82** 26.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mikulić S. 392
- Im Vordergrund des Gesprächs stehen die innere Entwicklung Jugoslawiens, die bilateralen Beziehungen sowie die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien.
- 83** 26.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit NATO-Generalsekretär Lord Carrington S. 398
- Hauptthema des Gesprächs sind Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere eine Null-Lösung für LRINF und SRINF in Europa sowie die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und ein Verbot chemischer Waffen. Ferner werden die amerikanisch-europäischen Beziehungen erörtert.
- 84** 26.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 402
- Richthofen informiert über die nuklearstrategische Situation in Europa nach einer Null-Lösung für LRINF und macht deutlich, daß die Bundesregierung ihre Position zu Folgeverhandlungen über SRINF festlegen müsse.
- 85** 26.03. Oberst i. G. Geerds, Riad, an das Auswärtige Amt S. 412
- Geerds berichtet über ein Gespräch mit dem Generalstabschef der saudi-arabischen Streitkräfte, al-Hamad, zu möglichen Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik, insbesondere von Panzern des Typs „Leopard“ und von U-Booten.
- 86** 26./27. Gespräche des Bundesministers Schäuble, S. 416
03. Bundeskanzleramt, mit dem Außenminister der DDR, Fischer, und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Ost-Berlin
- Das Gespräch hat die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik zum Thema: ein INF-Abkommen, SRINF, den ABM-Vertrag, die Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen sowie nuklear- und chemiewaffenfreie Zonen. Ferner werden die KVAE und der KSZE-Prozeß angesprochen.
- 87** 27.03. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 423
- Holik notiert die Ergebnisse der Konsultationen der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA über MBFR und konventionelle Rüstungskontrolle in London.

- 88** 27.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, S. 428
z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt
Hartmann informiert über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint), bei welcher der amerikanische Sonderbotschafter Glitman über den Stand der INF-Verhandlungen berichtete.
- 89** 28.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident S. 432
Mitterrand auf Schloß Chambord
Im Mittelpunkt stehen die innenpolitische und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik, die europäische Einigung, die EG-Agrarpolitik, die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die Entwicklung in den Warschauer-Pakt-Staaten, die INF-Verhandlungen und die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit.
- 90** 31.03. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 445
Holik stellt die Interessenlage der Bundesrepublik im Falle eines sowjetischen Angebots einer Null-Lösung für SRINF dar und zeigt Optionen auf, wie die Bundesregierung darauf reagieren könnte.
- 91** 01.04. Gespräch der Staatsministerin Adam-Schwaetzer mit S. 451
dem Kommandanten des afghanischen Widerstands, Haq
Im Mittelpunkt stehen die Chancen einer Lösung des Afghanistan-Konflikts durch die „indirekten“ Friedensgespräche zwischen Afghanistan und Pakistan in Genf. Weitere Themen sind die Flüchtlingssituation sowie die Frage einer Unterstützung des afghanischen Widerstands durch die Bundesregierung.
- 92** 02.04. Gemeinsame Sitzung der Bundesregierung und der S. 455
EG-Kommission
Gesprächsthemen sind die Europapolitik der Bundesregierung, die Vertiefung der europäischen Integration seit 1984, die Reformvorschläge der EG-Kommission vom 15. Februar („Delors-Paket“) sowie Fragen der Haushaltsdisziplin, der Finanzverfassung und des gemeinsamen Agrar- und Binnenmarkts.
- 93** 03.04. Gespräche der Staatsministerin Adam-Schwaetzer S. 470
und des Staatssekretärs Ruhfus mit dem türkischen
Staatsminister Bozer
Bozer berichtet über den Beschluß der türkischen Regierung, einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften zu stellen, und bittet um Unterstützung durch die Bundesregierung.

-
- 94** 03.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 477
Trumpf informiert über die Verabschiedung und Bekanntgabe eines Exportkontrollregimes auf dem Gebiet der Trägertechnologie zur Verringerung der Gefahr eines Nuklearwaffeneinsatzes.
- 95** 03.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 480
Seitz befaßt sich mit der Wiederbelebung des Begriffs „Mitteleuropa“ in der öffentlichen Debatte im In- und Ausland und wägt die Chancen und Risiken seiner Verwendung im offiziellen Sprachgebrauch ab.
- 96** 06.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Staatsrat S. 489 der Volksrepublik China, Zhang Jingfu
Kohl und Zhang Jingfu erörtern den Stand der bilateralen Beziehungen, insbesondere im wirtschaftlichen und technischen Bereich, sowie die Innenpolitik der Volksrepublik China.
- 97** 06.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 495
Ploetz resümiert die Diskussion über eine stärkere Beteiligung des Auswärtigen Amtes bei außenpolitisch relevanten Entscheidungen des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungs-kooperationsprojekten.
- 98** 06.04. Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 497
Arnot plädiert dafür, vom Angebot der Botschaft in Washington Abstand zu nehmen, dem amerikanischen Außenminister Shultz für seine Reise in die UdSSR eine abhörsichere Besprechungskabine der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau zur Verfügung zu stellen.
- 99** 07.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Herzog S. 499
Im Mittelpunkt stehen die Rolle der Bundesrepublik in der NATO, die Ost-West-Beziehungen, die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Fragen der Weltwirtschaft, Abrüstung und Rüstungskontrolle, der Besuch Herzogs in der Bundesrepublik und in Berlin (West) sowie die Situation im Nahen Osten.
- 100** 07.04. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 506
Mit Blick auf die bevorstehende Reise des amerikanischen Außenministers Shultz in die UdSSR legt Kohl die Position der Bundesregierung im SRINF-Bereich dar.
- 101** 08.04. Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), an das S. 508 Auswärtige Amt
Nach dem Ende der ersten Gesprächsrunde informiert Citron über den Stand der Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK).

- 102** 08.04. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 513
- Mit Blick auf die bevorstehende Reise des amerikanischen Außenminister Shultz in die UdSSR faßt van Well den Stand der Diskussion zur Abrüstungs- und Rüstungspolitik in der amerikanischen Regierung sowie in den NATO-Gremien zusammen.
- 103** 09.04. Konferenz des Bundesministers Genscher mit Botschaftern in zentralamerikanischen Staaten in San José S. 155
- Im Mittelpunkt stehen der Friedensplan des Präsidenten Arias für Zentralamerika sowie die innenpolitische Lage in Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua.
- 104** 09.04. Ministerialdirigent von Ploetz an Bundesminister Genscher, z. Z. San José S. 525
- Ploetz gibt einen Überblick über die deutsch-niederländischen sicherheitspolitischen Konsultationen. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, die Ost-West-Beziehungen, das Verhältnis Frankreichs zur NATO, die Wiederbelebung und Reorganisation der WEU sowie die konventionelle Verteidigungsfähigkeit.
- 105** 10.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Butler an die Botschaft in Paris S. 531
- Butler übermittelt die Bedenken der Bundesregierung gegen die Absicht der französischen Regierung, den Teilnehmern eines künftigen Vertrags zum Verbot chemischer Waffen einen geheimen Vorrat für zehn Jahre zu belassen.
- 106** 10.04. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 533
- Eickhoff resümiert den Verlauf und die wichtigsten Ergebnisse der zweiten Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Er analysiert die Besonderheiten im Auftreten der Teilnehmerstaaten bzw. Teilnehmergruppen und informiert über die Schwerpunkte der Anträge zu den verschiedenen Körben.
- 107** 11.04. Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, an das Auswärtige Amt S. 544
- Eitel berichtet, er habe den geistlichen Führer der Hisbollah, Scheich Fadlallah, erneut um Hilfe im Entführungsfall Cordes und Schmidt gebeten. Fadlallah habe der Bundesregierung besonders den Kontakt mit dem Iran empfohlen.
- 108** 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Duarte in San Salvador S. 550
- Die Gesprächspartner erörtern neben bilateralen Fragen wie der Erdbebenhilfe für El Salvador insbesondere den Friedensplan des Präsidenten Arias für Zentralamerika.

-
- 109** 14.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 553
Hartmann analysiert die vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April in Prag unterbreiteten Vorschläge, die LRINF-Verhandlungen in Genf durch parallele Verhandlungen über SRINF zu ergänzen, und skizziert Reaktionsmöglichkeiten der Bundesregierung.
- 110** 14.04. Botschafter Nestroy, San José, an das Auswärtige Amt S. 558
Nestroy übermittelt den Vermerk über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Arias. Erörtert wurden dessen Friedensplan für Zentralamerika sowie Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
- 111** 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 562
Jelonek faßt die Ergebnisse der VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Genf zusammen.
- 112** 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 565
Kastrup analysiert mögliche Auswirkungen, die aus der Absage des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, resultieren, am Festakt in West-Berlin zur 750-Jahr-Feier teilzunehmen, insbesondere mit Bezug auf eine Teilnahme des Regierenden Bürgermeistermeisters Diepgen am Festakt im Ostteil der Stadt.
- 113** 15.04. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 568
Freitag informiert, das Gespräch mit dem Staatssekretär im iranischen Außenministerium, Mansouri, habe deutlich gemacht, daß die iranische Regierung weiterhin auf der Schließung des Goethe-Instituts in Teheran beharre.
- 114** 15.04. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 570
Mit Blick auf den Besuch des Bundesministers Genscher in den USA führt van Well Themen auf, in denen die Bundesregierung und die amerikanische Regierung unterschiedliche Positionen vertreten, wie beim angestrebten INF-Abkommen, gegenüber dem Reformkurs der UdSSR, beim Fall Hamadi sowie in Wirtschafts- und Finanzfragen.
- 115** 16.04. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 575
Hansen faßt die außerordentliche NATO-Ministerratstagung zusammen, in deren Zentrum der Bericht des amerikanischen Außenministers Shultz über seinen Besuch in der UdSSR sowie die anschließende Aussprache standen.

- 116** 19.04. Bundesminister Wörner an Bundeskanzler Kohl S. 581
Wörner appelliert an Kohl, eine Null-Lösung für nukleare Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite abzulehnen, und distanziert sich damit von der Position des Auswärtigen Amts.
- 117** 24.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 584
Kastrup erläutert die Interessenunterschiede innerhalb der NATO bzw. der Europäischen Gemeinschaften hinsichtlich der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Im Fokus steht die amerikanische bzw. französische Haltung zu einem Abschlusddokument sowie zu Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.
- 118** 27.04. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 588
Kullak-Ublick berichtet über das erste Treffen eines Mitglieds der chilenischen Junta mit Mitgliedern des Präsidiums der chilenischen Christdemokraten, das in seiner Residenz stattfand.
- 119** 28.04. Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 590
Holik unterrichtet über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im erweiterten und im kleinen Kreis (Quint), in deren Mittelpunkt der am Vortag in Genf übergebene sowjetische Entwurf für einen INF-Vertrag stand.
- 120** 28.04. Gesandter Vestring, Wien, an das Auswärtige Amt S. 594
Vestring berichtet über die Reaktionen in Österreich auf die Entscheidung der amerikanischen Regierung, ein Einreiseverbot gegen Bundespräsident Waldheim zu verhängen.
- 121** 30.04. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt S. 598
Richthofen unterrichtet über sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter beim ZK der PVAP, Kucza. Erörtert wurden der Stand der bilateralen Beziehungen, vor allem die Wirtschafts- und Finanzhilfe, die Zukunft des Reformkurses in der UdSSR sowie Abrüstungsfragen.
- 122** 04.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 606
Richthofen informiert über sein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Olechowski in Warschau. Im Vordergrund standen die Bemühungen um den Ausbau der bilateralen Beziehungen.
- 123** 05.05. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 612
Holik analysiert den sowjetischen Entwurf vom 27. April für einen INF-Vertrag. Er arbeitet die Unterschiede zum amerika-

nischen Entwurf heraus und verweist auf kritische Punkte wie die Betonung des europäischen statt des globalen Charakters des Abkommens, die Nichtumgehungsklausel und Einschränkungen bei Vor-Ort-Inspektionen.

- 124** 05.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 621
- Hansen wägt die Bedeutung ab, die die verbleibenden 100 Gefechtsköpfe auf LRINF in Ostasien jeweils für die USA und die UdSSR haben. Er kommt zu dem Schluß, daß die UdSSR politisch-strategisch, organisatorisch-betriebswirtschaftlich und rüstungskontrollpolitisch durch diesen verbleibenden Restbestand stärker belastet werde.
- 125** 06.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Martens S. 626
- Im Zentrum steht die Diskussion über ein INF-Abkommen. Beide Gesprächspartner sprechen sich für eine Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen längerer Reichweite, aber gegen eine Null-Lösung bei jenen kürzerer Reichweite aus. Weitere Themen sind die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik, die Umschuldung für Zaire und die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften.
- 126** 06.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow S. 636
- Genscher und Woronzow erörtern die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf und eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen.
- 127** 06.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 643
- Hansen informiert über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats, in der der amerikanische Sonderbotschafter Glitman über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf nach der Vorlage des sowjetischen Vertragsentwurfs berichtete. Im Zentrum standen strittige Fragen der Verifikation und der Einbeziehung von Pershing Ia der Bundeswehr bzw. sowjetischer Scud sowie der verbleibenden LRINF in Asien.
- 128** 11.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington S. 647
- Im Mittelpunkt stehen die amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf, besonders die Haltung der amerikanischen Regierung zu einem Restsockel von 100 nuklearen Gefechtsköpfen. Besprochen werden weiterhin der Zusammenhang einer SRINF-Regelung zu einem LRINF-Abkommen sowie die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und chemische Waffen.

- 129** 12.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek S. 651
- Das Delegationsgespräch behandelt Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, so ein amerikanisch-sowjetisches Abkommen über Mittelstreckensysteme. Besprochen werden neben bilateralen Themen auch die KSZE-Folgekonferenz in Wien und internationale Konfliktherde wie Afghanistan, Südafrika und der Nahe Osten.
- 130** 12.05. Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, z. Z. Lyon, an das Auswärtige Amt S. 657
- Kotzebue übermittelt Eindrücke vom ersten Tag des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Barbie in Lyon. Sie schildert den äußeren Rahmen, den Verfahrensablauf und die Medienberichterstattung.
- 131** 12.05. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 661
- Bräutigam gibt eine Einschätzung der Hintergründe, warum der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, die Teilnahme an der 750-Jahr-Feier in Berlin (West) abgesagt hat.
- 132** 13.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek S. 665
- Im Zentrum stehen Abrüstungsfragen, insbesondere die amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf, außerdem die von der ČSSR und der DDR eingebrachten Vorschläge für eine chemie- und nuklearwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.
- 133** 13.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 671
- Richthofen notiert, der sowjetische Botschafter Kwizinskij sei wegen einer „Europäischen Verteidigungsinitiative“ der NATO und des pakistanischen Nuklearprogramms vorstellig geworden. Weiterhin seien Fragen der bilateralen Beziehungen, vor allem die Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München, sowie die Haltung der Bundesregierung zur doppelten Null-Lösung für nukleare Mittelstreckensysteme längerer und kürzerer Reichweite diskutiert worden.
- 134** 14.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Sassou-Nguesso S. 681
- Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit, die Umschuldungspraxis des IWF, die Entwicklungshilfe für Afrika sowie die Lage in Südafrika.

-
- 135** 15.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros der USAP, Havasi S. 689
Neben einem möglichen Personalwechsel an der Spitze von Partei und Regierung in Ungarn befassen sich die Gesprächspartner mit dem Reformprozeß in der UdSSR und dem Führungspersonal der KPdSU.
- 136** 15.05. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Jelonek und Freiherr von Richthofen S. 694
Jelonek und Richthofen analysieren die Folgen des türkischen Antrags auf EG-Beitritt für die bilateralen Beziehungen, besonders mit Blick auf die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer sowie eine Rüstungs-sonderhilfe.
- 137** 15.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Freiherr von Stenglin S. 698
Stenglin resümiert die Gespräche des Staatssekretärs Sudhoff und des Ministerialdirigenten Bazing mit dem Koordinator des UNHCR für Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika, Widgren, in denen die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die europäische Zusammenarbeit in dieser Frage und die Lage iranischer Flüchtlinge in der Türkei erörtert wurden.
- 138** 18.05. Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem amerikanischen Botschafter Burt S. 702
Themen sind der Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon, eine Auslieferung Mohammed Hamadis an die USA sowie eine doppelte Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen in Genf.
- 139** 18.05. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl S. 709
Nach einem Artikel in der „Bild am Sonntag“ zu den Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition über die doppelte Null-Lösung für INF versichert Genscher Kohl seiner fortdauernden politischen und persönlichen Verbundenheit.
- 140** 18.05. Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, Paris, an das Auswärtige Amt S. 710
Kotzebue resümiert die erste Woche des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Barbie in Lyon. Ihr besonderes Augenmerk gilt dabei der Einordnung in einen größeren politisch-historischen Rahmen.
- 141** 18.05. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 713
Van Well stellt die Reaktion der amerikanischen Regierung und Presse auf die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai dar, daß in ein INF-Abkommen Systeme aller Reichweiten bis 1000 km einbezogen werden sollten.

- 142** 19.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 716
- Richthofen analysiert die Haltung des amerikanischen Außenministers Shultz zu einem INF-Abkommen mit der UdSSR und äußert sich zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Bundesrepublik und die NATO.
- 143** 19.05. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 722
- Van Well übermittelt Informationen zum amerikanischen Entwurf vom 8. Mai für ein START-Abkommen. In den Verhandlungen in Genf zeichne sich dem amerikanischen Außenministerium zufolge möglicherweise eine Lockerung des sowjetischen Junktims mit Weltraumfragen ab.
- 144** 20.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff S. 725
- Sudhoff äußert sich zur Einsatzbereitschaft der Pershing Ia der Bundeswehr und macht auf die mögliche Deckungslücke beim Abzug der amerikanischen Pershing II aufmerksam.
- 145** 20.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek S. 726
- Adamek erörtert den Zeitpunkt der auslaufenden Einsatzbereitschaft für die Pershing Ia der Bundeswehr und die sich daraus ergebenden Folgen.
- 146** 21.05. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Paris S. 728
- Die französischen Gesprächsteilnehmer berichten über den Besuch von Ministerpräsident Chirac in der UdSSR. Weitere Themen sind das Mandat für die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Wien und die Kontroverse über eine doppelte Null-Lösung für nukleare Mittelstreckensysteme längerer und kürzerer Reichweite.
- 147** 22.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac in Paris S. 735
- Hauptthema sind die unterschiedlichen Positionen beider Regierungen in der EG-Agrarpolitik. Behandelt werden außerdem der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig und gemeinsame Wirtschaftsprjekte wie Airbus oder das europäische Netz für Hochgeschwindigkeitszüge.
- 148** 22.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem thailändischen Außenminister Siddhi S. 743
- Siddhi berichtet über seine Osteuropa-Reise, unter anderem seinen Aufenthalt in der UdSSR, in dessen Mittelpunkt der Kambodscha-Konflikt gestanden habe. Ferner werden Fragen der

- Abrüstung sowie die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und deren Rezeption in den Warschauer-Pakt-Staaten besprochen.
- 149** 22.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Daum S. 749
Daum legt dar, es gebe keine rechtliche Handhabe, um den Aufbau einer Panzerproduktionsstätte im Iran durch Argentinien zu verhindern, auch wenn der TAM-Panzer auf einem von der Firma Thyssen-Henschel für Argentinien entwickelten Modell beruhe.
- 150** 25.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 751
Jelonek erörtert die möglichen Folgen von Gesetzesvorhaben im amerikanischen Kongreß, die eine Vergabe von SDI-Verträgen an ausländische Auftragnehmer einschränken würden, und unterbreitet Vorschläge für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz.
- 151** 25.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 755
Oesterhelt zieht eine Zwischenbilanz der Bemühungen um eine Harmonisierung der Asylpolitik in Europa, insbesondere durch die TREVI-Zusammenarbeit, im CAHAR-Ausschuß des Europarats und bei den Konsultativtreffen der Hauptaufnahmeländer.
- 152** 25.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 760
Angesichts neuer Vorwürfe unterrichtet Vollers über den Sachstand bezüglich des Verdachts einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am irakischen Programm zur Herstellung chemischer Waffen.
- 153** 25.05. SPD-Abgeordneter Wischniewski, z. Z. Teheran, an das Auswärtige Amt S. 762
Wischniewski informiert über die Gespräche mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani bzw. mit dem Persönlichen Beauftragten des Ayatollah Khomeini, Tabatabai, über den Entführungsfall Cordes und Schmidt.
- 154** 26.05. Aufzeichnung des Oberstleutnants i. G. Graf von Pfeil S. 768
Pfeil erstellt eine Bedrohungsanalyse für die NATO-Mitgliedstaaten, indem er die Militärdoktrin und die militärische Stärke der sowjetischen Armee und des Warschauer Pakts insgesamt darlegt. Er kommt zu dem Schluß, daß die Kampfkraft des Warschauer Pakts zunehme.
- 155** 27.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 774
Hansen unterrichtet über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO, in der eine doppelte

- Null-Lösung für nukleare Mittelstreckensysteme und die Position der Allianz bei den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa erörtert wurden.
- 156** 31.05. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 782
- Meyer-Landrut berichtet, daß die Landung des Sportfliegers Mathias Rust am 28. Mai im Zentrum von Moskau zu personellen Änderungen an der Spitze des sowjetischen Verteidigungsministeriums geführt habe.
- 157** 01.06. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 785
- Meyer-Landrut informiert über den Haftfall Mathias Rust und schildert den Ablauf eines Besuchs von Angehörigen der Botschaft bei dem Inhaftierten.
- 158** 02.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow S. 788
- Themen des Gesprächs sind eine Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik im wissenschaftlich-technischen Bereich, eine Kooperation beim Umweltschutz sowie die bilateralen Kulturbeziehungen.
- 159** 02.06. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Morr S. 793
- Morr befaßt sich mit den amerikanischen Forderungen nach Unterstützung bei der Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf. Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets verweist er auf den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982.
- 160** 03.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 795
- Heyken analysiert die personellen Konsequenzen in den sowjetischen Streitkräften infolge der Landung von Mathias Rust in Moskau und ihren Einfluß auf die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow.
- 161** 03.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 798
- Sulimma äußert sich zum Anliegen der salvadorianischen Guerillaorganisation FMLN/FDR, die Bundesregierung möge bei der Organisation von Geheimtreffen mit der Gegenseite behilflich sein. Er spricht sich dafür aus, das Ersuchen nicht sogleich abzulehnen und zunächst Präsident Duarte darüber zu informieren.
- 162** 03.06. Botschaftsrat Schrömbgens, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 802
- Schrömbgens berichtet über die Begehung des Neubaus der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau mit einem amerikanischen Sicherheitsexperten und über mögliche Sicherheitslücken.

-
- 163** 04.06. Botschafter Holik an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 805
Holik gibt die Weisung, bei den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat über nukleare Kurz- und Mittelstreckensysteme die in der Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag dargelegten Grundsätze zu beachten.
- 164** 08.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Venedig S. 809
Hauptthema sind die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, insbesondere die Haltung der Bundesrepublik zur Einbeziehung von SRINF und SNF. Ferner werden die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und Agrarfragen behandelt.
- 165** 08.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Venedig S. 814
Kohl und Nakasone sprechen über die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf, vor allem über eine doppelte oder dreifache Null-Lösung. Sie beschäftigen sich außerdem mit der Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf, den bilateralen Beziehungen sowie Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.
- 166** 09.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Venedig S. 819
Kohl und Mitterrand thematisieren Strategiefragen im Rahmen der NATO sowie die Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, wie z. B. Kohls Vorschlag einer gemeinsamen Brigade.
- 167** 09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 822
Arnim gibt einen Überblick über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel im Rüstungsbereich und listet die jüngsten Lieferwünsche und Kooperationsabsichten der israelischen Seite auf.
- 168** 10.06. Legationsrat I. Klasse Ulrich an Bundesminister Genscher, z. Z. Reykjavik S. 825
Ulrich übermittelt eine Botschaft des amerikanischen Außenministers, in der sich Shultz zur Berlin-Initiative der amerikanischen Regierung anlässlich der bevorstehenden Rede des Präsidenten Reagan vor dem Brandenburger Tor äußert.
- 169** 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac S. 827
Kohl und Chirac diskutieren über die Probleme der EG-Agrarpolitik und die agrimonetären Fragen, vor allem über die Getreidepreise, das System des Währungsausgleichs und eine Fettsteuer.

- 170** 11.06. Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Reykjavik S. 834
- Im Vordergrund stehen Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, an erster Stelle die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen. Ferner werden die SNF sowie eine Einbeziehung der Pershing Ia in die Genfer Verhandlungen und die Mandatsfrage bei den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle erörtert. Ein weiteres Thema ist die Frage einer Sicherheitsreserve bei chemischen Waffen.
- 171** 11.06. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. BM-Delegation, an das Auswärtige Amt S. 841
- Richthofen berichtet über die Sitzung der Außenminister am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig. Folgende Themen wurden besprochen: die Lage in Afghanistan, Kambodscha und Südafrika, die sowjetische Asien- und Pazifikpolitik, der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, die Situation in Zentral- und Südamerika sowie in China, Korea und auf den Philippinen. Darüber hinaus wurden Personalfragen im Rahmen der Vereinten Nationen sowie die Terrorismus- und Drogenbekämpfung erörtert.
- 172** 11.06. Botschafter Montfort, Rabat, an das Auswärtige Amt S. 856
- Vor dem Hintergrund des deutsch-marokkanischen Sozialversicherungsabkommens weist Montfort auf die Haltung der Bundesrepublik zur Westsahara-Frage hin.
- 173** 11.06. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 858
- Paschke informiert über Gespräche zum amerikanischen Entwurf eines INF-Inspektionsprotokolls, in deren Mittelpunkt für die Stationierungsländer die Frage der Wahrung ihrer Souveränitätsrechte stand.
- 174** 12.06. Botschafter Hansen, z. Z. Reykjavik, an das Auswärtige Amt S. 861
- Hansen resümiert den Verlauf der NATO-Ministerratstagung. Erörtert wurden die Auswirkungen wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen auf das Ost-West-Verhältnis, ein Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle, das kanadische Weißbuch zu Sicherheitsfragen und der Beitrag Spaniens zur Allianz. Ferner wurden Eindrücke über Besuche in Warschauer-Pakt-Staaten ausgetauscht.
- 175** 16.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 869
- Seitz analysiert die Interessen und Ziele Frankreichs in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie der Abrüstungs- und

- Rüstungskontrollpolitik. Ferner beschreibt er die Rückwirkungen auf die deutsch-französischen Beziehungen und die Interessenslage der Bundesrepublik.
- 176** 16.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker S. 878
Stoecker informiert über die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig. Neben Wirtschaftsfragen standen die Ost-West-Beziehungen, der Terrorismus sowie die Lage im Persischen Golf und in Südafrika im Vordergrund.
- 177** 17.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 886
Richthofen untersucht die politischen Rahmenbedingungen und Ziele des Besuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der UdSSR und benennt mögliche Gesprächsthemen.
- 178** 19.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 895
Der Abteilungsleiter unterbreitet Verfahrensvorschläge zum Wunsch der USA, Transportflugzeuge für die amerikanisch-ägyptische Übung „Bright Star“ auf Bundesgebiet zu betanken.
- 179** 22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 898
Richthofen faßt den bisherigen Verlauf des KSZE-Folgetreffens in Wien in den einzelnen Verhandlungsbereichen zusammen und gibt einen Ausblick auf den Fortgang der Konferenz.
- 180** 22.06. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 904
Holik vermerkt, die UdSSR sei unter bestimmten Bedingungen bereit, eine globale Null-Lösung für LRINF und SRINF zu akzeptieren. Er bewertet diesen Schritt und erläutert die Reaktion der USA sowie die Interessen der Bundesrepublik.
- 181** 23.06. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 908
Paschke berichtet über die amerikanische Afghanistanpolitik, insbesondere den Vorschlag einer Geberkonferenz für humanitäre Hilfe, und über die Aufforderung an die Bündnispartner, den afghanischen Widerstand stärker zu unterstützen.
- 182** 25.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des polnischen Sejm, Malinowski S. 913
Neben den Ost-West-Beziehungen sowie den Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR und zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten steht das deutsch-polnische Verhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt. Darüber hinaus besprechen Kohl und Malinowski einen Parlamentarier austausch.

- 183** 26.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl sowie der Bundesminister Genscher und Kiechle mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, und Vizepräsident Andriessen S. 920
- Die Gesprächsteilnehmer diskutieren Vorschläge für das künftige Finanzierungssystem der Europäischen Gemeinschaften, die EG-Haushalte 1987 und 1988 sowie Fragen der Agrarpolitik, vor allem das System des Währungsausgleichs, die Getreidepreise und eine Fettsteuer.
- 184** 26.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch S. 928
- Pabsch gibt einen Überblick über die Rüstungskooperation verschiedener Staaten mit der Volksrepublik China und äußert sich unter rüstungsexport-, ost- und regionalpolitischen Gesichtspunkten zu der Frage, ob das Auswärtige Amt einer Lieferung von Kampfhubschraubern zustimmen könne.
- 185** 28.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Peres S. 934
- Genscher und Peres sprechen über die Lage in Israel und den Nahost-Konflikt, besonders über eine internationale Friedenskonferenz sowie die Haltung der UdSSR und Jordaniens.
- 186** 28.06. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 939
- Ungerer präsentiert die Ergebnisse des Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zur Vorbereitung des Europäischen Rats, bei dem die Reformvorschläge der EG-Kommission, Finanz- und Haushaltsfragen sowie die Agrarpolitik behandelt wurden.
- 187** 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 945
- Richthofen erläutert die verteidigungs- und sicherheitspolitische Abstimmung zwischen Frankreich und Großbritannien sowie die Konsequenzen für die Bundesrepublik.
- 188** 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte S. 950
- Witte faßt die Ergebnisse des Besuchs von Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in Griechenland unter kulturellen Aspekten zusammen und resümiert die deutsch-griechischen Kulturbeziehungen.
- 189** 30.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel S. 956
- Themen sind die Reformvorschläge der EG-Kommission, die Haltung der Bundesrepublik und Frankreichs in der EG-Agrarpolitik sowie die deutsch-französische militärische Zusammenarbeit.

-
- 190** 30.06. Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem österreichischen Sonderbotschafter Molden S. 960
- Molden erläutert die Position der österreichischen Regierung zu den Vorwürfen gegen Bundespräsident Waldheim wegen seines Verhaltens in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Gesprächspartner erörtern ferner die Auswirkungen dieser Debatte auf die deutsch-österreichischen Beziehungen.
- 191** 01.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 965
- Richthofen unterrichtet über die Anfrage des Bundesministeriums der Verteidigung, ob außenpolitische Bedenken gegen eine Beteiligung des Direktors des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Messerschmidt, an der Internationalen Historikerkommission zur Untersuchung der Vergangenheit des österreichischen Bundespräsidenten Waldheim bestehen.
- 192** 01.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 967
- Nach Rückfragen des Bundesministers Genscher nimmt Seitz erneut Stellung zur sowjetischen Militärdoktrin und zur Stärke der Armeen des Warschauer Pakts.
- 193** 01.07. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 974
- Ungerer gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel. In dessen Mittelpunkt standen agrimonetäre Fragen und der EG-Haushalt.
- 194** 02.07. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 977
- Holik informiert über die amerikanischen Vorstellungen zur Ausgestaltung der Inspektionen in den Stationierungsländern nach einem INF-Abkommen.
- 195** 02.07. Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 982
- Freitag unterrichtet über die Vermittlungsbemühungen des Persönlichen Beauftragten von Ayatollah Khomeini, Tabatabai, im Entführungsfall Cordes und Schmidt.
- 196** 02.07. Gesandter Henze, Washington, an das Auswärtige Amt S. 985
- Ausgehend von der Affäre Waldheim und ihren Auswirkungen auf das Verhältnis der amerikanischen Juden zum Vatikan reflektiert Henze den Stand der Beziehungen der Bundesrepublik zur jüdischen Gemeinschaft in den USA.
- 197** 03.07. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 988
- Holik faßt die Ergebnisse der Sitzung des Bundessicherheitsrats zusammen. Diskutiert wurden der Vortrag des Generalinspek-

- teurs Wellershoff über Folgen der doppelten Null-Lösung für die NATO, Fragen der Rüstungskooperation mit der Volksrepublik China sowie des Rüstungsexports in den Nahen Osten.
- 198** 03.07. Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 992
- Joetze zieht eine Bilanz der 42. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien und verweist auf den Einfluß der parallel dazu laufenden Mandatsgespräche über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.
- 199** 06.07. Gespräch des Staatsministers Schäfer mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, in Algier S. 998
- Erörtert werden die Lage im Nahen Osten, insbesondere die Beziehungen der PLO zu Ägypten, Jordanien, zum Libanon und zu Syrien, sowie der mögliche Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zu einer Friedenslösung in der Region.
- 200** 06.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1003
- Meyer-Landrut berichtet über das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gromyko, in dem Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die bilateralen Beziehungen erörtert wurden.
- 201** 07.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Duarte S. 1007
- Im Zentrum steht die politische und wirtschaftliche Lage in El Salvador. Weitere Themen sind die Entwicklungen in Chile, Mexiko und Panama sowie der von Präsident Arias eingeführte Friedensplan für Zentralamerika.
- 202** 07.07. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1014
- Schoeller zieht eine Bilanz des Prozesses gegen Klaus Barbie und ordnet das Urteil in den Umgang Frankreichs mit der Vergangenheit bzw. in die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ein.
- 203** 08.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1016
- Meyer-Landrut unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnase, in dem eine Bilanz des Besuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der UdSSR gezogen wurde.

-
- 204** 09.07. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, S. 1019
z. Z. Moskau, an die Staatssekretäre Ruhfus und Sudhoff
Richthofen informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau. Im Zentrum standen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere ein INF-Abkommen und die von sowjetischer Seite geforderte Einbeziehung der Pershing Ia. Weitere Themen waren die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW sowie bilaterale Fragen.
- 205** 09.07. Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile, an das S. 1026
Auswärtige Amt
Spohn berichtet über den Stand des Verfahrens vor einem chilenischen Militärgericht gegen die Deutsch-Chilenin Beatriz Brinkmann. Er stellt die diesbezüglichen Maßnahmen der Botschaft dar.
- 206** 09.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das S. 1029
Auswärtige Amt
Meyer-Landrut faßt das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammen, das den bilateralen Beziehungen gewidmet war.
- 207** 13.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1037
Jelonek informiert über den Stand der Verhandlungen mit Österreich über ein Abkommen zu kerntechnischen Anlagen. Eine Paraphierung sei an Vorbehalten der bayerischen Landesregierung gescheitert.
- 208** 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schröder S. 1040
Schröder resümiert das Gespräch mit dem Repräsentanten des Dalai Lama, Kelsang Gyaltzen, über den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China, vor allem dessen beabsichtigten Aufenthalt in Tibet.
- 209** 13.07. Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, an das S. 1043
Auswärtige Amt
Ruhfus faßt die Unterredung des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang über außenpolitische Fragen zusammen. Im Mittelpunkt standen die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften bzw. der UdSSR, die Konflikte in Afghanistan und Kambodscha, Abrüstungsfragen und die Deutsche Frage.
- 210** 14.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1049
Kaestner, Bundeskanzleramt
Kaestner resümiert sein Gespräch mit dem Berater der unabhängigen polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność, Mazo-

- wiecki, über die Lage in Polen, die bilateralen und die polnisch-sowjetischen Beziehungen.
- 211** 14.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 1053
Arnim stellt Überlegungen an, wie der Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade im Sinne einer engeren sicherheitspolitischen Bindung Frankreichs an die NATO genutzt werden könnte.
- 212** 15.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1055
Richthofen zieht eine Bilanz des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in der UdSSR und analysiert die Gespräche.
- 213** 16.07. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1064
Hellbeck unterrichtet über das Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang, in dessen Mittelpunkt Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit standen.
- 214** 16.07. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1071
Van Well erörtert die zwischen den USA und der Bundesrepublik strittigen Fragen im Bereich der INF-Abrüstung, insbesondere eine Modernisierung der Pershing Ia, deren Einbeziehung in eine doppelte Null-Lösung sowie Folgeverhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme.
- 215** 20.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 1077
Trumpf informiert über den Stand des Bußgeldverfahrens der Oberfinanzdirektion Kiel gegen Firmen aus der Bundesrepublik wegen des Verdachts der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika. Er weist darauf hin, daß eine Einstellung des Verfahrens zu erheblicher Kritik aus dem Ausland führen könnte.
- 216** 21.07. Aufzeichnung des Botschafters Hartmann S. 1080
Hartmann unterrichtet über den Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle, der am 27. Juli bei den Gesprächen mit den Warschauer-Pakt-Staaten eingeführt werden sollte.
- 217** 22.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in London S. 1084
Themen sind der Reformprozeß in der UdSSR, der Afghanistan-Konflikt, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, der KSZE-Prozeß, die WEU, der bevorstehende Besuch des General-

- sekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik, der irakisch-iranische Krieg und die Lage im Nahen Osten. Erörtert werden auch EG-Agrar- und -Haushaltsfragen sowie die EG-Beitrittsanträge Marokkos und der Türkei.
- 218** 22.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1094
Roßbach
- Roßbach analysiert die Ziele und Motive des türkischen Antrags auf EG-Beitritt sowie die Haltung der EG-Mitgliedstaaten. Er entwickelt Optionen für die Politik der Bundesregierung gegenüber der Türkei.
- 219** 22.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Daum S. 1102
- Daum vermerkt, bei einer Ressortbesprechung habe sich der Verdacht gegen Firmen aus der Bundesrepublik erhärtet, zum Aufbau von Produktionsanlagen für chemische Waffen im Irak beigetragen zu haben.
- 220** 22.07. Botschafter van Well, Washington, an das S. 1105
Auswärtige Amt
- Van Well unterrichtet über ein Gespräch mit Vertretern des U.S. Holocaust Memorial Council zur Bitte der Bundesregierung, den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus im künftigen Museum in Washington zu berücksichtigen.
- 221** 23.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1110
iranischen Außenminister Velayati
- Im Mittelpunkt stehen die Resolution 598 des VN-Sicherheitsrats zum irakisch-iranischen Krieg, die Situation am Persischen Golf sowie die Entwicklung im Afghanistan-Konflikt.
- 222** 23.07. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1115
- Hellbeck resümiert den Aufenthalt des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Klein in der Autonomen Region Tibet zum Abschluß des Besuchs in der Volksrepublik China.
- 223** 28.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hartmann, S. 1117
Bundeskanzleramt
- Hartmann faßt das Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem Berater des französischen Staatspräsidenten, Attali, am 24. Juli zusammen, das dem Ausbau der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gewidmet war.
- 224** 29.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1126
irakischen Außenminister Aziz in Paris
- Themen sind die Resolution 598 des VN-Sicherheitsrats zum irakisch-iranischen Krieg und die bilateralen Beziehungen nach

- den Äußerungen des Bundesministers Genscher in einem Rundfunkinterview zum irakisch-iranischen Krieg.
- 225** 31.07. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1137
- Eickhoff faßt die dritte Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen. Er legt die Positionen und Interessenschwerpunkte der NATO- und EG-Mitgliedstaaten, der Warschauer-Pakt-Staaten und der N+N-Staaten dar.
- 226** 03.08. Botschafter Massion, z. Z. Genf, an das Auswärtige Amt S. 1149
- Massion berichtet über die Ergebnisse der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Er geht auf die Interessen einzelner Staaten bzw. Staatengruppen ein und beurteilt die Konferenz im Hinblick auf die Entwicklung des Nord-Süd-Dialogs.
- 227** 07.08. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1159
- Paschke übermittelt Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium zum Entwurf der UdSSR für ein START-Abkommen sowie zum Fortgang der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf.
- 228** 10.08. Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, an das Auswärtige Amt S. 1162
- Michael informiert über die Rede des Präsidenten Ortega zum Abschluß des Friedensabkommens für Zentralamerika in Guatemala-Stadt (Esquipulas II). Er gibt eine Bewertung des Abkommens sowie der Rede.
- 229** 12.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter S. 1165
- Hofstetter befaßt sich mit der Dislozierung von Interkontinentalraketen vom Typ „SS-24“ durch die UdSSR und den rüstungskontrollpolitischen Implikationen, vor allem mit der Frage einer Vereinbarkeit mit dem SALT-II-Vertrag.
- 230** 17.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1168
- Jelonek wägt ab, ob Anträge der Firma Fritz Werner auf Lieferung von Ersatz- und Verschleißteilen für Rüstungsgüter in den Iran genehmigt werden können. Er spricht sich für eine Genehmigung mit Einschränkungen aus und hält eine Entscheidung im Bundessicherheitsrat für notwendig.
- 231** 17.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Berg S. 1173
- Nach dem Selbstmord von Rudolf Heß weist Berg auf die Vereinbarung der Vier Mächte über die Modalitäten der Beisetzung hin. Er vermerkt ferner, daß das Militärgefängnis Berlin-Spandau abgerissen werden solle.

-
- 232** 25.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zayed al-Nahyan in Aachen S. 1176
Thema des Gesprächs mit dem Präsidenten der VAE ist der irakisch-iranische Krieg. Vor allem werden die Haltung der USA und der UdSSR sowie die Bemühungen im VN-Sicherheitsrat um eine Beendigung des Konflikts angesprochen. Außerdem thematisieren die Gesprächspartner die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zum Golf-Kooperationsrat.
- 233** 25.08. Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), an das Auswärtige Amt S. 1179
Stülpnagel faßt die Jahressitzung der Genfer Abrüstungskonferenz zusammen. Neben den einzelnen Themenbereichen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt er die Arbeitsbedingungen sowie die Rolle und Zukunft des Gremiums.
- 234** 25.08. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1189
Paschke unterrichtet über die Haltung der amerikanischen Regierung zu Verifikationsfragen bei einem INF-Abkommen und über Stellungnahmen in der amerikanischen Presse.
- 235** 26.08. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1191
Paschke berichtet über die Reaktion in den USA auf die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl, die Pershing Ia unter bestimmten Bedingungen abzubauen, um den Abschluß eines INF-Abkommens zu erleichtern.
- 236** 27.08. Botschafter Stabreit, z.Z. Kapstadt, an Bundesminister Genscher S. 1193
Stabreit informiert über die ablehnende Haltung der Regierung Südafrikas zu Plänen westeuropäischer Staaten, eine Konferenz von südafrikanischen oppositionellen Gruppen auszurichten. Er äußert sich zu den möglichen Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen.
- 237** 28.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rimini S. 1196
Gesprächsthemen sind der irakisch-iranische Krieg, der Nahost-Konflikt, die Kandidaturen für das Amt des Generalsekretärs der UNESCO, die WEU, die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl zu Pershing Ia und die deutsch-deutschen Beziehungen.
- 238** 28.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1201
Pleuger faßt ein Gespräch von Mitarbeitern des Auswärtigen Amts mit Vertretern von Amnesty International zur Menschenrechtslage in der chilenischen Colonia Dignidad zusammen und macht Vorschläge für das weitere Vorgehen.

- 239** 28.08. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Morr S. 1203
Morr resümiert das deutsch-französische Gespräch über sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Paris, bei dem der Entwurf einer Gemeinsamen Erklärung sowie die Frage einer Ausweitung der bilateralen Kooperation auf die Wirtschafts- und Währungspolitik diskutiert wurden.
- 240** 01.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1210
Lambach
Lambach resümiert und analysiert den Inhalt des gemeinsamen Grundsatzpapiers von SPD und SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“.
- 241** 02.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1215
Ploetz befaßt sich mit der französischen Initiative zur wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit als Antwort auf den Vorschlag der Bundesregierung für eine Erweiterung und Institutionalisierung der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Kooperation.
- 242** 04.09. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das S. 1218
Auswärtige Amt
Meyer-Landrut berichtet über den Abschluß des Gerichtsverfahrens gegen Mathias Rust und die Reaktion der Verteidigung auf das Urteil.
- 243** 04.09. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1220
Paschke informiert über den Stand der START-Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in Genf anhand von Mitteilungen aus dem amerikanischen Außenministerium. Er benennt die bisherigen Verhandlungsergebnisse und die noch offenen Fragen.
- 244** 07.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1223
Generalsekretär des ZK der SED, Honecker
Im Delegationsgespräch gibt Kohl eine Erklärung zum Besuch Honeckers ab, in der er die innerdeutschen sowie die Ost-West-Beziehungen anspricht. Die Gesprächspartner erörtern die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- 245** 07.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1233
Generalsekretär des ZK der SED, Honecker
Beim Gespräch im kleinen Kreis schildert Honecker die wirtschaftliche Lage der DDR. Der Bundeskanzler und der Generalsekretär gehen dann auf die innerdeutschen Beziehungen ein, unter anderem den Reiseverkehr, Grenzfragen, die Lage in Berlin, den Schießbefehl in der DDR, Städtepartnerschaften, Verkehrsprojekte und den Umweltschutz.

-
- 246** 07.09. Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher S. 1243
Kohl äußert sich zu dem von ihm am 26. August erklärten Verzicht auf die Modernisierung der Pershing Ia bzw. deren Abbau und macht deutlich, daß er Abweichungen von seinen Vorstellungen nicht hinnehmen werde.
- 247** 08.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer S. 1244
Genscher und Fischer sprechen über Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem über die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl zu Pershing Ia, nukleare Kurzstreckensysteme sowie konventionelle und chemische Waffen. Sie behandeln ferner die Ost-West-Beziehungen und den KSZE-Prozeß.
- 248** 08.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 1251
Lambach analysiert die personelle Situation in der SED-Führung. Er resümiert die außenpolitischen Erfolge des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, untersucht dessen Position an der Spitze der SED und nennt mögliche Nachfolger.
- 249** 08.09. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 1256
Schlingensiepen berichtet über den Entführungsfall Cordes und Schmidt. Er schildert die Begleitumstände und den Ablauf der Freilassung von Alfred Schmidt.
- 250** 09.09. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1259
Hansen resümiert die Diskussionen im Ständigen NATO-Rat über die Nachfolge des Generalsekretärs Lord Carrington und die Kandidatur des Bundesministers Wörner.
- 251** 10.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ahrens S. 1262
Ahrens zeichnet den Stand des Kambodscha-Konflikts nach. Er erläutert die jüngsten Bemühungen um dessen Beendigung, die Interessen der beteiligten Staaten und die Haltung der Bundesrepublik.
- 252** 11.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister von Singapur, Dhanabalan S. 1270
Genscher und Dhanabalan sprechen über die Lage auf den Philippinen, in Kambodscha, Vietnam und Singapur sowie über den irakisch-iranischen Krieg. Weitere Themen sind die Beziehungen zwischen den EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten, die Nachfolge des UNESCO-Generaldirektors M'Bow, die Lage in der DDR, der Volksrepublik China und der UdSSR sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

- 253** 11.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 1280
Schlagintweit unterrichtet über die Bemühungen der nicaraguanischen Regierung, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern. Er untersucht die Motive und macht Vorschläge für das weitere Vorgehen.
- 254** 11.09. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1284
Gegenstand der Aufzeichnung sind die Überlegungen der Bundesregierung für einen Verhandlungsvorschlag der an den Mandatsgesprächen über konventionelle Rüstungskontrolle teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten. Einer Weisung des Bundesministers Genscher folgend, geht Holik besonders auf das Regional- und das Phasenkonzept ein.
- 255** 11.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1289
Pleuger
Pleuger informiert über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik und faßt die wichtigsten Ergebnisse der politischen Gespräche zusammen.
- 256** 11.09. Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1298
Pfeffer berichtet über die Bemühungen, das in der Obhut der Bundesregierung befindliche, durch den Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 strahlenbelastete Molkepulver in Polen dekontaminieren zu lassen. Er weist auf die Ungewißheit einer polnischen Importgenehmigung hin.
- 257** 15.09. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1303
Holik analysiert den Entwurf der USA für einen INF-Vertrag vom Vortag. Im Vordergrund steht ein Vergleich mit früheren Entwürfen.
- 258** 15.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1307
Lambach
Lambach beurteilt die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED zur innerdeutschen Grenze während Honeckers Besuch in der Bundesrepublik.
- 259** 16.09. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das S. 1309
Auswärtige Amt
Schlingensiepen untersucht die Gründe für die ablehnende Haltung Syriens zu einer Resolution der VN-Generalversammlung zu Afghanistan.
- 260** 17.09. Deutsch-spanisches Regierungsgespräch S. 1312
Themen sind die bilateralen Beziehungen, insbesondere Kooperationsprojekte im wirtschaftlichen Bereich, sowie die Reformbedürftigkeit der Europäischen Gemeinschaften.

-
- 261** 18.09. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1319
Paschke informiert, er sei im amerikanischen Außenministerium über den Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA unterrichtet worden. Er habe vor allem Informationen über das Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle erhalten.
- 262** 21.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1321
Roßbach
Roßbach macht auf die sinkenden Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik und die politischen Auswirkungen dieser Entwicklung aufmerksam.
- 263** 21.09. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. New S. 1323
York, an das Auswärtige Amt
Richthofen berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am Rande der VN-Generalversammlung, in dessen Mittelpunkt die bilateralen und die Ost-West-Beziehungen sowie die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik standen.
- 264** 22.09. Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten S. 1332
mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in New York
Gesprächsthemen sind die Lage im Persischen Golf, der irakisch-iranische Krieg und die Resolution 598 des VN-Sicherheitsrats sowie die Frage, wie dieser Konflikt beendet werden könnte.
- 265** 22.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Fritzsche S. 1338
Fritzsche vermerkt, er sei im Bundesministerium der Verteidigung über die dort geführten Gespräche des israelischen Verteidigungsministers Rabin unterrichtet worden. Im Vordergrund habe die deutsch-israelische Rüstungskooperation gestanden.
- 266** 22.09. Botschafter van Well, Washington, an das S. 1342
Auswärtige Amt
Nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA zeigt van Well die Perspektiven für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über START und Welt- raumwaffen in Genf auf.
- 267** 23.09. Ministerialdirigent Jansen, z. Z. New York, an das S. 1345
Auswärtige Amt
Jansen unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Khamenei, in dem der Entführungsfall Cordes und Schmidt sowie der irakisch-iranische Krieg, vor allem die Resolution 598 des VN-Sicherheitsrats, behandelt wurden.

- 268** 24.09. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Botschafter Holik, beide z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1347
- Richthofen und Holik informieren über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, bei dem die INF-Verhandlungen, START und die Verhandlungen über chemische Waffen besprochen wurden. Weitere Themen waren der irakisch-iranische Krieg und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR.
- 269** 25.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Berlin (West) S. 1358
- Kohl und Thatcher erörtern die Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington, den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik, die Entwicklung in der UdSSR, Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die EG-Agrarpolitik und die Lage in Südafrika.
- 270** 25.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 1365
- Schlagintweit rekapituliert die Vorwürfe, in der chilenischen Colonia Dignidad würden Menschenrechte verletzt. Er gibt einen Überblick über die bisherigen Maßnahmen der Botschaft in Santiago de Chile und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen.
- 271** 28.09. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch S. 1372
- Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Gorla schildern zunächst die innenpolitische und wirtschaftliche Lage ihrer Staaten. Die Gesprächsteilnehmer behandeln dann die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik, die INF-Verhandlungen und den irakisch-iranischen Krieg.
- 272** 29.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 1380
- Nagel faßt die Ergebnisse des sechsten Treffens der „Australischen Initiative“ und die weiteren Fortschritte bei der Kontrolle des Exports von chemischen Substanzen, die für die Produktion chemischer Waffen geeignet sind, zusammen.
- 273** 29.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich, Bundeskanzleramt S. 1386
- Bitterlich resümiert die dritte Runde der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen, in der auch die französische Initiative einer wirtschafts- und währungspolitischen Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich diskutiert wurde.

-
- 274** 30.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush S. 1391
Kohl und Bush sprechen über die Kandidaten für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1988, den Besuch von Bush in Polen, über Ungarn, die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die Ost-West-Beziehungen sowie die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.
- 275** 30.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1399
Gegenstand der Aufzeichnung ist die dritte Sitzung der Interministeriellen Kommission zur Vorbereitung des Abzugs der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik.
- 276** 02.10. Brigadegeneral Fraidel, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1402
Fraidel informiert über ein Gespräch mit dem militärischen Berater von Staatspräsident Mitterrand, General Fleury. Ausgehend vom gemeinsamen Manöver „Kecker Spatz“ standen in dessen Mittelpunkt die Beziehungen Frankreichs zur NATO und die französische Nuklearstrategie.
- 277** 07.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Grósz S. 1408
Im Vordergrund stehen neben dem Reformkurs in Ungarn die bilateralen Beziehungen, insbesondere die an diesem Tag unterzeichneten Abkommen über wirtschaftliche, finanzielle, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit. Weitere Themen sind Visafragen sowie die jeweiligen Beziehungen zu Polen.
- 278** 07.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1418
Dreher erörtert die auch nach einem INF-Abkommen fortdauernde Verwundbarkeit Westeuropas durch bodengestützte strategische Systeme der UdSSR. Überdies analysiert er die Auswirkungen eines möglichen START-Abkommens.
- 279** 09.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker S. 1420
Stoecker informiert über die Entsendung dreier Schiffe der Bundesmarine ins Mittelmeer, um NATO-Partner im Persischen Golf zu entlasten. Er geht ebenso auf die Position der Bundesregierung zu Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets ein.
- 280** 12.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin S. 1423
Themen sind die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen und Abrüstungsfragen, insbesondere der INF-Vertrag, START sowie chemische und konventionelle Waffen. Besprochen wird zudem die Frage einer gesamteuropäischen Friedensordnung.

- 281** 12.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1435
 Richthofen erörtert die rechtlichen Grundlagen bzw. die politische Opportunität, gegenüber Polen Schadensersatzansprüche wegen der Beschießung des Tenders „Neckar“ der Bundesmarine geltend zu machen.
- 282** 12.10. Generalkonsul Breitenbach, Genf, an das Auswärtige Amt S. 1441
 Breitenbach informiert, der ehemalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Barschel, sei tot in einem Genfer Hotel aufgefunden worden. Während die schweizerische Staatsanwaltschaft keine Gewalteinwirkung erkennen könne, gehe Barschels Familie von Mord aus.
- 283** 13.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1443
 Ploetz resümiert die Gespräche von Bundesminister Genscher im amerikanischen Präsidialamt. Erörtert wurden die Ost-West-Beziehungen, das transatlantische Verhältnis, die Nachfolge von NATO-Generalsekretär Lord Carrington sowie die Lage in Zentralamerika und am Persischen Golf.
- 284** 15.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Inkatha Freedom Party, Buthelezi S. 1450
 Gesprächsgegenstand sind die Lage in Südafrika, die dortigen Entwicklungsperspektiven sowie mögliche EG-Sanktionen.
- 285** 15.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1455
 Jelonek nimmt Stellung zu einem vom Bundesministerium für Forschung und Technologie vorgelegten Optionenpapier zur Weltraumpolitik der Bundesregierung.
- 286** 15.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler S. 1460
 Fiedler empfiehlt, die Stelle des Botschafters in Tripolis wieder zu besetzen, die seit dem Attentat auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) von einem Geschäftsträger wahrgenommen wurde.
- 287** 16.10. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal S. 1463
 Vollmar-Libal gibt einen Überblick über die Entwicklung und den Stand der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Dabei geht sie hauptsächlich auf die Haltung der Warschauer-Pakt-Staaten zu einem Schlußdokument ein.
- 288** 16.10. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1467
 Hellbeck informiert über das Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit Ministerpräsident Zhao Ziyang. Themen

- waren die bilaterale Wirtschaftszusammenarbeit, die Reformpolitik in der Volksrepublik China und in der UdSSR sowie ein INF-Abkommen.
- 289** 19.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow S. 1471
Jagow unterrichtet über den Stand der bilateralen Beziehungen zu Nicaragua und skizziert Optionen für ihre Intensivierung.
- 290** 21.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 1475
Anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien legt Kastrup Überlegungen für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit der albanischen Führung vor.
- 291** 22.10. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1478
Hansen stellt Überlegungen zur NATO-Strategie und zur nuklearen Rüstungskontrolle im Bereich von SRINF und SNF an.
- 292** 23.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Alia in Tirana S. 1482
Im Zentrum stehen die Aufnahme der diplomatischen Beziehung beider Staaten und die künftige Intensivierung der Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.
- 293** 23.10. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1486
Holik unterbreitet ein Arbeitspapier als Grundlage für einen Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten für die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und erörtert dessen Prinzipien.
- 294** 23.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff S. 1491
Holthoff analysiert die Reden des Staatspräsidenten Mitterrand während seines Besuchs in der Bundesrepublik zur Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen.
- 295** 23.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Born S. 1494
Born äußert sich zu den Protestaktionen von kurdischen Gruppen im In- und Ausland. Im Vorfeld der Parlamentswahlen in der Türkei sei deren Ziel nicht zuletzt die Freigabe der von der Polizei in Köln beschlagnahmten „Kriegskasse“.
- 296** 24.10. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1497
Hansen informiert über die außerordentliche Tagung des NATO-Ministerrats, in der der amerikanische Außenminister Shultz seine Kollegen über seine Gespräche am 22./23. Oktober mit dem

- Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau unterrichtete. Dabei seien Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere INF und START, sowie Regionalkonflikte erörtert worden.
- 297** 26.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin S. 1508
- Im Mittelpunkt des Gesprächs steht der Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in der UdSSR, besonders mit Blick auf ein INF- und START-Abkommen sowie ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen. Weitere Themen sind Abrüstung und Rüstungskontrolle bei chemischen und konventionellen Waffen, die Vertiefung der bilateralen Beziehungen, der Reformprozeß in der UdSSR und die Entwicklungen am Persischen Golf, in der UNESCO und der WEU.
- 298** 27.10. Gespräch des Ministerialdirigenten Fiedler mit dem Leiter des israelischen Militärischen Nachrichtendienstes, Lipkin-Shahak S. 1514
- Die Gesprächspartner erörtern die Lage im Nahen und Mittleren Osten, vor allem den irakisch-iranischen Krieg, den Einfluß des Iran im Libanon und die dortige Entwicklung.
- 299** 28.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 1516
- Nagel setzt sich mit möglichen Vorwürfen gegen die Bundesrepublik auseinander, die im Falle einer Einstellung des Bußgeldverfahrens gegen die der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika beschuldigten Firmen zu erwarten seien.
- 300** 29.10. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1518
- Kohl bittet Reagan, den Kandidaten der Bundesregierung für das Amt des NATO-Generalsekretärs, Wörner, zu unterstützen.
- 301** 30.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1520
- Van Well resümiert die gemeinsame Sitzung der Special Consultative Group (SCG) und der High Level Group (HLG) der NATO, bei der der Zeitplan und die Modalitäten des Raketenabbaus im Falle der Unterzeichnung eines INF-Vertrags im Mittelpunkt standen. Erörtert wurden ferner künftige Vor-Ort-Inspektionen und ein Stationierungsländer-Übereinkommen.
- 302** 30.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1524
- Van Well gibt amerikanische Informationen über den Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA

- wieder. Dabei seien Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere INF, START und SDI, Menschenrechtsprobleme und Regionalkonflikte besprochen worden.
- 303** 30.10. Botschafter Disdorn, Luanda, an das Auswärtige Amt S. 1528
Disdorn referiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident dos Santos, das den Konflikten in Angola und Namibia gewidmet war.
- 304** 02.11. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 1532
Genscher bittet Shultz, die USA sollten nunmehr die übrigen NATO-Mitgliedstaaten von ihrer Unterstützung für Manfred Wörner als Kandidaten der Bundesregierung für das Amt des NATO-Generalsekretärs in Kenntnis setzen.
- 305** 03.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1534
Jelonek nimmt Stellung zur Verhängung amerikanischer Wirtschaftssanktionen gegen den Iran und zur Aufforderung der USA an die NATO-Mitgliedstaaten und gerade an die Bundesrepublik, sich dieser Politik anzuschließen.
- 306** 04.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bundeskanzler Vranitzky S. 1541
Themen sind neben der innenpolitischen Lage in der UdSSR, in der ČSSR, Ungarn und Rumänien die deutsch-deutschen Beziehungen. Darüber hinaus werden bilaterale Fragen angesprochen, insbesondere die des alpenüberquerenden Verkehrs sowie die eines Abkommens zur Regelung von Fragen im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen.
- 307** 05.11. Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), Hocké S. 1545
Gesprächsgegenstand sind die weltweite Flüchtlingssituation, die öffentliche Meinung in Westeuropa zur Flüchtlingsfrage sowie die Asylpolitik der Bundesrepublik.
- 308** 09.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter S. 1548
Hofstetter berichtet über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie über die Aussichten für eine Kompromißlösung im Bereich der Weltraum- und Defensivwaffen.

- 309** 09.11. Generalkonsul Steinkühler, Mailand, an das Auswärtige Amt S. 1555
Steinkühler beschwert sich über die Vorgaben des Auswärtigen Amtes zur Ausrichtung der Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Costermano am Volkstrauertag.
- 310** 09.11. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 1557
Kullak-Ublick schildert seine Eindrücke während des Konsularsprechtags in der Colonia Dignidad. Er berichtet über den dortigen Alltag und fordert eine baldige Untersuchung der Vorgänge in der Siedlung durch eine Delegation aus der Bundesrepublik.
- 311** 09.11. Botschafter von Stülpnagel, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1562
Stülpnagel berichtet über seine Gespräche mit Mitgliedern des amerikanischen Außen- und Verteidigungsministeriums zum Verbot chemischer Waffen. Die USA bezweifelten die Möglichkeiten einer zuverlässigen Verifikation und plädierten für die Vorhaltung einer Sicherheitsreserve.
- 312** 10.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead S. 1567
Whitehead unterrichtet über seinen Besuch in Jugoslawien. Die Gesprächspartner erörtern sodann die innen- und wirtschaftspolitische Lage sowie die Frage der Menschenrechte in den Warschauer-Pakt-Staaten.
- 313** 10.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder S. 1571
Schönfelder informiert über die Vorschläge der EG-Kommission für ein Modell der Ausgleichszahlungen an Großbritannien und geht auch auf die mögliche künftige Belastung des Bundeshaushalts ein.
- 314** 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder S. 1575
Schönfelder analysiert die politischen und makroökonomischen Faktoren, die zur krisenhaften Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten („Schwarzer Montag“) geführt haben und schlägt koordinierte währungspolitische Maßnahmen vor.
- 315** 12.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac in Karlsruhe S. 1582
Gesprächsthemen sind die aktuelle Wirtschaftslage, mögliche Maßnahmen im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik sowie die Vorbereitung des Europäischen Rats in

- Kopenhagen und des 25. Jahrestags des deutsch-französischen Vertrags von 1963.
- 316** 12.11. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Karlsruhe S. 1590
- Erörtert werden bilaterale Fragen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere die Rüstungszusammenarbeit, die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade und die Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungsrats. Weitere Themen sind die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.
- 317** 12.11. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1601
- Paschke unterrichtet über den Stand der INF-Verhandlungen im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf.
- 318** 13.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac in Karlsruhe S. 1606
- Im Mittelpunkt stehen die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade und die Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungsrats sowie der bevorstehende Europäische Rat in Kopenhagen und das Deutsch-Französische Jugendwerk.
- 319** 13.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher an die Botschaft in Washington S. 1610
- Dreher informiert über die amerikanischen Angaben zum Dislozierungsstand der amerikanischen nuklearen Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik. Wegen der Ersatzteilreserve existiere eine gewisse Abweichung zu den der Öffentlichkeit bekannten Zahlen.
- 320** 16.11. Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt S. 1612
- Finckenstein berichtet über die Ergreifung des ehemaligen SS-Oberscharführers Schwammberger in Argentinien. Ferner bittet er um Weisung, wie das Auslieferungsverfahren durchgeführt werden solle.
- 321** 18.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Chissano in Maputo S. 1614
- Im Zentrum des Gesprächs stehen die politische, soziale und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und in Mosambik, die Ost-West-Beziehungen und der Nord-Süd-Konflikt sowie das südliche Afrika, in erster Linie die Rolle Südafrikas in der Region.
- 322** 18.11. Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt S. 1637
- Nowak unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud

- al-Faisal. Gesprächsthemen waren die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat, die Lage im Nahen Osten und der irakisch-iranische Krieg sowie die Ergebnisse der außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Amman.
- 323** 19.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Moi in Nairobi S. 1641
Themen sind die innenpolitische, soziale und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und Kenia, die bilateralen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen sowie die Lage im südlichen Afrika.
- 324** 19.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 1651
Sulimma nimmt Stellung zur Weigerung des Bundeskanzlers Kohl, den Botschafter in Maputo, Nölle, zu den Gesprächen mit Präsident Chissano hinzuzuziehen. Er regt an, den Sachverhalt mit dem Bundeskanzleramt aufzunehmen.
- 325** 19.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein S. 1653
Anlässlich des irakischen Angriffs auf das im Bau befindliche iranische Kernkraftwerk Bushehr referiert Blankenstein über die völkerrechtlichen Grundlagen eines Verbots bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen. Dabei nimmt er Bezug zu den Diskussionen über diese Frage in der IAEO und bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD).
- 326** 19.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schönfelder S. 1656
Schönfelder erörtert die Lage der Weltwirtschaft, die Risiken und Chancen der Krise an den internationalen Finanzmärkten und nennt koordinierte, unilaterale wie multilaterale Schritte zur Lösung der Probleme.
- 327** 20.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher S. 1660
Dreher analysiert die künftige Rolle von Nuklearwaffen kurzer Reichweite (SNF) nach Abschluß eines INF-Abkommens und setzt sie in Zusammenhang mit der Bündnisstrategie und der Rolle konventioneller Streitkräfte.
- 328** 20.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kunzmann S. 1671
Kunzmann berichtet über die Zunahme der Vorsprachen von DDR-Bürgern zu Ausreiseangelegenheiten in Vertretungen der Bundesrepublik in den Warschauer-Pakt-Staaten. Ferner erläutert er die Grundsätze zum Umgang mit „Botschaftsflüchtlingen“.

-
- 329** 20.11. Botschafter Bartels, Amman, an das Auswärtige Amt S. 1674
Bartels informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Außenminister al-Masri. Erörtert wurden die Ergebnisse der außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Amman, die Lage im Nahen Osten, der irakisch-iranische Krieg sowie der israelisch-palästinensische Konflikt.
- 330** 21.11. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1681
Ellerkmann unterrichtet über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Saddam Hussein, dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Ramadhan und Außenminister Aziz. Themen waren die Ergebnisse der außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Amman, die bilateralen Beziehungen sowie der irakisch-iranische Krieg.
- 331** 21.11. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1686
Ruhfus teilt die Ergebnisse der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) in Washington mit. Behandelt wurden der Stand der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf und die Frage von Inspektionsvereinbarungen in einem INF-Abkommen.
- 332** 21.11. Fregattenkapitän Strebe, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1690
Strebe gibt Informationen wieder, wonach Israel im Gegenzug zur Ausreise iranischer Juden nach Israel den Iran mit Rüstungsgütern beliefern soll.
- 333** 23.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1691
Richthofen resümiert die Ergebnisse der deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen. Im Mittelpunkt standen bilaterale Fragen, insbesondere das Protokoll über Konsultationen, die Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München, die Erarbeitung eines Kulturprogramms, der verbesserte Informationsaustausch und ein gemeinsames Umweltschutzabkommen.
- 334** 24.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 1697
Derix berichtet über den Stand der Ausreisezahlen von Deutschstämmigen aus Rumänien auf der Basis der im Jahr 1988 auslaufenden Übereinkunft von 1983. Er erläutert deren Grundlagen und prognostiziert die Kosten verschiedener Ausreisesezenarien vor dem Hintergrund einer Neuverhandlung der Übereinkunft.

- 335** 24.11. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 1700
Kohl begrüßt die Anregungen Gorbatschows zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen und benennt ausbaufähige Bereiche. Ferner widmet er sich den Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- 336** 25.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gemayel S. 1707
Im Zentrum des Gesprächs stehen die politische, militärische und soziale Lage im Libanon, das bilaterale Verhältnis und die Frage der politischen Unterstützung seitens der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaften.
- 337** 25.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors S. 1714
Erörtert werden eine Unterstützung des Libanon durch die EG-Mitgliedstaaten, die Lage der Europäischen Gemeinschaften vor dem Europäischen Rat in Kopenhagen, die Reformvorschläge der EG-Kommission („Delors-Paket“) sowie die deutsch-französischen Beziehungen.
- 338** 25.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 1720
Derix untersucht die Auswirkungen der Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf die Politik der nicht-sowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten.
- 339** 25.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde S. 1728
Buerstedde bewertet eine nach den Bestimmungen der KVAE von der UdSSR und eine von der DDR durchgeführte Manöverinspektion auf dem Gebiet der Bundesrepublik.
- 340** 25.11. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1733
Hansen informiert über die außerordentliche Tagung des NATO-Ministerrats, auf der der amerikanische Außenminister Shultz über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Schevardnadse in Genf berichtete.
- 341** 26.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák in Prag S. 1741
Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, der Stand der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf, EG-Fragen und die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow.

- 342** 26.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1744
Lambach
Lambach unterrichtet über den Stand der Beratungen in der Bonner Vierergruppe zur Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan. Weiter informiert Lambach über das amerikanische Ansinnen, in dieser Frage mit einer Note an die UdSSR heranzutreten.
- 343** 26.11. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1748
Kohl legt mit Blick auf das bevorstehende Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die Haltung der Bundesregierung zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Menschenrechte in der UdSSR und zur Berlin-Initiative Reagans dar.
- 344** 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1753
Jelonek prüft die Möglichkeiten der Bundesrepublik für eine erfolgreiche Initiative zum Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen in den dafür in Frage kommenden Gremien. Er kommt zu dem Ergebnis, daß keine Aussicht auf eine erfolgreiche Initiative bestehe.
- 345** 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Jansen S. 1758
Jansen informiert über die Gespräche des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium, Nyheim, in denen vor allem die Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington besprochen wurde.
- 346** 01.12. Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl S. 1760
Das Gespräch dient der Vorbereitung der Bundesregierung auf die Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen. Thema sind die Reformvorschläge der EG-Kommission („Delors-Paket“).
- 347** 01.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 1767
Auswärtige Amt
Hansen informiert über den geschlossenen Teil der Ministersitzung der Eurogroup der NATO in Brüssel. Im Zentrum standen die Arbeit der Untergruppen der Eurogroup, Fragen der Öffentlichkeitsarbeit und die Strategie des Bündnisses nach Abschluß des INF-Abkommens.
- 348** 01.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 1773
Auswärtige Amt
Hansen gibt die Diskussion in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO im kleinen Kreis wieder. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Unterzeichnung des INF-Abkommens seien künftige Aufgaben der Allianz erörtert worden.

- 349** 01.12. Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1782
Paschke informiert über Details der für 13 Jahre gültigen Verifikationsregelungen, die Eingang in das INF-Abkommen finden sollen.
- 350** 02.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann an Generalkonsul Steinkühler, Mailand S. 1787
Kunzmann erteilt Steinkühler eine Weisung zur künftigen Durchführung von Gedenkveranstaltungen am Volkstrauertag auf dem Soldatenfriedhof in Costermano.
- 351** 02.12. Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 1788
Verbeek unterrichtet über den Ad-limina-Besuch der katholischen Bischöfe der Berliner Bischofskonferenz bei Papst Johannes Paul II. Dabei seien die Lage der katholischen Kirche in der DDR und ein Besuch des Papstes dort erörtert worden.
- 352** 04.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Kopenhagen S. 1791
Themen sind die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der USA sowie die Reformvorschläge der EG-Kommission („Delors-Paket“).
- 353** 04.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bazing S. 1795
Bazing verweist auf erneute Vorwürfe in der VN-Generalversammlung gegen die Bundesrepublik wegen der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika. Mit Blick auf die zu erwartende Einstellung des Ordnungswidrigkeitsverfahrens gegen die beteiligten Firmen skizziert er eine Vorgehensweise, um den außenpolitischen Schaden zu begrenzen.
- 354** 04.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg S. 1799
Mit Blick auf die Einflüge sowjetischer INF-Inspektoren in die Bundesrepublik erörtert Hillgenberg das Verhältnis zwischen der Lufthoheit der Bundesrepublik und den Vorbehaltsrechten der Drei Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes.
- 355** 04.12. Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1803
Joetze resümiert die 43. Runde der MBFR-Verhandlungen. Er legt dar, daß MBFR für die NATO-Mitgliedstaaten wie für die Warschauer-Pakt-Staaten an Bedeutung eingebüßt habe zugunsten der KRK-Gespräche.

-
- 356** 05.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident S. 1807
Mitterrand in Kopenhagen
Die Gesprächspartner diskutieren das weitere Vorgehen auf der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen, in dessen Mittelpunkt die Reformvorschläge der EG-Kommission („Delors-Paket“) standen. Weitere Themen sind die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Elysée-Vertrags, die bilateralen sicherheitspolitischen Konsultationen sowie die Lage in der UdSSR.
- 357** 07.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1812
italienischen Außenminister Andreotti in Rom
Nach der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen werden offengebliebene Fragen aus dem Bereich der EG-Agrar- und -Haushaltspolitik erörtert, ferner die bilateralen Beziehungen, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die WEU und der irakisch-iranische Krieg.
- 358** 07.12. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das S. 1820
Auswärtige Amt
Ungerer informiert über den Verlauf und die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen. Dort sei keine Einigung über den zentralen Beratungsgegenstand, das „Delors-Paket“, erzielt worden.
- 359** 08.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 1822
Auswärtige Amt
Hansen gibt Informationen des britischen NATO-Botschafters Alexander über das Gespräch der Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Brize Norton wieder. Im Zentrum standen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- 360** 08.12. Botschafter Ruhfus, Washington, an das S. 1824
Auswärtige Amt
Ruhfus schildert die Zeremonie bei der Unterzeichnung des INF-Vertrags durch Präsident Reagan und den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Washington.
- 361** 09.12. Botschafter Elsässer, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1826
Elsässer berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak. Dabei seien die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und Staaten der Arabischen Liga, die Situation in Syrien, die Rolle der PLO, die Opportunität einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten sowie der irakisch-iranische Krieg erörtert worden. Ein weiteres Thema war die Situation der Bahais in Ägypten.

- 362** 09.12. Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), S. 1831
an das Auswärtige Amt
York stellt Überlegungen an zum Stimmverhalten der Bundesrepublik im Falle einer weiteren Abstimmung im VN-Sicherheitsrat über einen Abzug südafrikanischer Streitkräfte aus Angola.
- 363** 11.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1834
Ploetz nimmt Stellung zu den Anmerkungen und Fragen des Bundesministers Genscher zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 20. November über die künftige Rolle der nuklearen Kurzstreckensysteme.
- 364** 11.12. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1837
Ruhfus resümiert das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Im Mittelpunkt standen die Unterzeichnung des INF-Vertrags, START, SDI, der ABM-Vertrag von 1972, Nukleartests, chemische Waffen und SNF.
- 365** 11.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das S. 1841
Auswärtige Amt
Meyer-Landrut liefert eine Bewertung des Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow.
- 366** 11.12. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, S. 1844
z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt
Richthofen berichtet über das traditionelle Deutschlandtreffen der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am Vorabend der NATO-Ministerratstagung. Gesprächsthemen waren die Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan und die alliierten Rechte in Berlin (West).
- 367** 11.12. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, S. 1848
z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt
Richthofen faßt die Konsultationen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Brüssel zusammen. Themen waren die Beziehungen zur UdSSR sowie den mittel- und osteuropäischen Staaten, ferner die Stellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im politischen System der UdSSR, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, der irakisch-iranische Krieg sowie die Lage in Zentralamerika.
- 368** 12.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1857
sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow
Karpow unterrichtet über das Gipfeltreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan in

- Washington. Des weiteren werden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt.
- 369** 12.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1863
- Hansen resümiert die Aussprache in der NATO-Ministerrats- tagung im kleinsten Kreis über den Bericht des amerikanischen Außenministers Shultz zum Gipfeltreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan in Wa- shington.
- 370** 14.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, in Brüssel S. 1869
- Die Gesprächspartner erörtern die weitere Vorgehensweise in den Europäischen Gemeinschaften nach der Tagung des Euro- päischen Rats in Kopenhagen.
- 371** 15.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1873
- Vor dem Hintergrund des Abschlusses des INF-Vertrags reka- pitulieren Shultz und Kohl die Entwicklung seit dem NATO- Doppelbeschuß von 1979. Weitere Themen sind die Stellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der UdSSR, die Beziehungen der Bundesrepublik zu den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Entwicklung in Afghanistan.
- 372** 15.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1881
- Thema ist die Bitte der USA, die Entscheidung der Weltbank, Chile einen weiteren Strukturanpassungskredit zu gewähren, aus politischen Gründen zu verschieben.
- 373** 15.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach S. 1884
- Roßbach stellt Überlegungen hinsichtlich des Beitrags von nu- klearen Kurzstreckensystemen (SNF) im Verteidigungskonzept der NATO an.
- 374** 16.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ammon S. 1889
- Ammon analysiert die Position der USA in den Verhandlungen über eine europäische Beteiligung an der Internationalen Raum- station („Columbus“). Er empfiehlt die Prüfung einer eigenstän- digen europäischen Lösung.
- 375** 17.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu in Bukarest S. 1892
- Im Zentrum stehen die bilateralen Beziehungen und ihre an- gestrebte Vertiefung, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet.

Weitere Themen sind Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage im Nahen Osten und die Beziehungen Rumäniens zu den Europäischen Gemeinschaften.

- 376** 17.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kölsch S. 1901
Kölsch resümiert das Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten für Terrorismusbekämpfung, Bremer. Es seien Fragen der Finanzierung des internationalen Terrorismus und der Visaerteilung, die jeweilige Zusammenarbeit mit Jugoslawien und die Aktivitäten der Abu-Nidal-Gruppe in Algerien angesprochen worden.
- 377** 18.12. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das S. 1905
Auswärtige Amt
Eickhoff zieht eine Bilanz der vierten Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz in Wien. Er erörtert den Zusammenhalt innerhalb der westlichen Allianz sowie das Verhältnis zu den Warschauer-Pakt-Staaten bzw. den N+N-Staaten. Ferner gibt er einen Überblick über die Diskussion einzelner Themen innerhalb der KSZE-Körbe.
- 378** 22.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1919
Heubaum
Heubaum resümiert das Gespräch mit den Mitgliedern einer Untersuchungskommission aus der Bundesrepublik, die im Auftrag des Auswärtigen Amts Klarheit über die Verhältnisse in der Colonia Dignidad in Chile gewinnen sollte.
- 379** 28.12. Botschaftsrat Zepter, Genf (GATT-Delegation), an das S. 1924
Auswärtige Amt
Zepter faßt den Verlauf der Initialphase der Uruguay-Runde des GATT zusammen. Er gibt einen Ausblick für die Verhandlungen im Folgejahr und die Aufgaben der Bundesrepublik während ihrer EG-Ratspräsidentschaft.
- 380** 29.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram S. 1933
Bertram empfiehlt, dem Anliegen des Bundesministeriums der Verteidigung für eine Initiative in der NATO zuzustimmen, die auf eine Umwandlung der bisherigen „Naval On Call Force“ im Mittelmeer in eine „Standing Naval Force“ abzielt.
- 381** 29.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das S. 1936
Auswärtige Amt
Meyer-Landrut berichtet über das Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Im Mittelpunkt standen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem der INF-Vertrag, und die bilateralen Beziehungen.

Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949/50–1953, 1962–1984, München 1994–2015; 1985/1986, Berlin/Boston 2016/2017.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950.
- ADENAUER UND DIE HOHEN KOMMISSARE 1952 Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearbeitet von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München 1990.
- AMERIKA-DIENST Amerika Dienst, hrsg. vom United States Information Service, Embassy of the United States of America, Bonn 1971 ff.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- ARAB-ISRAELI CONFLICT The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton, New Jersey 1991.
- ATTALI, Verbatim II Jacques Attali, Verbatim. Band 2: Chronique des années 1986–1988, Paris 1995.
- AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1987 Aussenpolitische Korrespondenz, hrsg. von der Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, 31. Jahrgang, Berlin [Ost] 1987.
- BDFD Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963. Band I: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
- BT DRUCKSACHEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.

- ferenz von Potsdam, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied/Frankfurt am Main 1992. Band 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, München 1997.
- DzD III/1 bzw. III/3 bzw. III/4
Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: 5. Mai 1955 bis 9. November 1958. Band 1: 5. Mai bis 31. Dezember 1955, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1961. Band 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1957, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1967. Band 4: 1. Januar bis 9. November 1958, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1969.
- DzD V/2
Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1968, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt am Main 1987.
- DzD VI/7
Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe: 21. Oktober 1969 bis 1. Oktober 1982. Band 7: 1. Januar 1981 bis 1. Oktober 1982, hrsg. von Michael Hollmann, Berlin/Boston 2016.
- DzD VII/1
Dokumente zur Deutschlandpolitik. VII. Reihe: 1. Oktober 1982 bis 3. Oktober 1990. Band 1: 1. Oktober 1982 bis 31. Dezember 1984, hrsg. von Michael Hollmann, Berlin/Boston 2018.
- EUROPA-ARCHIV
Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- FRANKREICH-INFO
Frankreich-Info, hrsg. von der Presse- und Informationsabteilung der Französischen Botschaft, Bonn 1987.
- FRUS 1961–1963
Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band X: Cuba, January 1961–September 1962, Washington D.C. 1997. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath, Washington D.C. 1996. Band XIII: Western Europe and Canada. Washington D.C. 1994.
- FRUS 1969–1976
Foreign Relations of the United States, 1969–1976. Band XV: Soviet Union, June 1972–August 1974, Washington D.C. 2011.
- FRUS 1977–1980
Foreign Relations of the United States, 1977–1980. Band III: Foreign Economic Policy, Washington D.C. 2013.

- FRUS 1981–1988 Foreign Relations of the United States, 1981–1988. Band VI: Soviet Union October 1986–January 1989, Washington D. C. 2016.
- FRUS, Malta and Yalta 1945 Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington D. C. 1955.
- FRUS, Washington and Casablanca Foreign Relations of the United States. The Conferences at Washington 1941–1942, and Casablanca 1943. Washington D. C. 1968.
- GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT Gemeinsames Ministerialblatt, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn/Köln 1950 ff.
- GENSCHER, Erinnerungen Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
- GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR BERLIN Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, hrsg. vom Senator für Justiz, Berlin 1951 ff.
- GORBATSCHOW, Erinnerungen Michail Gorbatschow, Erinnerungen. Aus dem Russischen von Igor Petrowitsch Gorodetzki, Berlin 1995.
- GORBATSCHOW, Gipfelgespräche Michail S. Gorbatschow, Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993.
- GORBATSCHOW, Reden Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 2: Februar 1984–Oktober 1985. Band 3: Oktober 1985–Juli 1986, Berlin [Ost] 1987. Band 4: Juli 1986–April 1987. Berlin [Ost] 1988. Band 5: April 1987–Dezember 1987, Berlin [Ost] 1990.
- GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, hrsg. von Aleksandr Galkin und Anatolij Tschernjajew. Deutsche Ausgabe hrsg. von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger. Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz, München 2011.
- HANSARD Parliamentary Debates (Hansard). Sixth Series, Volume 120, House of Commons, Official Report. First Session of the Fiftieth Parliament of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Thirty-Sixth Year of the Reign of Her Majesty Queen Elizabeth II. Session 1987-88, Comprising Period 20 July–23 October 1987, London [1987].
- HONECKER, Moabiter Notizen Erich Honecker, Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle

- vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994.
- HONECKER, Reden
Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 7, Berlin [Ost] 1982. Band 12, Berlin [Ost] 1988.
- INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN
Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
- JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE
Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale, Paris 1947 ff.
- KATHOLISCHE KIRCHE
Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990, hrsg. von Gerhard Lange, Ursula Pruß, Franz Schrader, Siegfried Seifert, 2. Auflage, Leipzig 1993.
- KOALITION DER VERNUNFT
Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.
- KOHL, Erinnerungen 1982–1990
Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
- KWIZINSKI, Sturm
Julij A. Kwizinkij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.
- MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK
Monatsberichte der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main 1949 ff.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974
Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980
Texts of Final Communiqués (Volume II). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1975–1980, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985
Texts of final communiqués (Volume III). Issued by ministerial sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group 1981–1985, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990
Texts of final communiqués (Volume IV). Issued by ministerial sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and

- the Nuclear Planning Group 1986–1990, Brüssel o. J.
- NATO STRATEGY DOCUMENTS
NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
- NITZE, Hiroshima
Paul Henry Nitze mit Ann Martin Smith und Steven L. Rearden, *From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision. A Memoir*, New York 1989.
- OSTEUROPA
Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart 1951 ff.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE
La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1980 (4 Teilbände), 1986 (6 Teilbände), 1987 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.
- POLENS GEGENWART
Polens Gegenwart, 20. Jahrgang, 1987, hrsg. von der Polnischen Agentur Interpress, Auslandspresseredaktion, Warschau o. J.
- PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Fifth Session
Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Fifth Session. Manila, 7 May–3 June 1979. Volume I. Report and Annexes. United Nations, New York 1981.
- PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Fourth Session
Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Fourth Session. Nairobi, 5–31 May 1976. Volume I. Report and Annexes. United Nations, New York 1977.
- PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Seventh Session
Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Seventh Session. Geneva, 9 July–3 August 1987. Volume I. Report and Annexes. United Nations, New York 1989.
- PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Sixth Session
Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Sixth Session. Belgrade, 6 June–2 July 1983. Volume I. Report and Annexes. United Nations, New York 1984.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1978
Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 30, 1978. Band II: June 30 to December 31, 1978, Washington D. C. 1979.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1969
Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President 1969, Washington D. C. 1971.

- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1981, January 20 to December 31, 1981, Washington D. C. 1982.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1982. Band I: January 1 to July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 bzw. 1985.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1984. Band I: January 1 to June 29, 1984. Band II: June 30 to December 31, 1984, Washington D. C. 1986 bzw. 1987.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1986. Band I: January 1 to June 27, 1986. Band II: June 28 to December 31, 1986, Washington D. C. 1988 bzw. 1989.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1987. Band I: January 1 to July 3, 1987. Band II: July 4 to December 31, 1987, Washington D. C. 1989.
- REICHSGESETZBLATT Reichsgesetzblatt 1919, hrsg. vom Reichsamt des Innern bzw. Reichsministerium des Innern, Berlin 1919. Reichsgesetzblatt 1922, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1922. Reichsgesetzblatt 1929, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1929.
- REPORT OF THE TRADE AND DEVELOPMENT BOARD United Nations Conference on Trade and Development. Report of the Trade and Development Board. Volume I (Second and third parts of the ninth special session and second part of the seventeenth session). General Assembly. Official Records: Thirty-Third Session. Supplement No. 15 (A/33/15). United Nations, New York 1978.
- RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 36. Tagung Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Sechsendreißigste Tagung. 15. September–18. Dezember 1981, 16.–29. März, 28. April und 20. September 1982. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Sechsendreißigste Tagung. Beilage Nr. 51 (A/36/51), New York 1982.
- RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Einundvierzigste Tagung. 16. September–19. Dezember 1986. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Einundvierzigste Tagung. Beilage Nr. 53 (A/41/53), New York 1987.

- RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER
GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Zweiundvierzigste Tagung. Band I. 15. September–21. Dezember 1987. Generalversammlung. Offizielles Protokoll: Zweiundvierzigste Tagung. Beilage Nr. 49 (A/42/49), New York 1988.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980 Resolutions and Decisions of the Security Council 1980. Security Council. Official Records: Thirty-Fifth Year. United Nations, New York 1981.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987 Resolutions and Decisions of the Security Council 1987. Security Council. Official Records: Forty-Second Year. United Nations, New York 1988.
- SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
- SHULTZ, Turmoil and Triumph George P. Shultz, Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State, New York 1993.
- SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT,
Bd. 2 Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier (= Dokumente zur Außenpolitik, Band II/2, hrsg. von Fritz T. Epstein, Alexander Fischer, Walther Hofer, Hans-Adolf Jacobsen, Boris Meissner, Eberhard Menzel, Georg von Rauch, Gotthold Rhode), Köln 1978.
- STAATSGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK
ÖSTERREICH 1920 Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 1920, Wien 1920.
- STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg Josef Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 3. Auflage, Moskau 1946.
- STRAUSS, Erinnerungen Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- TEHERAN – JALTA – POTSDAM Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
- TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5 Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III. Band 5: 1987, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1988.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS,
Serie I United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, 24 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1973–1988.

-
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS,
Serie II
- United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
- UNTS
- United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, New York 1946/47 ff.
- US STATUTES AT LARGE, Bd. 79
- United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Eighty-Ninth Congress of the United States of America 1965 and Reorganization Plans, Proposed Amendment to the Constitution, and Proclamations. Washington D. C. 1966.
- US STATUTES AT LARGE, Bd. 99
- United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Ninety-Ninth Congress of the United States of America 1985 and Proclamations. Washington D. C. 1987.
- VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN
- Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.
- WEIZSÄCKER, Reden und Interviews,
Bd. 3
- Richard von Weizsäcker, Reden und Interviews (3). 1. Juli 1986–30. Juni 1987, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1988.
- WEIZSÄCKER, Vier Zeiten
- Richard von Weizsäcker, Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997.
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS
1982
- Yearbook of the United Nations 1982. Volume 36, hrsg. vom Department of Public Information United Nations, New York 1986.

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)	ATM	Anti-Tactical Missile
AA	Auswärtiges Amt	AU	Austria (Österreich)
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland	AUS	Australien
ABM	Anti-Ballistic Missile	AV	Auslandsvertretung
Abt.	Abteilung	AWACS	Airborne Warning and Control System
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency	AWG	Außenwirtschaftsgesetz
Add.	Addendum	AWV	Außenwirtschafts- verordnung
ADM	Atomic Demolition Munition	Az/AZ	Aktenzeichen
AFCENT	Allied Forces Central Europe	B	Belgien
AFG	Afghanistan	BAN	Bangladesch
AG	Aktiengesellschaft bzw. Arbeitsgruppe	BAW	Bundesamt für Wirtschaft
AGY/ÄGY	Ägypten	BEL	Bank Europäischer Länder
AHG	Ad-hoc-Gruppe	BGS	Beigeordneter Generalsekretär bzw. Bundesgrenzschutz
AI	Amnesty International	BIP	Bruttoinlandsprodukt
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome	BK	Bundeskanzler(amt)
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BKA	Bundeskriminalamt
AL	Abteilungsleiter bzw. Alternative Liste bzw. Arabische Liga	BM	Bundesminister/ium
ALB	Albanien	BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Bezie- hungen
AM	Außenminister	BMBW	Bundesminister/ium für Bildung und Wissenschaft
ANC	African National Congress	BMD	Ballistic Missile Defense
Anlg.	Anlage(n)	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
AR	Amtsrat	BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
ARG	Argentinien	BMI	Bundesminister/ium des Innern
ASAT	Anti-Satelliten(-Waffe/- System)	BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	BMJFFG	Bundesminister/ium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
ASTv	Ausschuß der Ständigen Vertreter	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten
ATBM	Anti-Tactical Ballistic Missile		

BMU	Bundesminister/ium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	ChBK	Chef des Bundeskanzleramts
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr	CHD	Conference on the Human Dimension
BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung	CHI/CHN	China (Volksrepublik)
BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft	CHL	Chile
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	CIA	Central Intelligence Agency
BND	Bundesnachrichtendienst	CINCENT	Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe
Bo	Botschafter	CINCHAN	Commander-in-Chief Allied Command Channel
BPA	Bundespresseamt	CM	Cruise Missile
BR	Bundesrepublik	CMC	Chairman of the Military Committee
BR (I)	Botschaftsrat/rätin (I. Klasse)	COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
BRA	Brasilien	COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
BRD	Bundesrepublik Deutschland	COMNAVSOUTH	Commander Allied Naval Forces South
BSP	Bruttosozialprodukt	Coreu	Correspondence européenne
BSR	Bundessicherheitsrat	CORRTEX	Continuous Reflectometry for Radius Versus Time Experiments
BStM	Büro Staatsminister/in	COS	Costa Rica
BT	Bundestag	CSBM	Confidence- and Security-Building Measures
BUL	Bulgarien	CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
BuReg	Bundesregierung	ČSSR	Československá Socialistická Republika
C-	Chemie-	CSU	Christlich-Soziale Union
CAN	Canada	CTB(T)	Comprehensive Test Ban (Treaty)
CARE	Cooperative for Assistance and Relief Everywhere	CVP	Christelijke Volkspartij
CAST	Canadian Air-Sea Transportable Brigade Group	CW	Chemiewaffen
CD	Christdemokraten bzw. Colonia Dignidad bzw. Committee on Disarmament	D	Democrat bzw. Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
CDE	Conference on Disarmament in Europe	DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
CDH	Conférence sur la dimension humaine	DB	Drahtbericht
CDN	Canada	DC	Democrazia Cristiana
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	DDR	Deutsche Demokratische Republik
CH	Confoederatio Helvetica (Schweiz)		

Abkürzungsverzeichnis

DE	Drahterlaß	ECU	European Currency Unit
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft	EDU	Europäische Demokratische Union
Del.	Delegation	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft	EEA(G)	Einheitliche Europäische Akte(-Gesetz)
DFJW	Deutsch-Französisches Jugendwerk	EFTA	European Free Trade Association
DFVLR	Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt	EG(K)	Europäische Gemein- schaften(-Kommission)
Dg	(Ministerial-)Dirigent	EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	EH	Entwicklungshilfe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	EIB	Europäische Investitionsbank
DIA	Defense Intelligence Agency	EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag	EL	Entwicklungsländer
DINA	Dirección de Inteligencia Nacional	ELS	El Salvador
DK	Dänemark	EMRK	Europäische Menschen- rechtskonvention
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	EP	Europäisches Parlament
DL	Delegationsleiter	EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
DM	Deutsche Mark	ER	Europäischer Rat
DoD	Department of Defense	ERASMUS	European Region Action Scheme for the Mobility of University Students
DPC	Defence Planning Committee	ES	Emergency Special
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	ESA	European Space Agency
DVU	Deutsche Volkunion	EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
DW	Deutsche Welle bzw. Dritte Welt	EVG	Europäische Verteidigungsgemein- schaft
E	España (Spanien)	EVP	Europäische Volkspartei
EAD	Europäisch-Arabischer Dialog	EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	EWS	Europäisches Währungssystem
EB	Einzelbericht	EZ	Entwicklungszusammen- arbeit
ECE	Economic Commission for Europe	F	Frankreich
EcoFin	Economic and Financial Affairs Council	FAO	Food and Agriculture Organization
ECOSOC	Economic and Social Council	FAR	Force d'action rapide

FBI	Federal Bureau of Investigation	GG	Grundgesetz
FBS	Forward Based Systems	GI	Goethe-Institut
FCO	Foreign and Commonwealth Office	GK	Gefechtskopf bzw. Generalkonsul/at
FDJ	Freie Deutsche Jugend	GL	Gruppenleiter
FDP	Freie Demokratische Partei	GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung	GPG	General Political Guidelines
FF	Französischer Franc	GR/GRI	Griechenland
FK	Flugkörper	GRO	Großbritannien
FLS	Frontlinienstaaten	GS	Generalsekretär
FM	Finanzminister	GSG	Grenzschutzgruppe
FNS	Friedrich-Naumann-Stiftung	GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
FOFA	Follow-on Forces Attack		
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	GUA	Guatemala
FR/FRA	Frankreich	GV	Generalversammlung
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique	HDW	Howaldtswerke-Deutsche Werft
FRG	Federal Republic of Germany	HH	Haushalt
FROG	Free Rocket Over Ground	HLG	High Level Group
FS	Fernschreiben	HLTF	High Level Task Force
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional	HON	Honduras
Fü L	Führungsstab der Luftwaffe	HOT	Haut Subsonique Optiquement Téléguidé
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte	I	Italien
FY	Fiscal Year	IAEA	International Atomic Energy Agency
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit	IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	IC(E)	Intercity(-Express)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
GB	Großbritannien	IDU	Internationale Demokratische Union
GC	General Conference	IEPG	Independent European Program Group
GCC	Gulf Cooperation Council	IFAD	International Fund for Agricultural Development
GD	Generaldirektor	IFK	Internationale Friedenskonferenz
GDR	German Democratic Republic	IFV	Investitions-Förderungsvertrag
GE/GER	German/Germany	IfZ	Institut für Zeitgeschichte
GF	Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe	i. G.	im Generalstab

Abkürzungsverzeichnis

IGH	Internationaler Gerichtshof	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
IKL	Ingenieurkontor Lübeck	KRK	Konventionelle Rüstungskontrolle
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
IL	Industrieländer		
ILO	International Labour Organization	Ku	Kultur
IMF	International Monetary Fund	KUB	Kuba
IMK	Interministerielle Kommission	KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
IND	Indien		
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces	KW	Kernwaffen
INI	Indien	KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
IPU	Interparlamentarische Union	KWKG	Kriegswaffenkontroll- gesetz
IRA	Irish Republican Army	KUW	Kuwait
IRK	Irak	KZ	Konzentrationslager
IRL	Irland	L	(Referats-)Leiter bzw. Luxemburg
IRN	Iran		
ISL	Island	LA	Lateinamerika
ISR	Israel	LDC	Least Developed Countries
IT/ITA	Italien	LG	Landgericht
IWF	Internationaler Währungsfonds	LIA	Libanon
		LIY	Libyen
J/JAN/JAP	Japan	LKA	Landeskriminalamt
JAM	Jamaika	LLDC	Least Developed Countries
JCS	Joint Chiefs of Staff	LMB	Leiter Ministerbüro
JUG	Jugoslawien	LPI	Leiter Planungsstab
KAB	Kambodscha	LR (I)	Legationsrat/rätin (I. Klasse)
KAN	Kanada		
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung	LRINF	Long-Range Intermediate- Range Nuclear Forces
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau	LUX	Luxemburg
		MAD	Mutually Assured Destruction
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti	MB	Ministerbüro
KKW	Kernkraftwerk	MBCA	Multilateral Basing Country Agreement
KOL	Kolumbien		
KOM	(Europäische) Kommission	MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
KP	Kommunistische Partei		
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	MC	Military Committee
		MD	Ministerialdirektor
KPCh	Kommunistische Partei Chinas	MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags

MDg	Ministerialdirigent	NO	Naher Osten
MEX	Mexiko	NOA	Nicht-obligatorische Ausgaben
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
MFO	Multinational Force and Observers	NPG	Nukleare Planungsgruppe
MfS	Ministerium für Staatssicherheit	NRW	Nordrhein-Westfalen
MIRV	Multiple independently targetable reentry vehicle	NS	Nationalsozialismus
MLT	Malta	NSA	National Security Agency
MM	Mittelmeer	NSC	National Security Council
MNF	Multinational Force (in Lebanon)	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
MOD	Ministry of Defence	NSDD	National Security Decision Directive
MoU	Memorandum of Understanding	NSWP	Nicht-sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten
MP	Ministerpräsident/in	NTB	Nuclear Test Ban
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola	NV/NVV	Nichtverbreitung/Nichtverbreitungsvertrag
MR	Menschenrechte bzw. Ministerialrat bzw. Ministerrat	NVA	Nationale Volksarmee
MRK	Menschenrechtskommission	NW	Neutronenwaffe
MRO	Marokko	NWG	Norwegen
MS	Mitgliedstaat/en	OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
MSAC	Most Seriously Affected Countries	OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
MW	Megawatt	OAU	Organization of African Unity
MwSt/MWSt	Mehrwertsteuer	OB	Oberbürgermeister
MX	Missile Experimental	ODA	Official Development Assistance
N	Norwegen	OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
NASA	National Aeronautics and Space Administration	OFD	Oberfinanzdirektion
NATO	North Atlantic Treaty Organization	OIC	Organization of Islamic Cooperation
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	OSD	Office of the Secretary of Defense
NGO	Non-governmental organization	OST/ÖST	Österreich
NIC	Nicaragua	ÖVP	Österreichische Volkspartei
NL	Niederlande	P	Polen bzw. Portugal
N+N	Neutrale und Nichtgebundene Staaten	P (I/Ia/Ib/II)	Pershing (I/Ia/Ib/II)
NNA	Neutral and Non-Aligned States	PAH	Panzerabwehrhubschrauber
		PAK	Pakistan

Abkürzungsverzeichnis

PAN	Panama	Res.	Resolution
PARS	Panzerabwehr- Raketensystem	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
PASOK	Panellinio Sozialistiko Kinima	RH	Rechtshilfe
PBA	Politischer Beratender Ausschuß	RK	Rechts- und Konsular- Referatsleiter
PD	Presidential Directive	RL	Referatsleiter
PER	Peru	RPR	Rassemblement pour la République
PK	Politisches Komitee bzw. Pressekonferenz	RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê	RUM	Rumänien
PL	Polen	S	Spanien
PLO	Palestine Liberation Organization	SA	Schlußakte bzw. Südafrika
PM	Premierminister/in	SAA	Saudi-Arabien
PNC	Palestinian National Council	SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
PNET	Peaceful Nuclear Explosions Treaty	SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
Pol	Politik/Politische	SALT	Strategic Arms Limitation Talks
POL	Polen	SAM	Sowjetisches Außenministerium
POR/PORT	Portugal	SAR	Saudi-Arabien
PR	Public Relations	SB	Sonderband
Präs.	Präsident/schaft	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Prot	Protokoll	SC	Stockholm Conference
PS	Parti Socialiste	SCC	Standing Consultative Commission
PSI	Partito Socialista Italiano	SCG	Special Consultative Group
PSStS	Parlamentarischer Staatssekretär	SCN	Schweden
PTG	Portugal	SCZ	Schweiz
PUNE	Peaceful Uses of Nuclear Energy	SDI(O)	Strategic Defense Initiative (Organization)
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
R	Republican	SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
RA	Rechtsanwalt bzw. Regierungsamtman	SI	Sozialistische Internationale
RAND	Research and Development	SIN	Singapur
RBM	Regierender Bürgermeister	SK	Sprengkopf
RD	Regierungsdirektor	SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile
RE	Rechnungseinheit	SLCM	Sea-Launched Cruise Missile
Ref.	Referat		
RENAMO	Resistência Nacional Moçambicana		

SNF	Short-Range Nuclear Force	TD	Trade and Development
SO	Sonderband	Tgb.	Tagebuch
SOW	Sowjetunion	TGV	Train à grande vitesse
SP/SPA	Spanien	THA	Thailand
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	TNF	Theater Nuclear Forces
SPLA	Sudan People's Liberation Army	TNS	Teilnehmerstaaten
SPLM	Sudan People's Liberation Movement	TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs	TOW	Tube-launched, Optically tracked, Wire-guided
SR	Sicherheitsrat	TR	Türkei
SRBM	Short-Range Ballistic Missile	TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale
SRINF	Short-Range Intermediate-Range Nuclear Forces	TSE/TSL	Tschechoslowakei
SRR	Sicherheitsratsresolution	TTBT	Threshold Test Ban Treaty
SS	Schutzstaffel	TU/TUR	Türkei
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik	TÜV	Technischer Überwachungsverein
STABEX	Système de Stabilisation des Recettes d'Exportation	TZ	Technische Zusammenarbeit
START	Strategic Arms Reduction Talks	UDF	Union pour la Démocratie Française bzw. United Democratic Front
StäV	Ständige Vertretung	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
StGB	Strafgesetzbuch	UK	United Kingdom
STLC	Super-Toxic Lethal Chemical	UKW	Ultrakurzwele
StM	Staatsminister/in	UN	United Nations
StP	Staatspräsident	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
StS	Staatssekretär	UNEP	United Nations Environment Programme
StV	Ständiger Vertreter	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
SU	Sowjetunion	UNG	Ungarn
SUA	Südafrika	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
SUD	Sudan	UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
SUE	Schweden	UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
SV	Sichtvermerk	UNO	United Nations Organization
SWAPO	South West Africa People's Organization		
SWE	Schweden		
SYR	Syrien		
SZR	Sonderziehungsrechte		
T	Türkei		
TAM	Tanque Argentino Mediano		

Abkürzungsverzeichnis

UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East	WAA	Wiederaufarbeitungsanlage
URU	Uruguay	WAB	Währungsausgleichsbetrag
US/USA	United States of America	WDR	Westdeutscher Rundfunk
USAFE	United States Air Forces in Europe	WEU	Westeuropäische Union
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei	WFT	Wiener Folgetreffen
USEUCOM	United States European Command	WHO	World Health Organization
USS	United States Ship	Wi	Wirtschaft
USSR	Union of Soviet Socialist Republics	WINTEX	Winter Exercise
VAE	Vereinigte Arabische Emirate	WIPO	World Intellectual Property Organization
VAM	Vizeaußenminister	WMO	World Meteorological Organization
VAT	Vatikanstadt	WP	Wahlperiode bzw. Warschauer Pakt
VDK	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	WT	Wiener Treffen
VEN	Venezuela	WTZ	Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
VIP	Very Important Person	WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
VLR (I)	Vortragende/r Legationsrat/rätin (I. Klasse)	WV	Wiedervorlage
VM	Verteidigungsminister	WWG	Weltwirtschaftsgipfel
VMA	Vier-Mächte-Abkommen	YES	Youth Exchange Scheme for Europe
VN	Vereinte Nationen	ZA	Zentralamerika
VP	Vizepräsident	ZANU	Zimbabwe African National Union
VR	Volksrepublik	ZAPU	Zimbabwe African People's Union
VS(-v)	Verschlußsache (vertraulich)	ZK	Zentralkomitee
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen	ZP	Zusatzprotokoll
		ZYP	Zypern

Dokumente

1

Aufzeichnung des Botschafters Citron

221-376.00 VS-NfD

5. Januar 1987

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister² zur Unterrichtung
Betr.: Überlegungen zur Fortsetzung der KVAE³

1) Die erste Phase der KVAE in Stockholm hat gezeigt, daß Ergebnisse nur durch zähe und gleichzeitig flexible Verhandlungsführung sowie durch intensive Nutzung aller gegebenen politischen Einflußmöglichkeiten erreichbar sind. Nachstehend werden wichtige Stockholmer Erfahrungen zusammengefaßt, die bei der Vorbereitung der Allianzposition für die Fortsetzung der KVAE genutzt werden sollten.

2) Schrittweises Vorgehen: Das Mandat von Madrid gab der ersten Phase der KVAE einen klar begrenzten Auftrag: „Verhandlung und Annahme eines Satzes einander ergänzender VSBM ...“⁴. Die erste Phase der KVAE wurde bewußt als eine Etappe auf dem Wege zu mehr Vertrauensbildung und Sicherheit und Abrüstung gesehen. Wir sollten in Wien⁵ darauf hinwirken, daß sowohl der Auftrag für Verhandlungen über weitere VSBM als auch das Mandat für die KRK den Verhandlungsführern klar umrissene Aufgaben zuweisen, die in absehbarer Zeit zu erreichen sind. Die in der Brüsseler Erklärung über KRK erwähnten wichtigsten Ziele des Verhandlungsprozesses, „die Herstellung eines stabilen und gesicherten Streitkräfteniveaus“ sowie „die Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen“⁶, werden sich nur schrittweise erreichen lassen. Es ist daher besonders wichtig, schon bei den Mandatsverhandlungen mit unseren Bündnispartnern und danach in Wien für ein stufenweises Vorgehen zu plädieren, da auch die Sowjetunion ihre massive Überlegenheit sicherlich nur

¹ Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 5. Januar 1987 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 24. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine beachtenswerte Vorlage.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 24. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Citron verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach vorgelegen, der die Weiterleitung über Botschafter Holik und Referat 221 an Citron verfügte.

Hat Holik vorgelegen.

³ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

⁴ Vgl. Ziffer 2 der Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

⁵ In Wien fand die KSZE-Folgekonferenz statt. Zur ersten Verhandlungsrunde vom 4. November bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.

Am 27. Januar 1987 wurde die KSZE fortgesetzt. Vgl. dazu Dok. 106.

⁶ Vgl. Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel über Konventionelle Rüstungskontrolle; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 78. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

nach und nach abbauen wird. Denkbar wäre z. B. die Entwicklung eines allianz-internen Etappenkonzepts, welches die Beseitigung der bestehenden Ungleichgewichte in mehreren Stufen anvisiert.

3) Zeitrahmen

Die KVAE hätte ohne das feststehende Enddatum 19. September 1986 kein Ergebnis erreicht. Die Teilnehmerstaaten – allen voran die Sowjetunion – waren nur unter Zeitdruck bereit, substantielle Konzessionen zu machen. Die Erfahrungen von MBFR und CD (Genf) zeigen, daß es ohne Zeitdruck viel schwerer ist, Ergebnisse zu erreichen. Es ist bedauerlich, daß sich die USA wegen des befürchteten Erfolgsdrucks gegen den KSZE-Rahmen⁷ ausgesprochen haben. Wir sollten weiterhin versuchen, im Bündnis für die Festlegung von zeitlichen „Zwischenstationen“ der KRK zu plädieren (z. B. jeweils nach drei Jahren), etwa mit dem Argument, daß Stockholm gezeigt habe, daß sich solch ein Zeitdruck für den Westen günstig auswirken kann.

4) Spielraum für die Verhandlungsführer

Der Westen verdankt die positiven Ergebnisse der KVAE u. a. dem guten Zusammenhalt des NATO-Caucus. Dieses Allianzgremium in Stockholm vertrat die westliche Position auf der Grundlage der in Brüssel erarbeiteten Allianzdokumente, aber er war in der Lage, gemäß Weisungen aus den Hauptstädten flexibel zu verhandeln. Wir sollten uns gegen Bestrebungen einzelner Bündnispartner wehren, die Weisungsgebung an die KRK-Verhandlungsführer nach MBFR-Muster zu gestalten und damit den Spielraum der westlichen Sprecher allzu eng zu beschneiden. Die Ausgangsposition des Westens sollte außerdem genügend Verhandlungsfett enthalten, das zu gegebener Zeit im Austausch gegen zweifellos reichlich vorhandene sowjetische Verhandlungsmasse wegverhandelt werden kann.

5) Vermeidung von unnötigen Festlegungen

Die Verhandlung in Stockholm wurde teils erleichtert, teils erschwert durch die sehr detailliert ausgearbeiteten Allianzdokumente, an die alle Bündnispartner gebunden waren. Viele dieser Details waren in der Tat notwendig, andere stellten mühsam erreichte Allianzkompromisse dar, die sich in der KVAE nicht durchsetzen ließen.

Bei der Ausarbeitung der Allianzposition in der HLTF sollten wir, soweit das möglich ist, darauf hinwirken, daß allzu enge Festlegungen oder Zielvorstellungen, die eindeutig nicht verhandlungsfähig sind, vermieden werden (siehe z. B. aus der illustrativen Liste von Fragen die Frage Nr. 13: „How can we maintain and develop the Alliance's conventional capabilities while securing reductions in those of the other side?“). Vor allem sollten denkbare Verhandlungsmöglichkeiten nicht vorzeitig ausgeschlossen werden. Es ist z. B. durchaus vorstellbar, daß die Sowjetunion zu erheblichen Reduzierungen ihrer Potentiale bereit sein könnte, wenn der Westen dafür auf gewisse Modernisierungsoptionen (die möglicherweise ohnehin nicht bezahlbar sind) verzichtet.

⁷ Zur Forderung der USA, Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle nicht im KSZE-Rahmen stattfinden zu lassen, vgl. AAPD 1986, II, Dok. 347 und Dok. 352.

6) Kritische Prüfung der Datenbasis

Bei der ersten Phase der KVAE spielten Daten nur z.T. eine Rolle. Sie waren allerdings wichtig bei der allianzinternen Bewertung der von uns anzustrebenden Schwellen für Notifizierung und Beobachtung. Die uns vom BMVg und vom Internationalen Militärstab der NATO zur Verfügung gestellten Schätzungen der zu erwartenden militärischen Aktivitäten des WP haben sich als nicht zutreffend erwiesen.

Die westlichen Schätzungen gingen davon aus, daß es bei den meisten der zu erwartenden Schwellen weitaus mehr westliche als östliche Aktivitäten geben werde (z.B. bei 12000 Mann etwa 13 bis 19 westliche und nur sechs bis neun (bzw. sechs bis vierzehn) östliche Aktivitäten).

Die jetzt vom WP vorgelegten Jahreskalender zeigen dagegen für den WP insgesamt 25 notifizierungspflichtige Aktivitäten, d. h. zwei- bis dreimal mehr, als ursprünglich von uns angenommen.

Die Erarbeitung einer soliden westlichen Datenbasis für die KRK dürfte nicht leicht sein. Die bisher in der HLTF zusammengestellten Zahlen sind auch nach Auffassung von Fachleuten im BMVg nicht voll befriedigend.

Wir sollten unseren Einfluß geltend machen, die Datenbasis so differenziert und solide wie möglich zu machen, auch um die Verhandlungen nicht unnötig mit einem endlosen Datenstreit zu erschweren.⁸

7) Überzeugende westliche Vorschläge

Der insgesamt überzeugende NATO-Verhandlungsvorschlag, der gleich zu Beginn der KVAE eingeführt wurde⁹, hat wesentlich zur Stärke der Verhandlungsposition des Bündnisses beigetragen. Es liegt im westlichen Interesse, auch für die KRK einen Vorschlag einzubringen, der in der Öffentlichkeit Verständnis und Unterstützung findet und nicht als bloße Fortsetzung des Soldatenzählens von MBFR in einem größeren geographischen Rahmen angesehen werden kann. Dies könnte unter anderem dadurch geschehen, daß die westlichen Vorschläge für die erste KRK-Verhandlungsphase sich vorrangig auf den schrittweisen Abbau von Disparitäten beim Großgerät, d. h. bei solchen Waffen konzentrieren, die zu raumgreifender Offensive geeignet sind.¹⁰

Citron

Referat 221, Bd. 130152

⁸ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

⁹ Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 4 und Dok. 6.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

2

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz7. Januar 1987¹

Über Herrn Staatssekretär Herrn Minister

Betr.: Neu-Interpretation des Begriffs der friedlichen Koexistenz durch Gorbatschow

Gorbatschows Bemühen um ein „neues Denken“ in allen Bereichen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Tätigkeit erstreckt sich auch auf die sowjetische Außenpolitik. Die ihr zugrunde gelegten Konzepte werden heute einer kritischen Prüfung unterzogen. Dies gilt insbesondere für den Schlüsselbegriff der „friedlichen Koexistenz“.

I. Entwicklung des Begriffs bis Gorbatschow

1) Unter Stalin galt die Doktrin, daß der diametrale Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus unaufhebbar und daher ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Gesellschaftssystemen unausweichlich sei.

2) An begriffliche Entwicklungen Lenins anknüpfend, setzte dagegen Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956² die friedliche Koexistenz und machte sie zur Leitlinie sowjetischer Außenpolitik gegenüber den Staaten nicht-sozialistischer Gesellschaftsordnung. Die Chruschtschowsche Definition des Begriffs hat sich im Parteiprogramm der KPdSU von 1961³ niedergeschlagen. Sie enthält zwei in sich gegensätzliche Elemente:

- einerseits die grundsätzliche Absage an kriegerische Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen und das Bekenntnis zu einer – allerdings strikt auf die staatliche Ebene begrenzten – Zusammenarbeit. Die SU beugte sich damit der Einsicht, daß insbesondere ein Nuklearkrieg zwischen Ost und West angesichts⁴ des Risikos eigener Vernichtung unbedingt zu vermeiden sei;
- andererseits die Auffassung, daß die politische, soziale und vor allem ideologische Auseinandersetzung mit dem feindlichen System des Kapitalismus in der Form eines „internationalen Klassenkampfes“ kompromißlos fortzuführen sei. Zu diesem Zweck bleibe auch der Einsatz von Gewalt – vor allem zur Unterstützung „gerechter“ nationaler Befreiungsbewegungen – legitim.

3) Seit Chruschtschow ist die friedliche Koexistenz Leitbegriff für die sowjetische Außenpolitik geblieben. Bei der Anwendung in der praktischen Politik wurden allerdings unterschiedliche Akzente gesetzt:

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Boden konzipiert.

² Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau statt.

³ Das Parteiprogramm wurde auf dem XXII. Parteitag der KPdSU vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. Boris MEISSNER, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903–1961, 3. Auflage, Köln 1965, S. 143–244.

⁴ Korrigiert aus: „zwischen Ost angesichts“.

- Unter Chruschtschow und anfangs auch unter Breschnew herrschte eine Linie, die die politische Konfrontation mit dem Klassegegner betrieb und dabei – z.B. in der Kuba-Krise von 1962⁵ – zuweilen bis an die Grenze des bewaffneten Konflikts ging.
- Im Zuge der Entspannung vom Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre wurde dann das friedenssichernde, auf Ausbau der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gerichtete Element des Begriffs in den Vordergrund gerückt; von der Notwendigkeit des Klassenkampfes war eine Zeitlang nur noch gedämpft die Rede.
- Alarmiert durch den KSZE-Prozeß, aber auch durch die Vorgänge um den Sturz Allendes⁶ und die „Nelken“-Revolution in Portugal⁷ traten daraufhin die Hüter der orthodoxen Ideologie auf den Plan. Um 1975 wurde in der sowjetischen Führung eine Kontroverse von Grundsatzbedeutung ausgetragen. In ihrem Mittelpunkt stand die Auslegung des Prinzips der friedlichen Koexistenz. Konkret ging es um die Frage, inwieweit vor allem im Hinblick auf nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt die Anwendung revolutionärer Gewalt zulässig sein sollte. Die Orthodoxen, die auch in einer Pressekampagne das Prinzip von der Unversöhnlichkeit des internationalen Klassenkampfes als Teil der friedlichen Koexistenz mahnend in Erinnerung riefen, konnten sich durchsetzen. Die Folgen zeigten sich in Angola und Mosambik, wenig später auch in Afghanistan, wo die SU mit militärischen Mitteln intervenierte⁸.

4) Angesichts der gegen das westliche Gesellschaftssystem zielenden Stoßrichtung ihres Koexistenz-Begriffes sah sich die sowjetische Außenpolitik von Anfang an einem Glaubwürdigkeits-Dilemma gegenüber. Weitgehend erfolglos blieben Versuche, dem Begriff auf internationaler Ebene Anerkennung zu verschaffen – mit der bemerkenswerten Ausnahme der sowjetisch-amerikanischen Prinzipien-erklärung von 1972⁹, in die die „friedliche Koexistenz“ Eingang gefunden hat. Umgekehrt sind Bemühungen stets gescheitert, die Sowjets zu einer Rücknahme ihrer ideologischen Kampfansage an den Westen zu bewegen. Am deutlichsten zeigte sich dies beim Staatsbesuch Giscard d'Estaings in der SU Mitte

⁵ Am 14. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß dort Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten sie eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei und in Italien stationierte Raketen vom Typ „Jupiter“ abziehen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XI, besonders S. 235–241, S. 268 f., S. 279–283 und S. 285 f., sowie FRUS 1961–1963, XIII, S. 460 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, III, Dok. 408, Dok. 412, Dok. 413, Dok. 418–421, Dok. 435 und Dok. 455.

⁶ Am 11. September 1973 wurde Präsident Allende von den chilenischen Streitkräften unter dem Kommando des Generals Pinochet gestürzt.

⁷ Am 25. April 1974 stürzte das portugiesische Militär unter Führung des früheren stellvertretenden Generalstabschefs de Spínola die Regierung unter Ministerpräsident Caetano und ersetzte sie durch eine von der „Bewegung der Streitkräfte“ getragene „Junta der Nationalen Errettung“. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 136.

⁸ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

⁹ Für den Wortlaut der Grundsatzzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

Oktober 1975.¹⁰ Als der französische Staatspräsident seine Gastgeber dazu aufforderte, ihren Koexistenz-Begriff in einer entspannungskonformen Weise zu revidieren, stieß er auf entschiedene Ablehnung. Die Kontroverse ließ den Besuch am Rande des Ekklats enden.

II. Neubestimmung des Begriffs unter Gorbatschow

1) Auch Gorbatschows Außenpolitik hält grundsätzlich am Begriff der friedlichen Koexistenz fest. In seiner Interpretation sind jedoch Akzentverschiebungen festzustellen, die zwar bis in die Zeit Andropows zurückreichen, unter Gorbatschow neuerdings aber sehr viel deutlicher artikuliert werden.

2) Schon Andropow hatte dazu aufgefordert, das Sowjetsystem unbedingt auf friedlichem Wege, „durch die Kraft des Beispiels“, durchzusetzen. Tschernenko unterstrich den Gedanken, daß sich mit einem Kernkraftkrieg keinerlei politische Ziele erreichen ließen, weswegen „der Weltfrieden auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz erhalten und gefestigt werden“ müsse. Gorbatschow hat diese Formulierungen zum Teil wörtlich übernommen und noch weiter entwickelt. Eine neue Sicht der friedlichen Koexistenz klang zum ersten Mal in seiner Rede vor französischen Parlamentariern am 3.10.1985¹¹ an:

„Die Menschheit und die Zivilisation müssen um jeden Preis überleben. Doch gewährleisten kann man das erst, wenn man gelernt hat, auf diesem kleinen Planeten zusammenzuleben und miteinander auszukommen, wenn man die nicht leichte Kunst gemeistert hat, den Interessen des jeweils anderen Rechnung zu tragen. Das ist es, was wir Politik der friedlichen Koexistenz nennen.“

3) Der XXVII. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 sanktionierte die Neudefinition in der dort verabschiedeten Neufassung des Parteiprogramms.¹² Friedliche Koexistenz wird jetzt verstanden als „internationale Ordnung, in der nicht militärische Stärke, sondern gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit herrschen“. Der Klassenkampf ist damit hinter dem „brennendsten Problem, das heute vor der Menschheit steht, dem Problem von Krieg und Frieden“, klar an die zweite Stelle gerückt. Gorbatschows Rechenschaftsbericht vor dem XXVII. Parteikongreß¹³ verdeutlichte den neuen programmatischen Ansatz: Die latente Gefahr eines Nuklearkrieges erfordere neue Wege zur Gestaltung der Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Die friedliche Koexistenz bleibe dabei die Leitlinie. Trotz fortbestehendem Antagonismus der Gesellschaftssysteme ziele sie jedenfalls in der jetzigen historischen Phase auf einen möglichst weitgehenden Abbau der Konfrontation:

„Die reale Dialektik der gegenwärtigen Entwicklung besteht in der Verbindung des Wettbewerbs, des Wettstreits zwischen zwei Systemen und der steigenden Tendenz zur gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten der Weltgemeinschaft“.

¹⁰ Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 14. bis 18. Oktober 1975 in der UdSSR auf.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor der französischen Nationalversammlung in Paris vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 507–518.

¹² Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

Für den Wortlaut des neuen Parteiprogramms vgl. Boris MEISSNER, Das Aktionsprogramm Gorbatschows. Die Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU, Köln 1987, S. 91–157.

¹³ Für den Wortlaut des Politischen Berichts des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 200–314.

4) Diesen neuen Denkansatz zur friedlichen Koexistenz hat Gorbatschow bei mehreren öffentlichen Auftritten seit dem Parteikongreß wiederholt, u. a. in Wladiwostok am 28.7.1986¹⁴, wo er davon sprach, daß „ein radikaler Bruch mit altgewohnten Haltungen in der Außenpolitik unaufschiebbar ist“, und bei seiner Pressekonferenz in Reykjavik vom 12.10.1986¹⁵.

5) Andere Vertreter der sowjetischen Führung haben sich im gleichen Sinne wie Gorbatschow geäußert, darunter Schewardnadse in seiner Rede vor der VN-Vollversammlung am 23.9.1986.¹⁶ Unter Berufung auf den XXVII. Parteitag sprach Ligatschow in seiner Grundsatzrede zum Jahrestag der Oktoberrevolution am 7.11.1986¹⁷ davon, daß die Welt vor der Wahl stehe, „entweder zu überleben und zu lernen, menschlich zu leben, oder zugrunde zu gehen“. Der Widerstreit zwischen Kapitalismus und Sozialismus dürfe nur und ausschließlich in der Form des friedlichen Wettbewerbs vor sich gehen. Ideologischer Kampf sei zwar nötig, jedoch nur,

„wenn er ein konstruktives Element ehrlichen Wettbewerbs mit geistigen Werten im Namen der Behauptung guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit in der vielfältigen, jedoch so eng miteinander verknüpften Welt bildet“.

6) In der sowjetischen Führung ist die Neuinterpretation des Koexistenz-Begriffs offensichtlich nicht unumstritten. Dies zeigen Ansätze zu einer öffentlichen Debatte in der sowjetischen Publizistik:

- ZK-Sekretär Dobrynin setzte sich in einem Artikel des Grundsatzorgans „Kommunist“ vom 9.6.1986¹⁸ für ein ausschließlich auf friedlichen Wettbewerb und das Mittel „vernünftiger Kompromisse“ gegründetes Verhältnis zum Kapitalismus ein. Aus dem Prinzip der friedlichen Koexistenz ergebe sich, daß „wir als Staat uns nicht den Sturz des Kapitalismus in anderen Ländern zum Ziel setzen: Gleichzeitig erwarten und fordern wir von der anderen Seite, daß sie das Existenzrecht des Sozialismus anerkennt und aus ihrer Politik die Methoden des ‚Kreuzzugs‘ und des ‚Kalten Krieges‘ ausmerzt“.
- Die „Prawda“ vom 14.11.1986 veröffentlichte einen von dem Historiker Plimak gezeichneten Artikel.¹⁹ Er findet bemerkenswert anerkennende Worte für die

¹⁴ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

¹⁵ Korrigiert aus: „14.10.1986“.

Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 135–155.

Zum Treffen Gorbatschows mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁶ Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in New York vgl. den Artikel „Uns ist die Chance gegeben, die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen“; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. September 1986, S. 5 f.

¹⁷ Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds im Politbüro und Sekretärs des ZK der KPdSU, Ligatschow, in Moskau vgl. den Artikel „Kursom oktjabrja, v duche revoljucionnogo tvorčestva“; PRAVDA vom 7. November 1986, S. 1–3. Zur Rede vgl. ferner den Artikel „Der Rote Oktober hat das Leben des Volkes grundlegend verändert“; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. November 1986, S. 5.

¹⁸ Vgl. den Artikel „Za bez-jadernyj mir, navstreču XXI veku“ („Für eine kernwaffenfreie Welt, dem 21. Jahrhundert entgegen“), in: KOMMUNIST 1986, Heft 9 (Juni 1986), S. 18–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 37 (1987), A 269 f. (Auszug).

¹⁹ Vgl. den Artikel „Marksizm-Leninizm i revoljucionnost' konca XX veka“ („Der Marxismus-Leninismus und der revolutionäre Charakter des ausgehenden 20. Jahrhunderts“); PRAVDA vom 14. November 1986, S. 2 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 37 (1987), A 527–A 530 (Auszug).

technologisch fortgeschrittene Entwicklung des Kapitalismus und läßt durchblicken, daß man mit diesem System noch lange leben müsse. Plimak betont, daß der Sozialismus zu seiner Durchsetzung einen friedlichen Weg wählen werde. Er stellt die Anwendung von Gewalt im revolutionären Kampf grundsätzlich in Frage. Das nukleare Zeitalter erfordere von den revolutionären Kräften „ein Höchstmaß an Besonnenheit bei der Beschlußfassung über einen bewaffneten Kampf“.

- Eine direkte Antwort auf die möglicherweise als zu „kompromißlerisch“ empfundenen Ausführungen Plimaks enthält ein Artikel des „Prawda“-Chefredakteurs Afanasjew vom 5.12.1986.²⁰ Darin wird zwar der unbedingte Vorrang der Friedenssicherung im nuklearen Zeitalter bestätigt, gleichzeitig aber betont, daß „Marxisten keine Pazifisten sind“, daß der unversöhnliche ideologische Kampf mit dem Klassengegner weitergehe und daß Verteidigungs- und Befreiungskriege eine natürliche und gerechte Sache seien.

7) Die mit unterschiedlichen Akzenten geführte innersowjetische Diskussion ist damit wohl kaum abgeschlossen. Nach wie vor sind gerade zum entscheidenden Punkt der Legitimität von Gewaltanwendung im revolutionären Prozeß des Klassenkampfes die Meinungen nicht einheitlich. Es scheint, daß auch in der sowjetischen Führung zu dieser Frage Konsensprobleme fortbestehen. Dabei sehen sich außenpolitische Pragmatiker vom Schlage Dobrynins orthodoxen Ideologen gegenüber. Nach Ansicht der Botschaft Moskau (DB Nr. 3586 vom 15.12.86²¹) dürfte Gorbatschow auf der Seite derjenigen stehen, die den außenpolitischen Kurs möglichst von ideologischen Fesseln befreien wollen.

8) In den verbündeten WP-Staaten wird die sowjetische Debatte über den Koexistenz-Begriff gespannt verfolgt. Das gilt nicht zuletzt für die SED. In einem Positionspapier, das kürzlich der Programmdiskussion mit der SPD²² als Grundlage diente, spricht die SED durchaus im Sinne einer dynamischen Interpretation des Koexistenz-Begriffs davon, daß beim Zusammenleben beider Systeme „Fortschritte nicht denkbar sind als Erfolg der einen Seite auf Kosten der anderen“.

²⁰ Vgl. den Artikel „O novom političeskom myšlenii“ („Über das neue politische Denken“); PRAWDA vom 5. Dezember 1986, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 37 (1987), A 530 f. (Auszug).

²¹ Botschafter Kastl, Moskau, berichtete: „Für Gorbatschow geht es bei der Schaffung des ‚neuen außenpolitischen Konzepts‘ weniger um eine Aufgabe von Zielvorstellungen oder Änderung der Substanz als vielmehr um eine Steigerung der Effizienz der sowjetischen Außenpolitik im Dienste machtpolitischer Interessen, aber auch der kommunistischen Ideologie. Im Gegensatz zu anderen Kräften in der Führung scheint er dabei keine dogmatische Berührungsangst mit dem ideologischen Gegner [...] zu zeigen.“ Dadurch werde sich die Attraktivität der sowjetischen Politik „im Westen erheblich steigern. Wir werden uns darauf einzustellen haben, daß Vereinnahmung der Friedensbewegung – als wesentlicher Bestandteil des neuen sowj. Konzepts – nicht mehr bloß punktuell, kampagnenmäßig zur Verhinderung bestimmter Rüstungsvorhaben versucht wird, sondern langfristig angelegt ist“. Vgl. Referat 213, Bd. 139327.

²² Zu den Gesprächen zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED bzw. zum gemeinsamen Grundsatzpapier der beiden Parteien vom 27. August 1987 vgl. Dok. 240.

III. Bewertung

1) Bei der Neubestimmung des Begriffs der friedlichen Koexistenz geht es im Kern um das Selbstverständnis sowjetischer Außenpolitik und ihre künftigen Zielvorstellungen. Festzuhalten ist, daß die sowjetische Führung auch nach dem XXVII. Parteitag grundsätzlich am widersprüchlichen Doppelansatz der friedlichen Koexistenz festhält. Sie bleibt überzeugt von der Überlegenheit des eigenen Modells, dessen Durchsetzung in der geschichtlichen Perspektive sie als sicher ansieht. Sie hat jedoch dabei das offensiv gegen die westliche Gesellschaft gerichtete Element ideologischer und gesellschaftlicher Konfrontation deutlich abgeschwächt:

- Stärker als zuvor hebt die SU das Verbindende zur anderen Gesellschaftsordnung gegenüber dem Trennenden hervor. Sie akzeptiert den Gedanken einer gegenseitigen Abhängigkeit, die dazu zwingt, „zivilisiert“ miteinander zu leben. Die Friedenssicherung im nuklearen Zeitalter wird als alles überragende Aufgabe verstanden, hinter der auch der Klassenkampf zurückzutreten hat.
- Diese Ansicht wird von der Überzeugung getragen, daß heute Kriege jedenfalls im Ost-West-Verhältnis nicht mehr führbar oder gewinnbar sind, da sie in einer allgemeinen Nuklearkatastrophe enden und damit auch den „Endsieg“ des Kommunismus illusorisch machen würden. Der daraus abgeleitete Gedanke einer gegenseitigen Abhängigkeit beider Systeme erhält nun zentrale Bedeutung. Vorstellungen von einer „Überlebensgemeinschaft“ oder „Schicksalsgemeinschaft“ klingen an. Die SU bedient sich dabei geschickt einer aus westlichen Quellen entlehnten Terminologie („Weltgemeinschaft“, „gemeinsame Zivilisation“, „ganzheitliche Welt“).
- Schlüsselworte für das künftige Verhältnis zum westlichen Staatensystem sind „Zusammenarbeit“ und „friedlicher Wettbewerb“. Dabei wird Zusammenarbeit nicht, wie bisher schon, auf die wirtschaftliche Sphäre beschränkt, sondern ausdrücklich auf den politischen und insbesondere sicherheitspolitischen Bereich ausgedehnt.
- Dies ist verbunden mit dem Plädoyer für Dialog und Kompromiß als allein angemessenen Mitteln der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.
- Das kapitalistische System wird unvoreingenommener als bisher auch in seiner dynamischen Wandlungsfähigkeit erkannt und als reale Herausforderung angenommen. Nicht mehr von seinem bevorstehenden Zusammenbruch ist nun die Rede, sondern von der Wahrscheinlichkeit, mit diesem System noch auf längere Sicht zusammenzuleben. Die SU relativiert damit die eigene weltrevolutionäre Endsiegerwartung.

2) Bei dieser Neueinschätzung könnte sich die SU von den folgenden Motiven leiten lassen:

- der Absicht, durch Neueinstellung auf die sie umgebenden Realitäten die eigene Politik gegenüber der Außenwelt attraktiver zu gestalten und insbesondere das Bild von der revolutionären Macht, die sich der Veränderung des Status quo verschrieben hat, zu revidieren;
- der Einsicht in die Begrenztheit eigener Ressourcen bei gleichzeitig andauernder Wirtschafts- und Technologiedynamik des Westens;

- dem Willen, ihre erstarrte Ideologie für die Bedürfnisse des politischen Tageskampfes zu modernisieren; insbesondere das Kalkül, dadurch über die abhängigen KPen hinaus weitere politische Kräfte im Westen – vor allem aus dem Lager der Friedensbewegung – für die eigenen Ziele zu gewinnen, mag eine Rolle spielen (dem Zusammengehen der DKP mit einer Friedensliste bei der bevorstehenden Bundestagswahl²³ liegt diese Strategie zugrunde).

IV. Schlußfolgerungen

1) Die Neubestimmung des sowjetischen Koexistenz-Begriffs unter Gorbatschow stellt uns einmal mehr vor die Überlegung:

- Haben wir es mit einer auf die Außenwirkung berechneten Änderung in Stil und Präsentation sowjetischer Außenpolitik zu tun, die unter der Parole „Friedenskampf statt Klassenkampf“ die bekannten machtpolitischen Ziele in neuem Gewande verfolgt?
- Oder handelt es sich um eine tiefergehende Revision, die auch bisherige Inhalte sowjetischer Politik verändern wird?

2) Es fällt schwer, hierauf eine definitive Antwort zu geben, zumal zu einem Zeitpunkt, zu dem die innersowjetische Diskussion nicht abgeschlossen ist. Wie immer diese Diskussion ausgehen mag – schon heute müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß wir es in Zukunft mit einer flexibleren, ideenreicheren und weniger dogmatischen sowjetischen Außenpolitik zu tun haben werden.

3) Wir können zwar nicht ausschließen, daß es sich bei dem sowjetischen Neuanfang um ein taktisch bestimmtes Manöver handelt mit dem Ziel, sich in der gegenwärtigen historischen Phase eigener erkannter Schwäche eine außenpolitische Atempause zu verschaffen. Jedoch sollten wir die darin enthaltenen Chancen sehen und erproben. Die Neuformulierung des Koexistenz-Begriffs läuft hinaus auf das Angebot an den Westen, ein politisches Arrangement bei gegenseitiger Anerkennung des Existenzrechts zu schließen. Der System-Wettbewerb würde sich stärker als bisher auf die politische Ebene verlagern. Die sowjetische Führung mag zugleich die Öffentlichkeitswirkung („Glasnost“) dieser Politik forcieren – ihrem Konzept zugrunde liegt ein eher defensives Interesse an Bestandswahrung.

4) Wir sollten daher die Initiative der SU aktiv aufnehmen, sie an ihren Taten messen und ihr folgende Fragen stellen:

- Ist die SU im Zuge ihrer neuen Begriffsbestimmung wirklich interessiert an umfassender Zusammenarbeit mit uns auch in wesentlichen Fragen der Sicherheitspolitik? Insbesondere ihr Satz, daß im nuklearen Zeitalter „es für alle nur gleiche Sicherheit geben kann“ (Gorbatschow), muß sich erst in der Realität bewähren. In Europa wird der Test auf seine Glaubwürdigkeit letz-

²³ Für die Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 empfahl die DKP, die Erststimme den Einzelbewerbern der „Friedensliste“ und die Zweitstimme der SPD oder den Grünen zu geben. Vgl. dazu Peter SCHINDLER, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden, Bd. I, Baden-Baden 1999, S. 110f.
Zu den Bundestagswahlen vgl. Dok. 14, Anm. 5.

lich darin bestehen, ob sich die SU zum Abbau ihrer stabilitätsbedrohenden konventionellen Invasionsfähigkeit bereit findet.

- Wird sie ihre Rolle auf der internationalen Bühne im Sinne größerer Zurückhaltung und Mäßigung neu überdenken? Ein Testfall könnte die Dritte Welt sein: Wird die SU aufhören, Konflikte, die sie wegen des nuklearen Patts im West-Ost-Verhältnis als zu riskant ansieht, in diese Arena zu verlagern? Neue Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelns etwa bei der wirtschaftlichen Bewältigung von Nord-Süd-Problemen, aber auch beim Krisenmanagement in der Dritten Welt sind dann denkbar.
- Umfassende Zusammenarbeit mit dem Westen ist auf die Dauer nicht vereinbar mit der ideologischen Verteufelung dieses Partners nach innen. Ist die SU bereit zum Abbau ihrer Feindbilder gegenüber dem Westen?

5) Es läge in unserem Interesse, wenn die SU aus der Änderung ihres Koexistenz-Konzepts praktische Konsequenzen solcher Art zöge. Die Auswirkungen, die dies auch auf die kleinen WP-Staaten haben müßte, liegen auf der Hand. Die Idee eines friedlichen Wettbewerbs der Systeme als Angelpunkt der Koexistenz in der neuen sowjetischen Sicht entspricht unserer Vorstellung von der Ausgestaltung einer künftigen europäischen Friedensordnung. Eine solche Entwicklung könnte der Zusammenarbeit über Blockgrenzen hinweg neue Felder eröffnen.

6) Wir sollten die neuen sowjetischen Überlegungen in diesem Sinne ermutigen und hierzu auch das konzeptionelle Gespräch – besonders im informellen Rahmen – nicht scheuen. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die sowjetische Diskussion zum Koexistenz-Begriff nicht abgeschlossen ist, sollten wir unsere Einwirkungsmöglichkeiten nutzen.

Seitz

Referat 02, Bd. 178521

3

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt7. Januar 1987¹

Betr.: Neue US-Politik bei der Entwicklung und Einführung von Technologien zum Schutz elektronisch übermittelter Informationen (NSDD-145)

Bezug: Entwurf eines Berichtes des Office of Technology Assessment (OTA) mit dem Titel: The Integrity and Confidentiality of Electronic Informations²

Anlg.: 3³

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Weisung

1) Zusammenfassung

Die durch eine Direktive des Präsidenten (NSDD-145 vom 17.9.1984, Anlage 1⁴) eingesetzte Systems Security Steering Group (SSSG) hat vor kurzem in einem Policy Statement („National Policy on Protection of Sensitive, but Unclassified Information in Federal Government Telecommunications and Automated Information Systems“, NTISSP⁵ vom 29.10.1986, Anlage 2⁶) eine äußerst umfassende Definition von sensibler, jedoch nicht klassifizierter Information gegeben, die sowohl im staatlichen als auch im privaten Bereich vor unberechtigtem Zugriff geschützt werden soll. In diesem Zusammenhang werden weitere Maßnahmen geplant, die den Schutz solcher elektronisch gespeicherten und übermittelten Informationen vor unberechtigtem Zugriff verbessern sollen. Ein wichtiger Aspekt, der sowohl national als auch international erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen haben kann, ist die vorgesehene Einführung geheimer Verschlüsselungsstandards durch die National Security Agency (NSA), die nur als Hardware („encryption chip“) und auch lediglich einem begrenzten Kreis von amerikanischen Geräteherstellern zur Verfügung gestellt werden sollen. Die neuen Standards sollen den vom National Bureau of Standards entwickelten und veröffentlichten „Data Encryption Standard“ (DES) ablösen und die Sicherheit u. a. dadurch erhöhen, daß sowohl die Algorithmen als auch der Schlüssel geheimgehalten werden.

¹ Der Schriftbericht wurde von Ministerialrat Seipel, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Grewlich am 22. Januar 1987 vorgelegen.

Hat Grewlich am 26. Januar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Pabsch, Legationsrat I. Klasse Stechel, die Referate 204 und 424 sowie den BND verfügte.

Zur Weiterleitung an den BND vermerkte Grewlich handschriftlich: „23. I. in München.“ Ferner vermerkte er: „Bitte W[ieder]v[orlage] R[eferrals]L[eiter] 432 n[ach] R[ückkehr] (30. I.) mit Anlagen.“

² Für den Bericht vom 24. November 1986 vgl. Referat 432, Bd. 199343.

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 2, 4 und 6.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für die National Security Decision Directive Nr. 145 „National Policy on Telecommunications and Automated Information Systems Security“ vgl. Referat 432, Bd. 199343. Vgl. ferner <http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html>.

⁵ Korrigiert aus: „NT/SSP“.

National Telecommunications and Information Systems Security Policy.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für den Bericht vgl. Referat 432, Bd. 199343.

Das Office of Technology Assessment (OTA) arbeitet an einem Bericht über das Thema mit dem Ziel, die Problematik für das Parlament aufzubereiten. Der Leiter des Wissenschaftsreferats⁷ hat vom OTA einen Entwurf dieses Berichtes mit der Bitte um Durchsicht und kritische Anmerkungen möglichst bis Mitte Januar 1987 erhalten. Der Bericht geht im einzelnen auf die Verwundbarkeit elektronischer Informationssysteme und entsprechende Möglichkeiten der Sicherung ein, analysiert den zukünftigen Bedarf für verbesserte Schutzmaßnahmen bei Staat und Industrie und diskutiert die Rolle der Privatindustrie bei der Entwicklung und Nutzung solcher Schutzmaßnahmen. Im Zentrum des Berichts steht die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Direktive NSDD-145 und der darauf fußenden neuen politischen Linie, der NSA eine entscheidende Rolle bei Entwicklung, Fertigung und Weitergabe geheimer Verschlüsselungschips zum Gebrauch bei Behörden und Industrie zu geben.

Der Bericht schließt mit einer Darstellung der möglichen Handlungsalternativen, die das Parlament gegenüber der Regierung verfolgen könnte, und den jeweils zu erwartenden Auswirkungen im Spannungsfeld von nationaler Sicherheit und Wirtschaftsinteressen.

Botschaft bittet möglichst kurzfristig und fernschriftlich um Anmerkungen, Fragen und Kritik zum beigefügten Berichtsentwurf, um diese in die endgültige Fassung des Berichts und damit zunächst in die US-interne Diskussion einfließen zu lassen.

2) Im einzelnen

2.1) Verwundbarkeit elektronischer Informationssysteme

Der OTA-Bericht verweist darauf, daß die elektronische Speicherung und Übermittlung von Informationen enorm zugenommen haben und weiter expandieren. Staat und Industrie werden immer abhängiger von elektronischen Kommunikationssystemen.

Ursächlich für eine damit gekoppelte Erhöhung des Risikos von unberechtigtem Zugriff zu diesen Informationen seien u. a.:

- der Ausbau von Netzwerken aller Art (z.B. für Geldtransfer, Auftragsabwicklung, Energiesysteme, Flugbuchungen, Computerverbund),
- der Einsatz von Mikrowellensendern für Telefonverbindungen,
- die zunehmende Satellitenkommunikation,
- der Einsatz von Mikrocomputern hoher Leistungsfähigkeit.

Andererseits vermindere der wachsende Einsatz von Glasfaserkabeln und digitalen Netzwerken die Verwundbarkeit zumindest gegenüber weniger potenten Lauschern.

Die Bedrohung für Staat und Industrie ergibt sich je nach Interessenprofil sowie den technischen und finanziellen Ressourcen möglicher Lauscher unterschiedlich.

Insbesondere für die Industrie sei zu beachten, daß kostspielige elektronische Lauschmanöver für Gegner und Konkurrenten häufig weniger attraktiv seien

⁷ Heinz Seipel.

als z.B. die Bestechung von Betriebsangehörigen, die direkten Zugang zu den gewünschten Informationen und Datenbanken haben.

2.2) Möglichkeiten des Schutzes elektronischer Informationssysteme und derzeitige Praxis

Es wird im Bericht eine Übersicht über die heute üblichen Methoden insbesondere zum Schutz von Datenbanken und Computern gegeben. Da werden erläutert:

- Zugangskontrollen und computerseitige Aufzeichnung aller vom Nutzer aufgerufenen Prozeduren,
- Maßnahmen zur Personenerkennung (vor allem biometrische Methoden, basierend auf Spracherkennung, Fingerabdrücken, Netzhautvergleich, Unterschriftenanalyse),
- spezielle Computerarchitekturen,
- „Puffer-Modems“, die Anrufer nach Überprüfung der Zugangsberechtigung zum Computer automatisch zurückrufen,
- administrative Maßnahmen verschiedener Art,
- Verschlüsselung.

Der Bericht geht besonders detailliert auf die Verschlüsselung ein und beschreibt ausführlich den vom National Bureau of Standards (NBS) entwickelten „Data Encryption Standard“ (DES), der darauf beruht, daß die Algorithmen für die Verschlüsselung öffentlich bekannt sind, die Schlüsselkombination für die Ver- und Entschlüsselung jedoch von den beteiligten Partnern geheimgehalten wird. Als besonderer Vorteil des DES wird herausgearbeitet, daß seine Zuverlässigkeit sehr breit abgesichert und öffentlich belegt sei und daß alle, die diesen Standard nutzen wollen, in der Lage seien, dies entweder in Form von Hardware („encryption chip“) oder durch entsprechende Software zu tun.

Nicht zuletzt bedingt durch die Tatsache, daß das NBS für DES-Verschlüsselungs-Chips ein Zertifikat über die richtige Umsetzung des Standards ausstellt (was bei evtl. Haftpflichtansprüchen als Nachweis ausreichender Sorgfalt gilt), sei der DES der in der industriellen Praxis (insbesondere beim Geldtransfer zwischen Banken) dominierende Standard.

Bei der Übermittlung klassifizierter Informationen unter Behörden sowie zwischen Behörden und Industrie werden andere Standards der NSA verwendet, wobei die Sicherheit dadurch erhöht wird, daß auch die Algorithmen geheimgehalten werden.

2.3) Entwicklung des nutzerseitigen Bedarfs an Sicherungen im zivilen Bereich

Im zivilen Bereich wird ein wachsender Bedarf für den Schutz von ausgetauschten Informationen, die Nutzeridentifikation und den Echtheitsnachweis gesehen. Im staatlichen Bereich besteht dieser Bedarf vor allem bei zivilen Behörden, die Haushaltsmittel verteilen und Geldüberweisungen durchführen. Im privaten Sektor ist ebenfalls das Bankgewerbe führend im Einsatz kryptographischer Sicherungsmaßnahmen. Jedoch wachsen die Schutzerfordernisse auch in anderen Sektoren, z.B. Schutz von Industriegeheimnissen bei landesweiten oder internationalen firmeninternen Kommunikationsprozessen, Schutz von Datenbeständen aller Art, z.B. personenbezogenen Daten, Datenbestände für elektronische Publikationen oder für computergestützte Konstruktion usw.

Für Regierungsstellen sind sehr umfassende Sicherungsmaßnahmen durch Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften vorgeschrieben. Industriefirmen, die als Auftragnehmer der Regierung tätig werden, sind gleichen Regelungen unterworfen.

Im privaten Sektor sind zwei gegenläufige Tendenzen erkennbar. Zum einen besteht ein großes Interesse an einheitlichen Standards (auch an den Nahtstellen zur Kommunikation mit amtlichen Stellen, z. B. Federal Reserve Bank – private Banken), um die Kosten der verschlüsselten Informationsübermittlung möglichst gering zu halten. Bei den bisherigen Normungsaktivitäten in den USA sei dieser Aspekt berücksichtigt worden. Die maßgeblichen Standards für den Schutz von Informationssystemen wurden vom NBS, dem American National Standards Institute (ANSI) und der American Bankers Association (ABA) erstellt, wobei die jeweiligen Standards weitgehend abgestimmt sind, aufeinander Bezug nehmen und alle im wesentlichen auf dem DES des NBS beruhen.

Andererseits unterscheiden sich die Schutzanforderungen für die verschiedenen Branchen und Firmen erheblich, je nach

- relativem Stellenwert von Integrität, Vertraulichkeit, Zuverlässigkeit und betrieblicher Kontinuität,
- Spektrum der innerhalb einer Firma vorhandenen Informationen und der Gesamtheit der innerbetrieblichen Schutzmaßnahmen,
- möglichen Gegnern (Angestellte, Wettbewerber, ausländische Regierungen),
- Arten möglicher Schäden (finanzielle Schäden, Vertrauens- und Imageverlust, Beeinträchtigung von Beziehungen usw.),
- verfügbaren Ressourcen für Schutzmaßnahmen und zugeordneten Kosten (können diese abgewälzt werden?),
- Auswirkungen amtlicher Vorschriften auf Betriebsvorgänge.

Daraus ergeben sich unterschiedliche Anforderungen an die vorzunehmenden Schutzmaßnahmen und legen insoweit auch die Entwicklung und den Einsatz eines größeren Spektrums maßgeschneiderter Schutzmaßnahmen nahe.

2.4) Übersicht über regierungsseitige Maßnahmen und neue Tendenzen

Der Bericht zeigt die historische Entwicklung des Schutzes von Informationssystemen in den USA auf. Ab 1970 habe die Regierung Maßnahmen zum Schutz nicht nur von förmlich klassifizierten, sondern auch nichtklassifizierten, jedoch „sensitiven“ regierungsinternen Informationen ergriffen. Mit der Direktive des Präsidenten PD/NSC-24 von 1977⁸ erweiterte die Regierung die Schutzziele und schloß auch den privaten Sektor mit ein. Das Department of Defense (DoD) erhielt die Zuständigkeit, festzulegen, welche Daten im Hinblick auf nationale Sicherheitsinteressen als „sensitiv“ anzusehen und entsprechend zu schützen seien. Der Secretary of Commerce (DoC) erhielt den Auftrag, die Privatindustrie über den sensitiven Charakter bestimmter aus Quellen der Regierung abgeleiteter Informationen („government derived“) zu unterrichten (besonders im Tele-

⁸ Für die Presidential Directive Nr. 24 „Telecommunications Protection Policy“ vom 16. November 1977 vgl. <http://fas.org/irp/offdocs/pd/index.html>.

kommunikationsbereich) und für die Verbesserung entsprechender Schutzmaßnahmen zu sorgen.

Im nächsten Schritt wurde mit der National Security Directive 145 (NSDD-145) vom 17.9.1984 (Anlage 1) die DoD-Zuständigkeit auch auf rein private Informationen und Informationssysteme ausgedehnt und der NSA eine umfassende Verantwortung für die Sicherung von Telekommunikationssystemen der Regierung und Privatindustrie sowie für zugeordnete Forschung, Entwicklung und Normgebung übertragen⁹.

Die nach NSDD-145 eingesetzte Systems Security Steering Group hat in einem Policy-Statement vom 29.10.1986 (Anlage 2) präzisiert, daß als sensitiv im Hinblick auf Sicherheitsinteressen ein weites Spektrum von Daten anzusehen sei, das unter anderem auch ökonomische, finanzielle, persönliche, landwirtschaftliche und technologische Daten, ferner Informationen über Maßnahmen zum Gesetzesvollzug und Industriegeheimnisse einschlieÙe.

Der OTA-Bericht konzentriert sich vor allem auf die Frage der Zuständigkeit für die Entwicklung von Methoden und Standards für die Verschlüsselung elektronischer Informationen und die Erteilung von Zertifikaten für Verschlüsselungs-Chips.

Während diese Zuständigkeit bisher aufgrund des Brooks Act von 1965¹⁰ beim National Bureau of Standards (NBS) lag, soll sie nunmehr auf die NSA übergehen. Damit verbunden ist eine einschneidende Änderung der bisherigen Praxis. Das NBS hat mit dem DES einen Standard entwickelt, dessen Verschlüsselungs-Algorithmen veröffentlicht wurden und der insoweit von jedermann im In- und Ausland in Hardware- und Softwareform benutzt werden konnte.

Die NSA wolle nun zwei neue Standards vorgeben, deren Algorithmen, um den Schutz zu erhöhen, nicht mehr veröffentlicht werden sollen.

In Zukunft sollen nur noch Verschlüsselungs-Chips nach diesen neuen Standards (also nicht mehr DES!) ein Zertifikat von der NSA erhalten.

Nur „qualifizierte amerikanische Nutzer“ (was nach NSA-Aussagen auch amerikanische Firmen im überwiegenden ausländischen Kapitalbesitz ausschließen soll) sollen von der NSA die erforderlichen Unterlagen zur Erstellung entsprechender Chips erhalten, die im übrigen nicht exportiert werden dürfen.

Zugleich soll der Einsatz dieser neuen Chips in den USA sowohl bei den Behörden als auch bei der Industrie auf verschiedene Weise forciert werden, u. a. durch Erlaß entsprechender Vorschriften für die Behörden, Schaffung faktischer Zwänge an den Schnittstellen im Austausch von Informationen zwischen Behörden und Industrie, durch Beeinflussung der Normung (so soll kürzlich US-Seite auf Drängen vom DoD entsprechende Normungsaktivitäten der ISO¹¹ zu Fall gebracht haben¹²) und durch Ausnutzung der Bedeutung amtlicher Zertifikate für

⁹ Korrigiert aus: „ausgedehnt“.

¹⁰ Für den Wortlaut des „Brooks Act“ vom 30. Oktober 1965 vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 79, S. 1127–1129.

¹¹ International Organization for Standardization.

¹² Der Passus „so soll ... haben“ wurde von Vortragendem Legationsrat Grewlich hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Gibt es dazu einen Bericht?“

Haftpflicht und Versicherungsschutz der Privatindustrie gegenüber Schäden durch Einbrüche in Informationssysteme. Hinter dieser Entwicklung steht die Sorge, daß der rasch wachsende Umfang elektronisch übermittelter Informationen aller Art einerseits und das ebenfalls wachsende Potential gegnerischer Nachrichtendienste für Entschlüsselung und computergestützte Verknüpfung entschlüsselter Daten andererseits Möglichkeiten öffnet, eine Vielzahl von für sich allein harmlosen Einzelinformationen aufzufangen und durch intelligente Korrelationsprozesse zu strategisch bedeutsamen Informationen zu verdichten.¹³

Gleichzeitig ist das DoD (NSA) daran interessiert, auf dem Gebiet der Ver- und Entschlüsselung (insbesondere auch gegenüber der Dritten Welt: Terrorismus und Drogengebrauch) einen klaren Vorsprung zu halten, um seine Fähigkeit, weltweit für die US-Regierung wichtige Nachrichten zu entschlüsseln, nicht zu gefährden. Deshalb wird alles versucht, für Industrie und zivile Forschungsstellen jeglichen Anreiz für eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, deren Ergebnisse nicht geheimzuhalten wären, zu nehmen.

2.5) Auswirkungen und Probleme aus NSDD-145

Der Bericht diskutiert im Zusammenhang möglicher Reaktionen des Parlaments auf NSDD-145 u. a. die nachstehenden Auswirkungen und Probleme:

- NSDD-145 gebe im Spannungsfeld von sicherheitsorientierten Schutzmaßnahmen und gegenläufigen Wirtschaftsinteressen letzteren eindeutig geringere Priorität.
- Die vage Definition einer neuen Klasse von schutzbedürftigen sensitiven Informationen in Verbindung mit der Verpflichtung auf umfassende Schutzmaßnahmen, die über die eigenen Erfordernisse weit hinausgehen, stelle eine erhebliche Belastung für zivile Behörden, Industrie und Forschungseinrichtungen dar.
- Die Direktive widerspreche dem Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung zwischen zivilem und militärischem Bereich und gebe der NSA einen unangemessenen Einfluß auf die Informationspolitik ziviler Behörden und der Privatindustrie.
- Die NSA werde mit der neuen Aufgabe, Verschlüsselungstechniken auch für den zivilen und industriellen Gebrauch zu entwickeln, von ihren originären Aufgaben abgelenkt und sei auch gar nicht in der Lage, den tatsächlichen industriellen Erfordernissen in ihrer Vielgestaltigkeit gerecht zu werden.
- Der Ansatz der NSA sei geeignet, Industrie und zivile Forschungsstellen zu demotivieren, im Bereich der Kryptographie eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu betreiben, und blockiere damit ein im industriellen Wettbewerb möglicherweise nicht unbedeutendes Innovationspotential.
- Die Absicht der NSA, die Algorithmen für neue Verschlüsselungs-Chips geheimzuhalten, keinen Export zuzulassen, jedoch gleichzeitig dessen umfassenden Einsatz im nationalen Rahmen durchzusetzen, sei mit den Erfordernissen für den internationalen Informationsaustausch (insbesondere Auftragsabwicklung, Geldtransfer) nicht vereinbar.

¹³ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Grewlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „+ Computerviren?“

- Die Absicht der NSA, nur ausgewählten amerikanischen Firmen die Herstellung des Verschlüsselungs-Chips zu gestatten, bedeute einen Eingriff in den industriellen Wettbewerb im Telekommunikationsbereich.

3) Bewertung

Aus Gesprächen mit den Autoren des Berichts sowie mit Kollegen der britischen Botschaft, die sich ebenfalls mit der dargelegten Entwicklung befassen, ist zu schließen, daß dort ernste Befürchtungen über mögliche Beeinträchtigungen der internationalen Kommunikation und von Nachteilen für die europäischen Gerätehersteller bestehen (Abkoppelung von der technologischen Entwicklung, Exportschranken). Andererseits ist die Entwicklung in den USA offenbar noch voll im Fluß. Interessengruppen wie die American Bankers Association¹⁴ wehren sich gegen nachteilige Aktionen der NSA, und das Parlament wird möglicherweise auch noch eingreifen.

Da die wichtigsten für die Entwicklung bestimmenden US-Regierungsdokumente geheim sind und der Botschaft nicht vorliegen, ist die Einschätzung der Tragweite der neuen Politik schwierig. Hinzu kommt, daß die Botschaft nur begrenzte Informationen darüber hat, wie die Übermittlung verschlüsselter Daten zwischen deutschen und amerikanischen Stellen zur Zeit erfolgt, welche Bedeutung dabei dem DES des NBS zukommt und ob unterschiedliche Codes für die US-interne und die internationale Kommunikation praktikabel sind. Für die Botschaft wäre zusätzlich von Interesse, in welchem Umfang sich insbesondere deutsche Banken, internationale Unternehmen und die Gerätehersteller im Computer- und Telekommunikationssektor von der aufgezeigten neuen US-Politik betroffen oder bedroht sehen. Botschaft bittet deshalb möglichst kurzfristig um entsprechende Informationen und Kommentare, um diese zunächst in Form von Anmerkungen zum OTA-Bericht in die US-interne Diskussion einbringen zu können.¹⁵

In Vertretung
Wallau

Referat 432, Bd. 199343

¹⁴ Korrigiert aus: „American Banking Association“.

¹⁵ Vortragender Legationsrat Grewlich übermittelte dem Bundesministerium für Wirtschaft und weiteren Ressorts am 2. Februar 1987 den Entwurf einer an die Botschaft in Washington zu richtenden Weisung. Darin hieß es: „Eine abschließende Weisung zu den US-Vorgängen ist im Augenblick noch nicht möglich. Die im Bezugsbericht angesprochenen Fragen werden im Rahmen einer ‚Interministeriellen Arbeitsgruppe Grenzüberschreitende Datenflüsse‘ vertieft behandelt werden. In diesem Rahmen werden auch die Ergebnisse einer Anfrage bei Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit berücksichtigt. Diese Ergebnisse liegen im Augenblick noch nicht vor.“ Bisherige Reaktionen aus der Industrie und dem Dienstleistungsbereich seien „keineswegs heftig, doch läßt sich andererseits ein gewisses Unbehagen feststellen, das noch zunehmen könnte“. Die Auswirkungen „der Einführung von Technologien zum Schutz elektronisch gespeicherter und übermittelter Informationen (vor allem, wenn sie zwingenden Charakter auch für den zivilen Bereich haben) müßten unter GATT-Aspekten (Gefahr von Handelsverzerrungen) geprüft werden“. Vgl. den Runderlaß; Referat 201, Bd. 143471.

Botschafter van Well, Washington, berichtete am 5. Februar 1987, er habe die in der betreffenden Weisung vom 4. Februar 1987 enthaltenen Elemente „dem Leiter der OTA-Studie über ‚The Integrity and Confidentiality of Electronic Information‘“ erläutert. Die Botschaft werde weitere zuständige Arbeitseinheiten der amerikanischen Administration ansprechen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 571; Referat 201, Bd. 143471.

4

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen**Dg 20/201-360.92 FRA-11/87 geheim****8. Januar 1987**Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Zustimmung zu den Empfehlungen (Seite 9 ff.)

Betr.: Sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich und in Europa (WEU);
 hier: Bewertung der Gespräche von Dg 20³ in Paris am 5. und 6. Januar 1987

Anlg.: 4 (nur bei Original)⁴

1) Zweck und Rahmen der Gespräche

Das Gespräch mit d'Aboville, das fast sechs Stunden dauerte und weitgehend unter vier Augen geführt wurde, sollte Bilanz des Jahres 1986 ziehen und – in einem vertraulichen Brainstorming – die Perspektiven der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bilateral und im europäischen Kontext, vor allen Dingen der WEU, behandeln.⁵ Gespräche von jeweils einer Stunde mit den außenpolitischen Beratern des Präsidenten⁶, des Ministerpräsidenten⁷ sowie des Verteidigungs-

¹ Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Januar 1987 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gute Aufzeichnung.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 9. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat BM für Konsultationen am 6.2. vorgelegen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfften-Arnbach am 9. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS R[uhfus] vorgelegt.“

Hat Ploetz am 9. Februar 1987 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher handschriftlich vermerkte: „Wie bespr[ochen].“

Hat Dreher am 19. Februar 1987 vorgelegen. Vgl. die Zusammenfassung; VS-Bd. 12084 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Hans-Friedrich von Ploetz.

⁴ Dem Vorgang beigelegt waren die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 5. Januar 1987 sowie der Drahtbericht Nr. 22 von Ploetz vom 6. Januar 1987, mit dem die Aufzeichnung fortgesetzt wurde. Ferner waren der Drahtbericht Nr. 21 von Ploetz vom 6. Januar sowie die Drahtberichte Nr. 25 und Nr. 29 des Gesandten Rouget, Paris, vom 7. Januar 1987 beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12084 (201). Vgl. ferner Anm. 5–8.

⁵ Zu seinem Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, d'Aboville, am 5. Januar 1987 in Paris vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz am 5./6. Januar 1987, auf die Frage, was die Bundesrepublik im sicherheitspolitischen Bereich an Zusammenarbeit beabsichtige, habe er erklärt: „eine so weitgehende Koordinierung mit F wie nur möglich“. Über die Antwort d'Abovilles, daß „jede Provokation der USA oder Gefährdung der kollektiven Verteidigung“ vermieden werden müsse, sei er „enttäuscht“ gewesen. Vgl. die Aufzeichnung vom 5. Januar 1987 sowie den Drahtbericht Nr. 22 vom 6. Januar 1987; VS-Bd. 11302 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

⁶ Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Paris, berichtete am 6. Januar 1987, er habe am Vortrag mit den außenpolitischen Beratern von Staatspräsident Mitterrand, Védrine und Musitelli, gesprochen. Védrine habe dargelegt: „In bezug auf die Null-Lösung müsse man gegenüber der Öffentlichkeit logisch bleiben. Mitterrand habe schon 1979 gesagt, daß im Idealfall keine P[ershing] II stationiert und alle SS-20 abgebaut würden. Wenn dies heute möglich sei, könne man nicht öffentlich erklären, dies sei eine schreckliche Entwicklung. [...] Von Frankreich werde es keine Blockierung der Null-

ministers⁸ gaben Gelegenheit, dieselben Fragen mit den anderen an der Formulierung der französischen Sicherheitspolitik beteiligten Stellen zu erörtern. Die Gesprächsvermerke sind als Anlage beigefügt.

2) Bewertung

a) Ausgangslage

Nach den stetigen Fortschritten der praktischen bilateralen Zusammenarbeit haben wir das Grundsatzgespräch mit Frankreich über den künftigen Inhalt und das Ziel dieser Zusammenarbeit in einer Sondersitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 23. Juli 1986⁹ (auf unserer Seite: Braunmühl, Rühl, Altenburg) gezielt aufgenommen, um – rund hundert Tage nach Amtsantritt der Regierung Chirac¹⁰ – zu sehen, in welchem Umfang diese bereit ist, im Sinne sehr weitgehender Vorstellungen des Oppositionsführers Chirac voranzugehen. Die Antwort auf unsere Kernfrage nach dem konkreten Ziel der bilateralen Zusammenarbeit und ihrer konkreten europäischen Finalität blieb bei der damaligen Sitzung wie auch bei den weiteren Gesprächen im Jahre 1986 vage. (Morel: „Wir haben eine gewisse gemeinsame Vorstellung – entente – von der Sicherheit Europas, ohne sie schon im einzelnen definieren zu können.“)

b) Status-quo-Denken verfestigt

Die jüngsten Gespräche haben deutlich werden lassen, daß das Status-quo-Denken in der Regierungsbürokratie sich in der Post-Reykjavik-Situation¹¹ eher noch verfestigt hat. Es wird durchaus anerkannt, daß wir jetzt eine qualitative Schwelle überschreiten müssen, um das Ziel des Elysée-Vertrages¹² (Annäherung der Auffassungen auf dem Gebiete der Strategie, „um zu gemeinsamen Konzepten zu gelangen“) zu erreichen. Die in dieser Frage bewußt offensiv an-

Fortsetzung Fußnote von Seite 21

Lösung geben. Wenn die Verhandlungen nun Fortschritte brächten, werde der Präsident seine Position durchsetzen, auch wenn die Regierungsbedenken intellektuell verständlich seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 21; VS-Bd. 13000 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

⁷ Gesandter Rouget, Paris, informierte am 7. Januar 1987, Ministerialdirigent von Ploetz sei am Vortag mit dem außenpolitischen Berater von Ministerpräsident Chirac zusammengetroffen. Ploetz habe das „Interesse an effizienteren Sicherheitsstrukturen“ zum Ausdruck gebracht. Bujon de l'Estang habe „im wesentlichen aufgeschlossen“ reagiert, aber als „vorrangiges Problem zwischen D und F die krisenhafte Diskrepanz in den Währungsbeziehungen“ herausgestellt: „Schon seit September 1986 sei die überzogene DM-Stärke für F ‚grave‘. Heute gebe es in Paris ein ‚vive ressentiment‘ gegen Bundesregierung und Bundesbank.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 29; VS-Bd. 13000 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

⁸ Am 7. Januar 1987 teilte Gesandter Rouget, Paris, mit, Ministerialdirigent von Ploetz habe am Vortag ein Gespräch mit dem außenpolitischen Berater des französischen Verteidigungsministers Giraud geführt. Ploetz habe für eine „angemessene und möglichst gemeinsame Antwort der Europäer auf sich verändernde Anforderungen an ihre Verteidigung und Sicherheit“ plädiert. Es komme auf eine „Heerschau der gegebenen militärischen Faktoren“ an. De la Fortelle sei über solche Vorstellungen „eher beunruhigt“ gewesen: „Die Entwicklung einer europäischen Strategie müsse sich an der NATO-Strategie reiben. F sehe wenig Raum für veränderte Risikoverteilung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 25; VS-Bd. 13000 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

⁹ Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vgl. AAPD 1986, II, Dok. 213.

¹⁰ Jacques Chirac war seit 20. März 1986 französischer Ministerpräsident.

¹¹ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹² Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

gelegte Gesprächsführung brachte dieselben vorsichtig-disziplinierten Reaktionen hervor wie früher.

Dabei ergab sich eine deutliche Abstufung:

Das Außenministerium ist unverändert am restriktivsten und am wenigsten konzeptionell denkend. Seine grundsätzliche Skepsis gegen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen hat in der Analyse von Reykjavik eher noch zugenommen. Wie die Verhandlungen über das NATO-Kommuniqué in Brüssel¹³ gezeigt haben, scheut es sich dabei nicht, sich in Widerspruch zu „eigenem vorangegangenen Tun“ (besonders zu der noch durch AM Dumas mit BM vor Halifax¹⁴ entwickelten Linie der konventionellen Rüstungskontrolle) zu setzen. Die in den ersten Konsultationen nach Reykjavik vehement betonten negativen Auswirkungen für die westliche Sicherheit, die selbst von hypothetischen Entwicklungen ausgehen können (Strategiedebatte), werden heute bestritten. Desgleichen werden grundsätzlich der Abrüstungswille von Gorbatschow und seine Fähigkeit angezweifelt, vor Ablauf von wenigstens zwei bis drei Jahren grundsätzliche Strategieentscheidungen durchzusetzen. Da andererseits die US-Administration durch Irangate¹⁵ als weitgehend handlungsunfähig angesehen und ein Ausbruch im Rüstungskontrollbereich nicht für wahrscheinlich angesehen wird, gibt sich die Regierungsbürokratie einschließlich Präsidialamt in einer Weise gelassen, die schon an das Pfeifen im dunklen Wald erinnert. Auf dieser Linie liegt es, daß Frankreich Strategiediskussionen nach Möglichkeit ausweichen will, z. B. durch Abschluß der SDI-Beratungen im bilateralen und im WEU-Rahmen.

Für den Quai stehen beim Status quo zwei Überlegungen im Mittelpunkt:

- Eine zentrale Rolle spielt das Bestreben, innen- und außenpolitisch ein Umfeld zu erhalten, in dem F seine eigene Nuklearstreitmacht planmäßig modernisieren kann. Deshalb hat F (gemeinsam mit GB) die in Reykjavik vorgeschlagene Beseitigung aller ballistischen Raketen innerhalb von zehn Jahren vehement abgelehnt. Es ist offenkundig, daß hier neben sicherheitspolitischen Motiven auch die Überlegung eine wichtige Rolle spielt, den Statusunterschied (auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland) aufrechtzuerhalten. Der Besitz einer eigenen Nuklearstreitmacht ist neben der Fähigkeit und der Bereitschaft, militärische Macht außerhalb Europas einzusetzen, sowie der ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Natio-

¹³ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

¹⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

¹⁵ Anfang November 1986 wurde in der amerikanischen Presse berichtet, geheime amerikanisch-iranische Kontakte in den vergangenen Monaten hätten dem Ziel gedient, die Unterstützung des Iran bei der Befreiung amerikanischer Geiseln im Libanon zu gewinnen. Bei diesen Gesprächen seien auch Lieferungen von militärischen Ersatzteilen und Rüstungsexporte der USA sowie Israels in den Iran vereinbart worden. Die Einnahmen aus diesen geheimen Waffenverkäufen seien von der amerikanischen Regierung an die Guerilla-Bewegung der „Contras“ in Nicaragua weitergeleitet worden, um sie bei ihrem Kampf gegen die sandinistische Regierung zu unterstützen, obwohl sich der Kongreß gegen solche Hilfen ausgesprochen hatte. Am 13. November 1986 äußerte sich Präsident Reagan erstmals öffentlich zu dem Vorgang, entließ den Nationalen Sicherheitsberater Poindexter und stimmte der Einsetzung einer Untersuchungskommission („Tower-Kommission“) zu. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

nen und der Rolle als Statusmacht in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes das überragende Attribut der französischen Sonderrolle. Die Pariser Bürokratie ist konsequent in seiner Verteidigung und hat deshalb das Interesse, jede Entwicklung zu bremsen, die gefährdend sein könnte. Das Bemühen, hierfür möglichst Verbündete zu finden, wurde bei den zweimaligen französisch-britischen Gipfelbegegnungen nach Reykjavik¹⁶ sehr deutlich.

- Frankreich weiß außerdem, daß seine eigene „unabhängige“ Sicherheitspolitik wesentlich davon abhängt, daß die „extended deterrence“ der USA glaubhaft beibehalten wird. Die Nachrüstung hat Frankreich deshalb als wesentliche Stärkung angesehen und unterstützt. Ihre Beseitigung wiegt nach Meinung der französischen Regierung den Vorteil nicht auf, den der Abbau aller europäischen SS-20 darstellt. Wichtig war in diesem Zusammenhang die Feststellung von Védrine, Präsident Mitterrand werde seine Position gegenüber der Regierung durchsetzen, daß Frankreich die Null-Lösung nicht blockiert.

Frankreich ist außerdem besorgt über Anschlußverhandlungen über SRINF, weil es hier eine Tendenz zur Null-Lösung befürchtet und damit einen weiteren Schritt in einem Prozeß, der zunächst amerikanische Nuklearwaffen aus Europa eliminiert und dann Europa insgesamt nuklearwaffenfrei macht. Auch hier ergab das Gespräch bei Védrine eine interessante Nuance, als er eine Null-Lösung auch bei SRINF als intellektuell vertretbar bezeichnete; wenn die Bundesregierung dies aber offenbar nicht wolle, könne Frankreich das auch nicht sagen!

Es ist bemerkenswert, in welchem Umfang die französische Regierung seit Reykjavik – im Interesse an der künftigen Wirksamkeit der NATO-Verteidigung und zur Verteidigung seiner eigenen Positionen – immer stärker auf der Grundlage der von ihr früher strikt abgelehnten Bündnisstrategie der flexiblen Erwidernung¹⁷ argumentiert hat.

Hierbei tut sich d’Aboville, der die Politik des Außenministeriums weitgehend formuliert und enge Verbindungen zum Ministerpräsidentenamt hat, durch besondere Orthodoxie hervor, die Züge des Gesundbetens annimmt: Die ganze Zielrichtung seiner Argumentation verneint, daß – nach Reykjavik – für die Sicherheit in Europa tiefgreifende Entscheidungen vor uns liegen, um unterhalb des in Neuordnung befindlichen strategischen Verhältnisses der Großmächte Sicherheitsstrukturen zu schaffen, die unserer Forderung nach Respektierung des Rechts auf gleiche Sicherheit Rechnung tragen.

Hieraus sollten allerdings keine übereilten Schlußfolgerungen gezogen werden. Diese Einschätzung muß nicht das letzte Wort sein. Das französische Außenministerium formuliert Sachpositionen sehr oft stark unter taktischen Gesichtspunkten: Während wir bei den Großmächten grundsätzliche Übereinstimmung

¹⁶ Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 16. Oktober 1986 in Großbritannien auf und Premierministerin Thatcher am 21. November 1986 in Frankreich.

¹⁷ Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

erkennen und daher die Richtung der Entwicklung beeinflussen wollen, versucht Paris systematisch, die Entwicklung zu bremsen, wobei die Herstellung von Junktims ein bewährtes Instrument darstellt. Dafür versucht es, London als Verbündeten zu werben, wobei gleiche Interessenlage gegenüber USA und SU unterstellt wird. Gleichzeitig versucht Paris, mit London ein Gegengewicht gegen Bonn zu schaffen, durch dessen aktive Dialogpolitik mit dem Osten Paris allein in unkontrollierbare Entwicklungen gezogen zu werden fürchtet. Die Tatsache, daß d'Aboville mit meinem britischen Kollegen¹⁸ einen Tag später in Paris sprach und – offensichtlich bewußt – kein Dreiergespräch in Erwägung zog, verdeutlicht dieses Taktieren.

Grenzen werden allerdings schon früh durch die volle Einbindung Großbritanniens in Strategie- und Rüstungskontrollpolitik der integrierten NATO-Partner gezogen, die noch deutlicher dadurch werden, daß die britische Regierung – wegen des zerbrochenen sicherheitspolitischen Konsenses im Lande – sehr viel stärker eine die Öffentlichkeit mehrheitlich überzeugende Rüstungskontrollpolitik nachweisen muß als die französische. Gegenüber Washington versucht das französische Außenministerium seinen Einfluß zu stärken, indem es sich als solidester Anwalt der nuklearen Abschreckung in Europa zu gerieren versucht, und gleichzeitig restriktiv operiert, wenn es an die Konkretisierung der europäischen Identität im sicherheitspolitischen Bereich geht. Auf diese Weise hofft man auch, ein interessanter Gesprächspartner für Moskau zu bleiben. Chirac beabsichtigt, nach einem Besuch im März in Washington¹⁹ noch vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig²⁰ nach Moskau zu fahren²¹. Angeblich drängt die sowjetische Seite intensiv auf Festlegung eines Termins.

Diese Politik verrät große innere Unsicherheit: Chirac hatte unserem Botschafter²² nach Amtsantritt gesagt, er wolle mit uns die deutsche Ostpolitik so eingehend erörtern, daß er sie voll verstehen und zur französischen machen könne. Einer solchen Umarmungspolitik würde entsprechen, daß man auf unsere Bereitschaft eingeht, alle strategischen Fragen einschließlich der Rolle von Kurzstreckenraketen mit dem Ziel der Formulierung übereinstimmender Positionen zu erörtern. Offensichtlich hat das Außenministerium in Paris Sorge vor unserem großen politischen Gewicht und auch vor der Dynamik, mit der wir diese Fragen angehen. Da man andererseits Solidarität mit dem für die eigene Sicherheit so wichtigen Partner zeigen will, bietet man kleine und durchaus wichtige substantielle Schritte an.

Diese auf Wahrung des Status quo und vor allem des eigenen Sonderstatus gerichtete Politik birgt allerdings Risiken für die deutsch-französische Partnerschaft, für die europäische Einigung und Stabilität und Vitalität der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft.

Das derzeitige Taktieren läßt aber den Schluß zu, daß Frankreich dieses durch seine Starrheit verursachte Risiko als geringer ansieht als die Gefahren, die

¹⁸ Derek Morison David Thomas.

¹⁹ Ministerpräsident Chirac hielt sich vom 30. März bis 1. April 1987 in den USA auf.

²⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

²¹ Ministerpräsident Chirac besuchte die UdSSR vom 14. bis 16. Mai 1987. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 2.

²² Franz Joachim Schoeller.

mit einem Ausloten der von uns vorgeschlagenen Optionen verbunden wären. Dazu trägt nicht zuletzt bei, daß unsere innenpolitische Situation zwar im Augenblick als stabil, die Grundlage unserer Sicherheitspolitik in der Öffentlichkeit aber als besorgniserregend schmal angesehen wird. In die Gesamtrechnung wird sicher auch unsere für einen Franzosen unverständliche Abstinenz in bezug auf machtpolitisches Denken eine Rolle spielen.

Verteidigungsminister Giraud denkt, wie seine schon in der Oppositionszeit veröffentlichten Artikel ausweisen, sehr viel konzeptioneller. Dies ist offensichtlich auch in Vier-Augen-Gesprächen mit BM Wörner deutlich geworden, über die im BMVg nichts zu erfahren war. Aus Hinweisen des diplomatischen Beraters de la Fortelle (früher Gesandter in Bonn) kann geschlossen werden, daß dabei substantielle Verlegungen französischer Truppeneinheiten in das Bundesgebiet eine Rolle spielten, andererseits Fragen der Rüstungskoopeation im Bereich der Hochtechnologie. Das Außenministerium hat – offensichtlich erfolgreiche – Bemühungen unternommen, zu selbständige Überlegungen des Verteidigungsministers seiner Kontrolle zu unterwerfen. Der Hinweis von de la Fortelle, daß auch im Zeichen der Kohabitation²³ von französischer Seite keine großen Initiativen zu erwarten seien, räumt dies in verschleierte Form ein. Dies ändert nichts daran, daß Giraud eine starke und politisch denkende Persönlichkeit ist, die andererseits über die ausreichende Erfahrung in der Industrie verfügt, um bei der Rüstungskoopeation erfolgversprechend vorzugehen.

Das Verteidigungsministerium sieht – noch deutlicher als andere Regierungsstellen in Paris –, daß Frankreich seine anspruchsvolle Sicherheitspolitik nicht durchhalten kann, und zwar aus finanziellen und materiellen Gründen. Die volle Nutzung der sicherheitspolitischen Dimension des Weltraums wirft unüberwindliche Probleme auf, nachdem die Ressourcenkonkurrenz zwischen der nuklearen und konventionellen Komponente schon unlösbare Probleme erzeugt hat. Die an sich gebotene Konsequenz, in enger Zusammenarbeit mit uns Konzepte und Mittel zur Lösung zu finden, wird sehr selektiv gezogen, weil man sich vor den Auswirkungen auf den eigenen Status scheut. Alle anderen Gründe, die geltend gemacht werden, haben sicher auch ihr Gewicht, ändern aber nichts an dieser Kernüberlegung.

Das Amt des Ministerpräsidenten ist konzeptionellen Überlegungen – Chiracs Reden vor und nach Amtsantritt bestätigen dies – gegenüber aufgeschlossen. Der direkte Hinweis von Bujon, es gebe uns gegenüber „hard feelings“ wegen unserer Haltung in der Währungsfrage, macht aber deutlich, daß man dort sicherheitspolitische Beziehungen im Gesamtzusammenhang der Beziehungen sieht: Die Probleme der französischen Wirtschaft, der zunehmende Abstand zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, der auch im Handelsbilanzdefizit, aber auch im erfolgreichen Operieren deutscher Unternehmen in Frankreich deutlich wird, schließlich auch unser Verhalten in vielen EG-Fragen,

²³ Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 16. März 1986 erzielte das Wahlbündnis des Rassemblement pour la République (RPR) und der Union pour la Démocratie Française (UDF) 40,88 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Parti Socialiste erreichte 31,19 %, die Parti Communiste kam auf 9,79 % sowie der Front National auf 9,72 %. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Fabius trat der neue Ministerpräsident Chirac sein Amt am 20. März 1986 an. Zum ersten Mal in der Geschichte der Fünften Republik lagen damit das Amt des Staatspräsidenten und das Amt des Ministerpräsidenten in der Hand von Politikern unterschiedlicher Parteien.

werden so interpretiert, daß wir rücksichtslos an unserer eigenen Wirtschaftsautonomie festhalten und uns den Partnern verweigern, während wir andererseits große Anliegen in der Sicherheitspolitik an sie haben – bei F letztlich Aufgabe der sicherheitspolitischen Autonomie! Die Frage wird gegenwärtig dadurch verschärft, daß die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung für das politische Überleben der Regierung Chirac und seine Aussichten auf die Präsidentschaftskandidatur 1988²⁴ entscheidend ist.

Diese Zusammenhänge werden auch im Amt des Präsidenten klar gesehen. Man ist deshalb an einem frühen Gespräch nach den Wahlen²⁵ mit uns interessiert. Die von Mitterrand am 15. Januar in London angekündigte Rede ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung.²⁶ Im übrigen ist Mitterrand – bei strenger Orthodoxie in den Strategiefragen –, in den rüstungskontrollpolitischen Positionen näher bei der Bundesregierung als bei denen der französischen Regierung. Dies wurde offen ausgesprochen. Die Ankündigung, daß er sich im Ernstfall, d. h. z. B. bei tatsächlicher Vereinbarung einer LRINF-Null-Lösung, gegenüber der Regierung auch entschlossen durchsetzen werde, hat allerdings sicher ebenso starke innen- wie außenpolitische Bezüge.

3) Empfehlungen

Geopolitisch ist Frankreich für uns ein durch niemanden zu ersetzender Partner. Ohne seinen Rückhalt (und den der anderen europäischen Partner und der USA) können wir das unverändert richtige Harmel-Konzept²⁷ nicht ausgewogen verwirklichen. Angesichts der globalstrategischen Entwicklung und der Entwicklung innerhalb des westlichen Bündnisses und in den einzelnen Ländern liegt es in unserem Interesse, daß sich Frankreich als wichtigster europäischer Partner nicht dauerhaft aus Status- und taktischen Gründen der Notwendigkeit verschließt, die vor uns liegenden tiefgreifenden Entscheidungen anzugehen. Wir müssen es davon überzeugen, daß nicht „die richtige Weichenstellung in den ersten Tagen einer Krise“ (d’Aboville) die wirkliche Bewährungsprobe unserer Sicherheitspartnerschaft ist, sondern die gemeinsame Konstruktion einer europäischen Friedensordnung.

Widersprüchliche Äußerungen und Unklarheiten auf Seiten der Bundesregierung machen es Frankreich und anderen Partnern leichter, solchen Fragen auszuweichen. Dabei können sie sich leider ermutigt fühlen durch eine amerikanische Administration, die in einer stärker koordinierten europäischen Rolle im Bündnis eher einen Nach- als einen Vorteil sieht.

Die Gelegenheit der Regierungsbildung nach dem 25. Januar 1987 ist günstig, um das Grundkonzept unserer Beziehungen zu Frankreich (und den übrigen WEU/EG-Partnern) zu erörtern.

²⁴ In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

²⁵ Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

²⁶ Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 15. Januar 1987 in Großbritannien auf. Für den Wortlaut seiner Rede vor dem Chatham House in London vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Januar/Februar), S. 33–42.

²⁷ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Ein deutlich profiliertes Konzept der Bundesregierung, das alle Aspekte der Beziehungen – wirtschafts-, währungs- und sicherheitspolitische – einbezieht, ist Voraussetzung für weitere Fortschritte.

Das relative Gewicht Frankreichs im europäischen Verbund hat sich seit den Tagen von Robert Schuman so stark verringert, daß es eine wirkliche eigene Initiative von der historischen Dimension des Schuman-Planes²⁸ nicht mehr ergreifen kann. Ein solcher Schritt muß im Verbund mit uns erfolgen.

Ein Kolloquium der zuständigen Minister unter Vorsitz des Bundeskanzlers könnte als Instrument dienen, innerhalb der Bundesregierung eine Verständigung über die großen Linien der Europapolitik zu erzielen. Natürlich stehen dringende operative Fragen auf der Tagesordnung. Von uns werden zur Lösung der Haushalts- und Agrarproblematik substantielle Beiträge erwartet. Wir sollten sie nicht, einer traurigen deutschen Tradition entsprechend, in letzter Minute und praktisch ohne Gegenleistung erbringen, sondern immer den Gesamtzusammenhang im Auge haben und Fortschritte in anderen Bereichen, besonders dem der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, anstreben. Das Kolloquium der Bundesregierung sollte dazu dienen, dieses perspektivische Herangehen an Einzelfragen durchzusetzen.

Der nächste Schritt wären verantwortliche Gespräche auf hoher politischer Ebene mit Frankreich. Die Beamtenebene ist, das hat die Gesprächsrunde in Paris sehr deutlich gemacht, allenfalls zur Vorbereitung solcher Begegnungen geeignet. Aber auch hier bestehen in bezug auf das Außenministerium erhebliche Zweifel.

Bei sicherheitspolitischen Fragen könnte ein ausführliches Gespräch der Außen- und Verteidigungsminister nach dem Gymnich-Modell²⁹ sehr substantiell werden, indem es die konzeptionellen Kräfte auf beiden Seiten unter Berücksichtigung der übrigen Fachkompetenz zusammenführt.

Wichtig ist, daß solche Gespräche nicht nur mit tagespolitisch operativen oder taktischen Zielsetzungen geführt werden. Wichtig ist ferner, daß kein Thema ausgeschlossen bleibt.

Bei erfolgreichem Verlauf dieser Gespräche sollte eine Erweiterung um GB, gegebenenfalls auch Italien und die anderen WEU-Partner, angestrebt werden.

Richthofen

VS-Bd. 12084 (201)

²⁸ Nachdem Bundeskanzler Adenauer am 8. Mai 1950 dem ihm am Vortag überbrachten Vorschlag des französischen Außenministers Schuman zugestimmt hatte, die deutsche und französische Kohlen-, Eisen- und Stahlproduktion zusammenzufassen und auch anderen europäischen Staaten den Beitritt zu einer gemeinsamen Organisation zu ermöglichen, legte Schuman seinen Vorschlag am 9. Mai 1950 dem französischen Ministerrat vor. Nach dessen Zustimmung teilte er am selben Tag die Grundzüge des Vorhabens der Presse mit. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BDFD I, S. 225–227. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, Bd. 1, S. 3091f. Vgl. dazu ferner AAPD 1949/50, Dok. 57 und Dok. 58.

²⁹ Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type“-Treffen sollte es sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung wichtige außenpolitische Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenbereichs der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

5

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

210-303.B VS-NfD

9. Januar 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn BundesministerBetr.: 750-Jahr-Feier Berlins³;

hier: Konsultationen mit den Alliierten über die Behandlung der Einladung von GS Honecker an RBM Diepgen zum Staatsakt der DDR am 23.10.1987 in Berlin (Ost)⁴ und die Frage einer Gegeneinladung von RBM Diepgen an GS Honecker zum Festakt am 30.4.87 in Berlin (West)

Anlg.: 3⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 8

1) BM Schäuble hat gegenüber StS Meyer-Landrut die Bitte geäußert, daß das Auswärtige Amt die Frage der Gegeneinladung von GS Honecker nach Berlin (West) im Gegenzug zur Einladung von RBM Diepgen nach Berlin (Ost) baldmöglichst mit den Alliierten wiederaufnimmt. Eine Absage des RBM an GS Honecker widerspreche der Politik der Bundesregierung. Wir könnten es uns nicht leisten, in die Position des Nein-Sagers zu kommen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 20. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Aufzeichnung hat BM für Gespräch mit RBM am 2.2. vorgelegen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 23. Februar 1987 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Ihrer Weisung entsprechend habe ich BM Schäuble mitgeteilt, daß Sie zu einem Gespräch mit BK und ihm in dieser Frage bereit seien. Schäuble wird eine solche Besprechung vorbereiten und dazu einladen.“

³ Zu den Vorbereitungen für die 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. AAPD 1986, II, Dok. 221.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des „Komitees der Deutschen Demokratischen Republik zum 750-jährigen Bestehen von Berlin“, Honecker, richtete am 8. Oktober 1986 ein Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, in dem es hieß: „Es ist mir eine Freude, Sie zum Staatsakt der Deutschen Demokratischen Republik aus Anlaß des 750-jährigen Bestehens von Berlin als Ehrengast einzuladen. Der Staatsakt der Deutschen Demokratischen Republik findet am 23. Oktober 1987 im Palast der Republik am Marx-Engels-Platz statt.“ Honecker sprach die Hoffnung aus, Diepgen „in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik begrüßen zu können“. Vgl. Referat 210, Bd. 139169.

Am selben Tag übermittelte der Oberbürgermeister von Ost-Berlin und stellvertretende Vorsitzende des „Komitees der Deutschen Demokratischen Republik zum 750-jährigen Bestehen von Berlin“, Krack, ein weiteres Einladungsschreiben an Diepgen: „Im kommenden Jahr, dem 750. Jahrestag der erstmaligen urkundlichen Erwähnung Berlins, findet ein Treffen von Bürgermeistern aus aller Welt zum Thema ‚Politik für den Frieden und das Wohl der Menschen‘ statt. Es ist mir eine Ehre, Sie und Ihre Gattin sowie zwei weitere Persönlichkeiten aus Berlin (West) zu dieser Begegnung einzuladen, die in der Zeit vom 1. bis 5. Juni 1987 stattfinden wird.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139169.

⁵ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 9–11.

2) Angesichts des alliierten Zögerns hatten Sie⁶ vor dem Deutschland-Treffen am Rande der NATO-Außenministertagung im Dezember⁷ mit dem Bundeskanzler vereinbart, die Einladungsfragen bis nach den Wahlen⁸ ruhen zu lassen. Mit den drei Außenministern war in Chevening hierüber Einverständnis hergestellt worden. BM Schäuble hatte Botschafter Burt schon am 9.12. entsprechend unterrichtet. Gleichzeitig hatte er in der Frage der Gegeneinladung auf die Notwendigkeit zum Handeln Ende Januar/Anfang Februar hingewiesen, weil der offizielle Festakt in Berlin (West) schon am 30. April stattfindet. Man könne sechs Wochen vorher keine ernstzunehmende Einladung mehr aussprechen (Gesprächsvermerk: Anlage 1⁹).

3) Die Haltung der Alliierten zur gesamten Einladungsfrage ist in den letzten Wochen immer negativer geworden. Ihre eigene Teilnahme am DDR-Staatsakt zum 23. Oktober 1987 erscheint im Augenblick mehr als offen. Unter diesen Voraussetzungen wäre auch die Teilnahme des RBM kaum zu rechtfertigen. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß die Drei im Falle ausbleibender NATO-Solidarität bei leidlichen Teilnahmebedingungen ihre Teilnahme einer Isolierung vorziehen würden.

4) In der Frage der Gegeneinladung haben die Alliierten den deutschen Vorschlag eines Schreibens des RBM an GS Honecker (Brief BM Schäuble vom 10.11.1986 mit entsprechendem Entwurf an die drei Botschafter: Anlage 2¹⁰) bislang nicht akzeptiert, sondern darauf hingewiesen, daß zunächst die Arbeit der Vierergruppe zu bewerten wäre (Schreiben der drei Botschafter an BM Schäuble vom 4.12.1986: Anlage 3¹¹).

5) In der Vierergruppe wurde über die Fragen Einigung erzielt, die sich unter Statusgesichtspunkten aus der Einladung an RBM Dieppen zum Staatsakt am 23.10.1987 in Berlin (Ost) ergeben.

Nicht einigen konnten wir uns über das Vorgehen: erst Gegeneinladung, dann Sondierungen (wir) oder umgekehrt.

⁶ Hans-Dietrich Genscher.

⁷ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 in Chevening vgl. AAPD 1986, II, Dok. 353 und Dok. 354.

Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

⁸ Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

⁹ Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt am 9. Dezember 1986 betonte Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, daß er „über das Ende der Partie keinen Zweifel“ habe: „GS Honecker werde die Einladung nicht annehmen“. Er, Schäuble, glaube aber dennoch, „daß man Bürgermeister Dieppen in die Lage versetzen solle, diesen Schritt zu tun und diesen dann wirken zu lassen. Dazu müsse man spätestens Ende Januar/Anfang Februar handeln.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139173.

¹⁰ Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, übermittelte den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) den Entwurf eines Einladungsschreibens des Regierenden Bürgermeisters von Berlin an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, sowie den Entwurf eines Einladungsschreibens „an besondere Gäste“ und eine Aufzeichnung „Elemente für Gesprächsführung bei Übergabe der Einladung“. Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

¹¹ Der britische Botschafter Bullard teilte Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, mit, er und seine Kollegen Boidevaix (Frankreich) und Burt (USA) würden empfehlen, eine Gegeneinladung „nicht zugehen zu lassen, bis wir alle Gelegenheit gehabt haben, die Arbeit der Vierergruppe zu bewerten hinsichtlich der Bedingungen, die zur Vermeidung von Statusverletzungen erforderlich sind“. Vgl. das Schreiben; Referat 210, Bd. 139173.

6) Es wird eines erheblichen politischen Einsatzes bedürfen, die Alliierten zur Absendung der Gegeneinladung ohne vorherige Sondierungen mit der DDR zu bewegen. Sollten die Alliierten auf letzterem bestehen, ist kaum damit zu rechnen, daß eine Gegeneinladung zeitgerecht abgehen kann. Die Alliierten befürchten nämlich, daß der RBM im Falle der Annahme der Gegeneinladung durch Honecker ohne Bedingungen in Zugzwang käme, seinerseits die Einladung zum 23. Oktober bedingungslos anzunehmen.

Obgleich die Alliierten bisher aus Statusgründen keine Schwierigkeiten nannten, wenn Honecker nach Berlin (West) käme, besteht unsererseits der Eindruck, daß sie möglicherweise gegen seine Anwesenheit auf dem unter ihrer Hoheit stehenden Territorium Vorbehalte haben.

7) Die Chancen einer Annahme der Gegeneinladung durch Honecker erscheinen allerdings gering, weil der West-Berliner Festakt am 30.4. unter Anwesenheit starker Bundespräsenz (einschließlich Bundespräsident und Bundeskanzler) stattfinden wird. Würde Honecker teilnehmen, hätten wir insoweit gute Argumente.

RBM Diepgen hat im Anschluß an seinen gestrigen Vortrag vor der DGAP¹² bei einem Gespräch im engen Kreise mit der Arbeitsebene von Kanzleramt, BMB und AA erklärt, daß für ihn eine Nichtbeantwortung der Einladung Honeckers oder eine Absage ohne triftige Gründe politisch nicht in Betracht komme. Die überwältigende Mehrheit der Berliner Bevölkerung befürworte eine Teilnahme des RBM an der Feier in Berlin (Ost), um durch einen solchen symbolträchtigen Akt die Gemeinsamkeiten zum Ausdruck zu bringen. Eine Behandlung der Einladung in einer Weise, durch welche die DDR sich brüskiert fühlen könnte, liege nicht in unserem deutschlandpolitischen Interesse. Im übrigen setze jede Suche nach alternativen Möglichkeiten, bei einer anderen Gelegenheit im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier in Berlin (Ost) in Erscheinung zu treten, voraus, daß die Einladung zu dem Staatsakt in einer auch für die DDR gesichtswahrenden Form erledigt werde.

8) Es wird daher vorgeschlagen, daß sowohl die Beratungen in der Vierergruppe als auch der Kontakt von BM Schäuble mit den drei Botschaftern schon Ende Januar wiederaufgenommen werden¹³, damit Anfang Februar eine abschließende Entscheidung darüber getroffen werden kann, wie weiter zu verfahren ist.

Richthofen

Referat 210, Bd. 139173

¹² In der Presse wurde berichtet: „Die Ausführungen des Berliner CDU-Politikers enthielten eine Fülle von Hinweisen, Bemerkungen und Kommentaren in die Richtung, der deutschen Seite (und somit auch ihm) dürfe bei Kontakten mit der ‚DDR-Seite nicht verwehrt werden, was die westlichen Signatarstaaten des Vier-Mächte-Abkommens aus eigenen Nützlichkeits-Erwägungen heraus gegenüber Ost-Berlin für sich selbst durchaus für sinnvoll hielten. [...] In Anspielung auf die aktuelle Debatte über Honeckers Einladung hielt Diepgen indirekt den Westmächten vor: ‚Aber es geht darum, ganz undramatisch nicht jede vernünftige, auch bundespolitische Maßnahme unter vermeintlichen Statusgesichtspunkten zu zerreden. Es gibt Kritik des Auslands an uns Deutschen, daß wir es schaffen, jede Frage zu einer Rechtsfrage zu machen. Und in Berlin gibt es die Neigung, aus jeder Frage eine Statusfrage zu machen.‘“ Vgl. den Artikel „Diepgen macht Alliierten Vorhaltungen“; DIE WELT vom 9. Januar 1987, S. 1. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, Beiträge, S. 67–76.

¹³ Für das Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) am 29. Januar 1987 vgl. Dok. 16.

6

Legationsrat Rinnert, Kabul, an das Auswärtige Amt

114-1114/87 VS-vertraulich
 Fernschreiben Nr. 25
 Cito

Aufgabe: 13. Januar 1987, 09.30 Uhr¹
Ankunft: 13. Januar 1987, 09.15 Uhr

Betr.: Gefangenenaustausch sowjetische Armee/Mujahedin²

Bezug: DB Nr. 21 vom 12.1.1987³ – Az. wie oben

Zur Unterrichtung

1) Herr Rosen hielt sich vom 7. bis 12.1.1987 in Kabul zu Verhandlungen mit afghan. Regierung und SU-Vertretern auf. Er flog am 13.1. nachmittags nach Delhi ab, um von dort weiter nach Islamabad zu reisen. Kontakte mit afghan. Seite liefen weitgehend über Protokollchef Karim Zada bzw. über hochrangigen Angehörigen des Apparates des ZK der DVPA⁴, Bakher. Ansprechpartner auf sowjetischer Seite war der aus Moskau mit Herrn Rosen angereiste AM-Beamte Netschajew.

2) Afghan. Regierung hatte sich schon bei erstem Gespräch grundsätzlich zu Austausch von Gefangenen bereit erklärt.⁵ Sie sei bereit, bis zu 60 gefangene Angehörige der „Hezbi-Islami“ Gulbuddin Hekmatyars freizulassen und würde ein Austauschverhältnis von bis zu fünf Widerstandskämpfern pro SU-Soldat akzeptieren, abhängig von der Wichtigkeit der afghan. Gefangenen. Um Gesamtumfang möglicher Austauschaktion zu kennen, bat afghan. Regierung um Mitteilung, wie viele SU- bzw. Regime-Soldaten sich in Gewahrsam von Hezbi-Islami befinden. Da kurzfristig keine Antwort auf diese via Botschaft Islamabad an Wi-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Zenner am 13. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 13. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.

Hat Heyken am 13. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup verfügte.

Hat Kastrup am 14. Januar 1987 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat Elias teilte der Botschaft in Neu Delhi am 12. Januar 1987 mit: „Leiter des persönlichen Büros von Bundeskanzler a. D. Willy Brandt, Klaus-Henning Rosen, wird im Januar 1987 über Moskau nach Kabul reisen, um bei Gefangenenaustausch zwischen afghanischem Widerstand und sowjetischen Truppen als Vermittler aufzutreten. Nach Aussagen Herrn Rosens ist Anstoß für diese Aktion von Vertretern der Mujahedin ausgegangen, und sowjetische Seite hat grundsätzlich zugestimmt. Nach Verhandlungen in Kabul wird Herr Rosen nach Islamabad über Neu Delhi reisen, um dort Verhandlungen mit Mujahedin zu führen. Gefangenenaustausch soll nach einer eventuellen Einigung in Afghanistan durchgeführt werden. Botschaft wird gebeten, Herrn Rosen zu Gesprächen zu empfangen, ihm einen Dolmetscher zu vermitteln und ihm die Benutzung der Fernschreibverbindung zu gestatten. Auf keinen Fall sollte Botschaft gegenüber afghanischem Regime in dieser Angelegenheit in Erscheinung treten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 11; VS-Bd. 13665 (340); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Legationsrat Rinnert, Kabul, teilte mit, der Leiter des Büros des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt, Rosen, werde am 12. Januar 1987 von Kabul nach Neu Delhi und am 13. Januar über Lahore nach Islamabad reisen: „Längerfristige Terminplanung war nach Auskunft H[errn] Rosens nicht möglich, da Fortgang Gespräche in Kabul nicht voraussehbar.“ Vgl. Referat 340, Bd. 144618.

⁴ Demokratische Volkspartei Afghanistans.

⁵ Legationsrat Rinnert, Kabul, berichtete am 8. Januar 1987: „Herr Rosen hat heute ein erstes Gespräch mit dem afghan[ischen] Außenministerium gehabt. Die grundsätzliche Bereitschaft für die vereinbarte Operation wurde bestätigt. Sie soll in Afghanistan stattfinden. Er erhält bald Namen. Problem wird die Zahl sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 19; Referat 340, Bd. 144618.

derstand in Peshawar übermittelten Fragen zu erwarten war, willigte afghan. Regierung auf Herrn Rosens Vorschlag in schrittweises Vorgehen ein: Hekmatyar hatte gewünscht, Austausch zunächst mit 2 (zwei) SU-Soldaten zu beginnen, um Zuverlässigkeit der Absprache zu testen. Herr Rosen erhielt am 11.1. die ersten 35 Namen gefangener Hezbi-Kämpfer und übermittelte hiervon die ersten zehn nach Pakistan, kündigte gleichzeitig an, daß er bei seiner Ankunft in Islamabad Liste mit weiteren 25 Namen vorlegen werde. Afghan. Regierung sei im übrigen bereit, bei weiteren Angeboten seitens Hezbi-Islami weitere Namen zu nennen.

3) Nach bisheriger Planung will Herr Rosen am 13.1. in Islamabad eintreffen und danach mit Vertretern Widerstands Prozedere des Austauschs besprechen. Austausch soll auf Wunsch afghan. Seite auf afghan. Territorium stattfinden, höchstwahrscheinlich in Torkham (Grenzort zwischen Jalalabad und Peshawar). H. Rosen gab Torkham Vorzug vor Jalalabad (zu weit von der Grenze) und Spin Boldak (zwischen Kandahar und Quetta, zu weit von Islamabad), die ebenfalls von afghan. Regierung vorgeschlagen worden waren. Er will – sofern Hezbi-Islami auf Regierungsvorschläge eingeht – zunächst die für erste Stufe des Austauschs vorgesehenen SU-Soldaten über deren Rückkehrwilligkeit befragen, anschließend auf afghan. Territorium Austausch vornehmen. Falls sich Verfahren bewährt, wäre er auch bereit, evtl. kurzfristig möglichen Austausch weiterer SU-Soldaten zu vermitteln. Er hat jedoch gegenüber afghan. Regierung schon deutlich gemacht, daß er sich zeitlich nicht in der Lage sehe, auch Austausch zwischen Mujahedin und Regierungssoldaten zu bewerkstelligen, da dies Afghanen unter sich ausmachen könnten, falls sich Verfahren beim Austausch Rotarmist gegen Mujahedin bewährt habe.

4) Mangels fehlender Antworten aus Peshawar konnte H. Rosen Erfolgsaussichten seiner Mission schwer einschätzen. Direkte Kontakte mit dem Widerstand in Peshawar ab 13.1. dürften hier Klärung bringen.⁶ Möglicherweise könnte der einseitig proklamierte Waffenstillstand ab 15.1. Austauschaktion begünstigen, sofern er vom Regime im Grenzgebiet tatsächlich eingehalten wird.⁷

[gez.] Rinnert

VS-Bd. 13474 (213)

⁶ Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Islamabad, informierte am 19. Januar 1987, der Leiter des Büros des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt, Rosen, habe sich vom 13. bis 17. Januar 1987 in Pakistan aufgehalten. Am 15. Januar 1987 sei er in Peshawar mit dem Vorsitzenden der „Hezbi-Islami“, Hekmatyar, zusammengetroffen: „Die Begegnung war relativ kurz, da die Hezbi-Islami das vorgeschlagene Austauschverhältnis von einem sowjetischen Gefangenen gegen fünf Angehörige der Hezbi-Islami ablehnte. [...] Tatsächlich hatte die sowjetische Seite noch beim Besuch von Herrn Rosen in Moskau zu erkennen gegeben, daß ein Austauschverhältnis von 1 : 25 annehmbar sei. Erst bei seinem Aufenthalt in Kabul ist Herrn Rosen eine Relation von eins zu fünf als Verhandlungsbasis mitgegeben worden. Es hat also entweder die Koordinierung zwischen Moskau und Kabul nicht funktioniert, oder die Vertreter in Kabul haben sich mit dem ungünstigeren Angebot von eins zu fünf durchgesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 50; VS-Bd. 13474 (213); B 150, Aktenkopien 1987.

⁷ Botschafter Berendonck, Islamabad, berichtete am 29. Januar 1987, die Botschaft habe mittlerweile folgende Mitteilung erhalten: „Sobald Gegenseite mit dem Austauschort Ala Jirgah einverstanden ist, wird Hezbi-Islami bei einem Austauschverhältnis von einem sowjetischen Soldaten gegen 25 afghanische Gefangene die Namen der beiden rückkehrbereiten sowjetischen Gefangenen sowie die Namen der afghanischen Gefangenen nennen, deren Freigabe von Hezbi-Islami verlangt wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 97; Referat 340, Bd. 144618.

Klaus-Henning Rosen hielt rückblickend fest, die sowjetische Seite habe Kontakte zur SPD benutzt, um mit afghanischen Mujahedin über die Freilassung von Kriegsgefangenen zu verhandeln. Diese „sich über zwei Jahre hinziehenden Gespräche waren zunächst aussichtsreich, aber am Ende aufgrund von

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-341.75-28/87 VS-vertraulich

15. Januar 1987¹

Herrn Staatssekretär² zur Unterrichtung

Betr.: KVAE;

hier: Amerikanische Bewertung der sowjetischen Verhandlungsführung
in der Schlußphase der Konferenz³

Von amerikanischer Seite erhielten wir eine zusammenfassende Bewertung der sowjetischen Verhandlungsführung in der Schlußphase der KVAE-Konferenz, die in den nachfolgenden Punkten wiedergegeben wird. Die amerikanischen Ausführungen konzentrieren sich insbesondere auf das Verhältnis zwischen Politik und Militär auf sowjetischer Seite. Dabei fließen frühere amerikanische Erfahrungen aus bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen mit Moskau als Bewertungskriterien ein. Nach amerikanischer Ansicht könnten die folgenden Beobachtungen auch von Bedeutung für das zukünftige sowjetische Verhalten in anderen Verhandlungsgremien sein:

1) Eine politische Grundsatzentscheidung der sowjetischen Führung für ein Abkommen werde – wie sich gezeigt habe – von den sowjetischen Verhandlungsführern einfallsreicher und flexibler als in der Vergangenheit umgesetzt. Die Entscheidungsebene für Fragen der sowjetischen Verhandlungsführung habe sich – möglicherweise infolge der Stellung Dobrynins im ZK – mehr und mehr nach oben verschoben. Belege: Befassung des Politbüros mit der KVAE in der Schlußphase der Konferenz unter Teilnahme des sowjetischen Delegationsleiters Grinewskij, der anschließend zwei weitere Dienstreisen nach Moskau machte, um sich neue Instruktionen von der Spitze zu holen.

2) Die Amerikaner haben den Eindruck, daß der Widerstand seitens sowjetischer Militärs nur auf diese Weise überwunden werden konnte. Gorbatschow sei – hierfür gebe es wenigstens drei bis vier Beispiele in Stockholm – mehr als seine Vorgänger entschlossen, Bedenken der Militärs beiseite zu schieben. Allerdings sei hierfür ein – amerikanischerseits nicht spezifizierter – politischer Preis zu zahlen.

3) Sowjetische Militärs reagierten nervös auf die Bereitschaft der politischen Führung zu Kompromissen. Nachdem Schewardnadse gegenüber dem Schweizer

Fortsetzung Fußnote von Seite 33

Indiskretionen ohne Ergebnis“. Vgl. den Vortrag „Menschenrechte konkret: Hilfe der Sozialdemokratie für verfolgte Bürger“; http://library.fes.de/library/netzquelle/ddr/politik/pdf/ost_3.pdf.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.

Hat Weiß erneut vorgelegen.

Hat Heyken am 20. Januar 1987 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. Januar 1987 vorgelegen.

³ Zur 11. Runde der KVAE vom 10. Juni bis 18. Juli 1986 in Stockholm vgl. AAPD 1986, II, Dok. 203.

Die KVAE endete bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

Außenminister Aubert⁴ Konzessionsbereitschaft in der Frage der Nutzung neutraler Flugzeuge für Inspektionen signalisiert hatte, habe Marschall Achromejew Grinewskij und den Vertreter des Generalstabs nach Moskau beordert und sie angewiesen, Schewardnadses Äußerungen zu leugnen. Seitens des sowjetischen Verteidigungsministeriums sei die Neigung spürbar gewesen, Konzessionen der politischen Ebene am Verhandlungstisch durch „Kleingedrucktes“ möglichst wieder rückgängig zu machen. In Stockholm habe Grinewskij in einem derartigen Fall sehr gezögert, dagegen einzuschreiten.

Im Bereich der sogenannten „militärisch-technischen Fragen“ (bezieht sich offenbar auf eine in der sowjetischen Militärdoktrin vorgenommene Trennung zwischen politisch-militärischen und militärisch-technischen Aspekten) seien die Vertreter des sowjetischen Generalstabs bemerkenswert autonom aufgetreten. In Stockholm habe das Verhalten der sowjetischen Militärs klar gezeigt, daß die politische Führung der Delegation in diesem Bereich nicht das Sagen habe (die militärische Leitung der Delegation habe Grinewskij häufig in diesen Fragen nicht informiert).

4) Obwohl die Sowjets insgesamt sichtlich bemüht waren, die Europäer als Hauptverhandlungspartner in Stockholm zu behandeln, hätten sich die sowjetischen Militärs auffallend darum bemüht, mit ihren amerikanischen Counterparts ins Geschäft zu kommen. Die Amerikaner ziehen hieraus den Schluß, daß ein geeigneter, im Umgang mit den Sowjets erfahrener hochrangiger US-Offizier in bilateralen oder multilateralen Verhandlungen Wunder wirken könnte (!).

5) Von den in der sowjetischen Delegation vertretenen sowjetischen Institutionen habe Grinewskij offensichtlich nur die Vertreter des Generalstabs ernstgenommen. Als Beleg erwähnten die Amerikaner den Fall einer offensichtlichen Zurücksetzung des KGB-Generalleutnants in der sowjetischen Delegation.

6) Nach amerikanischer Auffassung seien die Sowjets über die Verhandlungsmechanismen bei der KVAE enttäuscht gewesen, da es sich für sie als unerwartet schwierig erwiesen habe, die NATO zu spalten bzw. die Unterstützung der N+N zu gewinnen. Die Amerikaner behaupten, daß sich die Teilnahme der Verteidigungsministerien auf westlicher Seite, der stärksten überhaupt im bisherigen KSZE-Prozeß, als eine Art „Rückenstärkung“ gegenüber einer „vereinbarung um jeden Preis“-Position bei einigen Verbündeten ausgewirkt habe. Entsprechend seien die Sowjets angesichts des französischen Verhaltens in Stockholm enttäuscht gewesen. Die französische Delegation sei zwar – wie üblich – in prozeduralen Fragen schwierig, jedoch in der Substanz meistens loyal gegenüber amerikanischen Positionen aufgetreten (letzteres sogar auf Kosten französischer Positionen). Es habe sich als vorteilhaft erwiesen, das sowjetische Interesse an Verhandlungen mit den Franzosen ins Spiel kommen zu lassen, so daß Frankreich in einigen Fragen (Inspektionen) im amerikanischen Interesse vorangehen konnte. Amerikaner wiesen darauf hin, daß die sowjetische Zustimmung zu Inspektionen im Zusammenhang des Mittelrand-Besuchs in Moskau⁵ gegeben worden sei.

⁴ Der schweizerische Außenminister Aubert hielt sich vom 3. bis 7. September 1986 in der UdSSR auf.

⁵ Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR vom 7. bis 10. Juli 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 200.

7) Die strikte amerikanische Haltung zur Compliance-Frage habe sich in Stockholm günstig ausgewirkt. Grinewskij habe sich strikt gegen eine doppeldeutige Sprache zur Lösung von Verhandlungsproblemen ausgesprochen, klare und eindeutige englische Formulierungen angestrebt und sprachliche Tricks im Russischen in der letzten Minute (sonst übliche Erfahrung) vermieden. Sowjets wollten offenbar Zweideutigkeiten und Unklarheiten, d. h. mögliche Anknüpfungspunkte für zukünftige Compliance-Vorwürfe, vermeiden.

8) Sowjetische Unterhändler hätten empfindlich auf den Vorwurf reagiert, eine Diplomatie à la Breschnew oder Gromyko zu praktizieren. Zugleich seien sie aber auch besorgt gewesen, seitens des sowjetischen Generalstabs nicht als weich qualifiziert zu werden. Dies habe sich auch auf Grinewskijs Verhalten ausgewirkt. Dieser habe den Auftrag gehabt, ein Abkommen abzuschließen, jedoch den Preis hierfür so niedrig wie möglich zu halten.

Richthofen

VS-Bd. 13476 (213)

8

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

210-650-36/87 VS-vertraulich
600-600.01-4/87 VS-vertraulich

19. Januar 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Kulturstiftung der Länder⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 5

1) Beschlußlage

Am 18. Dezember 1986 haben die Ministerpräsidenten der Länder den Text eines Abkommens zur Errichtung der Kulturstiftung (privaten Rechts) beschlos-

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Bächmann und Lambach sowie Legationsrat I. Klasse Ulrich konzipiert.

² Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut und Ruhfus am 20. Januar 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 11. Februar 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.

Hat Legationssekretär Freitag am 12. Februar 1987 vorgelegen.

⁴ Die Regierungschefs der Länder billigten am 7. Juni 1984 die Entwürfe für ein Abkommen zur Errichtung einer Kulturstiftung der Länder und für ein Bund-Länder-Abkommen über die Mitwirkung des Bundes an der Stiftung. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 10. Juni 1985, daß seit Juni 1984 in der Bonner Vierergruppe der Vorschlag konsultiert werde, „Sitz und Sekretariat der Kulturstiftung in Berlin zu errichten“. Bundesminister Genscher habe bereits im März 1985 vermerkt: „Die Sitzfrage wird noch große Probleme aufwerfen; die Alliierten – insbesondere die USA – sind gegen Berlin, weil sie eine Konfrontation mit der SU in dieser Frage vermeiden wollen. Sie möchten aber eine Situation vermeiden, in der sie ein Verbot aussprechen müssen. Deshalb werden wir den Konsultationsprozeß hinziehen.“ Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

sen, aber noch nicht unterzeichnet. Die Chefs der Staats-/Senatskanzleien wurden beauftragt, in Verhandlungen mit dem Bund sicherzustellen, daß dieses Abkommen zusammen mit dem geplanten Abkommen über die Mitwirkung des Bundes an der Stiftung im Rahmen des ersten Treffens der Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler im neuen Jahr (März 1987) unterzeichnet werden kann.

Der Abkommenstext enthält u. a. folgende Festlegungen:

- Der Name der Stiftung lautet „Kulturstiftung der Länder“. Berlin brachte in Protokollerklärung Bedauern zum Ausdruck und hätte einem anderen Namen, z. B. Wilhelm-von-Humboldt-Stiftung, den Vorrang gegeben (zur „Abfederung“ politischer Kritik von SU und DDR).
- Sitz der Stiftung ist Berlin. Die Geschäftsstelle soll – gemäß Protokollerklärung – ebenfalls in Berlin errichtet werden.
- Der Bund ist im Stiftungsrat mit drei Sitzen vertreten, grundsätzlich nur mit beratender Stimme, in ausgewählten Fällen mit Stimmrecht.

2) Vertretung des Bundes im Stiftungsrat

Bewerber für die bisher lediglich vorgesehenen drei Sitze sind der federführende BMI, der BMF, das AA und der BMBW. Das BMI beabsichtigt, den Bundeskanzler zu bitten, in den abschließenden Gesprächen mit den Regierungschefs der Länder erneut auf vier Sitze für den Bund zu drängen. Sollte es bei drei Sitzen bleiben, muß die Sitzverteilung in der vom BMI zu formulierenden Kabinettsvorlage vorgeschlagen und im Kabinett entschieden werden. In diesem Fall wird Ihnen⁵ nach dem Treffen des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder der Entwurf eines Schreibens an den Bundesminister des Innern⁶ vorgelegt, das den Wunsch des Auswärtigen Amtes nach Vertretung im erweiterten Stiftungsrat nachdrücklich zum Ausdruck bringt.

3) Stand der Meinungsbildung in den berlinpolitischen Fragen bei Alliierten, Bund und Ländern

3.1) Die Alliierten sind in der Vierergruppe laufend über den aktuellen Stand unterrichtet worden. Sie sehen in der Errichtung dieser Stiftung in Berlin kein rechtliches Problem, haben aber eingehend auf die politischen Gefahren hingewiesen. Insoweit sei eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Rechnung angebracht. Bei der Ausgestaltung der Stiftungsstruktur sollten der SU möglichst wenige Angriffsflächen geboten werden (GB). Politische Auswirkungen würden auch den Zuständigkeitsbereich der Alliierten berühren (USA). Alle drei Westmächte legten von Beginn an großen Wert auf gemeinsame Haltung mit der Bundesregierung. Sie prüfen derzeit den am 18.12.1986 beschlossenen Abkommens-text, vor allem im Hinblick auf die beabsichtigte organisatorische und finanzielle Mitwirkung des Bundes an der Kulturstiftung. Sie wollen bei ihrer endgültigen Stellungnahme auch die abschließende Haltung der Bundesregierung berücksichtigen. Voraussichtlich würden sie sich einem Wunsch der Bundesregierung, wenn auch zögernd, letztlich nicht mehr verschließen.

⁵ Hans-Dietrich Genscher.

⁶ Friedrich Zimmermann.

3.2) Die Länder einschließlich Berlins sind entschlossen, das für sie neben finanziellen Erwägungen auch unter Aspekten auswärtiger Kontakte interessante Projekt nunmehr zu verwirklichen. RBM Diepgen scheint entschlossen, die Stiftung nunmehr in der beschlossenen Form zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang ist auch auf eine in seinem Vortrag vor der DGAP am 8. Januar⁷ gemachte Bemerkung hinzuweisen, „nicht jede vernünftige, auch berlinpolitische Maßnahme unter vermeintlichen Statusgesichtspunkten zu zerreden“.

3.3) Das Bundeskanzleramt und die beteiligten Ressorts tendieren – angesichts fehlender berlinrechtlicher Bedenken – jetzt zu einer Inkaufnahme des politischen Risikos. Sie gehen aber davon aus, daß in Abstimmung mit den Alliierten berlinpolitischen Bedenken Rechnung getragen wird.

4) Außen-, deutschland- und berlinpolitische Schadensabwägung

Die politischen Gefahren liegen in wahrscheinlichen, aber im einzelnen nicht mit letzter Gewißheit vorherzusagenden sowjetischen Reaktionen in ihrer Deutschland- und Berlinpolitik. Sowjetische Reaktionen dürften sich weniger wahrscheinlich auf alliierte Belange richten, weil die SU an einem Konflikt mit den drei Westmächten derzeit nicht interessiert scheint. Dies erhöht wiederum die Wahrscheinlichkeit einer Reaktion uns gegenüber.

4.1) Für diese Einschätzung sprechen zunächst die Erfahrungen mit dem Umweltbundesamt⁸ einerseits und die bisherige Protestlage bei der Kulturstiftung andererseits. Im August 1984 hat die SU gegenüber den Westmächten und uns gegen die geplante Errichtung der Kulturstiftung – in welcher Organisationsform auch immer – protestiert.⁹ Im Rahmen einer Demarche der sowjetischen Botschaft im Bundeskanzleramt wurde außerdem ein Vergleich mit der Errichtung des Umweltbundesamts gezogen, wurden „sehr ernste Komplikationen in den West-Berliner Angelegenheiten“ angedroht, und es wurde auf „zusätzliche Hindernisse in dem Weg der Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland“ hingewiesen.

4.2) Für Berlin könnte dies einen spürbaren Rückschritt in den Bemühungen, Berlin in die West-Ost-Zusammenarbeit, vor allem in unsere Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten, einzubeziehen, bedeuten. So könnte die SU – außer der Diskriminierung der Stiftung im Bereich der WP-Staaten – in der Praxis die beim Abschluß des Abkommens über die wissenschaftlich-technische

⁷ Zur Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, vgl. Dok. 5, Anm. 12.

⁸ Am 19. Juni 1974 stimmte der Bundestag der Errichtung des Umweltbundesamts als selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Sitz in Berlin (West) zu. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 22. Juli 1974 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 1505 f.

Die UdSSR und die DDR betrachteten dies als Verstoß gegen das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971. Vgl. dazu die Erklärungen vom 20. Juli 1974; EUROPA-ARCHIV 1974, D 580–582. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 227 und Dok. 230.

⁹ Referat 210 vermerkte am 25. September 1984 zu den Entwürfen für ein Abkommen zur Errichtung einer Kulturstiftung der Länder und für ein Bund-Länder-Abkommen über die Mitwirkung des Bundes an der Stiftung: „Von sowjetischer Seite wurde am 2.7.1984 eine in scharfem Ton gehaltene Erklärung zur Sitzfrage auf Protokolloffizierebene in Berlin abgegeben; danach könne eine Errichtung der Kulturstiftung in Berlin zu ‚most serious complications in West Berlin affairs‘ führen. Am 1.8.1984 unternahmen die sowjetischen Gesandten bzw. Geschäftsträger Demarchen bezüglich der Sitzfrage in den alliierten Hauptstädten.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132739.

Zusammenarbeit gefundene Berlin-Lösung wieder in Frage stellen.¹⁰ Auch die Verhandlungen über ein Zwei-Jahres-Programm zum Kulturabkommen könnten erheblich erschwert werden.¹¹ Dies müßte entsprechende Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den übrigen osteuropäischen Staaten haben. Denkbar ist auch, daß auf Dauer die Implementierung des Kulturabkommens mit der DDR¹² erschwert wird, wenn das Kulturabkommen mit der SU in der Schublade bleibt. Unter anderem wegen dieses DDR-Aspekts war das Stiftungsvorhaben bis zum Abschluß des Kulturabkommens mit der DDR vom Bundeskanzleramt nicht aktiv weiterverfolgt worden.

4.3) Die wahrscheinlich zu erwartende Kontroverse über die Kulturstiftung würde ausgerechnet in eine Zeit fallen, in der wir versuchen wollen, die in den letzten Monaten eingetretene Stagnation in den bilateralen Beziehungen zur SU wieder zu überwinden. Hier könnte ein neues, möglicherweise nur schwer und langfristig zu überwindendes Hindernis entstehen. Auf sowjetischer Seite könnte der Eindruck entstehen, die Bundesregierung habe den beim Besuch von BM Genscher in Moskau¹³ erzielten Kompromiß in der Frage der Beteiligung von Berliner Bundesinstitutionen an der bilateralen Zusammenarbeit als Ermutigung dazu aufgefaßt, die Grenzen des VMA¹⁴ zu testen und die Bundespräsenz in Berlin – auf Umwegen – weiter auszubauen. Sie dürfte sich dann fragen, ob sie der Bundesregierung ein falsches Signal gegeben hat.

4.4) Wir sollten nicht mit absoluter Gewißheit erwarten, daß die Sowjets unter allen Bedingungen der Zusammenarbeit mit uns Priorität vor einer entschiedenen Bekräftigung ihrer Haltung zur Frage der Bundespräsenz in Berlin geben werden (zumal die juristische Konstruktion und die Größe der neuen Organisation für sie eher sekundäre Bedeutung haben dürften). Die Geschichte der

¹⁰ Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.

Zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

¹¹ Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 19. Mai 1973 über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1685–1687.

In einer Aufzeichnung des Referats 210 vom 13. Mai 1987 wurde dargelegt: „Das Kulturabkommen mit der SU von 1973 konnte bislang kaum mit Leben erfüllt werden, weil der darin vorgesehene Abschluß eines Zwei-Jahres-Programms (mit der Aufzählung konkreter Austauschvorhaben) stets an der Berlin-Frage scheiterte. Zwar konnte man 1976 eine Einigung zur Möglichkeit der Direktkontakte zwischen Kulturträgern in Berlin und in der SU erzielen; streitig blieben jedoch die Einbeziehung der Berliner Mitgliedsorganisationen der DFG [...] und die Modalitäten der Betreuung von Berliner Teilnehmern am Kulturaustausch durch unsere Auslandsvertretungen in der SU. Im Juli 1986 verabredeten BM Genscher und AM Schewardnadse in Moskau die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Zwei-Jahres-Programm. Der für Anfang November 1986 vorgesehene Besuch einer deutschen Delegation in Moskau wurde in letzter Minute von der SU abgesagt.“ Die Bundesrepublik müsse auf der Wahrnehmung ihres „Außenvertretungsrechtes für Berlin und auf Ausschöpfung des V[ier]-M[ächte]-A[bkommens] in dieser Hinsicht“ bestehen. Vgl. Referat 210, Bd. 145275.

¹² Am 6. Mai 1986 unterzeichneten Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und der stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 710 f.

¹³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten Jahren zeigt zur Genüge die außerordentliche, fast irrationale Empfindlichkeit der Sowjets gegenüber Worten und Taten von unserer Seite, die aus sowjetischer Sicht zentrale Werte und Interessen der sowjetischen Politik berühren.

5) Weiteres Vorgehen

5.1) Es wird vorgeschlagen, das Votum des Bundeskanzleramts und der beteiligten Ressorts in der Sache zu akzeptieren. Mit der langjährigen Entwicklung des Vorhabens von der früher geplanten Nationalstiftung bis zur jetzigen Form einer Länderstiftung privaten Rechts sind berlinrechtlich und -politisch die Möglichkeiten ausgeschöpft worden, einer Neuauflage des Konflikts, wie er Mitte der siebziger Jahre um das Umweltbundesamt entstand, vorzubeugen.

5.2) An einer gemeinsamen Haltung mit den Alliierten ist allerdings festzuhalten. Sie sind zu einer abschließenden Stellungnahme bereit, wenn die Bundesregierung sich ihrerseits eindeutig äußert.

5.3) Angesichts des nunmehr einheitlichen politischen Willens der Länder, die Stiftung in der beschlossenen Form zu gründen, kann weiteren berlinpolitischen Bedenken nur noch durch ein richtiges „timing“ Rechnung getragen werden. Der gesamten Bundesregierung ebenso wie den Ländern und insbesondere Berlin muß daran gelegen sein, daß die sowjetische Reaktion auf ein Minimum begrenzt bleibt, damit die im vergangenen Jahr sichtbar gewordenen Möglichkeiten für einen Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht wieder für längere Zeit (und letztlich zum Schaden Berlins) verschüttet werden.

Es sollte daher vermieden werden, den Zeitpunkt der Unterzeichnung der Stiftungsvereinbarung in die Nähe der noch nicht zu terminierenden Wiederaufnahme der Gespräche mit der SU, der vorgesehenen Verhandlungen über ein Kulturprogramm und der Unterzeichnung des Protokolls über das Inkrafttreten des WTZ-Abkommens zu rücken.

Es wird empfohlen, daß Sie die Angelegenheit mit dem Herrn Bundeskanzler aufnehmen.¹⁵

Richthofen

VS-Bd. 13468 (210)

¹⁵ Der Passus „Es sollte daher ... aufnehmen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

Ministerialdirigent Wegner notierte am 22. Mai 1987: „Das Bund-Länder-Abkommen und das Länder-Abkommen zur Kulturstiftung der Länder sollen am 4. Juni im Rahmen eines Treffens der Regierungschefs mit dem Bundeskanzler unterzeichnet werden. [...] Unsere Bedenken zur Terminierung der Unterzeichnung der Abkommen und zur Namensgebung der Stiftung hat StS R[uhfus] in der Amtschefkonferenz am 15. Mai vorgetragen (Teilnehmer: BM Schäuble, StS R, Chefs der Staats- und Senatskanzleien); die Länder verblieben jedoch bei dem Unterzeichnungstermin 4. Juni und bei dem Namen ‚Kulturstiftung der Länder‘ [...]. Die Abkommen sehen vor, daß die Länder mit elf Sitzen und der Bund mit drei Sitzen im Stiftungsrat vertreten sind. Einem vierten Sitz für den Bund stimmten die Länder nicht zu. Die Bundessitze sollen dem Bundesminister des Innern, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen zugedacht werden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145285.

Für den Wortlaut des Abkommens zur Errichtung der Kulturstiftung der Länder und des Abkommens über die Mitwirkung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder vom 4. Juni 1987 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 175 vom 19. September 1987, S. 12948f.

9

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Aufgabe: 21. Januar 1987, 20.25 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 303****Ankunft: 22. Januar 1987, 02.34 Uhr****Citissime nachts**

Betr.: Auslieferung Hamadi²;
 hier: Botschaft von AM Shultz

Bezug: DB Nr. 279 vom 20.1.87 – Pol 322 LIA³

1) Bei Gespräch aus anderem Anlaß erklärte stellvertretender AM Whitehead auf der Grundlage eines Sprechzettels im Auftrag von AM Shultz, der mich zu diesem Thema an sich selbst hatte sehen wollen, AM Shultz habe ihn gebeten, die Bedeutung zu unterstreichen, die man (we) unserer Absicht beimesse, Hamadi auszuliefern. Shultz bedauere zutiefst die Entführung der beiden Deutschen in Beirut.⁴ Er habe die zuständigen amerikanischen Regierungs-

¹ Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Henze, Washington, konzipiert.

² Referat 511 vermerkte am 20. Januar 1987: „Am 13.1. wurde der mit Flug M[id]dle[E]ast Airlines) 227 aus Beirut angekommene und mit gefälschtem Reisepaß reisende libanesische Staatsangehörige Hamadi bei der Zollabfertigung am Frankfurter Flughafen festgenommen, nachdem festgestellt worden war, daß sich in den von ihm mitgeführten drei Flaschen die hochexplosive Flüssigkeit Methylnitrat befand.“ Am 20. Januar 1987 habe die amerikanische Botschaft dem Auswärtigen Amt mit Verbalnote ein offizielles Auslieferungsersuchen übermittelt: „H[amadi] wird vorgeworfen, an der am 14.6.1985 kurz nach dem Start in Athen erfolgten Entführung einer TWA-Maschine nach Beirut beteiligt gewesen zu sein. Im Zusammenhang mit der Entführung wurde der US-Staatsangehörige Robert Dean Stethem vermutlich durch H. ermordet. Durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung wurden die Maschine, Passagiere und Mannschaft über insgesamt 17 Tage in der Gewalt der Entführer gehalten.“ Die Bundesrepublik sei laut Darstellung der USA vertraglich zur Auslieferung verpflichtet. Vgl. Referat 310, Bd. 149652.

³ Gesandter Wallau, Washington, berichtete, er sei am 20. Januar 1987 im amerikanischen Außenministerium „von mit US-Geiseln im Libanon befaßten Mitarbeitern über US-Erkenntnisse und -Praxis unterrichtet worden“. Die dortige allgemeine Linie „sei weiterhin die, terroristischen Forderungen nicht nachzugeben und auch andere nicht zum Nachgeben zu bewegen. Konzessionen würden nur weitere terroristische Akte herausfordern“. Man warte eher ab, bis sich eine Änderung der Haltung bei den Entführern abzeichne. Wallau informierte weiter, für das amerikanische Außenministerium liege die Vermutung nahe, daß die Entführung des deutschen Staatsangehörigen Cordes am 17. Januar 1987 im Libanon „als Repressalie gegen die Verhaftung von Hamadi zu verstehen sei. Es sei zutreffend, daß der Bruder von Hamadi, Abdelhadi Hamadi, seinerseits der Hisbollah in Beirut angehöre und dort eine verantwortliche Rolle spiele.“ Sollte sich diese Vermutung als zutreffend erweisen, „neigen US-Gesprächspartner zur Auffassung, daß dann sämtliche noch in West-Beirut verbliebene deutsche Staatsangehörige als potentielle Opfer weiterer Entführungen betrachtet werden müßten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 279/280; Referat 310, Bd. 149652.

⁴ Referat 310 notierte am 20. Januar 1987: „Am 17.1. unterrichtete um 21.36 Uhr ein anonymer Anrufer die Botschaft Beirut, daß Herr Rudolf Cordes von der Hoechst AG gegen 20.00 Uhr auf dem Weg vom Flughafen in West-Beirut, wo er zuvor gemeinsam mit dem Anrufer und drei weiteren Begleitern aus Frankfurt angelangt sei, entführt worden sei.“ Unter der Leitung von Staatssekretär Meyer-Landrut sei im Auswärtigen Amt ein „Arbeitsstab Libanon“ gebildet worden. Auch Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, habe einen „Arbeitsstab Libanon“ auf Staatssekretärschichtebene gebildet. Vgl. VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Angestellter Dilger, Damaskus, berichtete am 21. Januar 1987, die Botschaft sei von der Niederlassung der Firma Siemens in Damaskus informiert worden, daß der technische Geschäftsführer der Zweigniederlassung, Alfred Schmidt, in der Nacht vom 20. auf den 21. Januar 1987 aus seinem Hotel in West-Beirut verschwunden sei: „Wie hiesiges Siemens-Büro weiter mitteilt, sei Zimmer im Hotel

stellen gebeten, alles ihnen Mögliche zu unternehmen, um uns bei der Feststellung des Aufenthaltsorts der Entführten zu helfen. Shultz messe dem Fortgang des Auslieferungsverfahrens allergrößte Wichtigkeit (utmost importance) bei und bitte uns, die Bemühungen fortzusetzen und das Verfahren so zügig wie möglich (as speedily as possible) durchzuführen.

Ich habe erwidert, daß wir uns der Bedeutung der Auslieferung klar bewußt seien. Die Bundesregierung habe alles Erforderliche unternommen, um das Auslieferungsverfahren in Gang zu setzen. Dieses laufe nach den gesetzlich vorgesehenen Regeln ab. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Auslieferung werde von unabhängigen Gerichten getroffen.

Whitehead fügte als persönliche Bemerkung (nicht mehr auf der Grundlage des von ihm eingangs vorgetragenen Sprechzettels) hinzu, man habe keinen Anlaß zu der Annahme, daß der Bundeskanzler und der Bundesminister nicht standhaft in ihrem Wunsch wären, Hamadi auszuliefern. Man sei sich aber auch bewußt, daß sie unter großem Druck stehen. Er wolle uns dringend bitten, nicht der Versuchung zu erliegen, dem Druck nachzugeben (urge you not to be tempted to succumb to pressure).

Ich habe darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung schon bei früherer Gelegenheit unter großem Druck gewesen und bei der von ihr richtig gehaltenen Entscheidung geblieben ist.

2) Whitehead sprach deutlicher aus, was hinter dem sorgfältig formulierten Sprechzettel von Shultz steht. Die Administration ist sich nicht ganz sicher, ob – auch im Hinblick auf die Wahlen⁵ – der innenpolitische Druck in der Bundesrepublik Deutschland so groß wird, daß eine Auslieferung Hamadis gegen die entführten Deutschen erzwungen werden könnte. Dabei dürfte die Erfahrung mit der Haltung der italienischen Regierung nach der Entführung der „Achille Lauro“⁶ mitspielen, die einen später im Prozeß vor dem italienischen Gericht als schuldig bezeichneten Palästinenser nach Jugoslawien ausreisen ließ. Möglicherweise denkt Shultz auch an eine entsprechende französische Haltung.

Wir müssen davon ausgehen, daß unser Verhalten hier sehr sorgfältig registriert wird. In Gesprächen mit amerikanischen Journalisten klingt an, daß man noch nicht sicher ist, ob die Auslieferung tatsächlich erfolgt. Sollte das, aus welchen Gründen auch immer, nicht der Fall sein, müssen wir mit außerordentlich scharfer Kritik nicht nur aus der Administration, sondern mehr noch in Öffentlichkeit, Medien und Kongreß rechnen, die erhebliche negative Auswirkungen in einem ohnehin schwieriger werdenden Umfeld (Handelsprobleme, Wirt-

Fortsetzung Fußnote von Seite 41

durchwühlt, Paß sei verschwunden, und man habe gehört, Schmidt sei nur mit Schlafanzug und Lederjacke bekleidet abgeholt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 44; Referat 310, Bd. 149652.

⁵ Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

⁶ Das Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ wurde am 7. Oktober 1985 im Hafen von Port Said von vier Mitgliedern der Palestine Liberation Front (PLF) entführt. Am folgenden Tag ermordeten die Terroristen den Passagier Leon Klinghoffer, einen amerikanischen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Nach einer Irrfahrt durchs Mittelmeer und Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung gingen die Geiseln am 9. Oktober 1985 vor Port Said an Bord eines ägyptischen Kriegsschiffes und gaben die Geiseln frei. Eine ägyptische Passagiermaschine mit den Entführern an Bord wurde am 11. Oktober 1985 von amerikanischen Marinefliegern zur Landung auf Sizilien gezwungen, wo die Verhaftung der Täter erfolgte. Vgl. dazu den Artikel „Die Nacht der Jäger“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 12./13. Oktober 1985, S. 3.

schaftspolitik, beginnende Diskussion über Lastenteilung im Bündnis und Abzug amerikanischer Truppen) haben könnte. Die Diskussion während und nach der Libyen-Affäre⁷ hat gezeigt, daß wir sehr viel stärker im Mittelpunkt des hiesigen Interesses stehen als Italien und Frankreich und daß wir auch mit schärferer Kritik rechnen müssen.

CBS (das öffentliche Fernsehen) berichtete soeben in den Abendnachrichten über Gerüchte, nach denen die Bundesregierung einen Austausch von Hamadi gegen die entführten Deutschen erwäge, und wies darauf hin, daß ein solches Vorgehen auf sehr große Kritik in den USA stoßen würde.

[gez.] van Well

Referat 310, Bd. 149653

10

**Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile,
an das Auswärtige Amt**

**114-1320/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 15**

**Aufgabe: 21. Januar 1987, 10.15 Uhr¹
Ankunft: 23. Januar 1987, 13.37 Uhr**

Betr.: Menschenrechte in Chile;
hier: Grundsätzliches zum Aufnahmeangebot der Länder Hessen und
Hamburg für 14 politische Gefangene²

Bezug: DB Nr. 12 vom 19.1.87 – RK 544.80 VS-NfD

1) Das Engagement der Botschaft in MR-Fragen ist so groß, wie es die Arbeitskapazität dieser unterbesetzten Botschaft zuläßt. Die Bitte um temporäre Ver-

⁷ Am 5. April 1986 wurden bei einem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West), die vorwiegend von amerikanischen Soldaten besucht wurde, drei Menschen getötet und etwa 250 verletzt. Daraufhin erfolgten am 15. April 1986 amerikanische Luftangriffe gegen Ziele in Libyen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 92, Dok. 94, Dok. 97, Dok. 102–104 und Dok. 106.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Kirstein am 9. Februar 1987 vorgelegen.

² Ministerialdirigent Schlagintweit vermerkte am 17. Oktober 1986 für Bundesminister Genscher: „1) Mit Schreiben vom 14.10.1986 bittet Sie MdB Karsten Voigt um Unterstützung bei der vom Land Hessen angestrebten Aufnahme von vierzehn chilenischen Häftlingen in der Bundesrepublik Deutschland. [...] Staatsminister Möllemann ist von MdB Klose ebenfalls um Unterstützung in dieser Angelegenheit gebeten worden. 2) Die Aufnahme von politisch Verfolgten aus Chile erfolgt seit 1973 im Rahmen eines besonderen Verfahrens, das aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 7.11.1973 eingerichtet wurde. Fester Bestandteil dieses Verfahrens ist eine Sicherheitsüberprüfung der Aufzunehmenden, die vom Bundesminister des Innern durchgeführt wird.“ Für einen der 14 Häftlinge sei „bereits von Hamburg die Aufnahme angestrebt worden. Die Aufnahme wurde wegen Sicherheitsbedenken vom Bundesminister des Innern abgelehnt.“ Sämtliche Verfahren in Chile seien jetzt „bei der Militärjustiz anhängig. Die Todesstrafe wurde von der Anklage gefordert, jedoch sind rechtskräftige Urteile noch nicht ergangen. Der langwierige Rechtsweg mit Berufungsmöglichkeiten bis zum Obersten Gerichtshof steht in allen Fällen noch offen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178919.

stärkung durch einen zweiten politischen Referenten ist negativ beschieden worden.

Die Botschaft wird aus eigener Initiative in Einzelfällen tätig. Sie trägt aber auch kollektiv zur Problematik von MR-Fragen in Chile bei.³ Die EPZ-Jahresanalyse 1986 über MR-Fragen ist wesentlich von dieser Botschaft vorbereitet worden.⁴

In Chile befassen sich eine Anzahl von Einrichtungen mit MR-Fragen: so vor allem die unabhängige Menschenrechtskommission und das Solidaritätsvikariat der Erzdiözese. Beide Einrichtungen registrieren lückenlos alle Fälle vollzogener oder mutmaßlicher MR-Verletzungen. Beide Einrichtungen leisten humanitäre und juristische Hilfe. Beide Einrichtungen werden aus Deutschland so gefördert, daß ihre Arbeit überwiegend von der deutschen finanziellen Unterstützung abhängt – ganz besonders das Solidaritätsvikariat. Mit beiden Einrichtungen hält die Botschaft engen Kontakt und arbeitet vertrauensvoll mit ihnen zusammen.

2) Die Einschaltung der Botschaft gegenüber chilenischen Behörden ist immer dann angezeigt, wenn entweder ein direktes Interesse an der Person besteht (Frau Beatriz Brinkmann in Valdivia⁵) oder wenn die Einschaltung der Botschaft für die Betroffenen eine Art Schutzwirkung haben kann. Prominentes Beispiel für den zweiten Fall war die Verhaftung des Sozialisten Ricardo Lagos nach dem Attentat auf Pinochet.⁶ Damals besuchte ich rundum Junta-Generäle, Minister und Richter, um sie eindringlich auf die Folgen dieses „Fehlgriffs“ hinzuweisen. Das von der Botschaft angefertigte Non-paper wurde von einem der Beteiligten als Eigeninitiative im Staatsrat verwendet.

3) Bei Verhaftungen und Prozessen gegen politische Gewalttäter kann die Botschaft nicht in vergleichbarer Weise tätig werden. Gefragt sind hier lediglich

³ So in der Vorlage.

⁴ Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, übermittelte am 29. Oktober 1986 den „Bericht der Missionschefs der Mitgliedstaaten der EG über die Menschenrechtslage in Chile vom 1.10.1985 bis 30.9.1986“. Darin hieß es: „In general the human rights situation has deteriorated as compared with the previous year. [...] Following the assassination attempt on President Pinochet in September 1986, the State of siege was re-imposed and brought greatly increased repression.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1221; Referat 231, Bd. 148153.

⁵ In einer Aufzeichnung des Referats 330 vom 14. Januar 1987 wurde festgehalten: „Am 19.9.1986 wurde Frau Dr. Beatriz Brinkmann in Valdivia von chilenischer Geheimpolizei C[entral]N[acional] de I[nformaciones] festgenommen. Dr. Brinkmann ist Deutsch-Chilen[in] und war seit 1985 als selbst vermittelte Lehrerin an der Deutschen Schule Valdivia als Deutschlehrerin tätig.“ Am 24. September 1986 sei sie dem Militärgericht in Valdivia überstellt worden: „Frau B[rinkmann] wird konkret vorgeworfen, Leiterin der lokalen KP-Zelle gewesen zu sein und subversive Zeitschriften verbreitet zu haben. [...] Das Verfahren befindet sich noch im Ermittlungsstadium (Verstöße gegen das Waffenkontrollgesetz von 1972). Mehrere Anträge auf Freilassung gegen Kaution wurden abgelehnt. Oberster Gerichtshof hat noch nicht über Verfahrensbeschwerde entschieden.“ Vgl. Referat 330, Bd. 142979.

⁶ Am 7. September 1986 wurde auf Präsident Pinochet in der Nähe von Santiago de Chile ein Attentat verübt. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am folgenden Tag, sechs Leibwächter seien bei dem Angriff getötet worden; Pinochet selbst sei nur leicht verletzt worden. Der chilenische Innenminister García habe den Belagerungszustand ausgerufen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 270; Referat 330, Bd. 142929.

Am 9. September 1986 informierte Kullak-Ublick, es sei ein Vertrauensbeweis gewesen, „daß der Leiter des Politischen Komitees der Sozialistischen Partei, Ricardo Lagos, bei seiner Festnahme am 8. September um 6 Uhr morgens seiner Frau hinterließ, sie möchte mich sofort aufsuchen und um Hilfe bitten. Er kenne mich aus Bonn.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1005; Referat 330, Bd. 142929.

die Forderung nach ordentlichen Gerichtsverfahren, strikter Anwendung der Strafprozeßordnung und ein Urteil, das nach rechtsstaatlichen Prinzipien ergeht und angewendet wird.

In solchen Fällen ist eine EG-Initiative angezeigter als die Initiative eines einzelnen Landes bzw. einer einzelnen Botschaft. Hier wiegt das Gewicht des westlichen Blocks und seiner moralischen Autorität schwerer als das eines Einzelstaates.

4) Im Falle der 14 politischen Gefangenen handelt es sich um Personen, denen einfache oder mehrfache Beteiligung an Attentaten und Überfällen mit Todesfolge vorgeworfen wird.

Carlos García Herrera wird z.B. der Beteiligung an nicht weniger als fünf Morden beschuldigt. Nach den vorliegenden Erkenntnissen sind die Gefangenen der MDP⁷ bzw. dem terroristischen MIR⁸ zuzurechnen.

MIR ist eine linksextremistische Gruppierung, die den Rekurs zur Gewalt propagiert und anwendet. Ideologisch-programmatisch bekennt MIR sich zum Marxismus-Leninismus mit dem Ziel der Errichtung einer Volksdemokratie östlicher Provenienz. MIR hat in verschiedenen Wellen „militärische Aktionen“ ausgeführt.

5) Unser grundsätzliches und berechtigtes Engagement für die Sache der MR in Chile kann im Einzelfall nicht von dessen politischen, rechtlichen und moralischen Aspekten losgelöst werden.

a) Politisch handelt es sich – aus Sicht der hier zitierten 14 Gefangenen – um die willentlich gesuchte Provokation zu staatlicher Repression: ein Machtkampf, den der MIR unter Rückgriff auf eben die Gewalt führt, die zu bekämpfen er vorgibt. Dem steht das staatliche Gewaltmonopol gegenüber, das unter den gegebenen Umständen (schwache bis keine Gewaltenkontrolle) seine Ordnungsfunktionen extensiv ausüben kann. Dennoch bleibt trotz aller Einwände gegen die Ausübung der staatlichen Gewalt deren Ordnungsfunktion konstitutiver Bestandteil jedweder staatlichen Organisation.

Wir dürfen unser politisches Handeln weder auf die eine noch auf die andere Seite „gewichten“. Wir können als distanzierte Beobachter nur neutral bleiben und uns wie bisher unmißverständlich gegen Gewalt aussprechen, von welcher Seite sie auch ausgeübt wird.

b) Zur rechtlichen Lage ist folgendes zu bedenken: Die Rechtsposition der politischen Gefangenen ist zweifellos schwierig. Sie hat sich im Laufe der letzten Jahre trotz des zähflüssigen und vertikalen Instanzenweges jedoch ganz wesentlich verbessert. Die schon erwähnten hiesigen MR-Organisationen sowie die in- und ausländische Öffentlichkeit haben ein spürbares Eigengewicht erlangt. Die Inhaftierten sind den Anklägern keineswegs schutzlos ausgeliefert. Unser eigenes Engagement zugunsten gerade der 14 Gefangenen findet seine Legitimation nur noch in den Besonderheiten der Militärjustiz und der Vorsorge für eine unseren Rechtsstandpunkten gerecht werdende Prozeßführung.

⁷ Movimiento Democrático Popular.

⁸ Movimiento de Izquierda Revolucionaria.

c) Moralisch geht es um unsere Haltung zur politischen ideologischen Gewaltanwendung. In Anwendung der Kriterien, die wir in unserer innenpolitischen Diskussion anlegen (vgl. die jüngste Terrorismusdebatte), dürften wir für diesen Personenkreis keinen Finger rühren. Wenn wir uns trotzdem engagieren, so ist dies nur aus den schon erwähnten Gründen der Garantie eines rechtsstaatlichen Prozesses zu verantworten, nicht jedoch als Parteinahme für die Gewalttäter und ihre Handlungen.

Das Phänomen der politischen Gewaltanwendung kann nicht mehr in nationalen Grenzen betrachtet werden. Hierzu haben wir eindeutige politische Positionen eingenommen. Wir können die Gewalt als Mittel der Politik nicht vehement ablehnen (z.B. in Zentralamerika) und in Chile gleichzeitig durch Stützung gewaltbereiter Gruppierungen – und eine Aufnahme, wie sie von Hessen und Hamburg angestrebt wird, kann nicht anders verstanden werden – unsere Haltung in dieser weltpolitisch bedeutsamen Frage unscharf werden lassen.

Die Aufnahme des besagten Personenkreises würde eine Aufwertung der gewaltbereiten extremistischen Gruppierungen zur Folge haben. Dies steht nicht nur im Widerspruch zu unserer Haltung gegenüber der Kernfrage der chilenischen Innenpolitik „Übergang zur Demokratie 1989 mit friedlichen Mitteln und nationaler Aussöhnung“⁹, es steht auch im Widerspruch zur Haltung der Opposition, soweit sie sich zur Demokratie bekennt.

6) Konsequenz und glaubwürdig bei demokratischer Opposition, Kirche und den für den Übergang zur Demokratie entschlossenen Kräften in der Regierung können wir nur durch eine klare Haltung bleiben. Hierzu gehören:

- Ablehnung der Gewalt als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung,
- Appelle an die Regierung in allen Fällen bekannt werdender MR-Verletzungen,
- Einwirkung zur Abschaffung (bzw. Nicht-Anwendung) der Todesstrafe,
- Einwirkung auf faire und nach rechtsstaatlichen Prinzipien geführte Prozesse,
- konsequente Zusammenarbeit mit MR-Organisationen, Zivilgerichtsbarkeit und Einflußnahme auf Militärgerichtsbarkeit.

[gez.] Kullak-Ublick

VS-Bd. 13661 (330)

⁹ Am 16. September 1980 erläuterte Ministerialdirigent Limmer den Zeitplan der chilenischen Regierung für die Rückkehr zur Demokratie: „Mit dem Plebiszit wurde über die neue Verfassung abgestimmt, die die bis zum Umsturz vom 11.9.73 gültige Verfassung aus dem Jahr 1925 ablöste, aber vor 1989 nur in Teilbereichen in Kraft treten soll. Zugleich wurde über eine achtjährige Übergangszeit ab März 1981 entschieden, in der die Militärregierung an der Macht bleibt, der Staatspräsident jedoch nicht mehr der Junta angehört. Während der Übergangszeit wird der Übergang zur Demokratie nur sehr zögernd vorbereitet (allerdings Personenschutzrechte, wirtschaftliche Regelungen). Schließlich wurde mit dem Plebiszit der Präsidentschaft Pinochets für weitere acht Jahre zugestimmt.“ Vgl. Referat 330, Bd. 125103a.

11

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz**23. Januar 1987¹**

Über Herrn Staatssekretär Herrn Minister

Betr.: Koalitionsverhandlungen²;

hier: Kritik der CSU an der Außenpolitik des Auswärtigen Amts

Nach Äußerungen führender CSU-Politiker während der vergangenen Monate, dem Wahlprogramm der CSU³ sowie Interviews von MP Strauß aus jüngster Zeit (insbesondere Interviews mit der SZ vom 16. und 17. Januar⁴ und dem Spiegel vom 19. Januar⁵) ist zu erwarten, daß die CSU bei den Koalitionsverhandlungen auf dem Gebiet der Außenpolitik folgende Punkte zur Sprache bringt.

I. Allgemeines

1) Die CSU ist der Auffassung, daß „die Wende“ u. a. auch auf wichtigen Feldern der Außenpolitik nicht oder nur unzureichend vollzogen worden ist und daß hier ein „Nachholbedarf“ besteht, der während der nächsten Legislaturperiode gedeckt werden muß.

2) Wesentlich mitverantwortlich hierfür ist nach Auffassung der CSU, daß die letzten Koalitionsverhandlungen⁶ mit „unnötiger Eile“ geführt und dabei die Außenpolitik ausgeklammert wurde. Die CSU werde diesen „Fehler“ nicht noch einmal machen und richte sich auf „harte Verhandlungen“ (MP Strauß) ein.

II. Kritikpunkte der CSU auf einzelnen Feldern der Außenpolitik

1) Bündnispolitik/transatlantische Beziehungen

Auf dem Feld der Bündnispolitik/transatlantischen Beziehungen sieht die CSU „die Wende“ im wesentlichen als vollzogen und „Fehlentwicklungen der sozial-liberalen Außenpolitik“ als korrigiert an. Dennoch wird gegen sie immer wieder der – im einzelnen nicht substantiierte – Vorwurf politischer Äquidistanz zwischen Washington und Moskau erhoben.

2) Sicherheitspolitik

a) Die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik hat in den Augen der CSU einen relativ geringen Stellenwert, weil sie nur ein „Herumkurieren“ an den

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Peters konzipiert.

² Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

³ Für die Landtagswahlen in Bayern am 12. Oktober 1986 formulierte der CSU-Vorsitzende Strauß 20 sogenannte „Positionen“. Vgl. dazu <https://www.hss.de/archiv/parteiprogramme/programme-zu-den-landtagswahlen/>.

⁴ Vgl. die Artikel „Es gibt keine Mehrheit für das rot-grüne Linkskartell“ und „Wir liefern auch in Spannungsgebiete“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. Januar 1987, S. 10, bzw. vom 17. Januar 1987, S. 12.

⁵ Vgl. den Artikel „Es wird harte Verhandlungen geben“; DER SPIEGEL, Nr. 4 vom 19. Januar 1987, S. 24–29.

⁶ Am 6. März 1983 fanden Bundestagswahlen statt.

Spannungssymptomen sei. Sie lasse die eigentlichen Spannungsursachen außer acht – nämlich die Verweigerung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts durch die Sowjetunion in dem von ihr beherrschten Teil der Welt.

b) Der wesentlichste konkrete Dissens besteht in der Frage einer Null-Lösung bei den INF-Systemen.

Die Haltung von MP Strauß zur Null-Lösung hat sich in den letzten Jahren von „wünschenswert, aber nicht möglich“ zu „möglich, aber nicht wünschenswert“ entwickelt. Nach seinen letzten Äußerungen (SZ vom 16.1., Spiegel vom 19.1.), die – zweifellos bewußt – auffallend unpräzise und in Einzelpunkten z. T. sogar widersprüchlich sind, sind folgende Elemente hervorzuheben:

- Die der Null-Lösung zugrundeliegende Philosophie sei durch die sowjetische Aufrüstung bei den Kurzstreckensystemen obsolet geworden (auf das Problem des konventionellen Übergewichts der Sowjetunion geht Strauß in diesem Zusammenhang nicht ein).
- Die beiden Komplexe INF und SRINF müßten daher durch ein „Junktin“ miteinander verbunden werden. („Man mag bei Abrüstungsvereinbarungen mit den Mittelstreckenraketen beginnen, aber einen Abschluß von deutscher Seite zu billigen, der die Kurzstreckenraketen nur phraseologisch erwähnt als zukünftige Verhandlungsmöglichkeiten, ist mit unseren Sicherheitsinteressen unvereinbar. ... Ich bin auch mit dem Verteidigungsminister⁷ einig, der sich nur gegenüber Genscher anscheinend nicht durchsetzen konnte – es muß ein Junktin sein.“) (SZ vom 16.1.)
- Eine Null-Lösung bei INF ohne substantielle Reduzierungen der sowjetischen Kurzstreckensysteme würde für den Westen die Notwendigkeit einer SRINF-Nachrüstung begründen.

3) Ost- und Deutschlandpolitik

Es ist damit zu rechnen, daß die CSU darauf dringen wird, die rechtlichen Grundsatzpositionen unserer Deutschland- und Ostpolitik in den Koalitionsverhandlungen herauszustellen:

Nach einem Bericht des Bayernkuriers vom 11.10. über ein Gespräch von MP Strauß mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen hat MP Strauß seinen Gesprächspartnern zugesagt, die CSU werde sich dafür einsetzen, daß in den Koalitionsvereinbarungen die Grundpositionen „als unaufgebbare Bestandteile der gesamten deutschen Politik“ festgeschrieben werden.⁸ (Dies sind: Die deutsche Frage ist offen; endgültige Festlegung der Grenzen erst in einem Friedensvertrag; Fortdauer der Vier-Mächte-Verantwortung für Gesamtdeutschland; Ostverträge⁹ sind keine Grenzenerkennungsverträge, haben nichts an der völker-

⁷ Manfred Wörner.

⁸ Vgl. den Artikel „Gemeinsame Positionen“; BAYERNKURIER vom 11. Oktober 1986, S. 2.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwi-

rechtlichen Lage Deutschlands geändert und besitzen keine Bindungswirkung gegenüber einer späteren gesamtdeutschen Regierung.)

Der entscheidende Punkt ist dabei die (auch innerhalb der CDU/CSU kontroverse) Frage, inwieweit die Ostverträge eine politische Bindungswirkung auch für eine gesamtdeutsche Regierung hätten.

Die Formulierung aus dem Wahlprogramm der CSU, die auch in das gemeinsame Wahlprogramm der Unionsparteien¹⁰ Eingang gefunden hat („eine spätere gesamtdeutsche, demokratisch gewählte Regierung ist dadurch nicht gehindert, die deutschen Interessen zu vertreten“), richtet sich zunächst zwar gegen eine derartige „politische Bindungswirkung“, ist aber zugleich in der Substanz flexibel.

Bedeutung hat diese Frage für die Regierungserklärung: Eine plakative Erklärung im Sinne der obigen CSU-Formel würde unsere Beziehungen zu Osteuropa und insbesondere zu Polen belasten.

4) Dritte-Welt-Politik

a) Die CSU sieht die Dritte-Welt-Politik generell durch das Prisma des West-Ost-Konflikts und ordnet sie den deutsch-amerikanischen Beziehungen unter („Funktionierende und tragfähige deutsch-amerikanische Beziehungen erfordern auch, daß die Bundesrepublik Deutschland die Vereinigten Staaten in ihren Bemühungen unterstützt, weltweit der expansiven Politik der Sowjetunion entgegenzutreten.“) (gemeinsames Wahlprogramm der CDU/CSU)

b) Ein Dorn im Auge der CSU bildet insbesondere die Mittelamerikapolitik des AA, die als unausgewogen und Nicaragua einseitig bevorzugend kritisiert wird. MP Strauß hat deutlich gemacht, daß er dieses Thema in den Koalitionsverhandlungen ansprechen will (Verlangen nach „konkreten Festlegungen für die nächste Legislaturperiode“).

c) Die CSU fordert eine flexiblere Handhabung der Richtlinien für Waffenexporte¹¹, wobei die Kritik vor allem der restriktiven Haltung der Bundesregierung gegenüber Waffenexporten nach Saudi-Arabien gilt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 48

schen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

¹⁰ Vgl. CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (Hrsg.), Weiter so, Deutschland. Für eine gute Zukunft. Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 in der vom Bundesausschuß der CDU am 5.9.1986 beschlossenen und vom Bundesvorstand der CDU am 10.11.1986 endgültig festgestellten Fassung, Bonn o. J.

¹¹ Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452 bzw. S. 481–495.

Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier“). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.

Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

Strauß führte hierzu u. a. aus:

- „Der Waffenexport muß moralisch verantwortbar im Einklang mit unseren Interessen vorgenommen werden.“
- Eine Änderung der bestehenden Richtlinien sei nicht nötig. Man brauche nur die bestehenden Gesetze „vernunftgemäß, ehrlich, ohne Heuchelei und ohne Täuschung anzuwenden“.
- Für den Export von Wehrtechnik sollten folgende fünf Regeln/Kriterien maßgebend sein:
 - „Die Erhaltung der Produktions- und Entwicklungskapazität für unsere eigene Verteidigungsfähigkeit;
 - in Verbindung damit die Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen oder ihre Vermehrung in technisch wichtigen und zukunftssträchtigen Bereichen;
 - die Ausübung politischen Einflusses auf die Auftraggeber im Interesse von Sicherheit und Frieden ...;
 - der Anlagenbau (wer die acht U-Boote an die Saudis liefert¹², der baut die gesamten Hafenanlagen und die notwendige Infrastruktur);
 - die Sicherung des Bezugs von Rohstoffen wie etwa Edelmetalle oder Öl. (Aber dieser Gesichtspunkt spielt gegenwärtig keine so große Rolle mehr.“ (SZ vom 17./18.1.)

Formulierungen des Chefredakteurs des Bayernkuriers, Scharnagl, im Zusammenhang mit dem letzten Besuch von MP Strauß in Saudi-Arabien¹³ („Auch hier ... bedarf es dringend entscheidender Korrekturen in der Politik des Auswärtigen Amtes. ... Der Bundeskanzler, der in Sorge um die Koalition fast immer nachgegeben hat, sollte hier dem Kurs der Verzögerung und Verweigerung ein Ende bereiten.“¹⁴) lassen keinen Zweifel an der Absicht der CSU, diese Frage in die Koalitionsgespräche einzuführen.

Seitz

Referat 02, Bd. 178521

¹² Zur Frage der Lieferung von U-Booten an Saudi-Arabien vgl. Dok. 85.

¹³ Zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 23. bis 26. November 1986 in Saudi-Arabien vgl. AAPD 1986, II, Dok. 342.

¹⁴ Vgl. den Artikel von Wilfried Scharnagl, „Lehren aus Geschichte und Erfahrung“, BAYERNKURIER vom 6. Dezember 1986, S. 1f.

12

Botschafter Eitel, z.Z. Junieh, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 16

Aufgabe: 25. Januar 1987, 14.10 Uhr¹

Ankunft: 25. Januar 1987, 14.28 Uhr

Betr.: Evakuierung Vertretung West-Beirut²Bezug: DE Nr. 510 citissime nachts vom 24.1.87 – 310-530.36 LIA VS-v, Tagebuch-Nr. 87/87³

Ferngespräch Dr. Eitel/Krisenstab

Die Evakuierung wurde im Verlauf des Vormittags des 25.1. durchgeführt. Das Kanzleigebäude wurde gegen 11.20 Uhr abgeschlossen und der Schlüssel weisungsgemäß dem Hausmeister übergeben. Die letzten entsandten Kräfte – acht Objektschützer, ein Personenschützer der GSG-9, AR Fritz und Kanzler I. Klasse Staniszewski – passierten im geschlossenen Konvoi gegen 12.00 Uhr wohlbehalten die Demarkationslinie. Der Begleitschutz wurde von der PSP⁴ gestellt. Er konnte mit dankenswerter Unterstützung durch den hiesigen ARD-Korrespondenten Marcel Pott noch in der Nacht vom 24. zum 25.1. vereinbart werden. Ein Begleitschutz der libanesischen Polizei ließ sich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit wegen Ausfalls aller Telefonverbindungen der Kanzlei nicht mehr zuverlässig organisieren.

Die Evakuierungsmaßnahmen wurden gemäß Anlage B 6 des Krisenplanes durchgeführt. Das VS-Material wurde vernichtet. Vernichtungsverhandlung wurde vorschriftsmäßig gefertigt.

Die Kombischlösser der Panzerschränke wurden verworfen, Panzerschränke wurden verschlossen, ihre Kombischlösser verworfen; Schlüssel, Schlüssellisten und Kombizahlennotizen nach Junieh überbracht. Ebenso alle Paßvordrucke, Sichtvermerksaufkleber und Listen.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 26. Januar 1987 vorgelegen.

² Sicherheitsbeamter Buschmann, Beirut, vermerkte am 8. Februar 1987 zur Sicherheitslage in der Stadt: „Seit der Festnahme des 22-jährigen Ali Hamadi auf dem Flughafen Frankfurt a[m] Main am 13.1.1987 hat sich die bisherige Lage für deutsche Staatsangehörige im moslemisch beherrschten Westen erheblich verschlechtert. Die Gefährdung durch Verschleppungen (s[iehe] Cordes und Schmidt) und Anschläge hat in nicht unerheblichem Maße zugenommen. Aus den genannten Gründen erfolgte ab dem 16.1.1987 die sukzessive Überführung deutscher Staatsangehöriger in den Ostteil der Stadt. Soweit sich die Entsandten der Botschaft nicht ohnedies schon dort befanden, wurden sie im Zuge dieser Maßnahmen ebenfalls evakuiert.“ Seit diesem Zeitpunkt hätten sich ununterbrochen Sicherheitskräfte im Kanzleigebäude befunden: „Die genannten Kräfte hatten seit dem Beginn der Evakuierungsmaßnahmen ab dem 16.1.1987 bis zu ihrer eigenen Überführung in den Osten am 25.1.1987 die Kanzlei nicht mehr verlassen können/dürfen. Ihre Versorgung mit Lebensmitteln erfolgte bis dahin ausschließlich durch einheimische Ortskräfte.“ Vgl. das Schreiben an das Bundeskriminalamt; Referat 310, Bd. 149641.

³ Korrigiert aus: „732/87“.

Ministerialdirigent Eiff teilte der Botschaft in Beirut mit: „Nach Erörterung der Angelegenheit im Krisenstab der Bundesregierung hat Staatssekretär Weisung erteilt, die Evakuierung aus West-Beirut bis spätestens morgen (25.1.) durchzuführen. Dem liegt Einschätzung konkreter Gefährdungslage zugrunde. Die dortigen Schwierigkeiten, die Evakuierung zu organisieren, sind hier bekannt. Trotzdem sollte alles Erdenkliche unternommen werden, um den Umzug bis morgen abend zu realisieren.“ Vgl. VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

⁴ Progressive Socialist Party.

Das gesamte Schriftgut wurde weitmöglichst kassiert. Vernichtete Akten wurden in Listen festgehalten. Aktuelle Vorgänge und Akten sind in die Außenstelle mitgenommen worden. Kompromittierende Namensverzeichnisse etc. wurden, soweit nicht aktuell und in Junieh verwendbar, vernichtet.

Chiffriergerät und Kurzwellenschreibfunkanlage wurden funktionstüchtig in die Außenstelle überführt. Stanzgeräte verblieben im Kanzleigebäude West-Beirut.

Die Evakuierung der Kanzlei war in der kurzen Zeitspanne von knapp 24 Stunden nur deshalb erfolgreich durchzuführen, weil sie von den BGS-Beamten unter der Anleitung von AR Fritz bürotechnisch hervorragend vorbereitet war.

Die Ortskräfte wurden ab sofort auf unbestimmte Zeit vom Dienst befreit. Es wurde aber gleichzeitig sichergestellt, daß sie kurzfristig erreichbar sind, um erforderlichenfalls zur Verfügung zu stehen.

Dem Hausmeister wurden die UKW-Funkanlage und der alte VW-Passat zur Aufrechterhaltung des nötigen Kontaktes zur Ausweichstelle überlassen. Dadurch ist es ihm auch möglich, etwaig hier benötigtes unverfängliches Material oder Schriftgut bei Bedarf nach Junieh zu überbringen.

Das Kanzleigebäude steht im militärischen Einflußbereich der PSP, die es durch eigene Patrouillen überwacht und dies auch für die Zeit, in der die Botschaft nicht präsent sein kann, zugesagt hat.

Den beiden deutschen Ortskräften Mardirian und Saab wurden wegen Fehlens geeigneter Telefonverbindungen Sprechfunkgeräte überlassen.

Der heute in Beirut eingehende Kurier wird wie bisher morgen von unseren Ortskräften am Flugplatz abgeholt und in die Ausweichstelle transportiert. Für den nächsten Kurierabgang wird der Weg von Junieh über Larnaka gewählt. Die Verbindungen sind von hier aus nur schwer feststellbar. Ich bitte daher – auch wegen derzeitiger Arbeitsüberlastung der Ausweichstelle – die geeignetste Kurierverbindung von Ref. 115-5 einholen zu lassen. Botschaft erwartet entsprechende Weisung.

Es wird bestätigt, daß mit der Evakuierung der Kanzlei West-Beirut ein Bedarf an zusätzlichen Objektschützern fortgefallen ist.

[gez.] Eitel

VS-Bd. 14204 (118)

13

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-493.20-3/4

26. Januar 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Europäisch-amerikanische Verhandlungen über eine Beteiligung an der Internationalen Raumstation (europäisches Projekt Columbus⁴)Bezug: Vorlage vom 15.10.1986, 431-493.20-3/4⁵

Zweck der Vorlage: Zur Information

Kurzfassung: Die – ohnehin schwierigen – Verhandlungen über eine europäische (= Columbus) Beteiligung an der Internationalen Raumstation werden durch die bislang nur angedeutete, aber demnächst zu erwartende amerikanische Forderung nach militärischer Nutzung des US-Teils der Station zusätzlich belastet. Das Columbus-Projekt erhält damit zunehmend eine politische Dimension; die europäische Entscheidung über eine Beteiligung an der Bauphase, die planmäßig Mitte 1987 fallen soll, läuft auf eine nicht nur technologische, sondern auch politische Weichenstellung für die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA hinaus.

I. Sachstand

1) Die Verhandlungen mit den USA über die europäische Beteiligung an der Internationalen Raumstation gestalten sich zunehmend schwierig:

a) Zentrale Fragen wie

- die Regelung der Betriebskosten,
- die Aufteilung der Entscheidungsgewalt bei der Nutzung und dem Betrieb der europäischen und der amerikanischen Elemente der Station,

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationsrat I. Klasse Ammon konzipiert.

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 6. Februar 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 23. Februar 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 431 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 24. Februar 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 24. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ammon verfügte.

⁴ Die USA und die ESA-Mitgliedstaaten arbeiteten am Projekt einer bemannten Weltraumstation. Hierzu stellten die Bundesrepublik und Italien der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) Ende Januar 1984 das Konzept für ein Forschungsmodul („Columbus“) vor, das sowohl an der Weltraumstation anknüpfbar als auch im freien Flug unabhängig zu betreiben sein sollte. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 31.

⁵ Ministerialdirektor Jelonek hielt die Ergebnisse der sechsten Runde der Regierungsverhandlungen zwischen den ESA-Mitgliedstaaten und den USA über eine Beteiligung an der Entwicklung einer Internationalen Raumstation am 29./30. September 1986 in Paris fest. Sie hätten gezeigt, „daß die amerikanische Seite bisher nicht bereit ist, substantiell auf die europäischen Vorstellungen zu dem Columbus-Projekt einzugehen“. Sollten „politische Interventionen eine Änderung der amerikanischen Haltung nicht bewirken, könnten unterschiedliche einschneidende europäische Reaktionen erwogen werden“, unter anderem die Option einer „autonomen europäischen Raumstation (in verkleinertem Maßstab)“. Vgl. Referat 431, Bd. 154485.

– der Einsatz europäischer Raumtransportsysteme wie Hermes⁶ oder Ariane, sind auch nach über einjähriger Verhandlungsdauer immer noch ungelöst.

b) Im Zuge der jetzt in den USA entwickelten „Space Defense Policy“ hat nunmehr das amerikanische Verteidigungsministerium sein Interesse an der Raumstation zu erkennen gegeben. Das DoD will sich offenbar die Option einer militärischen Nutzung der Station offenhalten. Die USA überprüfen daher zur Zeit ihre bislang eingenommene Verhandlungsposition. Die Verhandlungen wurden bis Mitte Februar 1987 unterbrochen.

2) Die Raumstation, die aus amerikanischen, japanischen, kanadischen und europäischen (= Columbus) Beiträgen bestehen soll, wird bis über das Jahr 2010 hinaus ein wesentliches Element des amerikanischen Weltraumprogramms sein. Vor diesem Zeithorizont wollen die USA auch militärische Anwendungsmöglichkeiten der Station offenhalten. Die USA haben angekündigt, ihre Position hierzu bei einem Treffen mit Vertretern Japans, Kanadas und den ESA-MS am 11./12.2.1987 in Washington zu konkretisieren.⁷ Auf lange Sicht könnte die Raumstation im Zusammenhang mit SDI

- die Experimentierbank für den Test von SDI-relevanten Technologien (Beispiele: Laser, Sensoren, Elementarteilchenbeschleuniger u. v. a. m.) unter Welt-raumbedingungen sein,
- die bemannte Basis für den Zusammenbau eines Raketenabwehrsystems im Weltraum darstellen und
- nach Realisierung eines derartigen Systems zahlreiche Hilfsfunktionen (Wartung, Kommunikationszentrale usw.) übernehmen.

Auch außerhalb des SDI-Programms wären militärische Aufgaben wie

- Erdbeobachtung für militärische Zwecke,
- Wartung von militärischen Satelliten,
- Gegenmaßnahmen gegen feindliche Satelliten

von der Raumstation aus durchführbar.

⁶ Zum Projekt des rückkehrfähigen Weltraumtransporters „Hermes“ (Hermes-Projekt) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 301.

Referat 431 vermerkte am 7. Mai 1987: „Die Bundesregierung beteiligt sich mit 30 % an der Definitionsphase von Hermes (F: 39%). Die Entscheidung über die Fortführung des Projekts in die Bauphase wird Mitte 1987 vom ESA-Ministerrat gefällt werden. Verlässliche Kostenangaben liegen für das Projekt noch nicht vor; die Schätzungen liegen zwischen 4,5 und 10 Mrd. DM. Anders als bei Ariane konnte die französische Vorrangstellung bei dem Hermes-Projekt zugunsten einer gestärkten Rolle für die ESA eingeschränkt werden. F hat jedoch bei der Vergabe der Aufträge für die Subsysteme von Hermes – weitgehend auf Grund seines technologischen Vorsprungs in wichtigen Teilbereichen – sich die für die Entwicklung eines für die Zeit nach dem Jahre 2000 erwarteten Raumflugzeugs interessantesten Teilbereiche weitgehend reservieren können. Zur Sicherung unseres technologisch-industriellen Interesses ist es wichtig, daß deutsche Unternehmen an der Gesamtsystemführung beteiligt sind.“ Vgl. Referat 431, Bd. 154483.

⁷ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 19. Februar 1987, die USA hätten den ESA-Mitgliedstaaten sowie Japan und Kanada am 11./12. Februar 1987 einen „neuen Entwurf für das Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Raumstation“ präsentiert. Sie behielten sich „das Recht auf Nutzung ihres Teils der Station für Zwecke, die der nationalen Sicherheit dienen, vor“. Die Station solle nur „friedlichen Zwecken“ dienen: „Die Diskussion zeigte, daß die USA den Begriff ‚friedlich‘ mit ‚nicht aggressiv‘ gleichsetzen. Dieses Verständnis wird von Japan, aber auch einem Teil der ESA-Staaten nicht geteilt, die ‚friedlich‘ als ‚nicht militärisch‘ verstehen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 154486.

Die USA weisen darauf hin, daß bereits jetzt die sowjetische Raumstation Mir überwiegend für militärische Zwecke ausgelegt ist.

3) Bislang hatten die USA vorgeschlagen, die gesamte Station einem multilateralen Management zu unterwerfen, bei dem die europäischen, kanadischen und japanischen Partner zwar beteiligt sein, die USA jedoch die entscheidende Stimme haben sollten.

Die Europäer akzeptieren den Ansatz eines multilateralen Managements. Sie verlangen jedoch, daß im Fall eines Dissenses jeder der Partner abschließend über Nutzung und Betrieb der von ihm zur Station beigesteuerten Elemente bestimmen könne (Herr-im-eigenen-Haus-Prinzip). Die USA lehnen diese Forderung bislang kategorisch ab. Wegen der militärischen Nutzenwendungen werden die USA nunmehr voraussichtlich sogar von dem Vorschlag eines einheitlichen multilateralen Managements abrücken. Für die USA wird dabei die Frage der Geheimhaltung militärischer Experimente, die sich bei gleichzeitiger Anwesenheit ausländischer Astronauten nur schwer sicherstellen läßt, und die Frage des Technologietransfers von Bedeutung sein.

Die USA werden ihre Verhandlungsposition bis zum Beginn der nächsten Gesprächsrunde Mitte Februar 1987 neu festlegen. Dabei dürfte die Managementstruktur bei Betrieb und Nutzung im Vordergrund stehen.

II. Gegenüberstellung der künftigen Verhandlungspositionen

Die amerikanische Verhandlungsposition ist in Einzelheiten noch nicht bekannt. Die deutsche/europäische Haltung dazu muß sich vorläufig auf Vermutungen stützen. Folgende Eckpunkte werden mit großer Wahrscheinlichkeit eine Rolle spielen:

- friedliche/militärische Nutzung,
- ABM-Verträglichkeit⁸,
- Verträglichkeit mit unserer SDI-Position,
- Geheimnisschutz.

1) Die Bundesregierung muß bei der Festlegung ihrer Haltung von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

1.1) Die Zusammenarbeit bei dem Raumstationsprojekt hat gemäß Artikel II der ESA-Konvention⁹ ausschließlich friedlichen Zwecken zu dienen. Diese Festlegung gibt keinen eindeutigen Hinweis für oder gegen die Option einer militärischen Nutzung der Station durch die USA: Unser Verständnis des Begriffs der friedlichen Nutzung ist im einzelnen nicht festgelegt; die Begriffe „friedliche“ und „militärische Nutzung“ sind nicht zwangsläufig ein begriffliches Gegensatzpaar.

Auch die ESA-MS haben sich bislang nicht auf eine gemeinsame Auslegung dieses Begriffs festgelegt. Sondierungen bei einem Arbeitstreffen der ESA-MS

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363f.

Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

⁹ Für den Wortlaut von Artikel II des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation vom 30. Mai 1975 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1863.

am 15.1.1987 haben ergeben, daß die vorläufigen Positionen in der Frage einer militärischen Nutzung sehr unterschiedlich sind:

Während F gegen eine militärische Nutzung keine Einwände hat, solange Europa reziprok ebenfalls das Recht dazu eingeräumt wird, erklärte der Schweizer Delegierte, daß dies die Schweizer Beteiligung an Columbus voraussichtlich in Frage stellen würde. Die USA verstehen die Beschränkung auf friedliche Zwecke, insbesondere auch bei der Nutzung des Weltraums, in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta¹⁰ lediglich als Verbot aggressiver Handlungen; die militärische Nutzung im übrigen ist danach möglich.

Rechtlich ist diese Auslegung möglich (aber nicht zwingend); sie entspricht beispielsweise dem von uns mitgetragenen Verständnis der Beschränkungen bei der Nutzung der Hohen See für friedliche Zwecke (Artikel 88 der VN-Seerechtskonvention von 1982¹¹). Im Rahmen anderer Verträge interpretieren wir hingegen den Begriff „peaceful purposes“ im Sinne nicht-militärischer Zwecke. Wir können unsere Argumentation also der politischen Zielsetzung anpassen.

Es wird erforderlich sein, sich zunächst innerhalb der ESA-Staaten auf eine gemeinsame Haltung in dieser Frage zu verständigen und dann diese in die Verhandlungen mit den USA einzubringen. Wegen der uneinheitlichen Interpretationsmöglichkeiten des Begriffs der „friedlichen Nutzung“ müßte dieser in dem Columbus-Abkommen inhaltlich ausgefüllt werden.

1.2) Die Bundesregierung hat die Entscheidung der USA, das SDI-Forschungsprogramm im Einklang mit der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags durchzuführen, begrüßt. Soweit ABM-relevante Aktivitäten an Bord der Station geplant sind, muß diese Position der Bundesregierung berücksichtigt werden.

In seiner restriktiven Auslegung verbietet der ABM-Vertrag Entwicklung und Erprobung jeder Art weltraumgestützter ABM-Systeme und ihrer Komponenten (d.h. ABM-Abfangflugkörper, -Abschußvorrichtungen und -Radaranlagen sowie neuartige Systeme, die diese Funktion übernehmen können). Die Grenze der erlaubten Forschung würde mit der Erprobung von Prototypen unter Einsatzbedingungen überschritten werden. Hingegen wäre Entwicklung und Erprobung einzelner „Subkomponenten“ neuartiger Systeme, die die genannten Komponentenfunktionen nicht erfüllen könnten, auch bei restriktiver Auslegung des Vertrags nicht verboten. In diesem Rahmen wären auch Aktivitäten im Welt- raum, d. h. auch an Bord der Raumstation, ABM-vertragsgemäß.

In der extensiven Auslegung des ABM-Vertrags, die die USA sich als Rechtsposition zu eigen gemacht haben, erstrecken sich diese Beschränkungen nur auf konventionelle Systeme und deren Komponenten, die im ABM-Vertrag ausdrücklich erwähnt sind (nämlich Abfangflugkörper, Abschußvorrichtungen, Radargeräte). ABM-Systeme und deren Komponenten, die auf neuartigen physikalischen Prinzipien beruhen (z.B. Teilchenstrahlwaffen), unterliegen dieser Einschränkung nach der extensiven amerikanischen Auslegung nicht (im Gegen-

¹⁰ Für den Wortlaut von Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

¹¹ Für den Wortlaut von Artikel 88 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 vgl. UNTS, Bd. 1833, S. 433. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1994, Teil II, S. 1840. Vgl. dazu auch AAPD 1982, II, Dok. 352.

satz zur restriktiven Auslegung). Das „Agreed Statement D“ zum ABM-Vertrag¹² sieht nach dieser Auslegung jedoch die Aufnahme von Gesprächen zwischen den USA und der SU über Beschränkungen für derartige Systeme vor. Präsident Reagan hat am 11.10.1985 erklärt, daß das SDI-Forschungsprogramm auch weiterhin im Einklang mit der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags durchgeführt wird.¹³ Sollten die USA jedoch zu einem späteren Zeitpunkt diese Selbstbeschränkung fallenlassen und – im Rahmen der extensiven Auslegung des ABM-Vertrags – z. B. Tests an Komponenten von neuartigen Systemen unter Weltraumbedingungen vornehmen, liefe dies – bei restriktiver Interpretation – dem ABM-Vertrag zuwider.

Die Vereinbarung über die internationale Raumstation sollte daher – ähnlich wie das deutsch-amerikanische Übereinkommen zum SDI-Forschungsprogramm¹⁴ – eine Bekräftigung der den USA aus dem ABM-Vertrag erwachsenden Pflichten enthalten. Auch eine – hypothetische – Verletzung des ABM-Vertrags in restriktiver Auslegung darf rechtlich nicht den Europäern oder der Bundesregierung zugerechnet werden können.

1.3) Die Columbus-Beteiligung muß mit der von der Bundesregierung festgelegten politischen Linie zu SDI, die in dem BSR-Beschluß vom 27.3.1985¹⁵, der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18.4.1985¹⁶ und dem Beschluß der Bundesregierung vom 18.12.1985¹⁷ sowie dem MoU mit den USA zum SDI-Forschungsprogramm ihren Niederschlag gefunden hat, vereinbar sein. Über das Columbus-Projekt dürfen auch indirekt keine Bundesmittel zur Förderung der SDI-Forschung eingesetzt werden.

Das vorliegende technische Konzept für Columbus sieht vor, daß die von Europa zu entwickelnden Elemente der Station von US-Versorgungseinrichtungen mit Ressourcen wie Luft, Strom etc. versorgt werden. Hingegen arbeiten die US-Elemente unabhängig von Columbus. SDI-Experimente, die im US-Teil der Station durchgeführt werden, profitieren daher nicht von den europäischen Elementen, die zum großen Teil (38%) aus Bundesmitteln finanziert werden.

¹² Für den Wortlaut der Erklärung D der Gemeinsamen Verständniserklärungen zum Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag), die das Verbot der Entwicklung, Erprobung und Stationierung beweglicher landgestützter ABM-Systeme zum Inhalt hatte, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 401.

¹³ Nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats bestätigte Präsident Reagan am 11. Oktober 1985, daß die bisherige restriktive Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 weiterhin Grundlage des amerikanischen SDI-Programms sein werde. Vgl. die National Security Decision Directive Nr. 192 vom selben Tag; <http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html>. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 283.

¹⁴ Die Bundesrepublik und die USA unterzeichneten am 27. März 1986 Vereinbarungen über die Beteiligung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik an der SDI-Forschung. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 84.

¹⁵ Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 85 und Dok. 87.

¹⁶ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 132. Sitzung, S. 9715–9720.

¹⁷ Für den Wortlaut des Beschlusses der Bundesregierung über Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. BULLETIN 1985, S. 1279 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 1.

1.4) Eine etwaige militärische Nutzung des amerikanischen Teils der Raumstation sollte von den USA nicht zum Anlaß genommen werden können, aus Gründen des Geheimschutzes die Europäer an der Nutzung von Columbus zu hindern. (Der Beschluß des ESA-Ministerrats vom 31.1.1985¹⁸ über die Beteiligung an der Raumstation nennt das Recht auf ungehinderte Nutzung von Columbus durch Europa als wesentliche Vorbedingung.)

Die Anwesenheit europäischer (sowie japanischer und kanadischer) Astronauten bei der Durchführung geheimer militärischer Forschungsarbeiten durch die USA wird entsprechende Besorgnisse bei unseren amerikanischen Partnern auslösen. Dem werden die Vertragsverhandlungen Rechnung tragen müssen.

2) Die USA werden ihre neue Verhandlungsposition bei einem Treffen mit den Regierungen der ESA-MS am 11. und 12.2.1987 in Washington, zu dem auch die japanischen und kanadischen Partner geladen sind, präsentieren. Die nächste Verhandlungsrunde zwischen den Regierungen der USA und der ESA-MS wird am 26.2.1987 in Paris stattfinden.¹⁹

Innerhalb der Bundesregierung, insbesondere in dem für das Columbus-Projekt federführenden BMFT, gibt es noch keine definitive Positionsbestimmung zu der Frage der militärischen Nutzung der Raumstation. Die Abgrenzung der Begriffe „friedlich“ und „militärisch“, insbesondere die Entscheidung der Frage, welche militärischen Nutzungen nicht unter den Begriff „friedlich“ fallen und daher auf Grund der ESA-Konvention ausgeschlossen werden müssen, hat größte außenpolitische Relevanz. Das AA sollte daher frühzeitig die von ihm vertretenen Gesichtspunkte bei der Definition einer deutschen und europäischen Position einbringen.

III. Ausblick

1) Für die Fortführung der Columbus-Verhandlungen zeichnen sich folgende Optionen ab:

1.1) Ausstieg aus der Zusammenarbeit mit den USA

Ein Scheitern des Projekts wäre jedoch aus technologischen wie außenpolitischen Gründen äußerst schädlich:

- Das europäische Weltraumkonzept geriete in Schwierigkeiten: Columbus ist das Ziel im All, das die Entwicklung von Hermes rechtfertigt. Es erscheint

¹⁸ Ministerialdirigent Loeck legte am 6. Februar 1985 dar, Hauptergebnis der ESA-Ratstagung auf Ministerebene am 30./31. Januar 1985 in Rom sei „die Einigung auf ein langfristiges europäisches Weltraumprogramm für die nächsten zehn Jahre mit den programmatischen Schwerpunkten Columbus und Ariane V. Die gefaßten Beschlüsse sehen während des Planungszeitraums von 1985 bis 1995 Gesamtausgaben von ca. 16,5 Mrd. RE, d. h. gegenüber dem jetzigen durchschnittlichen Ausgabenvolumen von 1 Mrd. RE pro Jahr eine Steigerung um rd. 60 % vor. Die entscheidende politische Aussage des Langzeitprogramms liegt in dem Ziel, die Eigenständigkeit Europas in der Raumfahrt zu sichern und auszubauen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 142082.

¹⁹ Vortragender Legationsrat Blankenstein vermerkte am 12. März 1987: „Die letzte Verhandlungsrunde mit den USA über die Beteiligung an der Internationalen Raumstation vom 25. bis 27.2.1987 in Paris hat in der Sache kaum Fortschritte gebracht. [...] Die USA zeigten sich lediglich bereit, die europäischen Wünsche – auch im Rahmen der ESA-NASA-Gespräche – weiterhin zu prüfen.“ Ein Abbruch der Verhandlungen wäre „politisch äußerst schädlich: Ein Scheitern des bislang größten transatlantischen Technologieprojekts würde sich zusätzlich nachteilig auf die durch Airbus und Agrarprobleme belasteten Technologie- und Handelsbeziehungen auswirken.“ Vgl. Referat 431, Bd. 154486.

fraglich, ob Europa im Rahmen seiner finanziellen und technologischen Möglichkeiten eine autonome Alternative zu Columbus realisieren könnte.

- Ein Scheitern des Projekts wäre ein Symbol für die mangelnde Fähigkeit des Westens, bei technologischen Großprojekten zusammenzuarbeiten.
- Eine Abwendung der Europäer von dem Projekt wegen einer militärischen Nutzung durch die USA würde von der US-Regierung als Abkopplung der Europäer in einem wesentlichen Bereich der gemeinsamen Verteidigung verstanden werden.

1.2) Fortführung der Verhandlungen mit dem Ziel, Europa das alleinige Entscheidungsrecht über die Nutzung der europäischen Elemente der Raumstation zuzuweisen (Herr-im-eigenen-Haus-Prinzip)

Die Europäer könnten so den USA die Durchführung militärischer, insbesondere SDI-relevanter Forschungsvorhaben im europäischen Teil der Station verweigern, wenn dies geboten erscheint. Die Europäer könnten darüber hinaus den USA im Rahmen der Verhandlungen im Sinne einer politischen Erklärung zu verstehen geben, daß sie sich vorbehalten, eine Nutzung der europäischen Teile der Station für SDI-Zwecke auszuschließen. Eine vertragliche Festlegung unserer Haltung zu dieser Frage könnte so vermieden werden. Über andere amerikanische militärische Experimente an Bord von Columbus, die nicht SDI-relevant sind, könnte ebenfalls fallweise durch die Europäer im Konsens entschieden werden. Dabei würden vermutlich neutrale, aber auch der NATO angehörende ESA-Staaten eine besonders restriktive Linie vertreten.

Dies entspricht der bisherigen Verhandlungslinie der Europäer. Die USA haben das „Herr-im-eigenen-Haus-Prinzip“ bislang stets abgelehnt.

1.3) Überprüfung des europäischen Columbus-Konzepts

Eine Alternativlösung könnte z.B. darin bestehen, das an die US-Station fest angekoppelte europäische Labor zu streichen. Das – bereits in dem jetzt vorliegenden Konzept vorgesehene – freifliegende Labormodul wäre nicht einem gemeinsamen, sondern einem ausschließlich europäischen Management zu unterstellen. Dabei könnte der kooperative Ansatz durchaus erhalten werden: So könnten US-Astronauten das freifliegende europäische Labormodul für zivile Forschungsvorhaben nutzen. Umgekehrt könnte das freifliegende Labormodul von der US-Station – wie bereits jetzt vorgesehen – durch Nutzung dortiger Infrastruktureinrichtungen (Kommunikation etc.) profitieren. Dieses Konzept würde einerseits eine deutliche technische Trennung der europäischen und amerikanischen Elemente bedeuten; andererseits bliebe der Charakter eines transatlantischen Kooperationsvorhabens erhalten (siehe auch Punkt 3.2 der Bezugsvorlage). Eine derartige Lösung würde es erlauben, ein Scheitern der Verhandlungen zu vermeiden und den außenpolitischen und technologischen Schaden zu minimieren.

Wie auf Arbeitsebene zu erfahren war, wird eine derartige Lösung bereits jetzt von F favorisiert.

2) Das Columbus-Projekt kann zu einem zukunftsweisenden Beispiel transatlantischer Solidarität und zu einer wichtigen technologischen und politischen Klammer der westlichen Partner werden. Die Verhandlungen darüber bergen aber auch das Risiko, zu einer Belastung des transatlantischen Verhältnisses

in einem wichtigen Bereich zu werden. Darüber hinaus zeichnen sich Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten der ESA ab, die sich in ihrer Tendenz auch in der innenpolitischen Diskussion innerhalb der Bundesrepublik Deutschland widerspiegeln werden. Die Mitte 1987 anstehende Entscheidung über die Fortsetzung des Columbus-Projekts in die Bauphase läuft deswegen auf eine Weichenstellung für die technologische Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA hinaus.

Abteilung 2, 2A und 5 haben mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 431, Bd. 154486

14

Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl

26. Januar 1987¹

Lieber Helmut,

ich hoffe, Dich heute noch zu sehen – nicht nur wegen der am Samstag² erwähnten Themen Beirut³ und Berlin⁴. Sofort will ich Dir sagen, daß ich mich Dir gerade nach diesem Wahlausgang⁵ besonders eng verbunden fühle. Du kannst auf meine freundschaftliche Verbundenheit bauen. Entscheidend ist, daß der Weg, den wir 1982 gemeinsam beschritten haben, vom Wähler ein zweites Mal⁶ bestätigt wurde.

Ich grüße Dich in alter freundschaftlicher Verbundenheit

Dein
Hans-Dietrich Genscher

Sammlung Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl

¹ Handschreiben.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Pr[ivat]akte.“

² 24. Januar 1987.

³ Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 9.

⁴ Zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. Dok. 5.

⁵ Bei den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 erreichten CDU (34,5%) und CSU (9,8%) zusammen 44,3% der abgegebenen gültigen Stimmen. Die FDP kam auf 9,1%, die SPD auf 37,0%, und die Grünen erzielten 8,3%. Am 11. März 1987 wählte der Bundestag Helmut Kohl (CDU) erneut zum Bundeskanzler.

⁶ Am 6. März 1983 fanden Bundestagswahlen statt, bei denen CDU (38,2%) und CSU (10,6%) zusammen 48,8% der abgegebenen gültigen Stimmen erreichten. Die FDP kam auf 7,0% der Stimmen. Die SPD erzielte 38,2%, die Grünen kamen auf 5,6%.

15

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-373.32-103/87 VS-vertraulich

28. Januar 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung von Ziffer 7

Betr.: KVAE-Implementierung;

hier: US-Manöver „Caravan Guard 87“ und „Winter Warrior 87“

Bezug: Ihre Weisung vom 28.1.1987

Anlg.: 1⁴

1) Die USA führen in der Bundesrepublik im Januar/Februar 1987 zwei Manöver durch, die nach ihrer ursprünglichen Übungsanlage entsprechend dem Stockholmer Dokument der KVAE⁵ notifizierungs- und beobachtungspflichtig gewesen wären:

– „Caravan Guard 87“ (26.1.–9.2.1987)

– „Winter Warrior 87“ (28.1.–9.2.1987).⁶

Die USA haben sich trotz mehr als zweimonatigem intensiven Einwirken unsererseits nicht zur Notifizierung bewegen lassen. Sie berufen sich auf Anhang II des Stockholmer Dokuments, wonach militärische Aktivitäten, die⁷ innerhalb der ersten 42 Tage nach dem 1. Januar 1987 beginnen, den entsprechenden Vorschriften der HSA⁸ unterliegen (Notifizierungspflicht erst ab 25 000 Teilnehmern). Sie lassen dabei die Bemühensklausel des Anhangs II außer acht, wonach die TNS⁹ sich jede erdenkliche Mühe geben werden, um die Bestim-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Legationsrat I. Klasse Schon konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Januar 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 29. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Vertragstreue hat unbedingten Vorrang, deshalb ist nur die Erklärung 5 b akzeptabel.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 29. Januar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik und Referat 221 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 29. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte und handschriftlich vermerkte: „Im Rücklauf.“

Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Hat Holik vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde erneut vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 10.

⁵ Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

⁶ Zur Frage der Notifizierung bei den Manövern vgl. AAPD 1986, II, Dok. 372.

⁷ Korrigiert aus: „Aktivitäten“.

⁸ Helsinki-Schlußakte.

Vgl. Ziffer I des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 922–924.

⁹ Teilnehmerstaaten.

mungen des Stockholmer Dokuments auch auf solche Aktivitäten soweit wie irgend möglich anzuwenden.

2) Unsere Interventionen waren dennoch insoweit erfolgreich, als die Amerikaner beide Übungen so geändert haben, daß die Notifizierungspflicht nach dem Stockholmer Dokument nicht mehr gegeben ist.

„Winter Warrior 87“ wurde von ursprünglich 18000 auf jetzt 12000 Teilnehmer reduziert und liegt damit unterhalb der Notifizierungsschwelle von 13000 Mann. „Caravan Guard 87“ ist jetzt so angelegt, daß es sich um eine reine Stabsrahmenübung ohne Beteiligung von Kampftruppen mit schwerem Gerät handelt. Damit wäre der Strukturparameter des Stockholmer Dokuments, wonach die teilnehmenden Truppen in Divisionen bzw. Brigaden/Regimenter gegliedert sein müssen, um eine Notifizierungspflicht zu begründen, nicht mehr erfüllt. Allerdings nehmen an „Caravan Guard 87“ 21000 Mann teil. Die Übung ist also nur deswegen nicht mehr notifizierungspflichtig, weil eine von zwei (Mannschaftsstärke und Struktur) notwendigen Bedingungen nicht mehr erfüllt ist.

3) Der in Anlage beigefügte Brief von AM Shultz an Sie¹⁰ wiederholt allerdings lediglich die ursprüngliche amerikanische Argumentation (vgl. Ziffer 1) und geht auf das Strukturargument nicht ein. Warum der Brief die auch von deutschen militärischen Stellen im Übungsgebiet bestätigte Änderung der Übungsanlage nicht erwähnt, konnte bisher nicht geklärt werden. Möglicherweise war diese vom Pentagon ausgehende Maßnahme zur Zeit der Abfassung des Briefes im State Department noch nicht bekannt.

4) Es fragt sich, wie bei entsprechenden Anfragen in unserer Öffentlichkeit oder auf dem WFT¹¹ reagiert werden sollte. Drei Möglichkeiten bieten sich an:

- Argumentation lediglich mit der Übergangsregelung,
- Argumentation lediglich mit dem Strukturparameter,
- Argumentation mit Übergangsregelung und Strukturparameter.

5) Keine der drei Möglichkeiten ist völlig befriedigend.

a) Eine Argumentation lediglich mit der Übergangsregelung setzt uns dem Vorwurf aus, nicht entsprechend der Bemühensklausel gehandelt zu haben.

b) Eine Argumentation lediglich mit dem Strukturparameter eröffnet für andere, insbesondere östliche TNS Möglichkeiten zur Umgehung des Stockholmer Dokuments, da letztlich nicht eindeutig zu klären ist, unter welchen Bedingungen eine Gliederung in Divisionen bzw. Brigaden/Regimenter nicht mehr gegeben ist.

c) Eine Argumentation mit beiden bringt die gleichen Nachteile wie 5b) mit sich, ohne effektive Vorteile zu erzielen.

6) Bei Abwägung der verschiedenen Möglichkeiten ist zu berücksichtigen, daß die Übergangsregelung am 11.2.87 ausläuft. Eine Argumentation mit dieser Regelung wirkt daher nicht präjudizierend.

¹⁰ Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 27. Januar 1987 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 11534 (221).

¹¹ Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 106.

Demgegenüber könnte uns eine Argumentation mit dem Strukturparameter während der ganzen unbegrenzten Geltungsdauer des KVAE-Dokuments von anderen Staaten zur Entschuldigung eigener Implementierungsmängel entgegengehalten werden.

7) Abteilung 2A plädiert daher für Argumentation auf folgender Linie:

Die Übung „Caravan 87“ hat am 26.1.87 begonnen, d.h. innerhalb der ersten 42 Tage nach Inkrafttreten des KVAE-Dokuments. Für militärische Aktivitäten in diesem Zeitraum gilt die Übergangsregelung des Anhangs II des Stockholmer Dokuments. Demnach unterliegen militärische Aktivitäten, die in diesem Zeitraum beginnen, lediglich den entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte der KSZE, der zufolge Übungen erst dann notifizierungspflichtig sind, wenn an ihnen mehr als 25 000 Mann teilnehmen. Dies ist bei „Caravan Guard 87“ nicht der Fall.¹²

In Vertretung
Buerstedde

VS-Bd. 11534 (221)

¹² In der Presse wurde berichtet: „Die amerikanische Regierung nimmt die jüngste Ost-West-Vereinbarung der Stockholmer KVAE-Konferenz über die gegenseitige Ankündigung von Manövern offensichtlich nicht ernst. Trotz eindringlicher Bitte von Außenminister Hans-Dietrich Genscher weigerte sie sich, das Manöver ‚Caravan Guard‘ des in der Bundesrepublik stationierten V. US-Korps anzumelden und östliche Beobachter einzuladen. Die US-Militärs berufen sich darauf, das Manöver sei schon vor Abschluß der KVAE-Konferenz Mitte September 1986 geplant worden und falle noch nicht unter die Vereinbarungen. Tatsächlich fürchten die Amerikaner, daß ihr als Stabsrahmen-Übung mit Feldtruppe (23 000 Soldaten) angelegtes Manöver den Sowjets Einblicke in Kommandostrukturen bieten könnte. Genschers Wunsch, die KVAE-Bestimmungen nicht so engherzig anzulegen und mit einer Geste das Ost-West-Klima zu verbessern, wurde zurückgewiesen.“ Vgl. den Artikel „USA weisen Genscher ab“; DER SPIEGEL, Nr. 6 vom 2. Februar 1987, S. 14.

16

**Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt,
mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich),
Bullard (Großbritannien) und Burt (USA)**

29. Januar 1987¹

Einladungen des RBM zu Veranstaltungen im Rahmen der 750-Jahr-Feier in Berlin (Ost)²;

hier: Gespräch von Bundesminister Dr. Schäuble mit den Botschaftern der Drei Mächte am 29. Januar 1987, 8.00 Uhr

Teilnehmer: Bundesminister Dr. Schäuble, Botschafter Burt (USA), Botschafter Boidevaix (F), Botschafter Sir Julian Bullard (GB), Staatssekretär Dr. Meyer-Landrut, MDg Dr. Duisberg.

BM *Dr. Schäuble* nahm Bezug auf die Erörterung bei dem Gespräch am 3. November 1986.³ Man sei sich darüber einig gewesen, daß die Einladung Honeckers an den RBM rechtliche und politische Probleme aufwirft, daß es andererseits aber auch notwendig sei, gerade im Jubiläumsjahr dem Wunsch der Berliner Bevölkerung nach Gemeinsamkeit sichtbaren Ausdruck zu geben. Repräsentative Meinungsumfragen – nicht die RIAS-Telefonumfrage – hätten deutlich gemacht, daß eine große Mehrheit der Meinung sei, der RBM solle die Einladungen annehmen. Eine bloße Ablehnung werde deshalb für Menschen, die sich der Statusprobleme weniger bewußt seien, schwer verständlich werden. Die Lage wäre anders, wenn der RBM seinerseits eine Gegeneinladung ausspreche. Die Bundesregierung halte es für politisch richtig, wenn der RBM dazu in die Lage versetzt werden könnte. Die Bundesregierung werde ihrerseits versuchen, einige Zeit nachher in vertraulichen politischen Gesprächen mit der DDR-Führung die Frage aufzugreifen. Wir gingen bei diesem Vorschlag von der Erwartung aus, daß die Teilnahme Honeckers am Festakt am 30. April für die andere Seite mindestens so problematisch sei wie die Teilnahme des RBM am

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, am 29. Januar 1987 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 4. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte.

Hat Meyer-Landrut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup und Referat 210 verfügte.

Hat Kastrup am 4. Februar 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach vorgelegen.

² Zu den Einladungen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, vom 8. Oktober 1986 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

³ Im Gespräch mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) am 3. November 1986 betonte Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, „daß es für die DDR sehr viel schwerer würde, die Abkapselung von Berlin (West) weiter aufrechtzuerhalten, wenn Honecker an dem Festakt in Berlin (West) und Diepgen an dem Staatsakt in Berlin (Ost) teilgenommen hätten. Insofern bestehe grundsätzlich ein Interesse an gegenseitiger Annahme der Einladungen. Unsere Politik sollte daher nicht auf ein Scheitern angelegt werden, auch wenn es sehr wenig wahrscheinlich sei, daß Honecker die Einladung tatsächlich annehmen werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139173.

Staatsakt der DDR und daß daher letztlich beide Einladungen nicht realisiert werden könnten. Dies müsse dann in einer Weise gehandhabt werden, daß keine Nachteile für die Beziehungen entstünden. Auf jeden Fall müsse auch der Eindruck vermieden werden, daß der RBM zwar vielleicht wolle, aber wegen Einspruchs der Drei Mächte nicht dürfe. BM Dr. Schäuble erwähnte in diesem Zusammenhang die Teilnahme am Neujahrskonzert⁴ und betonte, die Bundesregierung habe es sehr dankbar begrüßt, daß hier ein gemeinsames Vorgehen möglich gewesen sei. Bundesminister Dr. Schäuble wies schließlich auf den Zeitdruck hin: Angesichts des näher rückenden Termins des Festakts müsse eine Entscheidung jetzt unverzüglich getroffen werden, damit die Gegeneinladung noch in den nächsten Wochen übermittelt werden könne.

Der *britische Botschafter* sagte, er stelle mit Befriedigung fest, daß wir mit der Gegeneinladung nicht das Ziel verfolgten, die gegenseitige Teilnahme zu ermöglichen, sondern sie unwahrscheinlich zu machen. BM Dr. Schäuble warf ein, er habe insofern nicht von einem Ziel im Sinne einer Absicht, sondern lediglich von der Erwartung gesprochen. Der *britische Botschafter* vertrat dann die Ansicht, daß bei Realisierung beider Einladungen der Osten mehr zu gewinnen habe als der Westen, weil eine Teilnahme Honeckers am Festakt des Senats lediglich einen statuskonformen Zustand bestätigen würde, während die Teilnahme des RBM am Staatsakt der DDR die Anerkennung eines statuswidrigen Zustands impliziere⁵. Es müsse daher alles getan werden, um die Annahme der Gegeneinladung unwahrscheinlich zu machen. Aus diesem Grunde sollte der letzte Absatz des Entwurfs⁶ gestrichen und das Einladungsschreiben nicht durch StS Dr. Stronk, sondern durch StS Dr. Bräutigam übergeben werden, der in dem begleitenden Gespräch auch den Charakter der Veranstaltung am 30. April entsprechend den von uns vorbereiteten Gesprächselementen erläutern müßte.

BM Dr. Schäuble wandte sich gegen eine Streichung des letzten Absatzes des Entwurfs; dies sei einmal eine Frage der Form, zum anderen dürfe man das Instrument auch nicht selbst abwerten, indem man es für die andere Seite von vornherein unannehmbar mache. Dies gelte auch für die Übermittlung durch StS Dr. Bräutigam, der von der DDR in dieser Frage sicher nicht als Gesprächspartner akzeptiert würde. MDg Dr. Duisberg ergänzte, daß der letzte Absatz des Entwurfs auch eine Bedingung für die Annahme der DDR-Einladung

⁴ Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, informierte das Auswärtige Amt am 23. Dezember 1986 zur Frage der Teilnahme am Eröffnungskonzert zur 750-Jahr-Feier am 1. Januar 1987 in Ost-Berlin: „Die Drei Mächte haben sich nur nach Intervention auf hoher politischer Ebene und letztlich unter dem Eindruck unserer Entschlossenheit, nötigenfalls allein teilzunehmen, bereit gefunden, ihre Botschafter zur Teilnahme am Eröffnungskonzert anzuweisen. Paris und Washington haben die Entscheidung aufgrund der Bitte des Bundesaußenministers getroffen. Alle ließen jedoch, wengleich in unterschiedlicher Form, grundsätzliche politische Bedenken erkennen, nicht zuletzt wegen der möglichen Präzedenzwirkung für die Einladungen des RBM Dieppen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2103; Referat 210, Bd. 139171.

⁵ Der Passus „während ... impliziere“ wurde von Ministerialdirigent Kastrup hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

⁶ Der letzte Absatz des Entwurfs vom 10. November 1986 für ein Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, lautete: „Ich würde mich freuen, wenn im Hinblick auf das Jubiläum von Berlin eine gegenseitige Teilnahme an den Veranstaltungen auf beiden Seiten möglich wäre.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

zum Ausdruck bringe, nämlich daß bei Ablehnung der Gegeneinladung auch die Annahme der DDR-Einladung nicht in Betracht komme.

Der *amerikanische Botschafter* erklärte, es sei jetzt Zeit zu entscheiden; die Frage werde nur schwieriger, je näher man dem Datum des 30. April komme. Auch bei der Gegeneinladung bestünden gewisse Risiken, nämlich die Möglichkeit, daß die DDR zunächst auf einer Antwort auf ihre Einladung bestehe, bevor sie sich zu der Gegeneinladung äußern wolle. Nach amerikanischer Auffassung wäre es deshalb an sich besser, wenn über beiderseitige Einladungen zu weniger statusrelevanten Veranstaltungen gesprochen werden könnte. Es müsse aber jedenfalls klar sein, was wir wollten; grundsätzlich biete die Gegeneinladung einen guten Ausweg. Allerdings wäre es vorzuziehen, wenn die Bundesregierung die dazu erforderlichen Gespräche führe. Die USA wollten auch eine Situation vermeiden, in der der Eindruck entstehen könnte, daß die Drei Mächte den RBM unter Druck setzten. Angesichts mancher öffentlicher Äußerungen des RBM werde dies allerdings immer schwieriger. Der *amerikanische Botschafter* wies hier auf die Rede des RBM vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 8. Januar hin⁷: Er habe einen Ton von Kritik gespürt, zumindest einen Mangel an positiven Bemerkungen über den alliierten Beitrag zur Sicherung der Lage in Berlin vermißt.

Der *französische Botschafter* erklärte, er teile die britische Analyse und die darin enthaltenen Vorbehalte, könne aber noch keine endgültige Stellungnahme abgeben. Wenn man eine Gegeneinladung aussprechen wolle, so müsse das Ziel jedenfalls sein, daß diese Einladung für die andere Seite nicht annehmbar sei; d.h., sie müsse in einer Weise formuliert werden, um sie möglichst unannehmbar zu machen. Bezüglich einer öffentlichen Diskussion wies der *französische Botschafter* darauf hin, daß er eine gewisse Gefahr darin sehe, wenn der RBM von den Alliierten mit Distanziertheit spreche. Es sei dagegen notwendig, der Bevölkerung Berlins immer wieder deutlich zu machen, daß es eine gemeinsame Haltung von Alliierten und Senat gebe.

BM *Dr. Schäuble* ging zunächst auf die Bemerkungen zu Äußerungen des RBM ein. Er habe selbst mit dem RBM über die Rede gesprochen. Es habe Herrn Dieppen ganz fern gelegen, einen Eindruck zu erwecken, wie ihn die Alliierten anscheinend unterstellten. Niemand könne größeres Interesse an der Erhaltung des Status von Berlin und vollem Einvernehmen mit den Drei Mächten haben als die Berliner und der RBM. Man dürfe nur nicht ganz übersehen, daß die Entwicklung in Ost-Berlin einen gewissen Einfluß auf die Stimmung der West-Berliner Bevölkerung habe. Vertreter aller Staaten reisten nach Ost-Berlin, der *britische Außenminister*⁸ ebenso wie der *französische Premierminister*⁹. Die Ost-Berliner Jubiläumsfeierlichkeiten erführen eine rege Beteiligung, auch mit zahlreichen westlichen Teilnehmern; selbst zu dem Ost-Berliner Bürgermeistertreffen gebe es eine Reihe westlicher Zusagen.¹⁰ In Berlin empfinde

⁷ Zur Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Dieppen, vgl. Dok. 5, Anm. 12.

⁸ Der *britische Außenminister* Howe hielt sich vom 8. bis 10. April 1985 in der DDR auf.

⁹ *Ministerpräsident Fabius* besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

¹⁰ Das fünftägige Internationale Bürgermeistertreffen in Ost-Berlin begann am 1. Juni 1987. Zu den Vorbereitungen vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 9. Februar 1987, der Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Krack, habe kürzlich in einem Interview geäußert, bisher lägen

man das so, daß jeder nach Ost-Berlin gehe, nur der RBM offiziell dort nicht hingehen solle. Ganz allgemein müßten wir eine Entwicklung sehen, in der Ost-Berlin sich mehr und mehr als Hauptstadt darstelle; dies könnten wir nicht wirklich verhindern, könnten uns von dieser Entwicklung nicht einmal völlig ausschließen. Deshalb gelte es, Wege zu finden, den Menschen in West-Berlin ebenfalls eine Perspektive zu geben.

Zur Frage der Gegeneinladung wiederholte BM Dr. Schäuble, daß wir kein Einladungsschreiben wünschten, bei dem jeder sofort erkennen könne, daß es nur geschrieben sei, um abgelehnt zu werden. Dies sei aber auch nicht nötig, weil unsere Erkenntnisse ohnehin dahin gingen, daß Honecker selbst die größten Probleme mit seiner und der sowjetischen Statusauffassung haben würde; wir sähen daher nicht, daß er die Einladung annehmen könne. Eine Übergabe der Einladung durch StS Dr. Bräutigam sei nicht möglich, weil die DDR ihn nicht als Gesprächspartner in dieser Frage akzeptieren werde. Unsere Überlegungen gingen deshalb dahin, daß die Einladung durch StS Dr. Stronk übergeben werde und danach baldmöglichst in vertraulichen Gesprächen zwischen der Bundesregierung und der DDR darüber gesprochen werde.

Der *amerikanische Botschafter* wies zu der von BM Dr. Schäuble angesprochenen Entwicklung in beiden Teilen Berlins auf die Tatsache hin, daß die Staatsoberhäupter aller Drei Mächte in diesem Jahr nach West-Berlin kommen.¹¹ BM Dr. Schäuble unterstrich die Dankbarkeit der Bundesregierung für diese Geste. Der *amerikanische Botschafter* erwähnte ferner, daß der Deputy Secretary des State Department auf seiner derzeitigen Osteuropareise die DDR nicht einschließe.¹² Der *britische Botschafter* sagte ergänzend, es sei doch evident, daß die Westmächte alles für den Westteil der Stadt täten. Im übrigen müsse man letztlich sehen, daß der RBM als frei gewählter Vertreter der West-Berliner Bevölkerung mehr zu verlieren habe, wenn er sich im östlichen Teil der Stadt engagiere, als der Ministerpräsident eines Bundeslandes.¹³ Der *britische Botschafter* wies dann auf ein Interview des RBM in der *Financial Times* vom 28. Januar hin, wo der Wunsch nach Annahme der östlichen Einladungen sehr deutlich geworden sei.¹⁴ Solche Äußerungen seien nicht hilfreich.

Bundesminister Dr. Schäuble stellte klar, daß er lediglich auf allgemeine Entwicklungstendenzen hingewiesen habe, die man sehen müsse. Es gebe einfach

Fortsetzung Fußnote von Seite 66

rund 100 Zusagen aus über 70 Staaten vor, auch zahlreiche aus dem „kapitalistischen Ausland“. Weiter notierte Richthofen: „Aus der Bundesrepublik Deutschland wurden folgende Städte eingeladen: Bonn, Bremen, Dortmund, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Köln, Mainz, München, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart. Bonn hat abgesagt; Dortmund, Köln, Mainz, Saarbrücken und Stuttgart haben zugesagt“. Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

¹¹ Staatspräsident Mitterrand besuchte Berlin (West) am 11. Mai 1987, Königin Elizabeth II. am 26./27. Mai und Präsident Reagan am 12. Juni 1987. Zu Reagans Besuch vgl. Dok. 168.

¹² Botschafter van Well, Washington, berichtete am 28. Januar 1987, er sei im amerikanischen Außenministerium über die anstehende Reise des stellvertretenden Außenministers Whitehead in osteuropäische Staaten informiert worden. Whitehead besuche Polen vom 28. bis 31. Januar, die ČSSR vom 31. Januar bis 3. Februar und Bulgarien vom 3. bis 6. Februar 1987: „Am wichtigsten sei der Besuch in Polen. Nach dem Amnestie-Erlaß für politische Gefangene im September 1986 habe ein Prozeß der Wiederbelebung der Beziehungen begonnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 373; Referat 204, Bd. 135409.

¹³ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Kastrop hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁴ Vgl. den Artikel „W. Berlin Mayor's state opportunity“; *FINANCIAL TIMES* vom 28. Januar 1987; Referat 210, Bd. 139173.

gewisse, auch psychologische Probleme für West-Berlin. Nicht zu übersehen sei auch, daß alle politischen Gruppierungen im Abgeordnetenhaus sich für Annahme der DDR-Einladungen ausgesprochen hätten, der RBM hier auch in einer innenpolitischen Auseinandersetzung stehe. Im übrigen könne der RBM natürlich auch nicht sagen, daß er die Einladungen nicht annehmen wolle, wenn man noch über eine Gegeneinladung diskutiere.

Der *amerikanische Botschafter* fragte, ob der RBM in Abstimmung mit der Bundesregierung vorgehe.

BM *Dr. Schäuble* bejahte das. In den politischen Überlegungen bestehe Einigkeit zwischen der Bundesregierung und dem RBM. Bundesminister Dr. Schäuble wiederholte, wir hätten alle Überlegungen der Drei Mächte in Betracht gezogen und ihre Bedenken nicht leichtgenommen, glaubten aber, mit der Gegeneinladung eine akzeptable Lösung vorzuschlagen. BM *Dr. Schäuble* bat nochmals um Zustimmung zu diesem Vorschlag und betonte, daß wir in jedem Fall im Einvernehmen mit den Drei Mächten vorgehen wollten. Wenn diese den Vorschlag ablehnten, würden wir auch alles tun, um eine kritische öffentliche Diskussion zu vermeiden; dies werde allerdings nicht einfach sein.¹⁵

Der *britische Botschafter* bat um einige Tage Überlegung und drückte die Hoffnung aus, daß in der Zwischenzeit nichts darüber in den Zeitungen zu lesen sein werde.

BM *Dr. Schäuble* sicherte Vertraulichkeit zu und wies noch einmal auf den engen Zeitrahmen hin, der eine Entscheidung dringlich mache.

Der *französische Botschafter* meinte, er werde aus technischen Gründen in Anbetracht des Besuches von BM Genscher in Paris am 6. Februar¹⁶ vorher kaum eine Weisung erhalten können.

BM *Dr. Schäuble* machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß aufgrund des Status von Deutschland als Ganzem unsere Beziehungen zur DDR keine auswärtigen Beziehungen seien und diese ebenfalls wichtige Statusfrage stets im Auge behalten werden müsse. Er erklärte sich aber damit einverstanden, daß die französische Antwort nach dem 6. Februar gegeben werde.

Es bestand Einvernehmen über ein weiteres Zusammentreffen der drei Botschafter mit Bundesminister Dr. Schäuble Anfang der Woche vom 9. Februar.¹⁷

Referat 210, Bd. 139173

¹⁵ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Kastrup hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁶ Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Frankreich vgl. Dok. 25 und Dok. 26.

¹⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) am 11. Februar 1987 vermerkte Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, am selben Tag: „1) Die Alliierten stimmen zu, daß eine an GS Honecker gerichtete Gegeneinladung des RBM zum Festakt des Senats am 30. April 1987 durch StS Dr. Stronk der DDR-Seite übermittelt wird. 2) Das Schreiben wird gegenüber dem Entwurf im letzten Absatz leicht modifiziert – Streichung des Wortes ‚den‘ vor ‚Veranstaltungen‘. [...] Den Alliierten ging es darum, zu vermeiden, daß eine eventuelle Annahme der Gegeneinladung durch Honecker automatisch zur Teilnahme des RBM am Staatsakt der DDR führt; da sie die Teilnahme am Staatsakt grundsätzlich als statusgefährdend ansehen, möchten sie, daß im Ergebnis beide Einladungen nicht angenommen werden. Sie legen auch Wert darauf, daß [...] keinesfalls der Eindruck erweckt wird, als habe der RBM damit implizite die Einladung zum Staatsakt der DDR bereits akzeptiert.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

17

Aufzeichnung des Botschafters Holik**220-371.80 SDI-114/87 VS-vertraulich****29. Januar 1987¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ vorzulegen

Betr.: Mögliche Entscheidung der USA über eine vorgezogene SDI-Stationierung ab 1993;
hier: Rüstungskontrollpolitische Implikationen

Anlg.: 1 (nur beim Original)⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des Vorschlags zu unserem weiteren Vorgehen unter III.

I. Sachstand

In Washington findet gegenwärtig ein Entscheidungsprozeß über die künftige Ausrichtung des SDI-Programms statt. Das Pentagon befürwortet eine Entscheidung, die auf einen Dislozierungsbeginn bereits im Jahre 1993 abzielt (so Perle am 27. Januar 1987 gegenüber D2 und D2A⁵, vgl. Anlage, sowie im gleichen Sinne Weinberger-Rede am 22. Januar 1987⁶). Es soll sich dabei um ein zweistufiges Abwehrsystem mit Weltraumkomponenten handeln, das Raketen und Gefechtsköpfe sowohl im Weltraum als auch nach Wiedereintritt in die Atmosphäre bekämpfen kann. Damit soll die Grundlage für ein umfassendes Gesamtsystem zum Bevölkerungsschutz geschaffen werden.

Perle nannte als Hintergrund das Petitum des Kongresses, die Möglichkeiten einer vorgezogenen SDI-Stationierung zu prüfen. Richtig ist, daß der Streit-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 30. Januar 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 4. Februar 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 4. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Legationssekretär Freitag am 12. Februar 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 12. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe und Legationsrat I. Klasse Müller verfügte.

Hat Elbe und erneut Müller vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang beigelegt war der Drahtbericht Nr. 372 des Botschafters van Well, Washington, vom 28. Januar 1987 über das Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, am 27. Januar 1987 in Washington. Vgl. VS-Bd. 11376 (220).

Für den Drahtbericht Nr. 372 vgl. auch VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

⁵ Zum Besuch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik vom 25. bis 27. Januar 1987 in den USA vgl. Dok. 21.

⁶ Botschafter van Well, Washington, berichtete am 24. Januar 1987 über Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers: „Weinberger hat am 22.1. in Colorado Springs vor der dem SDI-Programm positiv gegenüberstehenden United States Space Foundation davon gesprochen, daß man sich möglicherweise dem Tag näherte, an dem eine Entscheidung über die Stationierung einer ersten Phase gefällt werden könne.“ Im amerikanischen Außenministerium sehe man hinter diesem Vorgehen „das Bemühen des Pentagon, den ABM-Vertrag in Frage zu stellen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 337; Referat 209, Bd. 148739.

kräfteausschuß des Senats mit Erklärung vom 27. Juni 1986 verlangte, den Schwerpunkt der SDI von der Vision des Bevölkerungsschutzes auf das machbare Ziel der Verteidigung des Zweitschlagspotentials mittels bodengestützter Systeme (point defence) zu verlagern.

Eine Entscheidung des Präsidenten über die Option einer etwaigen vorgezogenen Dislozierung steht noch aus. Im Bericht zur Lage der Nation am 27. Januar 1987 äußerte er sich hierzu noch nicht.⁷ Er legte jedoch erneut ein so dezidiertes Bekenntnis zu SDI ab, daß eine Entscheidung im Sinne des Pentagon zumindest möglich erscheint.

II. Bewertung

1) Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag⁸

Eine einseitige Entscheidung der USA für die Dislozierung eines auch welt-raumgestützten Raketenabwehrsystems ab 1993 wäre für sich genommen noch kein Verstoß⁹ gegen den ABM-Vertrag, da ihre faktische Auswirkung zunächst nur in einer Umstrukturierung des SDI-Forschungsprogramms bestünde.

Die Implementierung einer solchen Entscheidung hingegen würde eine Aufkündigung des ABM-Vertrags voraussetzen, und zwar

- bei Zugrundelegung der restriktiven Auslegung im Zeitpunkt des Übergangs von erlaubter Forschung auf verbotene Entwicklung (Beginn der Erprobung von Prototypen unter Einsatzbedingungen im Weltraum); dieses Stadium könnte möglicherweise bereits 1988 erreicht werden;
- bei Zugrundelegung der weiten Auslegung mit Beginn der Dislozierung im Jahre 1993.

(Die Dislozierung einer rein bodengestützten¹⁰ Punktverteilung zum Schutz des amerikanischen Zweitschlagspotentials – so Empfehlung des Streitkräfteausschusses des Senats vom Juni 1986 – wäre hingegen

- hinsichtlich Entwicklung und Erprobung uneingeschränkt erlaubt,
- hinsichtlich Dislozierung in den Grenzen des Artikels III in Verbindung mit Zusatzprotokoll von 1974 gestattet.)

2) Vereinbarkeit mit früheren Aussagen der US-Regierung und Erklärungen der Bundesregierung

a) Eine einseitige Entscheidung für Dislozierung ab 1993 verstieße gegen frühere Zusicherungen Washingtons:

⁷ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 27. Januar 1987 vor beiden Häusern des Kongresses in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 56–61. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 171–174 (Auszug).

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f. Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

⁹ Der Passus „wäre ... Verstoß“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eine sehr formale Betrachtung!“

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „und stationären“.

- SDI-„Fact Sheet“ vom Juni 1985¹¹:

„If the research yields positive results, we will consult with our allies about the potential next steps. We would then consult and negotiate, as appropriate, with the Soviet Union, pursuant to the terms of the ABM Treaty ...“

- Zuletzt Kampelman-Rede am 23. Januar 1987 in London:

„A decision on whether to move ahead with the deployment of strategic defenses is probably years away; it might be made by President Reagan’s successor, but it will not likely be made by President Reagan himself ... Nor will we decide on SDI without continuing intensive discussion and consultations with our allies.“¹²

Eine solche Entscheidung wäre auch mit der Zusage von AM Shultz im NATO-Rat am 15. Oktober 1985¹³, SDI bis auf weiteres im Einklang mit der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags durchzuführen, nicht zu vereinbaren.

Ferner ist nicht ersichtlich, wie eine derartig frühe Dislozierungsentscheidung ohne Mißachtung der von Nitze formulierten, von der Administration bis heute aufrechterhaltenen Kriterien der „survivability“ und „cost-effectiveness“ getroffen werden könnte.

Den genannten Einwänden könnte allerdings dadurch begegnet werden, daß die Entscheidung

- nicht lautete: „Dislozierung ab 1993“,
- sondern nur: „Umstrukturierung des Forschungsprogramms, um künftige Entscheidung über vorgezogene Dislozierung ab 1993 zu ermöglichen“.

b) Eine Dislozierungsentscheidung im Sinne des Pentagon entzöge der bedingten Unterstützung des SDI-Forschungsprogramms durch die Bundesregierung die Geschäftsgrundlage:

- BSR-Beschluß vom 27. März 1985:

„Nach Auffassung der Bundesregierung muß es im Einklang mit den in Genf formulierten Verhandlungszielen darum gehen, ... den ABM-Vertrag zu bekräftigen, solange keine anderweitigen gemeinsamen Vereinbarungen getroffen worden sind“¹⁴ „¹⁵

¹¹ Für den Wortlaut des „SDI Fact Sheet“ vom 4. Juni 1985 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2102, S. 42–47.

¹² Der amerikanische Sonderbotschafter Kampelman hielt am 23. Januar 1987 vor dem Royal United Services Institute in London einen Vortrag mit dem Titel „US and Arms Control: International Implications“. Brigadegeneral Schenk Graf von Stauffenberg, London, informierte am 30. Januar 1987, Kampelman habe dargelegt, die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger zur möglichen Dislozierung erster SDI-Komponenten 1993/94 stellten „kein größeres Erschwernis“ dar „als so manche Verlautbarung aus Moskau“. Weinberger „habe die Aussage hauptsächlich an den Kongreß im Zusammenhang mit der Haushaltsvorlage gerichtet, um die Notwendigkeit der SDI-Finanzierung herauszustellen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 188; Referat 201, Bd. 143471.

¹³ Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats in Brüssel vgl. AAPD 1985, II, Dok. 283.

¹⁴ Korrigiert aus: „getroffen sind“.

¹⁵ Vgl. BULLETIN 1985, S. 289.

Zur Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. auch AAPD 1985, I, Dok. 85 und Dok. 87.

– Regierungserklärung BK Kohl vom 18. April 1985:

„Mögliche Entscheidungen über Entwicklung und Stationierung werden auch von amerikanischer Seite – ich unterstreiche das noch einmal – nicht vor Beginn des nächsten Jahrzehnts erwartet. Forschung im Bereich der Weltraumsysteme ist mit dem ABM-Vertrag vereinbar. Eine automatische Folge von Forschung, Entwicklung und Stationierung bei den strategischen Defensivsystemen wird und darf es nicht geben. ... Es ist nach Auffassung der Bundesregierung unerlässlich, daß vor¹⁶ Entscheidungen, die über die Forschung hinausgehen, kooperative Lösungen gesucht werden ...“¹⁷

D2 und D2A stellten bei ihren Gesprächen in Washington am 27.1.1987 klar, daß wir weiterhin von der Gültigkeit der Konsultationszusagen der USA ausgehen.

3) Implikationen für die Genfer Verhandlungen

Die Hauptbedeutung einer vorgezogenen Dislozierungsentscheidung liegt in ihren Auswirkungen auf die Genfer Verhandlungen: Eine solche Entscheidung gibt den Willen zu einer eventuellen Aufkündigung des Kompromisses von Reykjavik¹⁸, den ABM-Vertrag auf zehn Jahre festzuschreiben, zu erkennen.

Als Motiv hierfür kommen zwei völlig gegensätzliche Ziele in Betracht:

a) Obstruktion der Genfer Verhandlungen,

b) taktischer Schachzug zur Förderung der Verhandlungen.

ad a): Das Kompromißangebot von Reykjavik (zehn Jahre Festschreibung des ABM-Vertrags) ging manchen „hardliners“ in Washington schon zu weit. Man sah hierin bereits eine Gefährdung der SDI. Ferner muß vom Fortbestehen einer Denkrichtung im Pentagon ausgegangen werden, die Rüstungskontrolle grundsätzlich ablehnt und angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der SU die Chance sieht, die SU „an die Wand zu rüsten“. Den Vertretern dieser Richtung könnte daran gelegen sein, das bekenntnishafte Engagement Präsident Reagans für SDI zum Ziele der Obstruktion der Genfer Verhandlungen auszunutzen.

ad b): Perle erklärte gegenüber D2 und D2A am 27. Januar 1987, daß die Aussicht auf eine vorgezogene SDI-Indienststellung Kompromißbereitschaft der Sowjets fördern könne. Sowjets reagierten bekanntlich erst dann, wenn sie mit objektiven Fakten konfrontiert würden. Ob in diesem Gedanken wirklich das Hauptmotiv Perles und des Pentagon zu sehen ist, kann füglich bezweifelt werden, ist aber nicht auszuschließen: Der französische Botschafter in Washington berichtete beim Vierer-Essen am 22. Januar 1987, daß Perle ihm gegenüber geäußert habe, er rechne nicht mit der Durchführbarkeit eines SDI-Systems in der nahen Zukunft (DB Nr. 337 vom 24. Januar 1987 aus Washington¹⁹). Vor dem

¹⁶ Korrigiert aus: „für“.

¹⁷ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 132. Sitzung, S. 9716f.

¹⁸ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁹ Botschafter van Well, Washington, informierte, während des „Vierer-Mittagessens“ am 22. Januar 1987 habe sich der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, „eher kritisch“ zu den Ausführungen des Verteidigungsministers Weinberger vom selben Tag geäußert. Der französische Botschafter Jacquin de Margerie habe über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im

Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses ließ Perle am 5. Juni 1986 erkennen, daß er als erste Generation von SDI-Systemen eine bodengestützte Konfiguration zum Schutz des Zweitschlagspotentials (point defence) für möglich halte (DB Nr. 2416 vom 6. Juni 1986).

Nach einer „Newsweek“-Meldung (Ausgabe vom 2. Februar 1987) scheint AM Shultz die Pläne für eine vorzeitige SDI-Dislozierung zu unterstützen, um SDI zu einem druckvolleren Verhandlungsinstrument in Genf zu machen.²⁰

Die Ankündigung vorgezogener SDI-Dislozierung aus verhandlungstaktischen Erwägungen wäre nicht ohne Logik. Das Argument, das Angebot des zehnjährigen Festhaltens am ABM-Vertrag sei für die SU ohne Anreiz, weil es ohnehin nur die Grenzen der technischen Machbarkeit reflektiere, ist nicht von der Hand zu weisen. Ferner bietet die Vorgeschichte des ABM-Vertrags einen historischen Präzedenzfall für ein derartiges Vorgehen: Im März 1969 hatte Präsident Nixon die weiträumige Dislozierung eines ABM-Systems angekündigt.²¹ Diese Entscheidung wurde vom Senat bestätigt. Nach amerikanischer Auffassung war dies eine entscheidende Voraussetzung dafür, die SU zur impliziten Übernahme des MAD-Konzepts und zum Abschluß des ABM-Vertrags zu bewegen.

Die Frage, welches der beiden genannten Motive für die gegenwärtigen Bemühungen um eine vorzeitige Dislozierungsentscheidung maßgeblich ist, können wir nicht beantworten. Es wäre sicher wünschenswert, wenn die Bestrebungen der „hardliner“ wie zu Beginn der siebziger Jahre zum Zwecke einer rüstungskontrollpolitisch orientierten Verhandlungstaktik genutzt werden könnten. Ob eine solche Rechnung heute aufginge, bleibt jedoch offen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die SU eine amerikanische Entscheidung über die vorzeitige SDI-Dislozierung zum Anlaß nähme, vom Ziel der Halbierung der strategischen Offensivpotentiale Abstand zu nehmen; als Begründung hierfür könnte sie anführen, daß sie sich im Zuge der von ihr wiederholt angekündigten „asymmetrischen Gegenmaßnahmen“ die Option einer Vermehrung ihres Offensivpotentials offenhalten müsse.

c) Weiteres Motiv des Pentagon: Sicherung der Finanzmittel und möglichst viele Festlegungen noch während Reagans Amtszeit.

III. Unser weiteres Vorgehen

In Ausführung Ihres Gesprächs mit Botschafter Burt²²: Wir sollten mittels einer Demarche Botschafter van Wells auf hoher Ebene in Washington um nähere Auskünfte über den geplanten Entscheidungsprozeß und die zugrundeliegenden

Fortsetzung Fußnote von Seite 72

amerikanischen Verteidigungsministerium berichtet, in dem sich Perle ebenfalls „sehr vorsichtig“ geäußert habe. Vgl. Referat 209, Bd. 148739.

²⁰ Vgl. den Artikel „Star Wars: Shultz's Goal“; NEWSWEEK vom 2. Februar 1987, S. 5.

²¹ Am 14. März 1969 gab Präsident Nixon die Entscheidung für eine Weiterentwicklung der amerikanischen ABM-Systeme bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 216–219.

²² Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt am 29. Januar 1987 legte Bundesminister Genscher dar, ihm sei berichtet worden, daß in Washington „Optionen für eine SDI-Stationierung“ vorgestellt worden seien: „Er wäre dankbar, wenn den Verbündeten vor so weitreichenden Entscheidungen die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben würde. Dies setze angemessene Information voraus.“ Burt antwortete, es werde noch Jahre dauern, bis ein SDI-System disloziert werden könne, und versprach, „nach Washington zu berichten, daß D mehr Informationen und Konsultationen hierzu wünsche“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135402.

Optionen bitten. Dabei sollten wir die Grundsätze bekräftigen, die die Geschäftsgrundlage unserer qualifizierten Unterstützung der SDI bilden:

- Unterstützung der SDI nur als Forschungsprogramm,
 - Einhaltung der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrages,
 - Konsultation der Verbündeten vor einer Entscheidung, über die Forschungsphase hinauszugehen,
 - Beibehaltung der Kriterien „survivability“ und „cost-effectiveness“,
 - ernsthafte Suche nach kooperativen Lösungen bei den Genfer Verhandlungen.
- Außerdem sollten wir klarstellen, daß wir das Angebot von Reykjavik, für zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten, weiterhin als Grundlage einer Verhandlungslösung befürworten.
- Das Thema sollte auch bei den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen in Washington am 24. Februar 1987²³ vertieft werden.
 - Eventuelle weitere Schritte auf politischer Ebene sollten in Abstimmung mit den Briten erfolgen, die sich zur Zeit ebenfalls in Washington unterrichten lassen.

D²⁴ hat mitgezeichnet.

Holik

VS-Bd. 11376 (220)

18

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, Stürmer

30. Januar 1987¹

Nach einem Rückblick auf die persönliche Einschätzung der politischen Entwicklung in Deutschland nach Kriegsende wurde die derzeitige politische Lage in Europa erörtert:

Stürmer leitete ein mit der Feststellung, die zwischen 1945 und 1948 herausgebildeten Strukturen im West-Ost-Verhältnis hätten – wenn auch mit teilweise tiefen Modifikationen – bis heute gehalten. Jetzt stelle sich die Frage, ob wir in einer Phase seien, wo alles überdacht werden müsse. Wenn die Antwort ja laute, sei weiter zu fragen, ob dies ohne tiefe Verwerfungen möglich sei: Wie sieht die Perspektive bis 2000 aus? Wird es eine Welt ohne Nuklearwaffen geben?

²³ Zu den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 55.

²⁴ Hermann Freiherr von Richthofen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Ploetz am 30. Januar 1987 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. Februar 1987 vorgelegen.

BM verwies zur letzten Frage auf Reykjavik²: Reagan habe sie positiv beantwortet, indem er sich zu einer totalen Denuklearisierung der Verteidigung bereit erklärt habe. Schewardnadse habe ihm, BM, in Wien³ den Hergang berichtet: Gorbatschow habe auf eine Denuklearisierung in 15 Jahren abgezielt, Reagan habe entgegengehalten, daß zehn Jahre reichten. Gorbatschow sei über Reagans Haltung überrascht gewesen. Die Außenminister seien später zu dem Gespräch hinzugestoßen, nachdem ihm⁴ Shultz vorher im gesonderten AM-Gespräch die Bereitschaft der USA erläutert habe, die ballistischen Raketen zu eliminieren, die Abschreckung aber auch künftig sicherzustellen, und zwar durch CM und Flugzeuge. Zur Überraschung beider Außenminister habe Reagan dann den Stand des Chefgesprächs dargelegt und wortreich begründet, warum alle Nuklearwaffen abgeschafft werden müßten.

BM hielt fest, daß er gegenüber Shultz unser Interesse betont habe, über solche Überlegungen informiert zu werden. Erst nach erneuter Nachfrage und auch dann nur zögernd habe Shultz darauf hingewiesen, offenbar sei der Dolmetscher im Chefgespräch⁵ nicht gut genug gewesen, so daß sich ein Mißverständnis eingestellt haben müsse! Das Problem sei also heute auf dem Tisch.

Man müsse die Frage nach der westlichen Perzeption der Gesamtentwicklung stellen. Dazu gehöre natürlich die Frage, wo und wie der Westen sein militärisches Gewicht einsetze. Es stelle sich aber auch die Frage nach seiner Bereitschaft, andere Faktoren, z.B. wirtschaftliche Stärke, einzusetzen. Im Westen neigten viele dazu, die Auseinandersetzung mit der SU gerade auf dem Gebiet zu suchen, wo sie stark sei, nicht aber dort, wo der Westen stark sei. Wolle man sich also nur auf den militärischen Sektor beschränken oder wolle man den gesamten Fächer der zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen – insbesondere die Attraktivität der westlichen Freiheitsidee voll ins Spiel bringen? Hierfür sei die Schlußakte von Helsinki⁶ das Formblatt (lebhaft Zustimmung von Stürmer).

Militärische Sicherheit gehöre zu den unverzichtbaren Grundlagen der westlichen Politik. Dabei spiele die konventionelle Stabilität eine wichtige Rolle. Ihre Bedeutung werde in den USA, aber auch anderswo im Westen, unterschätzt.

Hier gebe es einen Kernpunkt für uns: Wir erwarteten, daß die Verbündeten mit uns Druck auf die SU ausübten, um konventionelle Stabilität herzustellen. MBFR sei zu eng angelegt gewesen. Die SU habe diese Verhandlungen als Möglichkeit angesehen, Beschränkungen für die Bundeswehr zu etablieren. Sie habe ihr Interesse an MBFR verloren, nachdem durch Ablehnung nationaler Obergrenzen die Erreichung dieses Ziels unmöglich geworden sei. Außerdem

² Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. November 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 316 und Dok. 317.

⁴ Eduard Schewardnadse.

⁵ Pawel Palatschenko.

⁶ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

wisse die SU wie wir, daß der MBFR-Raum⁷ zu eng angelegt sei. Die Auswirkungen von Reduzierungsvereinbarungen im MBFR-Rahmen würden so sein, daß

- die USA nach Amerika abziehen müßten, weil kein anderes europäisches Land im Bundesgebiet zu reduzierende US-Truppen stationieren würde,
- die SU nur wenige 100 km nach Osten rücken würde und
- D demobilisieren müßte als einziger westeuropäischer Partner, der über eine ins Gewicht fallende konventionelle Armee verfüge.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber MBFR sei aber klar: In den langen Verhandlungen in Wien sei wichtige gedankliche Vorarbeit für Verhandlungen im weiteren Rahmen geleistet worden, viele Elemente könnten übernommen werden.

BM warnte davor, die laufende Diskussion zu unterschätzen: Was gehe in Europa wirklich vor? Europa werde sich seiner Identität bewußter. Dieses europäische Bewußtsein sei ein dynamischer Faktor in der Gegenwart und Zukunft, der tief verankert sei – besonders deutlich werde dies in den mittel- und osteuropäischen Staaten, wo dieses europäische Bewußtsein – mit Ausnahme Bulgariens – gleichzeitig anti-russisch sei. In der SU entspreche bei den nicht-russischen Völkern das Bewußtsein der eigenen Identität diesem Phänomen.

Stürmer stimmte zu und ergänzte, es werde bei den kleineren Ostblockpartnern noch durch Wirtschaftsegoismus und Umweltegoismus verstärkt. In den östlichen Landesteilen der DDR vor allem, aber auch in der DDR überhaupt stellten Umweltfragen offensichtlich die größte Sorge dar; sie seien noch wichtiger als Westkontakte.

Stürmer glaubte zu erkennen, daß sich insgesamt eine Lösung aus den Nachwirkungen der Katastrophe von 1945 abzeichne und damit ein tiefer geschichtlicher Trend deutlich werde. Hinausgehend über die Wirtschafts- und Umwelt Sorgen registriere er neuerdings auch die Sorge vor der militärisch starken Hand und einer auftrumpfenden Politik.

BM erläuterte auf Frage nach der Einschätzung Honeckers: Dieser bemühe sich um Akzeptanz. Er sei bei der Deutschlandpolitik in der für einen kommunistischen Führer vielleicht einmalig attraktiven Lage, sich in Teilbereichen auf fast hundertprozentige Akzeptanz bei der Bevölkerung stützen zu können.

Stürmer stimmte zu und erinnerte an den Honecker-Brief an BK, wo er im Namen des deutschen Volkes schreibe.⁸

BM unterstrich, daß Honecker mehr als andere auf Akzeptanz Wert legen müsse – mangels nationaler Identität der DDR und angesichts der doppelten Medienstruktur wenigstens im elektronischen Bereich. *Stürmer* fügte zustimmend hinzu: Und wegen der zahlreichen Besuchsreisen in beiden Richtungen.

⁷ Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

⁸ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, teilte Bundeskanzler Kohl am 5. Oktober 1983 mit: „Ein atomwaffenfreies Europa ist letzten Endes das Ziel der europäischen Völker. Wir schließen uns im Namen des deutschen Volkes dem an.“ Vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 155.

Auf die weitere Entwicklung in Europa zurückkommend, fragte Stürmer, wo die steuernde Kraft für die Übergänge sei. Die Bundesrepublik Deutschland könne nicht den „Direktor Europas“ spielen; F sei zu schwach; GB sei weiterhin zu insular. Es bleibe also nur die Option eines „joint management of change“. Aber sei diese Option realistisch?

BM bejahte dies, unterstrich aber die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, denkend und treibend eine herausragende Rolle zu spielen.

Stürmer teilte diese Auffassung, hob aber ihre Ambivalenz hervor: Angesichts unserer Lage und Verwundbarkeiten müßten wir die Westlichsten auf westlicher Seite sein, gleichzeitig müßten wir aber die Engagiertesten nach Osten sein.

Stürmer stellte befriedigt fest, daß er bei dem Versuch, diese fast widersprüchlichen Positionen unseren Bündnispartnern nahezubringen, ebenso argumentiere wie *BM*. Er versuche dabei, an das „aufgeklärte Selbstinteresse“ der Bündnispartner zu appellieren. Im französischen Falle hätten weniger unsere Argumente als schließlich das Erstarken der Grünen den Franzosen die Risiken verdeutlicht, die in ihrer lange Zeit gegenüber den Sorgen von D unsensiblen Sicherheitspolitik lägen: Die aufschimmernde Gefahr eines möglichen Verlusts des deutschen Glacis habe dessen Wert bewußt gemacht und zu Anstrengungen zu seiner Erhaltung geführt.

Stürmer knüpfte hieran die Feststellung, daß D seinerseits viel mehr als bisher seine wirtschaftliche und finanzielle Kraft einsetzen müsse für seine politischen Ziele in Europa. Er hob den Technologiebereich und die Entwicklung einer europäischen Raumfahrtspolitik hervor. In dieser Frage sei er mit Teltschik nicht zur Übereinstimmung gekommen bei früheren Gesprächen, der ganz auf Stoltenberg-Linie gewesen sei. Es gehe aber nicht um die subventionierte Entwicklung von einigen Maschinen, sondern um für die Zukunft wichtige Politik. Wir spielten unsere Möglichkeiten nicht ausreichend aus.

BM schloß die Frage an, ob eine solche Rolle für D zulässig sei oder ob sie nicht die Tendenz habe, pseudo-wissenschaftliche Historikerdiskussionen zu fördern.

Die derzeitige Politik der Bundesregierung werde grosso modo von allen Europäern als angenehm empfunden. Es liege im allseitigen Interesse, den Ost-West-Gegensatz abzubauen, auch wenn die Intensität dieses Interesses bei den einzelnen europäischen Partnern unterschiedlich sei. Dieses Interesse gebe es auch in Osteuropa.

Das internationale Presseecho nach der Bundestagswahl⁹ sei ein wichtiger Indikator. In einem Punkt sei sich die Presse in West und Ost einig gewesen: Es sei gut, daß die Außenpolitik der Bundesregierung bestätigt worden sei. Dies dokumentiere klar, daß eine solche Politik nicht Mißtrauen, sondern Unterstützung in West und Ost finde.

Stürmer ergänzte: Es sei gleichzeitig Ausdruck einer allseitigen Sorge vor einer möglichen neuen deutschen Unruhe.

BM betonte, daß die europäische Einbindung unserer Politik von zentraler Bedeutung für ihren Handlungsraum sei. Er erläuterte dies mit dem Hinweis

⁹ Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

auf die Rede des Bremer Bürgermeisters Duckwitz (gemäß Eiswettenrede Bremen 1983¹⁰).

BM betonte, daß damit auch klar sei, wie die Politik der Bundesrepublik Deutschland als eines Landes in der Mitte Europas auszusehen habe. Er erinnerte daran, daß Deutschland (neben Polen) das einzige größere Land in Europa sei, das sich in einer solchen Mittellage befinde. (Die ähnliche Lage wie die Polens erkläre auch die wechselvolle deutsch-polnische Geschichte.)

Was bei uns geschehe, betreffe also auch die anderen, und zwar in einem sehr viel stärkeren Maße als das, was z.B. in GB oder F geschehe. Der Bundespräsident habe gesagt, die deutsche Geschichte gehöre uns nicht allein.¹¹ (*Stürmer*: Dies ist mein Satz.)

BM kritisierte an der gegenwärtigen deutschen Debatte, daß die nationale Identität der Deutschen nicht in der Zukunft gesehen werde. Wenn wir uns auf die geschichtliche und kulturelle Identität in einem restaurativen Sinne beschränkten, würden wir scheitern. Dies sei keine Zukunftsidentität. Die Reaktionen der Bürger in der DDR auf die Bundestagswahl, die regelmäßig bei uns „mitwählten“, verdeutlichten die Fragestellung.

Stürmer stimmte nachdrücklich zu: Damit werde auch die Grundgesetzprojektion in die Zukunft als richtig bestätigt.

Stürmer erinnerte an Bismarck, der als letzter deutscher Staatsmann die sich aus der deutschen Mittellage ergebenden Folgerungen klar und richtig gezogen habe (auf Einwurf BMs stimmte Stürmer zu, daß auch Stresemann diese Frage richtig gesehen habe). Stürmer verwies auf die Schwierigkeiten, nicht nur der geographischen und strategischen Mittellage gerecht zu werden, sondern auch „seelisch“ in der Mittellage zu bleiben. Es werde zunehmend schwieriger, im Inneren die Balance zu halten, weil die Selbstbeschränkung der Mitte geringer werde. Es erscheine ihm notwendig, gegenzusteuern.

Stürmer verwies darauf, daß wir die Möglichkeiten vielleicht nicht ausreichend nutzten, dies auch anderen deutlich zu machen: in der Wirtschaft, im deutsch-französischen Jugendwerk, auch in den militärischen Austauschprogrammen, in den Medien, im ganzen europäischen Einigungsprozeß: Er sei bürokratisiert, die Masse der Bevölkerung verstehe ihn nicht mehr, selbst viele

¹⁰ Bundesminister Genscher hielt anlässlich der „Eiswette“ am 15. Januar 1983 in Bremen eine Rede, in der er darlegte: „Arnold Duckwitz, einer der großen Bremer Bürgermeister des 19. Jahrhunderts, schreibt in den ‚Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben‘: ‚Ein kleiner Staat wie Bremen [...] darf nie als ein Hindernis des Wohlergehens der Gesamtheit der Nation erscheinen [...].“ Weiter führte Genscher aus: „Was wäre uns Deutschen, was wäre Europa erspart geblieben, wenn das über die Jahrhunderte deutsche Staatsraison gewesen wäre: Ein Staat wie Deutschland, im Herzen Europas, darf nie als ein Hindernis für das Wohlergehen der Gesamtheit der europäischen Staaten erscheinen.“ Vgl. Referat 013, Bd. 179048.

¹¹ Als Regierender Bürgermeister von Berlin führte der spätere Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in der Einleitung zu seiner Publikation „Die deutsche Geschichte geht weiter“ aus: „Die deutsche Geschichte hat noch nie den Deutschen allein gehört. Das ist die Folge unserer Lage im Zentrum des Kontinents.“ Vgl. Richard von WEIZSÄCKER, Die deutsche Geschichte geht weiter, Berlin 1983, S. 16.

In einer Rede über „Die Deutschen und ihre Identität“ führte Weizsäcker am 8. Juni 1985 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf aus: „Die deutsche Geschichte hat noch nie den Deutschen allein gehört.“ Vgl. BULLETIN 1985, S. 538.

Multiplikatoren machten sich nicht die Mühe, ihn zu verstehen, und seien zweifelnd.

BM äußerte gewisses Verständnis für diese Skepsis. Dehler sei seinerzeit gegen die Römischen Verträge¹² gewesen, weil er es als Irrtum angesehen habe, von einer Bürokratie die Schaffung Europas zu erwarten. BM hob hervor, daß er eben auch aus diesem Grunde eine europäische Politik im Technologiebereich und in der Raumfahrt wünsche. Hier liege eine Dynamik, die Europa brauche. Auch EUREKA sei insofern ein Versuch, frei von den bürokratischen Institutionen die Industrie zusammenzuführen.¹³

Raumfahrt sei das nächste prioritäre Gebiet. Es werde Orientierungen geben.

BM erinnerte an die Bedeutung, die die Unterstützung der Reichsregierung für die deutsche Eisenbahnindustrie im vergangenen Jahrhundert hatte. (Stürmer: Die Zinsgarantie war ausschlaggebend, das Telegraphensystem ist ein noch besseres Beispiel.) Er erinnerte auch an eine Erörterung im Ministerkreis über das Hermes-Projekt¹⁴, bei dem der BMF neben Haushaltsbedenken Fragen zur Unterstützung eines solchen „Subventionsprojektes“ durch einen Liberalen gestellt habe. (Stürmer: Colbertismus!) Hier müsse die neue Regierung Zeichen setzen. Sie müsse auf diesem Weg vorangehen, und zwar mit Frankreich.

Zu dem deutsch-französischen Tandem stellte BM fest: D könne die Rolle als Denkmotor in Europa nur spielen mit F. Dabei gehe es nicht nur um die Frage der Einigung in der EG. Ein entschlossenes und überzeugendes Zusammengehen mit F gebe uns auch die Gewißheit, daß wir nicht in ein schiefes Licht kämen bei den anderen Partnern, es helfe uns auch nach innen, die Orientierung zu halten. Aus diesen Gründen sei er, BM, trotz aller auftretenden Schwierigkeiten unerbittlich in dem Engagement für engste deutsch-französische Abstimmung.

Stürmer unterstützte diese Feststellung, deren Bedeutung für die deutsche Staatsphilosophie nicht überschätzt werden könne. Adenauer habe dies – allerdings nur nach innen – auch sehr deutlich gesagt.

Stürmer erklärte sich mit dem Gesprächsinhalt völlig einverstanden: Die Welt bewege sich, Westeuropa sei der wichtige Preis, um den es gehe, auch bei der Rüstungskontrolle. Hier sei unsere Rolle zu sehr die eines Objektes. Die Probleme würden für uns am ehesten deutlich – bis tief in die Innenpolitik.

Stürmer fragte deshalb nochmals, was man tun könne:

- Die Technologiepolitik müsse verbreitert werden; das ESA-Modell sei aussichtsreich, seine Teilnehmer seien nicht Bürokraten, sondern „Aktionäre“ – sie bildeten Zellen der ersten Phase. Hier sei es wichtig, nicht zu sparen. (BM war mit diesem Gedankengang voll einverstanden: Wer an bemannter Weltraumfahrt nicht teilnimmt, ist spätestens 2000 zweitrangig; das Konzept

¹² Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

¹³ Am 6. November 1985 verabschiedeten die EG-Mitgliedstaaten sowie Vertreter weiterer acht Staaten und der EG-Kommission auf einer Ministerkonferenz in Hannover eine Grundsatzzerklärung zu EUREKA. Es sollte das Ziel sein, durch verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstituten auf dem Gebiet der Hochtechnologien die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Industrien und Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt zu steigern. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 39–44. Zu EUREKA vgl. ferner AAPD 1985, II, Dok. 189.

¹⁴ Zum Hermes-Projekt vgl. Dok. 13, Anm. 6.

eines technologisch zurückfallenden Europas ist das Konzept der Sozialisierung Europas und – so Stürmer – der Abkoppelung von Amerika.)

- Die Deutschlandpolitik – lange Zeit die „only show in town“ – sei erfolgreich und müsse fortgesetzt werden. Sie bedürfe aber der Europäisierung, um Mißtrauen auf allen Seiten zu vermeiden.
- Der Agrarmarkt müsse geregelt werden, ebenso wie die übrigen Funktionschwierigkeiten in der EG. Dies könne aber die Bürokratie nicht bringen!

BM erklärte sich nachdrücklich einverstanden mit dem Gedanken, daß nur ein selbstbewußtes und starkes Europa ein gleichwertiger Partner der USA und auch ein gleichwertiger Spieler in dem wichtigen strategischen Dreieck Europa–USA–Japan sein könne. Die Hygiene in einem Bündnis sei von grundsätzlicher Bedeutung.

Stürmer stellte deshalb fest: Die heute zu treffenden Entscheidungen seien in ihrer Bedeutung nicht geringer als diejenigen der Adenauer-Zeit. Daß Adenauer sie getroffen habe, sei eine um so größere Leistung, als er politisch über seine Verhältnisse gelebt habe.

*Dg20*¹⁵ warf ein: Adenauer habe durchaus konkrete und für die Franzosen sehr wichtige Gegenleistungen eingebracht, z. B. beim Vereinbaren des Schuman-Planes¹⁶.

Stürmer bestritt dies nicht: Er habe das Zukunftspotential seines Landes trotz der katastrophalen psychologischen Lage und ungeachtet der sonstigen Bedingungen eingesetzt. Dies sei gerade die Leistung gewesen, und damit seien Maßstäbe gesetzt, an denen sich die deutsche Politik heute messen müsse: Adenauer habe mit Augenmaß eine „Anleihpolitik“ betrieben.

BM kam auf das geopolitische Problem der deutschen Mittellage zurück. Er erinnerte an die Stalin-Note von 1952¹⁷, deren volle Bedeutung Stalin und Adenauer sicherlich erkannt hätten:

- Stalin – dies sei keine Wertbetrachtung – sei sicher einer der großen strategischen Köpfe dieses Jahrhunderts. Wie Lenin sei er von der Nationalitätenfrage in der SU geprägt gewesen. Er habe keine Illusionen darüber gehabt, daß der Zeitpunkt kommen würde, an dem die nach Ende des Zweiten Weltkrieges unterworfenen Völker in Osteuropa „Versuchungen“ ausgesetzt sein würden. Vielleicht sei das Motiv der 52er-Note gewesen, über ein neutrali-

¹⁵ Hans-Friedrich von Ploetz.

¹⁶ Zum Schuman-Plan vgl. Dok. 4, Anm. 28.

¹⁷ Am 10. März 1952 schlug die UdSSR den Drei Mächten vor, unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu führen. Im folgenden Notenwechsel bestanden Großbritannien, Frankreich und die USA auf international kontrollierten, freien gesamtdeutschen Wahlen als Voraussetzung für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung. Zwar erklärte sich die UdSSR am 9. April 1952 bereit, die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen zu erörtern, die Kontrolle von Wahlen durch eine VN-Kommission lehnte sie jedoch ab; statt dessen favorisierte sie die Überprüfung durch einen Ausschuß der Vier Mächte unter Hinzuziehung von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut der sowjetischen Noten vom 10. März, 9. April, 24. Mai und 23. August 1952 vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4832 f., S. 4866 f. und S. 4985–4987, sowie EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 2, S. 5180–5182. Für den Wortlaut der Antwortnoten der Drei Mächte vom 25. März, 13. Mai, 10. Juli und 23. September 1952 vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4833 f. und S. 4963–4965, sowie EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 2, S. 5093 f. und S. 5207 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1952.

siertes Deutschland den Osteuropäern soviel Bewegungsfreiheit zu geben, daß diese Versuchung kanalisiert und gleichzeitig sowjetischen Sicherheitsinteressen Rechnung getragen werden könnte. Hierfür wäre die Vermeidung einer Konfrontation von Paktsystemen wesentlich gewesen. Stalin habe die zentrale Bedeutung Deutschlands in Europa ganz klar erkannt. Man könne sich fragen, ob er der Auffassung gewesen sei, daß die Freigabe der SBZ der SU letztlich sehr viel mehr gegeben als ihr genommen hätte.

- Adenauer habe klar das Risiko gesehen, daß die USA sich militärisch aus Europa zurückziehen könnten und dieses dadurch in eine sicherheitspolitische Schieflage kommen würde (sicher habe er auch die innenpolitischen Konsequenzen in D berücksichtigt).

Heute bestehe die Herausforderung, auf die Stalin seinerzeit vorausschauend habe antworten wollen, fort: Die unterworfenen Völker Osteuropas wünschten mehr Identität, die auch von der SU unterzeichnete Schlußakte sei dafür die Kursbestimmung. Die Entwicklung vollziehe sich heute unter anderen Voraussetzungen als in den 50er Jahren. Europa sei nicht mehr wehrlos. Die europäischen Demokratien hätten die Chance, im Bündnis mit – und nicht in Abhängigkeit von – den USA auf diese Entwicklung einzuwirken. Also: Jetzt könne zum zweiten Male nach dem Kriege über die Zukunft Europas gesprochen werden, aber unter besseren Bedingungen als beim ersten Mal. Aus diesem Grunde sei die Europapolitik für die Bundesrepublik Deutschland von so zentraler Bedeutung.

Stürmer stimmte dem Gedankengang zu, äußerte aber die Sorge, daß die USA nicht die hierfür notwendige „aufgeklärte“ Politik führen, sondern mit „worst case scenarios“ operieren und geschichtslose militärische Computerspiele zur Grundlage der Politik machen. Im Ostblock seien weitere Veränderungen und Bewegungen sichtbar, man müsse versuchen, dies alles den Amerikanern zu erklären. *Stürmer* erinnerte in diesem Zusammenhang an den interessanten und wichtigen Artikel von Brzezinski in *Foreign Affairs*.¹⁸

BM resümierte, daß deutsche Außenpolitik aus nationalem Interesse europäisch sein müsse. Es sei notwendig, daß dies überall in der Bundesregierung verstanden werde.

Stürmer zustimmend: Nur so könnten nationalistische Trends eingefangen werden. Daß es diese überall gebe, bewiesen ihm die vielen Leserbriefe auf seine Leitartikel. Auf dem rechten Flügel sei einiges los. *BM* ergänzte: Und es gebe auch einen linken Nationalismus, der sich mit dem rechten zu einer für unsere Demokratie unter gewissen Umständen gefährlichen Zangenbewegung treffen könne.

Stürmer griff diese Überlegung auf und ergänzte, der rechte und linke Nationalismus mit den Querverbindungen sei auch deshalb so gefährlich, weil er keine Alternative anbiete.

Stürmer erinnerte im übrigen an den in Deutschland immer vorhanden gewesen und auch heute sichtbaren engen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik.

¹⁸ Vgl. den Artikel von Zbigniew Brzezinski, „The Future of Yalta“; *FOREIGN AFFAIRS*, Bd. 63, Nr. 2 (Winter 1984/85), S. 279–302.

BM bestätigte dies und verwies auf unsere Geschichte und Lage, mit denen dieses Phänomen zu tun habe.

Beide Gesprächspartner äußerten den Wunsch, den Gedankenaustausch bald fortzusetzen.

Referat 010, Bd. 178916

19

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-120/87 geheim

30. Januar 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Information und mit der Bitte um Billigung des Entscheidungsvorschlages

Betr.: INF-Verhandlungen;

hier: Amerikanischer Vorschlag zur Verifizierung eines INF-
Abkommens durch Verdachtskontrolle

Anlg.: 1 (nur bei Original)⁴

Entscheidungsvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, in der Sitzung der Quint am 5. Februar 1987, die der SCG-Sitzung am 6. Februar 1987 vorausgeht⁵, unsere Bedenken gegen die amerikanischen Vorstellungen zur Verdachtskontrolle geltend zu machen und auf die Notwendigkeit weiterer Konsultationen hinzuweisen.

1) Während meines Washington-Aufenthaltes⁶ übergab mir John Hawes, Principal Deputy Assistant Secretary, Vorschläge zur Verifizierung eines INF-Abkommens (vgl. DB Washington Nr. 340 vom 26. Januar 1987, liegt bei⁷). Er kündigte

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Vortragendem Legationsrat Elbe konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 30. Januar 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 11. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte:
„1) Wodurch unterscheidet sich der jetzige Vorschlag von der gemeinsamen Position in Reykjavik?
2) W[ieder]v[orlage] 13.2.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik und Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte:
„[Siehe] W[ei]s[un]g BM.“

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 12. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte und handschriftlich vermerkte: „Im Rücklauf.“

Hat Meyer-Landrut am 12. Februar 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 2 A.“

Hat Holik am 12. Februar 1987 erneut vorgelegen, der Referat 220 auf die Wiedervorlage für den 13. Februar 1987 hinwies.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 7.

⁵ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) und im erweiterten Kreis in Brüssel vgl. Dok. 28.

⁶ Zum Besuch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik vom 25. bis 27. Januar 1987 in den USA vgl. Dok. 21.

⁷ Für den Drahtbericht des Botschafters Holik, z. Z. Washington, vgl. VS-Bd. 11282 (220).

gleichzeitig eine SCG/Quint-Sitzung für den 2. Februar 1987 an, auf der die amerikanische Seite eine Stellungnahme der Verbündeten zu dem Vorschlag erwartet. Inzwischen ist die Sitzung auf den 5./6. Februar 1987 verschoben worden. Die amerikanische INF-Delegation beabsichtigt, ihre Verifikationsvorschläge möglichst umgehend in die Genfer Verhandlungen einzuführen.

2) Der Vorschlag sieht neben systematischen Vor-Ort-Inspektionen (Überprüfung der Daten, der Beständevernichtung und der Außenbereiche von Produktions-, Reparatur- und Lagereinrichtungen – vgl. Buchstaben A, B, D und E) eine Bestimmung über mandatorische Verdachtskontrollen vor.

Der hier einschlägige Absatz C lautet:

„Zusätzlich hat jede Partei das Recht, nach kurzfristiger Anmeldung und zu einem Zeitpunkt ihrer Wahl insgesamt (einsetzen) Inspektionen in einem Kalenderjahr an Orten durchzuführen, die der Kontrolle der anderen Partei unterliegen und an denen nach Auffassung der beantragenden Partei Tätigkeiten im Zusammenhang mit bodengestützten ballistischen Raketen längerer und kürzerer Reichweite oder bodengestützten Marschflugkörpern längerer und kürzerer Reichweite vorgenommen werden könnten. Diese Inspektionen werden überprüfen, daß Systeme, die den Bestimmungen des Vertrages unterliegen, an solchen Orten nicht hergestellt, unterhalten oder gelagert werden. Solche Inspektionen werden in Übereinstimmung mit den Kriterien und Verfahren durchgeführt werden, die in dem Protokoll über Inspektionen enthalten sind.“

3) Der amerikanische Vorschlag ist von weitreichender Tragweite:

Er erlaubt einer Partei praktisch jeden Ort, der der Kontrolle der anderen Seite unterliegt, zu inspizieren, wenn die beantragende Partei vorträgt, daß ein Sachverhalt aufzuklären sei, der nach ihrer Auffassung in einem Zusammenhang mit der Produktion, Unterhaltung und Lagerung von INF-Systemen stehe.

Es erscheint problematisch, daß die Verdachtskontrolle schon durchgeführt werden muß, wenn die beantragende Partei sich eine subjektive Meinung über das mögliche Vorliegen einer Vertragsverletzung gebildet hat; sie ist noch nicht einmal verpflichtet, Tatsachen zur Begründung des Inspektionsbegehrens vorzutragen. Der Entwurf enthält auch keinen Ansatz, um die verdächtige Partei gegen einen offensichtlichen Mißbrauch der Verdachtskontrolle zu schützen. Schließlich ist offen, wie die Formulierung „Orte, die der Kontrolle der anderen Partei unterliegen“ zu verstehen ist. Könnte sich hier – wie bei dem CW-Abkommensentwurf der USA – das Problem in bezug auf die Produktionsstätten wiederholen, daß staatliche Produktionsstätten der SU wohl, aber zivile Produktionsstätten des Westens nicht erfaßt sind?

In seiner Problematik ist der amerikanische Vorschlag mit Artikel X des US-Entwurfes über ein CW-Abkommen⁸ zu vergleichen.

4) Wir sind in den bisherigen amerikanischen Unterrichtungen zu keinem Zeitpunkt über die Absicht der USA unterrichtet, einen derartig weitreichenden Vorschlag zur Verdachtskontrolle einzuführen. Aufgrund der bisherigen Erörte-

⁸ Für den Wortlaut von Artikel X zu „Special On-site Inspection“ des Vertragsentwurfs der USA vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 431 f. Zu dem Entwurf vgl. auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

rungen in der Quint konnten wir vielmehr davon ausgehen, daß eine Verbindung von Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärung durch nationale technische Mittel (z.B. Festlegung von vorgesehenen Dislozierungsgebieten, Verschlüsselungsverbote, kooperative Maßnahmen wie Offenlegung von zerstörten Systemen etc.) mit bestimmten systematischen Vor-Ort-Inspektionen von amerikanischer Seite als ausreichend angesehen wurde, um die Einhaltung eines INF-Abkommens zu überwachen. Das Institut sogenannter mandatorischer Kontrollen tauchte zwar – eher beiläufig – in einem Schreiben von Holmes an Botschafter Ruth vom 29. April 1986⁹ auf, aber die amerikanische INF-Delegation versicherte auf entsprechende Nachfrage in der Quint vom 5. Mai 1986 nachdrücklich, daß sie sich in den Verhandlungen über Verifikationsfragen sowohl von dem Erfordernis der Effektivität als auch von der Verhandlungbarkeit leiten lassen wolle, um bei einer späteren Einführung von Vorstellungen zur Verdachtskontrolle eine Situation zu vermeiden, wie sie sich im CW-Zusammenhang in Verbindung mit Artikel X des amerikanischen Entwurfs dargestellt hat.¹⁰

Nach der bisherigen Behandlung des Verifikationsthemas konnten wir davon ausgehen, daß diese schwierige Frage gründlich konsultiert werden und nicht in dieser Form kurzfristig zur Stellungnahme übermittelt werden würde.

5) Der amerikanische Vorschlag ist geeignet, erhebliche Belastungen für die INF-Verhandlungen herbeizuführen. Es besteht die Gefahr, daß dieser Vorschlag die INF-Verhandlungen in ähnlicher Weise festfahren läßt, wie dies Artikel X des amerikanischen Entwurfs für ein CW-Abkommen in den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz bewirkt hat. Dies erscheint im jetzigen Verhandlungsstadium, in dem Druck auf die Sowjetunion ausgeübt wird, ihr Junktim zwischen INF und Weltraum aufzugeben, besonders problematisch. Die Sowjetunion könnte die Einführung eines US-Vorschlags zu weitreichender Verdachtskontrolle dazu benutzen, sich in der Frage des Junktims zu entlasten, indem sie die aus ihrer Sicht unannehmbaren Verifikationsvorstellungen als Ausdruck mangelnder Verhandlungsbereitschaft propagandistisch herausstellt.

Holik

VS-Bd. 11360 (220)

⁹ Für das am 29. April 1986 eingegangene Schreiben des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Holmes, vom 25. April 1986 an Botschafter Ruth vgl. VS-Bd. 11370 (220).

¹⁰ Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel (NATO), informierte am 5. Mai 1986: „Die heutige Sitzung der Vertreter der Stationierungsländer mit dem amerikanischen SCG-Vorsitzenden [Allen] Holmes war dem Thema der Verifikation eines künftigen LRINF-Abkommens gewidmet. Grundlage war der [...] Brief Holmes/Ruth vom 29.4.1986. [...] Ich habe vorgeschlagen, die verfahrensmäßige Möglichkeit der Einsetzung einer Verifikations-Arbeitsgruppe zu prüfen und mit der SU zu erörtern. Damit könne klargemacht werden, daß aus amerikanischer Sicht das Thema parallel zu den Reduzierungsverhandlungen erörtert werden soll. Der Vorwurf, die USA wollten Fortschritte bei den Reduzierungsverhandlungen durch die Verifikationsproblematik blockieren, könne damit entkräftet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 622; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

20

Botschafter Bente, Tunis, an das Auswärtige Amt

114-1472/87 geheim

Fernschreiben Nr. 45

Citissime nachts

Aufgabe: 30. Januar 1987, 13.00 Uhr¹

Ankunft: 30. Januar 1987, 14.21 Uhr

Betr.: Entführung Cordes/Schmidt²Bezug: DB Nr. 43 vom 29.1.1987 – Az. wie oben³

Telefongespräch VLR I Richter/Fr. Reedwisch

Mit der Bitte um Weisung

1) Gespräch mit Abu Iyad hat heute morgen in einer Villa in Karthago stattgefunden. Aufgrund Telefonweisung konnte ich den amtlichen Charakter meiner Demarche hervorheben. Forderung auf ein schriftliches Hilfeersuchen oder einen Nachweis meiner Ermächtigung, in obiger Sache Gespräche zu führen, wurde daraufhin nicht mehr erhoben.

2) Abu Iyad war außerordentlich liebenswürdig. Er verurteilte Geiselnahmen grundsätzlich und berichtete mir wie folgt:

a) Seine Organisation habe bereits vor unserer Bitte um Mithilfe Informationen über diese Geiselnahmen gesammelt. Es befänden sich inzwischen vier deutsche Staatsangehörige(?) in Geiselhaft. Nach unserer Bitte habe die Organisation diese Tätigkeit noch verstärkt. Sie werde durch die Tatsache erleichtert, daß in der Entführergruppe eigene V-Leute tätig seien. Die deutschen Geiseln seien wohlauf. Sie befänden sich weder in Baalbek noch in Beirut, sondern in schiitischen Dörfern um Saida in den Händen der Hisbollah. Führer der Gruppe sei ein gewisser Hassan Mussawi, der sein HQ⁴ in der Nähe von Baalbek unterhalte. Die Gruppe stelle als einzige Forderung die Freigabe des in Frankfurt festgenommenen Hamadi. Sie lege Wert darauf, daß die Überstellung in Beirut erfolge. An einem anderen Ort befürchte sie amerikanische Interventionen. Forderungen wegen des ebenfalls inzwischen verhafteten Bruders von Hamadi⁵

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 30. Januar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 30. Januar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat K[enn]tn[is].“

² Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 9.

³ Botschafter Bente, Tunis, informierte, das Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Abu Iyad, sei auf den 30. Januar 1987 verschoben worden. Ein Emissär Abu Iyads habe mitgeteilt, daß dessen „Nachrichtendienst“ der Bundesregierung helfen könne. Auch Frankreich und die USA seien „in Geiselfragen offiziell an die PLO herangetreten“, ohne „daß die PLO daraus eine völkerrechtliche Anerkennung hergeleitet habe“. Vgl. VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

⁴ Hauptquartier.

⁵ Nach der Verhaftung des libanesischen Staatsangehörigen Mohammed Ali Hamadi auf dem Flughafen Frankfurt am Main am 13. Januar 1987 wurde dessen Bruder Abbas Hamadi dort am 26. Januar 1987 ebenfalls festgenommen. Botschafter van Well, Washington, informierte am 28. Januar 1987 über die Reaktion in den USA. Die weitere Festnahme sei „durchgängig Thema“ in den amerikanischen Medien: „In den NBC-Abendnachrichten z. B. schließt der aus Deutschland berichtende Korrespondent mit dem Hinweis, daß mit der Festnahme eines zweiten Mitglieds des Hamadi-Clans sich die Ver-

seien bisher nicht gestellt worden. Ich machte darauf aufmerksam, daß dieser nach meinen Informationen auch deutscher Staatsangehöriger sei und das Grundgesetz uns Auslieferung von Deutschen verbiete.⁶ Im übrigen hätten wir in dieser Sache keine Eile. Außerdem wisse ich auch nicht, ob die Bundesregierung überhaupt bereit sei zu verhandeln.

b) Abu Iyad erwiderte, wenn sie verhandeln wolle, sollte dies sehr schnell geschehen. Die Erfahrung zeige, daß je länger zugewartet werde, desto größer die Forderungen würden, insbesondere nach den letzten amerikanischen Versuchen, amerikanische Geiseln mittels Geld und Waffen auszulösen.⁷ Er erinnerte auch an seine Gespräche mit der französischen Regierung (Joxe) wegen des in Paris inhaftierten Anis Naccache⁸, dem er den gleichen Rat erteilt habe. Er sei nicht befolgt worden. Die neue französische Regierung befinde sich heute bekanntlich in der Geiselfrage in einer sehr schwierigen Situation.⁹

Er, Abu Iyad, habe sehr großes Verständnis für die Regierungen, die Verhandlungen ablehnten. Nur so könne der Geiselnahme Einhalt geboten werden. Aber nur wenige Regierungen hätten den Mut, so zu handeln. Am klügsten habe sich bis heute die britische Regierung bei Geiselnahmen verhalten, die Verhandlungen ablehne mit dem Erfolg, daß die beiden britischen Geiseln in der Öffentlichkeit vergessen und bisher keine weiteren britischen Geiseln genommen worden seien.¹⁰

c) Ihm, Abu Iyad, sei über seine Kanäle bekannt, daß wir bereits Kontakt mit den Entführern hätten. Dennoch habe sich die Entführergruppe auch an ihn gewandt mit der Bitte, die Angelegenheit zu einem schnellen und positiven

Fortsetzung Fußnote von Seite 85

handlungsposition der Bundesregierung für einen evtl. Austausch (nunmehr zwei gegen zwei) verbessert habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 396; Referat 310, Bd. 149652.

⁶ Vgl. Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

⁷ Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 4, Anm. 15.

⁸ Korrigiert aus: „Georges Naccache“.

Der libanesische Staatsangehörige Naccache war an der versuchten Ermordung des früheren iranischen Ministerpräsidenten Bakhtiar am 18. Juli 1980 in einem Pariser Vorort beteiligt, bei der zwei Menschen starben, Bakhtiar selbst aber überlebte.

⁹ Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 5. März 1987, am 3. März 1987 habe es zu den französischen Geiseln im Libanon einen vertraulichen Meinungs-austausch mit einem Mitarbeiter des französischen Außenministeriums in dessen Privatwohnung gegeben. Verhandlungen mit dem Iran hätten zur Freilassung von fünf Geiseln geführt, nicht aber zur Freilassung der „ersten und symbolträchtigsten französischen Geiseln“, der Diplomaten Fontaine und Carton. Frankreich setze nun darauf, daß syrische Truppen „über kurz oder lang auch die von der Hisbollah kontrollierten Bereiche im Süden Beiruts einnehmen“. Die französische Regierung habe die Lösung der Geiselfrage zur „Kernfrage“ ihrer Nahostpolitik gemacht und angesichts ihrer Parteinahme für den Irak im irakisch-iranischen Krieg ihren Handlungsspielraum in der Region „weitgehend eingebüßt“. Es bleibe zu hoffen, daß sie „nicht den Teufel mit dem Beelzebub“ austreibe, indem sie nun verstärkt auf syrische Unterstützung baue. Vgl. den Drahtbericht Nr. 508; VS-Bd. 13004 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

¹⁰ Im Gespräch mit Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 22. Februar 1987 legte der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Thomas, dar, es sei notwendig, an dem Grundsatz „keine Konzessionen an Entführer unter Zwang“ festzuhalten. Die britische Regierung habe diesen Grundsatz „im Falle des vor 18 Monaten in Beirut entführten britischen Lektors Alec Collett“ befolgt. Ob Collett noch lebe, sei ungewiß. Vgl. die Aufzeichnung Richthofens vom selben Tag; VS-Bd. 11915 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

Am 30. Januar 1987 informierte Botschafter Freiherr von Wechmar, London, er habe Gespräche mit Vertretern des für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Referats im britischen Außenministerium geführt. Diese hätten mitgeteilt, insgesamt befänden sich drei britische Staatsangehörige als Geiseln im Libanon. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 181; VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Ende zu führen. Die Gruppe wisse aber nicht, daß er mit uns bereits in Verbindung stehe. Aufgefallen sei seinem V-Mann, daß die Entführergruppe von jeglichem Haß gegenüber der BR Deutschland frei sei und es ihr ausschließlich darum gehe, Solidarität gegenüber Hamadi zu üben. Dies sei auch die Erklärung dafür, daß keine weiteren Forderungen gestellt worden seien.

3) Ich bedanke mich für diese Informationen. Wir sind so verblieben, daß wir die Verbindung offenhalten. Abu Iyad steht der BReg jederzeit zur Verfügung. Er stellte auch seinerseits keine Forderungen.

Sein Verhalten war sympathisch und von Klarheit und pragmatischem Denken gekennzeichnet. Wahrscheinlich um seinen guten Willen unter Beweis zu stellen, machte er abschließend noch darauf aufmerksam, daß die Entführung der vier Professoren der AUB¹¹ von der syrischen Regierung gelenkt werde. Sie habe die Organisation „Al Jihad Al Islami pour la libération de la Palestine“ erfunden. Die Geiseln würden in Kürze wieder freigelassen. Mit dieser spektakulären Aktion wolle die syrische Regierung den Eindruck erwecken, daß sie der Ordnungsfaktor im Libanon sei und in kurzer Zeit Geiselnahmen zu einem guten Ende führen könne. Sobald die Befreiung erfolgt sei, werde die PLO von sich aus diesen Fall in der internationalen Presse herausstellen.

[gez.] Bente

VS-Bd. 14152 (010)

¹¹ American University of Beirut.

Am 29. Januar 1987 vermerkte der Arbeitsstab Libanon zu den Entführungen amerikanischer Staatsangehöriger im Libanon: „Letzter Entführungsfall 24.1.1987 (vier Lehrkräfte des Beirut University College, davon drei US-Bürger). Bisher keine Kontakte zu den Entführern, auch kein Lebenszeichen der Entführten. [...] Das State Department nimmt an, daß letzte Entführungen durch Inhaftierung Hamadis ausgelöst worden sind, ohne direkte Absprache mit dem Iran.“ Vgl. VS-Bd. 13615 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

21

**Aufzeichnung des
Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen
und des Botschafters Holik**

221/204-376.14 USA-119/87 VS-vertraulich

3. Februar 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung

Betr.: Gespräche von D2⁴ und D2A⁵ in Washington am 26./27.1.1987 über
Rüstungskontroll- und sicherheitspolitische Fragen sowie bilaterale
Themen

Anlg.: 7⁶

1) Gemäß Ihrer Absprache mit AM Shultz zu bilateralen Konsultationen auf
Expertenebene über konventionelle Rüstungskontrolle und Sicherheitspolitik⁷
hielten D2 und D2A sich am 26. und 27.1.1987 zu Gesprächen über Sicherheits-
und Rüstungskontrollfragen in Washington auf.

2) D2 und D2A führten am 27.1. gemeinsam Gespräche mit den Abteilungs-
leitern Ridgway und Holmes (State Department)⁸, Ermarth (NSC, neu ernannter
Nachfolger für Matlock mit Zuständigkeit für SU und Europa)⁹ sowie Perle

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Buerstedde und von Moltke sowie Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. Februar 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itt]e ein Ex[em]pl[ar] an 010. BM ist mündl[ich] unterrichtet worden (D2, D2A).“

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 4. Februar 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) H[errn] RL 204 z[ur] K[enn]tnisnahme]. 010 hat Kopie. So mit StS auf dessen Anruf vereinbart. 2) H. D2A.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 4. Februar 1987 erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen erneut vorgelegen.

Hat Botschafter Holik am 9. Februar 1987 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Gruber am 9. Februar 1987 erneut vorgelegen.

⁴ Hermann Freiherr von Richthofen.

⁵ Josef Holik.

⁶ Von Vortragendem Legationsrat Gruber handschriftlich korrigiert aus: „6“. Dem Vorgang teilweise beigefügt. Vgl. Anm. 8–13.

⁷ Am 7. Januar 1987 dankte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Shultz für dessen mit Schreiben vom 5. Januar 1987 übermittelten Vorschlag, in Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle „möglichst bald auf der Ebene von Experten zusammenzukommen“. Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen vom 7. Januar 1987 an die Botschaft in Washington; Referat 204, Bd. 135400.

⁸ Zum Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke vom 30. Januar 1987 zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, ferner seine Aufzeichnung vom 2. Februar 1987 zu den bilateralen Themen; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

Zum Gespräch von Richthofen und Holik mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 434 des Botschafters van Well, Washington, vom 30. Januar 1987; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

⁹ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11541 (221).

Hauptthema des Gesprächs des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit dem Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat, Ermarth, war die Frage einer beschleunigten

(OSD)¹⁰. Sie hatten außerdem ein Roundtable-Gespräch unter Beteiligung aller mit Rüstungskontrolle befaßten Behörden über die konventionelle Rüstungskontrolle.¹¹

D2A führte außerdem getrennte Gespräche mit dem ACDA-Chef Adelman und Holmes' Vertreter Hawes.¹² Andere vereinbarte Termine (mit Nitze, Rowny, Linhard – NSC – sowie General Denson – JCS) kamen wegen witterungsbedingter Blockierung des öffentlichen Lebens in Washington am 26.1. nicht zustande.

D2 traf getrennt mit Botschafter Bremer zu Fragen der Terrorismusbekämpfung (hierzu wurde gesonderter Vermerk vorgelegt¹³) und mit Senator Carl Levin, Vorsitzender des Unterausschusses „Conventional Forces and Alliance Defense“ des Senats-Verteidigungsausschusses, zusammen (hierzu Bericht der Botschaft Washington vom 29.1.1987¹⁴).

Fortsetzung Fußnote von Seite 88

nigten Indienststellung eines Abwehrsystems gegen strategische Raketen im Rahmen von SDI. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wagner vom 2. Februar 1987; Referat 204, Bd. 135400.

¹⁰ Zum Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, vgl. die nicht gezeichnete Aufzeichnung vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 372 des Botschafters van Well, Washington, vom 28. Januar 1987; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

¹¹ Zum „Roundtable-Gespräch“ des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen und des Botschafters Holik mit Vertretern der mit Rüstungskontrollfragen befaßten amerikanischen Ministerien und Agencies am 27. Januar 1987 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

¹² Zum Gespräch des Botschafters Holik mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Adelman, am 27. Januar 1987 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

Zu Holiks Gespräch mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hawes, vgl. Grubers Aufzeichnung vom 29. Januar 1987; VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

¹³ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 29. Januar 1987, im Gespräch mit Botschafter Bremer am 27. Januar 1987 seien der „Gang des Auslieferungsverfahrens Hamadi“ und der Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon erörtert worden: „Bremer brachte die amerikanische Unterstützung für das Vorgehen gegen den Bruder Hamadis zum Ausdruck. Weiter führte er aus, daß die jüngste Geiselnahme von mehreren Amerikanern nichts an dem amerikanischen Auslieferungsbegehren ändere.“ Die amerikanische Regierung werde Reisen in den Libanon gesetzlich unterbinden, um so „das Reservoir möglicher Geiseln“ zu reduzieren: „Auf Fragen, ob wir auch ähnliche gesetzliche Reisebeschränkungen erlassen könnten, antwortete D2, daß es nach unserem Paßgesetz zwar gewisse Möglichkeiten der Paßbeschränkung gibt, in Anbetracht der in unserem Grundgesetz verankerten Freizügigkeit [es] aber schwierig sein dürfte, Reise in ein Land generell zu untersagen.“ Bremer habe ferner angeregt, „daß die Länder mit Geiseln im Nahen Osten wie USA, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich sich zur Abstimmung über das weitere Vorgehen zusammensetzen sollten. Die Fünf sollten einen Appell an die Islamische Konferenz richten, Geiselnahme zu verurteilen und auf die Freilassung der Geiseln hinzuwirken.“ Zum amerikanischen Vorschlag, „im NATO-Rat einen besonderen Terrorismus-Ausschuß einzurichten“, habe Bremer dargelegt, dieser Ausschuß solle „sich in erster Linie mit terroristischen Bedrohungen von NATO-Einrichtungen befassen. Außerdem könne er unterstützende Aktivitäten der Warschauer-Pakt-Staaten untersuchen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149653.

¹⁴ Botschafter van Well, Washington, berichtete, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen habe am 27. Januar 1987 mit dem amerikanischen Senator Levin Fragen der konventionellen Abrüstung und der nuklearen Abschreckung erörtert. Dabei habe Levin insbesondere darauf gedrängt, daß die NATO-Partner ihre Anstrengungen im konventionellen Bereich steigern müßten. Vgl. dazu den am 29. Januar 1987 eingegangenen Drahtbericht Nr. 388 vom 28. Januar 1987; Referat 204, Bd. 135400.

3) Die Gespräche unmittelbar nach der Bundestagswahl¹⁵, deren Ergebnis in Washington aufmerksam zur Kenntnis genommen wurde, gaben Gelegenheit, die Kontinuität in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik darzulegen. D2 hob die Bedeutung der West-Ost-Beziehungen und ihre Entwicklung auf der Grundlage des Harmel-Konzeptes¹⁶ hervor. D2 und D2A unterstrichen unser Interesse an Ergebnissen in Genf in diesem Jahr (LRINF-Abkommen mit Weiterverhandlungsverpflichtung zu SRINF, 50% Reduzierung bei START, CW, CTB schrittweise). D2A wies darauf hin, daß Rüstungskontrolle für uns nicht ein Ziel in sich selbst, sondern ein integraler Bestandteil unserer auf Stabilität ausgerichteten Sicherheitspolitik sei. Fragen der Sicherheit Europas müßten deshalb ebenso angemessen berücksichtigt und intensiv in die Suche nach rüstungskontrollpolitischer Stabilisierung einbezogen werden. D2 und D2A unterstrichen in diesem Zusammenhang angesichts der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion in Europa die Bedeutung der konventionellen Rüstungskontrolle für uns, vor allem bei Abrüstungserfolgen im nuklearen Bereich. Die amerikanischen Gesprächspartner zeigten sich an einer zügigen, substantiellen Vorbereitung der konventionellen Rüstungskontrollverhandlungen interessiert.

Mit den Gesprächen wurden die für den 24. Februar in Washington vereinbarten bilateralen sicherheitspolitischen Konsultationen, die auf unserer Seite in dieser Phase von Dg20¹⁷ und General Hüttel (BMVg) geführt werden, vorbereitet.¹⁸ D2 hob die Bedeutung hervor, die der Minister diesen Konsultationen beimißt, die der Rüstungskontrolle und Strategiefragen gewidmet sein sollten. Von amerikanischer Seite wurden die bevorstehenden, eingehenden Konsultationen gutgeheißen und begrüßt.

D2 legte Ridgway noch einmal die Ziele und die Notwendigkeit der WEU als Beitrag zur Stärkung des europäischen Pfeilers im Interesse der Allianz dar.

4) Aus den Äußerungen der amerikanischen Gesprächspartner (zu Einzelheiten der verschiedenen Gespräche siehe Gesprächsvermerke in der Anlage) sind vor allem Aussagen zu folgenden Themen festzuhalten:

4.1) SDI

Einer Aufforderung des Kongresses nachkommend, hat die SDI-Organisation des DoD einen Bericht über kurzfristige Optionen des SDI-Programms ausgearbeitet. Präsident Reagan erhielt am 24.1., also drei Tage vor seinem Bericht über die Lage der Nation¹⁹, ein Briefing über den SDI-Bericht. Er enthält – unter Berufung auf Fortschritte in der Forschung, die über die ursprünglichen Erwartungen hinausgehen – als eine Option, die offensichtlich von Weinberger

¹⁵ Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

¹⁶ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹⁷ Hans-Friedrich von Ploetz.

¹⁸ Zu den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 55.

¹⁹ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 27. Januar 1987 vor beiden Häusern des Kongresses in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 56–61. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 171–174 (Auszug).

favorisiert wird, den Vorschlag, schon 1993 mit der Dislozierung eines zweistufigen Raketenabwehrsystems (für die Endanflug- und Freiflugphase mit einer weltraumgestützten Komponente) zu beginnen.

Perle zufolge würde eine Entscheidung des Präsidenten zugunsten einer schon auf 1993 vorgezogenen Dislozierung vor allem zu einem konzentrierten, größeren Einsatz von Haushaltsmitteln für bestimmte Technologien führen. Auf die Frage nach den Folgen einer vorgezogenen SDI-Dislozierung für die Rüstungskontrolle stellte Perle fest, das Angebot, für zehn Jahre das Rücktrittsrecht vom ABM-V²⁰ aufzugeben, könne durch die Ereignisse überholt werden. Perle wies außerdem auf den taktischen Nutzen einer Entscheidung über eine vorgezogene Dislozierung hin: Durch sie würde der Verzicht auf das Rücktrittsrecht während zehn Jahren aufgewertet und Moskau zur Entscheidung gedrängt, einen Preis zur Verhinderung der vorgezogenen Dislozierung zu zahlen.

D2 und D2A erinnerten die amerikanischen Gesprächspartner in diesem Zusammenhang an die Zusage, mit uns wie den anderen Verbündeten zu konsultieren, bevor die USA entscheiden, über die Forschungsphase hinauszugehen.

4.2) Genfer Verhandlungen

Die Amerikaner möchten noch in dieser Verhandlungsrunde²¹ möglichst rasch einen INF-Vertragsentwurf auf der Grundlage ihres Vorschlags vom 22.10.86²² unterbreiten. Über die darin enthaltenen Verifizierungsregelungen, von denen auch die Stationierungsländer²³ unmittelbar betroffen sind, möchten sie bald mit uns in der Quint und der SCG konsultieren; zu diesem Zweck soll am 6.2. eine SCG-Sitzung stattfinden.²⁴

Alle Gesprächspartner betonten, daß der angebotene Verzicht auf das Rücktrittsrecht vom ABM-V für zehn Jahre an das Zustandekommen einer Einigung über eine 50-prozentige Reduzierung aller strategischen auf 1600 Trägersysteme mit 6000 GK nach fünf Jahren sowie ein Verbot aller ballistischer Raketen nach weiteren fünf Jahren gekoppelt sei. Als Fortschritt ist zu werten, daß beide Delegationen in Genf sich auf die Erarbeitung einer gemeinsamen Auslegung des ABM-V eingelassen haben.

²⁰ Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) legte fest, daß dieser auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen wurde. Beide Vertragsparteien konnten den Vertrag jedoch unter Berufung auf höchste nationale Interessen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 395.

²¹ Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen wurde am 15. Januar 1987 in Genf eröffnet. Vgl. dazu Dok. 41.

²² Bei den amerikanischen-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf akzeptierten die USA am 28. Oktober 1986 eine Null-Lösung für LRINF in Europa, während im asiatischen Teil der UdSSR und in den USA weiterhin die Stationierung von je 100 nuklearen Sprengköpfen erlaubt sein sollte. Der entsprechende amerikanische Vorschlag umfaßte zudem Verifikationsbestimmungen und Beschränkungen (constraints) für SRINF. Zudem sollte festgeschrieben werden, daß der ABM-Vertrag vom 26. Mai 1972 frühestens in zehn Jahren gekündigt werden könne. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 305. Vgl. dazu auch DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 614 f.

²³ Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

²⁴ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 5./6. Februar 1987 in Brüssel im kleinen Kreis (Quint) und im erweiterten Kreis vgl. Dok. 28.

Die Ernennung Woronzows und jüngste Absprache über den Verhandlungsmodus in Genf (mehr informelle Gespräche) wurden unterschiedlich bewertet. Im State Department sah man darin den Ausdruck ernsthaften Verhandlungswillens; Perle stellte ihn in Zweifel.

4.3) Konventionelle Rüstungskontrolle

Die Amerikaner zeigten sich über die französischen Absichten sehr besorgt. Sie befürchteten, die Franzosen wollten den französisch-amerikanischen Kompromiß über das Forum wieder aufrollen und die Verhandlungen über konventionelle Stabilität schließlich doch wieder in den KSZE-Rahmen zurückbringen.²⁵ Die Amerikaner erläuterten, daß sie einer solchen Entwicklung vorbeugen wollten und daher auf entsprechenden Klärungen in der derzeit in der HLTF diskutierten Mandatsweisung beharrten. D2A warb um Verständnis für das französische Bedürfnis, sich auf die für sie neue Entwicklung von West-Ost-Gesprächen einzustellen, und plädierte dafür, daß auch die Amerikaner den mühsam erzielten Forums-Kompromiß durch Forderungen auf Festlegungen von Prozedurfragen, soweit sie über den HLTF-Bericht²⁶ hinausgehen, nicht in Frage stellen. Der letzte am 27.1. in der HLTF erarbeitete Kompromiß für eine Mandatsweisung, gegen den die amerikanische Delegation in Brüssel einen Vorbehalt eingelegt hatte²⁷, konnte in Washington nicht mehr erörtert werden.

Unabhängig von der derzeitigen Diskussion in der HLTF über die Mandatsweisung gingen die Amerikaner davon aus, daß es möglich sein werde, die Mandatsverhandlungen mit dem Osten rasch zu einem Ende zu führen und schon bis zum Sommer d. J. eine Einigung über ein Mandat zu erzielen.

Zur Substanz eines westlichen Verhandlungsvorschlags für die eigentlichen späteren Verhandlungen gibt es auch in Washington noch keine präzisen Vorstellungen. Wir waren uns einig, daß sich die Arbeiten der HLTF in den nächsten Monaten auf die Erarbeitung eines solchen Vorschlags konzentrieren müssen. Zu diesem Zweck vereinbarten wir eine Intensivierung auch der bilateralen Kontakte. Gelegenheit zu einer vertieften Diskussion auch über die kon-

²⁵ Die USA präferierten Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa zwischen den Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt. Frankreich setzte sich dagegen für eine gleichrangige Einbeziehung der neutralen und nichtgebundenen Staaten ein, also für Verhandlungen unter den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 279 und Dok. 347.

Ein Kompromiß in der Frage des Forums für künftige Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle wurde bei amerikanisch-französischen Gesprächen am 5./6. Dezember 1986 in Paris erzielt. Dieser wurde vom NATO-Ministerrat bei der Tagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel indossiert. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 352 und Dok. 359.

²⁶ Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11542 (221). Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 347.

²⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde notierte am 30. Januar 1987, die High Level Task Force (HLTF) der NATO habe „Elemente für ein Mandat ausgearbeitet, die als Leitlinie für die westlichen Unterhändler bei den in der Brüsseler Erklärung angekündigten Ost-West-Gesprächen dienen“ sollten. Zwar sei über „Substanzfragen der Mandatselemente (Ziele und Methoden künftiger Verhandlungen)“ weitgehend Einvernehmen erzielt worden, doch bleibe eine „Aufnahme von Festlegungen von Prozedurfragen in den Mandatselementen“ ungelöst: „Es gelang zwar, in der letzten HLTF-Sitzung am 27.1. auf deutsche Anregung einen Kompromiß über die strittige Frage zu formulieren, ob Prozedurelemente Teil der ‚Weisung‘ – so US – oder in einem Non-paper zusammengefaßt sein sollten – so F. Mit diesem Kompromiß sahen 13 NATO-Partner – trotz einiger ungelöster Klammern in der ‚Weisung‘ – die Voraussetzung gegeben, die Einladung an die WP-Staaten abzusen- den. F und USA (letztere unterstützt von Kanada) legten jedoch aus entgegengesetzten Überlegungen einen Vorbehalt ein“. Vgl. VS-Bd. 11538 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

ventionelle Rüstungskontrolle werden die für den 12./13.2. in Bonn vereinbarten Konsultationen über MBFR im kleinen Kreis geben.²⁸ Wir vereinbarten, daß im Anschluß daran eine deutsche Experten-Delegation nach Washington reisen wird, um die Erörterung der Substanz eines westlichen KRK-Verhandlungsvorschlags voranzubringen.

Die amerikanischen Gesprächspartner aus dem State Department zeigten deutliche Vorbehalte gegen das von uns in unserem Beitrag zu Kapitel I des HLTF-Berichts entwickelte Konzept. Anstelle eines Ansatzes, der in erster Linie Limitierungen und Reduzierungen von kampfscheidendem Großgerät anvisiert, plädierten die Amerikaner vor allem mit dem Argument der besseren Verifizierbarkeit für einen Ansatz, der auf die Reduzierung von ganzen Einheiten, also von Mannschaften zusammen mit Gerät, abzielt.

Ein Mitarbeiter von Perle sagte D2A allerdings, daß man im DoD dem von uns entwickelten Ansatz aufgeschlossener als in den übrigen „agencies“ gegenüberstehe.

4.4) MBFR

Die optimistischen Erwartungen der Amerikaner über die Möglichkeit eines raschen Abschlusses der Verhandlungen über ein Mandat für neue KRK-Verhandlungen sind offensichtlich auch durch den Wunsch motiviert, MBFR rasch zu beenden. Man rechnet nur noch mit zwei Verhandlungsrunden bei MBFR, bei denen keine neuen Vorschläge eingebracht werden sollen. Auf jeden Fall möchte man in Washington vermeiden, daß es noch zu Abstrichen bei dem vom Westen am 5.12.85 vorgelegten Verifikationspaket²⁹ kommt.

D2A warnte davor, MBFR hastig für beendet zu erklären, bevor ein Mandat für neue Verhandlungen unter Dach und Fach gebracht sei. Er verwies auf taktische Erwägungen – auch gegenüber den Franzosen – und objektive Gegebenheiten, die jetzt bei MBFR die Verhandlungen bestimmen und die auch bei späteren KRK-Verhandlungen erneut eine Rolle spielen werden; im Hinblick auf beides – so argumentierte er – sollten wir, den Aussagen im NATO-Kommuniqué vom 12.12.86³⁰ und im HLTF-Bericht entsprechend, über ein Ende von MBFR erst nach der Einigung über ein Mandat für neue Verhandlungen nachdenken.

4.5) CW

Perle, Adelman und Mahley (NSC) äußerten sehr weitgehende Einwände gegen ein CW-Verbot. Perle zog grundsätzlich in Zweifel, ob ein CW-Verbot verifizierbar sei. Mahley formulierte große Bedenken gegen das von GB vorgelegte Papier zu Verdachtskontrollen.³¹ Er beanstandete, das von GB vorgeschlagene Verfahren würde zu einem inakzeptablen Zeitverzug zwischen Inspektionsbegehren

²⁸ Zu den trilateralen MBFR-Konsultationen mit Großbritannien und den USA vgl. Dok. 44.

²⁹ Die an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

³⁰ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

³¹ Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element“ (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

und Durchführung der Inspektion führen und die Beweislast dem aufbürden, der eine Verdachtskontrolle beantrage.

D2A verwies auf die abträgliche politische Wirkung, die die USA bei den CW-Verhandlungen auslösen würden, wenn der britische Vorschlag zu den Verdachtskontrollen von der SU positiver als von den USA aufgenommen würde. Er verwies auf die bevorstehenden Viererkonsultationen über ein CW-Abkommen, bei denen versucht werden sollte, eine Annäherung der westlichen Standpunkte zur Verifizierung eines CW-Verbots zu erreichen.³²

5) Am Rande der Gespräche wurden aus dem bilateralen Bereich erörtert:

- die Verschiffung der privaten PKWs der US-Armee-Angehörigen und von US-Ausrüstungsgütern über Bremerhaven³³ und
- die beabsichtigte Schließung des Generalkonsulats Düsseldorf.

Zu Bremerhaven sagte Ridgway zu, beim Pentagon erneut auf die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer Verlagerung der Verschiffung nach Rotterdam hinzuweisen. Hinsichtlich der Schließung des GK Düsseldorf sah sie wegen der Einsparungszwänge und des Dollarkurses keine Möglichkeit, dies zu verhindern. Die Bekanntgabe der Entscheidung sei wegen des Wahlkampfes bis jetzt aufgeschoben worden.

Richthofen
[Holik³⁴]

VS-Bd. 11541 (221)

22

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Haas

4. Februar 1987¹

Planungsstab-Kolloquium über den islamischen Fundamentalismus im Nahen und Mittleren Osten am 22. Januar 1987 in Bonn

Zusammenfassung der Ergebnisse

I. 1) Der Begriff „Fundamentalismus“ entstammt der amerikanischen protestantischen Theologie des 19. Jahrhunderts. Er wird in westlichen Ländern seit einigen Jahren zur Definition der hinter der Islamisierungsbewegung stehenden

³² Zu den Viererkonsultationen über chemische Waffen am 6. Februar 1987 in Bonn vgl. Dok. 32.

³³ Zur geplanten Verlegung der Verschiffung amerikanischer Ausrüstungsgüter nach Rotterdam vgl. AAPD 1986, I, Dok. 162.

³⁴ Hierzu maschinenschriftlicher Vermerk: „im Entwurf gezeichnet“.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach am 4. Februar 1987 an Staatssekretär Meyer-Landrut „zur Information“ geleitet. Hat Meyer-Landrut am 5. Februar 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 02, Bd. 178541.

Antriebskräfte, aber auch im Zusammenhang mit „Rückbesinnungsbewegungen“ anderer Religionen (z. B. Mennoniten, Anhänger Kardinal Lefebvres und Rabbi Meir Kahanes bis hin zur ökologischen Bewegung) verwendet.

Daneben existieren weitere Begriffe wie „Integrismus“, „Traditionalismus“, „Islamismus“, „Politisierung des Islams“ (Prof. Tibi). Der Begriff „Reislamisierung“ wird heute als mißverständlich verworfen (da es eine vorangegangene Deislamisierung nicht gegeben hat).

2) Islamischer Fundamentalismus (fortan: F.) wird definiert als eine Geisteshaltung und Weltsicht – im weiteren Sinne auch Bewegung –, die die (Rechts)Normen, Werte und Verhaltensmuster des Ur-Islam zum Absoluten erhebt und zum Vorbild für die Gestaltung der Gegenwart nimmt.

3) Der F. wurde von der deutschen Orientalistik zunächst vorwiegend positiv, als konstruktives Element und Chance für die Erlangung größerer islamischer Eigenständigkeit betrachtet. Dies war, so einige Orientalwissenschaftler, eine Fehleinschätzung. Heute werde der F. überwiegend kritisch gesehen, als bedrohlich und destabilisierend betrachtet. Auch werde der F. – zu Recht oder zu Unrecht – mitverantwortlich gemacht für die Klimaverschlechterung in den deutsch-arabischen Beziehungen wie für die Zunahme terroristischer Aktionen im Libanon (obwohl der F. nicht der wesentliche oder ausschlaggebende Faktor für die zerrütteten Verhältnisse in diesem Land sei). Ein gesellschaftspolitisches Modell, ein Konzept für die Überwindung der Unterentwicklung, habe der F. bisher nicht anbieten, die Divergenzen in der islamischen Welt nicht überbrücken können.

II. Der F. ist kein monolithisches Phänomen. Sein Wirken in den einzelnen islamischen Ländern ist unterschiedlich stark ausgeprägt, seine Erscheinungsformen vielfältig.

Der F. hat viele Gesichter.

1) In einigen islamischen Ländern ist der F. Legitimationsinstrument staatlicher Herrschaft, z. B. – seit 1932 – in Saudi-Arabien, z. B. in den Golfscheichtümern und in Pakistan. In den Beziehungen dieser Staaten zum Westen hat der F. bisher keine nennenswerte Rolle gespielt. Er wird vom Westen daher auch nicht als bedrohlich empfunden.

Anders im Iran, wo der schiitische F. Motor einer „revolutionären“ Umwälzung war und ist, wo er zur Staatsideologie einer Theokratie mit ausgeprägt anti-westlicher Orientierung wurde und wo er das Mobilisierungsinstrument im Kampf gegen den Irak² ist. Diese Ausformung des F. wird im Westen als bedrohlich, expansiv und destabilisierend betrachtet.

² Zum Ausbruch des irakisch-iranischen Kriegs im September 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 286. Zum Stand der Auseinandersetzung legte Botschafter Fiedler, Bagdad, am 23. Februar 1987 dar: „Seit dem Rückzug der irak[ischen] Str[eit]kr[äfte] auf die internationale Grenze 1982 konzentrieren sich die iran[ischen] milit[ärischen] Operationen auf den Versuch, den Süden Iraks vom restlichen Teil des Landes und vom Zugang zum Golf und den Golfstaaten abzuschneiden“. Nach irakischen Erfolgen zur Frontstabilisierung im zweiten Halbjahr 1986 erscheine jedoch „das bisher weitgehend aufrechterhaltene Kräftegleichgewicht (bessere irak. Bewaffnung gegen iran. Massen und strategische Tiefe)“ bedroht: „Mit Beginn der iran. ‚Kerbela-5‘-Offensive gegen den Großraum Basra am 8./9.1.1987 scheint die positive Trendwende zugunsten Iraks wieder beendet zu sein“. Es gebe keine genauen Zahlen, doch würden die Verluste auf irakischer Seite auf ca. 18 000, auf iranischer Seite

Während des Kolloquiums wurde jedoch auch davor gewarnt, die Entwicklung im Iran nur durch die Brille des F. zu betrachten und im Zusammenhang mit einer regionalen Destabilisierung zu sehen. Wir sollten uns fragen, ob vielleicht nicht nur das westliche Interessengefüge in der Region destabilisiert werde und ob nicht letztlich unsere Zivilisation der destabilisierende Faktor sei. Auch sollten wir uns um mehr Verständnis für die Inhalte der iranischen Revolution³ bemühen, erstmals ein von Fremdeinflüssen freies „Subjekt der Geschichte“ zu sein (Dr. Reissner).

2) In einigen nahöstlichen Ländern wurde der F. zum Kristallisationskern oppositionellen Aufbegehrens, z.B. in Ägypten, wo neben der seit 1928 existierenden, heute als relativ moderat geltenden Moslebruderschaft ein Wildwuchs radikal-fundamentalistischer Gruppierungen entstand, z.B. in Syrien, wo eine radikalisierte Moslebruderschaft im Hintergrund operiert, zunehmend auch in Tunesien, in Marokko und selbst in der Türkei.

3) Ursache für die Ausbreitung des F. ist nicht nur das Bedürfnis nach Religion bzw. das Streben nach Rückkehr zu den Wurzeln des Islams. Bedeutend sind auch der die traditionellen Bevölkerungen überfordernde rapide soziale Wandel und das Unvermögen der meisten säkularen Regime, die sozio-ökonomischen Probleme zu bewältigen. Der F. kann sowohl Instrument für den Kampf gegen die fortschreitende Säkularisierung und Verwestlichung als auch Ventil für den Protest sozial Benachteiligter gegen die drohende Verelendung sein. Der F. vermag zudem, aufgrund seiner identitätsbildenden Kraft Frustrationen abzubauen, die z.B. aus der als unrühmlich empfundenen jüngeren Geschichte (Niederlagen gegen Israel und wachsende Fremdeinflüsse) herrühren.

III. Bei der Beurteilung der Auswirkungen des F. auf den arabisch-israelischen Konflikt ist zunächst auf die historischen Entsprechungen zwischen „Zionismus“ und „Arabismus“ hinzuweisen. Beide Bewegungen waren zunächst säkular-sozial, dann staatsbegründend-staatstragend und tendieren seit einigen Jahren zur „Fundamentalisierung“. Diese hat jedoch nicht zu größerem Verständnis füreinander oder gar zu Einvernehmen zwischen jüdischen und islamischen Fundamentalisten geführt, im Gegenteil: Die Kongruenz zwischen islamischer Militanz und arabisch-palästinensischem Nationalismus hat zur Komplizierung der Situation beigetragen und die Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes zusätzlich erschwert. Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit zwischen PLO und Hisbollah im Libanon. Einfluß auf die arabisch-israelische Auseinandersetzung hat auch das Erstarren der Schiiten im Libanon und der Fundamentalisten in Ägypten wie in den von Israel besetzten Gebieten.

IV. Bei der Betrachtung des F. im West-Ost-Kontext und seiner „ideologischen“ Einordnung müssen die spezifischen, vor allem die religiösen und kulturellen

Fortsetzung Fußnote von Seite 95

auf ca. 40 000 Tote und jeweils doppelt so viele Verwundete geschätzt. Beide Seiten hätten zudem die Bombardierung von Städten im gegnerischen Hinterland („Städtekrieg“) wiederaufgenommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 206; Referat 311, Bd. 139978.

³ Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Nach der Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus seinem Exil in Frankreich am 1. Februar 1979 wurde am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

Ursprünge und Entwicklungsbedingungen des F. berücksichtigt werden. Grundsätzlich besteht zwischen dem Islam und dem atheistischen Sozialismus ein Spannungsverhältnis, wenn nicht eine Inkompatibilität. Ausdruck hierfür sind der in der islamischen Welt weitverbreitete Anti-Marxismus bis hin zur Verfolgung von Kommunisten.

Der Westen konnte hiervon nur bedingt profitieren, denn komplementär zum Anti-Marxismus und in noch ausgeprägterer Weise verläuft ein Prozeß der Distanzierung von westlichen Wert- und Ordnungsvorstellungen. Die Einflüsse der westlichen Zivilisation und Kultur berühren die puritanisch-patriarchalische islamische Gesellschaft unmittelbar, werden oft als identitätsbedrohend empfunden und erzeugen eine Abwehrhaltung. Der Sozialismus hingegen bleibt für die meisten Moslems abstrakt und tangiert sie kaum.

Die Sowjetunion vermochte ihrerseits bisher nicht, die antiwestliche Stoßrichtung des F. für eigene Zwecke zu nutzen und sich zusätzliche Möglichkeiten der Einflußnahme zu verschaffen. Hierbei spielen auch der durch die Afghanistan-Intervention⁴ verursachte Imageverlust in der islamischen Welt wie die Probleme der sowjetischen Führung mit den etwa 50 Millionen Moslems im eigenen Lande eine Rolle.

Bisher gelang es nicht, das islamische Bewußtsein der sowjetischen Moslems auszulöschen. Die Kraft des Islams, die weitgehende Identität zwischen Islam- und Minoritätenproblem und der grenzüberschreitende Charakter der Islam-Frage wurden von der sowjetischen Führung bisher falsch eingeschätzt oder bewußt ignoriert. Dies hatte negative Folgen für die sowjetische Nah- und Mittelostpolitik. Der sich jenseits der Grenzen ausbreitende F. hat das Selbstbewußtsein der sowjetischen Moslems gestärkt, der „illegale Islam“ (Koranschulen, „heilige Stätten“, illegale Geistliche) breitet sich aus.

Seit Gorbatschows Amtsantritt⁵ ist eine größere Beweglichkeit erkennbar (auch in den Beziehungen zu Afghanistan, Pakistan und Iran).

Noch kann nicht beurteilt werden, ob der F. eine den westlichen Sicherheitsinteressen dienliche Pufferfunktion gegen sowjetisches Expansionsstreben wahrnehmen kann. Doch sollte der F. auch unter diesem Aspekt betrachtet und in die Überlegungen im Zusammenhang mit einem regionalen Sicherheitskonzept einbezogen werden.

V. Die Zukunftsperspektiven des F. werden unterschiedlich beurteilt: Einige sehen den F. als „spirituelle Langzeitmikrobe“ (Prof. Freund) oder als den entscheidenden Faktor bei der Neuordnung der islamischen Gesellschaft. Andere halten den F. für einen Katalysator des momentanen sozialen Wandels und für eine Zeiterscheinung. Aus heutiger Sicht läßt sich feststellen: Der F. ist kein „Steppenfeuer“, das sich unaufhaltsam ausbreitet. Eine Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten ist ihm bisher lediglich im Iran gelungen. Die Zerrissenheit in der islamischen Welt vermochte der F., der selbst viele Erscheinungsformen aufweist, nicht zu beseitigen. Auch hat er bisher nicht unter Beweis

⁴ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

⁵ Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

stellen können, daß er die drängenden Probleme in den einzelnen Ländern eher bewältigen kann als ein säkulares Regime oder daß er über ein Konzept für die Überwindung der Unterentwicklung verfügt.

Dies alles bedeutet jedoch nicht, daß sich der F. in absehbarer Zeit überlebt. Vor allem in islamischen Ländern mit desolaten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen dürften die Fundamentalisten auch weiterhin Zulauf erhalten. Die Macht und Ausstrahlungskraft des schiitischen F. ist trotz Golfkrieg und wachsenden ökonomischen Problemen noch nicht gebrochen. Der Einfluß radikal-fundamentalistischer Kräfte in einigen islamischen Ländern nimmt eher noch zu. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung könnte eine erhebliche Destabilisierung der Region bewirken und eines Tages zu deren Selbstisolierung führen – mit noch nicht absehbaren Folgen auch für den Westen.

VI. 1) Bei der Diskussion der Schlußfolgerungen für die deutsche Nah- und Mittelostpolitik bestand zunächst Übereinstimmung, weder in eine „antifundamentalistische Hysterie“ zu verfallen noch eine Gefälligkeitpolitik gegenüber Fundamentalisten zu betreiben. Die bisherige Politik, vor allem gegenüber Iran, habe sich bewährt und sollte grundsätzlich fortgeführt werden. Von seiten der Wissenschaft wurde empfohlen, sich um größeres Verständnis für den F. und verstärkt auch um den Dialog mit Fundamentalisten zu bemühen. Bei entwicklungs- und kulturpolitischen Projekten sollten lokale Wünsche stärker berücksichtigt, islamischen Empfindlichkeiten mehr Rechnung getragen werden. Wesentlich sei zudem, im Golfkrieg strikte Neutralität zu wahren, unsere Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat⁶ für konstruktive Initiativen zur Eindämmung dieses und anderer Konflikte in der Region zu nutzen und der Türkei – auch ihrer Brückenfunktion – mehr Beachtung zu schenken. Größeres Verständnis für den F. dürfe jedoch nicht den Blick für Menschenrechtsverletzungen trüben. Es dürfe auch nicht außer acht gelassen werden, daß der F. nicht „mainstream“ in der Region sei. Daher sollte unsere Politik auch künftig den nicht fundamentalistisch orientierten Bevölkerungsmehrheiten wie auch den nach wie vor unterschiedlich gelagerten Problemen in den einzelnen Ländern der Region volle Beachtung schenken.

2) Nach Ansicht einiger Orientwissenschaftler hätte eine aktivere Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaft die gemäßigten Kräfte in der Region entlasten und der antiwestlichen Agitation zahlreicher Fundamentalisten ein Gutteil des Bodens entziehen können. Daher sei eine spürbare Aktivierung der EG-Nahostpolitik besonders zu empfehlen. Wir könnten nicht die Hände in den Schoß legen, während sich die Gesamtsituation in der Region – auch aufgrund wachsender islamischer Militanz – dramatisch verschlechtere. Das Scheitern des prowestlichen Regimes im Iran sollte uns als Warnung, aber auch als Ansporn dienen, die gemäßigten und kooperationswilligen Kräfte in der Region stärker zu unterstützen. Daher sei es u. a. erforderlich,

– die „Erklärung von Venedig“⁷ zu implementieren,

⁶ Seit 1. Januar 1987 gehörte die Bundesrepublik dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nicht-ständiges Mitglied an. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 18 f.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

- den Europäisch-Arabischen Dialog⁸ wiederzubeleben,
- die Zusammenarbeit mit dem Golf-Kooperationsrat zu institutionalisieren⁹ (auch wenn uns dadurch wirtschaftliche Nachteile entstehen sollten),
- vor allem aber eine eigenständigere, von den USA unabhängigere europäische Nah- und Mittelostpolitik zu verfolgen.

Diese Empfehlungen stießen bei einigen „Praktikern“ auf Skepsis. Ihrer Ansicht nach hätte auch eine aktivere EG-Nahostpolitik keine Lösung der Probleme bewirken oder die Ausbreitung des F. verhindern können. Auch seien die Europäer wirtschaftlich und vor allem politisch zu schwach, um eine von den USA unabhängige Nahostpolitik zu verfolgen.

3) Die zur Frage einer aktiveren EG-Nahostpolitik deutlich gewordenen gegensätzlichen Positionen veranlaßten die Diskussionsleitung zu dem Appell, verstärkt darüber nachzudenken, ob wir uns angesichts der besorgniserregenden Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten eine Fortsetzung der bisherigen relativ zurückhaltenden EG-Nahostpolitik leisten können. Schließlich seien wir mit der Nachbarregion historisch, politisch und wirtschaftlich eng verbunden und berührten uns die Konflikte und Probleme dieser Region unmittelbar. Daher stelle sich die Frage, ob eine aktivere Nahostpolitik der EG, auch die Inkaufnahme finanzieller Opfer, nicht unabdingbar sei, wenn wir es ernst meinten mit der Stützung gemäßigter Kräfte, der Förderung regionaler Integrationsbemühungen und letztlich der politischen Stabilisierung der benachbarten Region.

Haas

Referat 02, Bd. 178541

⁸ Referat 310-9 vermerkte am 20. Oktober 1986, der Europäisch-Arabische Dialog (EAD) sei 1973 auf Initiative der Arabischen Liga als ein institutionalisiertes Forum für die Bereiche Politik, Wirtschaft und Kultur entstanden. 1978/79 sei die relative Geschlossenheit der arabischen Seite zerbrochen. Angesichts der Lähmung des EAD seien die Europäischen Gemeinschaften mit „einzelnen Staatengruppen innerhalb der AL in Verbindung getreten (Kooperationsabkommen mit Maghreb-, Maschrek-Staaten, Verhandlungen mit Golf-Kooperationsrat)“. Mehrere Versuche zur Wiederbelebung des EAD seien ohne Erfolg geblieben: „Insbesondere ist es nicht gelungen, das zentrale Gremium des EAD, die Allgemeine Kommission, zusammentreten zu lassen.“ Diese sei auf Botschaferebene für die Koordinierung der bzw. Mittelbewilligung für die Arbeitsgruppen auf wirtschaftlichem, kulturellem und technologischem Gebiet zuständig. Vgl. Referat 515, Bd. 208847.

Referat 310 legte am 5. März 1987 dar, Bundesminister Genscher habe dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 22. Januar 1986 ein „euro-arabisches AM-Troika-Treffen“ vorgeschlagen. Der niederländische Außenminister van den Broek habe als EG-Ratspräsident am 12. Juni 1986 Vorschläge zur Wiederbelebung des EAD unterbreitet. Klibi habe mit Schreiben vom 30. Januar 1987 an den belgischen Außenminister Tindemans in seiner Funktion als EG-Ratspräsidenten einem Außenministertreffen mit der EG-Troika zugestimmt, allerdings „Bedauern über Differenzen zwischen AL-Mitglied (gemeint: Syrien) und einem europäischen Staat (gemeint: Großbritannien) geäußert. Tindemans habe dies „als Junktum (Troika-Treffen/Rücknahme der EG-Sanktionen gegen Syrien) verstanden“. Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141134.

⁹ Referat 411 legte am 11. Februar 1987 dar: „Bei zwei Treffen am 7./8. November 1984 und 1./2. März 1985 in Bahrain führten EG und GCC Vorgespräche über ein mögliches Kooperationsabkommen. Am 14.10.1985 fand in Luxemburg ein Ministertreffen statt [...]. In einem gemeinsamen Communiqué sprachen sich beide Seiten für einen Ausbau der Zusammenarbeit EG-GCC durch ein Kooperationsabkommen aus. Zur weiteren Abstimmung wurden Expertengespräche vereinbart. Nach Abschluß der letzten Expertengespräche auf hoher Beamtenebene (26./27.4.1986) hat die EGK die Vorgespräche über den Ausbau der Beziehungen für abgeschlossen erklärt. Beide Seite benötigen jetzt ein Mandat, um die offiziellen Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen aufnehmen zu können.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141126.

23

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz**Dg 20/201-360.92 FR-137/87 VS-vertraulich****5. Februar 1987¹**

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
 hier: Gespräch mit MD Teltschik und General Hüttel am 4. Februar
 1987 im BK-Amt

1) Anfang 1986 hatten AA und BMVg darüber Klage geführt, daß zielgerichtete und koordinierte Bemühungen um Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit F dadurch erschwert würden, daß beide Häuser nur unzureichend über Aktivitäten im Bereich des BK-Amtes informiert würden. Daraufhin wurden regelmäßige Gespräche Teltschik–Hüttel–Dg20² vereinbart. Dies hat die Koordinierung erheblich erleichtert.

2) Aus dem letzten derartigen Gespräch am 4.2.1987 wird festgehalten:

a) Einschätzung gegenwärtiger Lage in Paris

Übereinstimmung, daß Kohabitation deutsch-französische Zusammenarbeit nicht grundsätzlich stört; Präsident und PM sind entschlossen und engagiert. T. teilt aber in bezug auf das Ministerpräsidentenamt meine in bezug auf das Außenministerium getroffene Feststellung, daß die Bürokratie wesentlich beharrender und konservierender und daher weniger konzeptionell engagiert ist. Seine Qualifikation der Bürokratie als „nationaler“ relativierte ich mit Hinweis auf das traditionell andersartige und durch die Geschichte ungebrochene Selbstverständnis in F. Hüttel seinerseits verwies – dies entspricht den Beobachtungen von T. und mir – auf die außerordentlich aufgeschlossene Haltung der militärischen Seite in Frankreich in bezug auf Zusammenarbeit mit uns. Retardierende Impulse kommen seiner Auffassung nach nicht aus dem Verteidigungsbereich, sondern vom Quai oder anderswoher.

Im Hinblick auf das derzeitige Kohabitation-Problem in Paris stellte T. die Frage nach der Eignung des gegenwärtigen Zeitpunkts für ein grundsätzliches Gespräch über Sicherheitsfragen mit F. Dg20: Es sei einzuräumen, daß die derzeitige auf Bewahrung des Status quo ausgerichtete Politik in Paris mit der dortigen – von mir nicht geteilten – Einschätzung zu tun hat, daß sich in den nächsten zwei bis drei Jahren im strategischen Bereich zwischen den Großmächten nichts bewege. Wenn die Europäer ihre Interessen nicht unverzüglich klarer definierten und einbrächten, müßten sie sich nachher selbst die Schuld geben, wenn sie nicht angemessen berücksichtigt worden seien. Darüber hinaus sei die Definition gemeinsamer Positionen aber auch deshalb dringend notwendig, weil die SU bereits jetzt mit großem Geschick die Unterschiede

¹ Ablichtung.

Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 5. Februar 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 6. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an „RL 209 zur persö[n]lichen Unterrichtung“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 9. Februar 1987 vorgelegen.

² Hans-Friedrich von Ploetz.

ausspiele. Sie werde das verstärkt versuchen; die bevorstehenden Besuche von Thatcher und Chirac in Moskau³ sowie der Gorbatschow-Besuch in Rom⁴ würden besondere Plattformen bieten. Die Nuklearfrage sei besonders sensitiv: F (und GB) hätten sektorale Interessen. Sie wollten, daß die übrigen WEU-Partner über die allgemeine Aussage hinausgingen, daß französische und britische Nuklearwaffen zur Gesamtabbreckung beitragen. Andererseits nehme F zu LRINF- und SRINF-Verhandlungen Positionen ein, die nicht auf Rüstungskontrollverhandlungen und -ergebnisse, sondern auf deren Verhinderung ausgerichtet seien. Dem könnten weder wir noch die Italiener und andere nicht-nukleare Bündnispartner zustimmen. F verfüge auch über die technologische Option der Neutronenwaffe; die Produktionsentscheidung sei natürlich national, aber berühre uns politisch sehr stark.⁵ Hier müsse sich die Bundesregierung eine Meinung bilden, ob sie das Gespräch mit F aktiv suchen wolle. Diese Meinungsbildung hänge aber zusammen mit der künftigen Struktur und dem künftigen Umfang des für die Wahrung der europäischen Sicherheitsinteressen für notwendig gehaltenen nuklearen Potentials. Aussagen hierzu würden u.a. dadurch kompliziert, daß die USA mauerten; in der HLG blieben alle Fragen unbeantwortet.

Schließlich habe ich auf das französische Programmgesetz⁶ hingewiesen, das uns sicherheitspolitisch überhaupt nicht befriedigen könne; seine Verwirklichung sei an Wirtschaftswachstum gebunden. Die Prognose sei damit klar: Der nukleare Bereich werde weiter mit Vorzug finanziert werden, zweite Priorität genieße die Entwicklung der Fähigkeit zu Einsätzen außerhalb Europas, zum Schluß bleibe dann nicht mehr viel für konventionelle Verteidigung.

Aus allen diesen Gründen erscheine es wesentlich, mit F das Gespräch auf politischer Ebene zu führen, da die Bürokratie – jedenfalls nicht mit uns – über den Status quo hinausdenken wolle. Dabei gehe es nicht darum, daß wir eine Teil-

³ Zum Besuch der Premierministerin Thatcher vom 28. März bis 1. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 79, Anm. 5.

Zum Besuch des Ministerpräsidenten Chirac vom 14. bis 16. Mai 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 146, Anm. 2.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Italien erst vom 29. November bis 1. Dezember 1989.

⁵ Zur Frage einer Produktion von Neutronenwaffen in Frankreich vgl. Dok. 33, Anm. 5.

⁶ Am 12. September 1986 stellte Ministerpräsident Chirac am Institut des Hautes Études de Défense Nationale das geplante Programmgesetz zur französischen Verteidigungspolitik vor und ging dabei auch auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik ein. Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (September/Oktober), S. 19–23. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 32–37 (Auszug).

Brigadegeneral Fraidel, Paris, legte am 20. Januar 1987 dar, der am 5. November 1986 von der französischen Regierung ins Parlament eingebrachte Entwurf eines militärischen Programmgesetzes berücksichtige die sicherheitspolitische Konzeption von Staatspräsident Mitterrand, lasse „gleichzeitig aber Raum für eine Evolution der französischen Abschreckungsphilosophie im Sinne PM Chiracs“ erkennen. Die bisherigen Prioritäten französischer Sicherheitspolitik würden bestätigt und alle vorgesehenen Waffengroßsysteme weitergeführt. Jedoch seien Zweifel an der Realisierbarkeit angebracht. Der Entwurf enthalte „einen Finanzrahmen, der sich nur auf Beschaffungen konzentriert, d.h. keine Mittel für den Betrieb auswirft. Insgesamt sind für Beschaffungsvorhaben der französischen Streitkräfte 474 Mrd. Francs für den Fünf-Jahres-Zeitraum 1987–1991 mit festen Jahres- und Steigerungsraten auf der Basis eines konstanten Francs-Wertes des Jahres 1986 festgelegt (1987 + 11%, danach je 6% Steigerung pro Jahr).“ Mit der überraschenden Option auf die Produktion chemischer Waffen wolle sich Frankreich „die Möglichkeit zu einem eigenen begrenzten diesbezüglichen Abschreckungspotential offenhalten“. Vgl. Referat 201, Bd. 143333.

habe an Einsatzentscheidungen anstreben. Es gehe vielmehr um das Konzept für die Sicherheit Europas im Bündnis.

T. teilte diese Analyse und fügte hinzu, F brauche den Nuklearstatus auch, um die konventionelle Stärke der Bundeswehr zu ertragen. Angesichts der geschilderten Probleme und Tendenzen stelle sich letztlich die Frage, ob eine Art Arbeitsteilung vereinbart werden solle. Gebe es dafür ein deutsches Konzept? Für Aussagen in bezug auf französische und britische Nuklearsysteme sei eine Vorfrage zu klären: Welche Rolle könnten diese Systeme für unsere Sicherheit spielen – nach Abschluß der geplanten Modernisierung? Von der Antwort auf diese substantielle Vorfrage hänge ab, ob überhaupt der Gedanke eines Konzepts der Arbeitsteilung interessant werden könnte.

Ich habe davor gewarnt, in bezug auf F das Prinzip der „extended deterrence“ nach US-Muster übertragen zu wollen. Das Problem stelle sich schon wegen der geographischen Lage anders, zumal dann, wenn konventionelle französische Einheiten in überzeugender Weise engagiert würden. T. und Hüttel bestritten dies nicht, fragten aber – bei Hüttel mit erkennbarem Zweifel –, ob die konventionellen Fähigkeiten Fs dazu ausreichten. Andererseits räumte Hüttel ein, daß die demographische Entwicklung in D und F phasenverschoben verlief und damit unter diesem Gesichtspunkt eine Zusammenarbeit mit F im konventionellen Bereich durchaus interessant werden könnte.

Es bestand Übereinstimmung, daß die Initiative im deutsch-französischen Verhältnis heute klar bei uns liegt. Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigten dies. Wo wir nicht nachgefaßt hätten, seien die Erklärungen auf höchster Ebene im Verbalen geblieben.

Ich habe abschließend festgestellt: Bemühungen zu weiteren Schritten mit F würden nicht weit führen, wenn sie nicht in ein erkennbares Gesamtkonzept eingebunden seien. F habe seinerseits Erwartungen an uns in vielen Bereichen, wo wir uns in der Vergangenheit recht unsensibel gezeigt hätten. Ein mit der Sicherheitspolitik eng verwandtes, aber für die technologische und damit letztlich politische Selbstbehauptung Europas und auch für die Dynamik der europäischen Einigung zentrales Thema sei die Weltraumfahrt. BK habe im Dezember 1985 Mitterrand vorgeschlagen, dieses Thema „gemeinsam geistig zu durchdringen“⁷, F habe die Mitterrand-Zusage bisher nicht honoriert, was wir nur bedauern könnten angesichts des konzeptionellen französischen Vorsprungs.

T. stimmte zu, daß wir dieses Gespräch weiter suchen sollten. Er hoffte seinerseits, daß die Entwicklung eines deutschen Konzepts (Definition und Mitwirkung an einer autonomen europäischen Weltraumpolitik? Prioritäten?) nunmehr in Gang kommt.

3) T. stellte seinerseits fest, daß BK „spätestens im März“ zu getrennten Gesprächen mit Mitterrand und Chirac in Frankreich zusammentreffen werde. Termine seien konkret noch nicht bestimmt.⁸ Für BK komme es dabei darauf an,

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 17. Dezember 1985 in Paris; AAPD 1985, II, Dok. 347.

⁸ Bundeskanzler Kohl führte am 28. März 1987 mit Staatspräsident Mitterrand ein Gespräch auf Schloß Chambord. Vgl. dazu Dok. 89.

Mit Ministerpräsident Chirac sprach Kohl am 3. Mai 1987 in Straßburg. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 11.

die Perspektiven der Zusammenarbeit anzusprechen und die französische Resonanz zu erfahren. Dies auch im Hinblick darauf, daß im Herbst der 50. deutsch-französische Gipfel stattfindet, und zwar in der Bundesrepublik Deutschland.⁹

Für diesen Zweck sei es wichtig, alle Felder der möglichen deutsch-französischen Zusammenarbeit abzuklopfen. Eine Gesamtschau sei unbedingt notwendig. Im wirtschaftspolitischen Bereich hätten wir eine konzeptionelle Annäherung, so daß eine Prüfung angezeigt erscheine, ob eine „Institutionalisierung der Konvergenz“ zwischen Bonn und Paris möglich sei. Auf einen Einwurf von mir bestätigte er, daß dies auch Währungsfragen einbeziehen müsse. Das BK-Amt sei damit befaßt, Sektor für Sektor abzuklopfen.

In Vorbereitung der BK-Gespräche seien Gespräche mit Attali und Bujon verabredet. Das Angebot von T. an mich, daran teilzunehmen, habe ich auf der Stelle angenommen. T. wünscht allerdings, daß hieraus kein Zwang für die französische Seite entsteht, das Quai zu beteiligen. Gegebenenfalls soll meine Teilnahme gegenüber der französischen Seite als „ad personam“ dargestellt werden.

4) Zur WEU habe ich T. den Stand der Überlegungen von AA und BMVg und der Arbeiten in London dargelegt: Die Realisierung der von Chirac vorgeschlagenen „Charta“¹⁰, die inzwischen nicht mehr so genannt werde, liefe an. Zum Format des Ergebnisses und der Ebene der Verabschiedung habe bisher keine eingehende Diskussion stattgefunden. Wir wünschten sie auch nicht, weil wir zunächst sehen wollten, inwieweit wir in der Sache vorankämen. Nach dem sachlichen Ergebnis müsse sich alles andere richten. Der WEU-Rahmen werde von uns gezielt benutzt, um einige für F schwierige Fragen zu behandeln, denen es sich im bilateralen Rahmen bisher entzogen habe. Dies erscheine uns deswegen sinnvoll, weil Italien und die anderen WEU-Partner meist auf unserer Seite stünden und wir daher nicht als Demandeur erschienen. Besonderen Wert legten wir darauf, die im perspektivischen Bericht vom Oktober 1986¹¹ auf französischen Wunsch bewußt ambivalenten Aussagen auszubuchstabieren.

T. kam nicht mehr auf seinen vor Weihnachten erwogenen Gedanken zurück, Strategiefragen im Kreise der Regierungschefs von D, GB und F zu erörtern. Er kam auch nicht auf seinen Gedanken eines WEU-Gipfeltreffens zurück. Ich habe diese Fragen bewußt nicht angesprochen.

⁹ Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 12./13. November 1987 in Karlsruhe statt. Vgl. dazu Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

¹⁰ Ministerpräsident Chirac plädierte in einer Rede vor der WEU-Versammlung am 2. Dezember 1986 in Paris für eine Stärkung des europäischen Pfeilers des nordatlantischen Bündnisses. Westeuropa müsse den sicherheitspolitischen Herausforderungen durch eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der WEU begegnen und solle seine sicherheitspolitischen Ziele und Grundsätze in einer entsprechenden Charta niederlegen. Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (November/Dezember), S. 78–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 43–50.

¹¹ Das Generalsekretariat der WEU legte am 23. Oktober 1986 eine zusammenfassende Darstellung zu den jeweiligen nationalen Memoranden der Mitgliedstaaten über die Reaktivierung der Organisation vor. Vgl. das Papier C (86)237 „Western European Union Secretary-General's Note ‚The reactivation of WEU‘“; Referat 209, Bd. 148704.

Eine überarbeitete Fassung dieses Berichts (C (86)237 1st revision) erstellte das Generalsekretariat der WEU am 3. November 1986 nach der Sitzung des um die Politischen Direktoren und Vertreter der Verteidigungsministerien erweiterten Ständigen Rats am 24. Oktober 1986 in London. Vgl. dazu Referat 209, Bd. 148704.

T. begrüßte die enge und gute Zusammenarbeit AA–BMVg in diesen Fragen.

Zur spanischen Beitrittsabsicht¹² bemerkte er, man solle die WEU-Öffnung nicht zu leicht machen. Die WEU müsse zunächst ihre eigene Rolle finden und den Prozeß der Revitalisierung abschließen.

Hüttel sekundierte in dieser Frage:

Die letzten Reden von König und MP González zeigten, daß Spanien ungeachtet der im Referendum formulierten Punkte¹³ nach Wegen suche, sich in der NATO soweit wie möglich zu engagieren.¹⁴ Es liege in unserem Interesse, keinen „leichten Ausweg“ zu öffnen.

Ich habe der Einschätzung zugestimmt, daß die spanische Führung sicherheitspolitisch die Nähe der anderen Europäer sucht und den Schwerpunkt hier klar in der NATO sieht. Es komme also darauf an, zusammen mit den anderen NATO-Partnern, besonders Italien, aber auch mit Frankreich, diesbezügliche Tendenzen in Richtung NATO zu verstärken. González habe im vertraulichen Gespräch gesagt, er suche den Weg für seine Soldaten über die Pyrenäen „durch Europa“. Wir sollten also auch nicht ausschließen, daß die spanische Einbeziehung in die WEU dabei hilfreich sein könne. Wenn man das sicherheitspolitische Engagement gemäß WEU-Vertrag¹⁵ sichtbar machen wolle und den französischen Standard als Mindeststandard ansetze, so bedeute dies politisch und militärisch doch einiges. Wir seien mit I und auch GB in einem intensiven Gespräch über diese Fragen. Spanien sei ein Plus für Europa, außen- und sicherheitspolitisch passe es durchaus in den WEU-Kreis. Wir würden die bevorstehenden deutsch-spanischen sicherheitspolitischen Konsultationen (26. März 1987) nutzen, um Madrid die Beistandsklausel im WEU-Vertrag und andere Vorschriften näher zu erläutern.¹⁷

¹² Referat 200 notierte am 31. Oktober 1986: „Spanien hat wiederholt öffentlich bekundet, seine Mitgliedschaft in der WEU sei wünschenswert. Die spanische Regierung will aus innen- und außenpolitischen Gründen durch einen WEU-Beitritt die europäische Komponente ihrer Sicherheitspolitik stärken. Einen Antrag zum Beitritt hat Spanien – anders als Portugal – bisher nicht gestellt. Das Argument, daß die Reorganisation der WEU abzuwarten sei, ist in Madrid auf Verständnis gestoßen. Ist diese allerdings abgeschlossen, so erwartet Spanien eine Einladung zum Beitritt. Als Zeitvorstellung hört man 1987.“ Vgl. Referat 201, Bd. 148712.

¹³ Am 12. März 1986 fand in Spanien ein Referendum über die weitere NATO-Mitgliedschaft statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 59,7% entfielen 52,5% der abgegebenen Stimmen auf den Verbleib in der NATO gegenüber 39,8% Nein-Stimmen und 6,4% Enthaltungen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 116.

¹⁴ Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 8. Januar 1987, in Anwesenheit der spanischen Regierung habe König Juan Carlos I. beim Drei-Königs-Fest der Streitkräfte erklärt, „daß [Spanien] ein Gleichgewicht suchen müsse zwischen dem Aufrechterhalten unserer nationalen Würde und der Beachtung internationaler Verträge und Pflichten.“ Ministerpräsident González habe im anschließenden Hintergrundgespräch dargelegt, daß die Reduzierungen amerikanischer Streitkräfte Folgekosten für Spanien nach sich zögen, die sich auf rund 150 Mio. DM belaufen könnten. Verhandlungen mit den USA über Stützpunkte und Verhandlungen über die Zusammenarbeit mit der NATO seien „von der Sache her miteinander verbunden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 15; Referat 201, Bd. 143363.

¹⁵ Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

¹⁶ Korrigiert aus: „24.“

¹⁷ Sicherheitspolitische Konsultationen mit Spanien fanden am 26. März 1987 statt. Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 1. April 1987, Spanien sei bereit, zur Sicherheit Europas im Rahmen der NATO beizutragen: „WEU-Mitgliedschaft steht weiter an, ohne daß Spanien drängen will. Problem stellt jedoch die ungelöste Gibraltar-Frage dar.“ Bezüglich der Verhandlungen mit den USA über Stützpunkte betone die spanische Seite den politischen Aspekt („Ablösung des Franco-Erbes“),

5) Auf meinen Hinweis, daß am 24. Februar 1987 zum ersten Mal deutsch-amerikanische sicherheitspolitische Konsultationen unter Beteiligung von AA und BMVg stattfinden würden¹⁸, erwähnte T., er werde ab 9. Februar 1987 in Washington sein (der nicht näher beschriebene Anlaß ist wohl eine Redeverpflichtung). Er habe um einen Vier-Augen-Termin bei Carlucci nachgesucht, werde voraussichtlich aber auch mit Ridgway und anderen sprechen. Die Botschaft Washington könne ihn bei letzteren Terminen gern begleiten.¹⁹

Ich habe T. gebeten, im Sinne der BK-Pressekonferenz vom 13. Januar 1987²⁰ überall offensiv das WEU-Thema anzusprechen und unsere Philosophie der Stärkung des europäischen Pfeilers als Voraussetzung für die dauerhafte Vitalität der Allianz zu erläutern. T. sagte dies zu.

Ich habe T. ferner nahegelegt, auch die bevorstehenden sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Februar 1987 von sich aus zu erwähnen und zu unterstreichen, welch großen Wert wir auf ein rechtzeitiges und umfassendes vertrauliches Gespräch über die wichtigen Fragen legen.

6) Meinen Hinweis auf das große italienische Interesse an engeren Beziehungen griff T. auf: BK habe in der Vergangenheit große Bereitschaft gezeigt, das Echo von Craxi habe ihn aber nicht ermutigt (der z. B. zum Mailänder Gipfel²¹ sachlich unvorbereitet erschienen sei). Unseren Gedanken, bei einem künftigen Gipfel nach deutsch-britischem Muster eine deutsch-italienische Erklärung zu verabschieden oder einen der nächsten Gipfel unter ein bestimmtes Motto (nach dem Muster des deutsch-französischen Kulturgipfels²²) zu stellen, hielt T. für sehr gut. Er werde ihn unterstützen.

7) In bezug auf GB stellte T. mit Bedauern fest, daß seine Gesprächspartner in Downing Street schwer zugänglich seien, offenbar weil sie unter starker Präsenzpflicht stünden. Ich habe auf die ausgezeichneten Beziehungen der Minister²³ und der Außenministerien verwiesen. Wir wollten sie verstärken und gezielt nutzen, um in allen Bereichen in Europa voranzukommen. Im übrigen seien wir den Briten auch im Hinblick auf die manchmal zu starke Überbetonung des deutsch-französischen Verhältnisses etwas mehr schuldig. T. stimmte dem zu.

Ploetz

VS-Bd. 12084 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 104

sei sich aber des „Out-of-area-Bezugs“ wohl bewußt. Vgl. VS-Bd. 12093 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

¹⁸ Zu den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen in Washington vgl. Dok. 55.

¹⁹ Zum Besuch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom 9. bis 11. Februar 1987 in den USA vgl. Dok. 37.

²⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vor der Bundespressekonferenz am 13. Januar 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 49–51.

²¹ Am 28./29. Juni 1985 fand in Mailand unter der Leitung der italienischen EG-Ratspräsidentschaft die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 177.

²² Die deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main hatten einen Schwerpunkt auf den kulturellen Beziehungen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 312 und Dok. 315.

²³ Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Geoffrey Howe (Großbritannien).

24

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

117-1664/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 574
Citissime

Aufgabe: 5. Februar 1987, 21.04 Uhr¹
Ankunft: 6. Februar 1987, 03.24 Uhr

Betr.: SDI-Diskussion in Washington;
 hier: Frage des Übergangs von der engen zur weiten Interpretation des
 ABM-Vertrages²

Bezug: DB Nr. 517 vom 3.2.1987 – Pol 363.26³

Zur Unterrichtung

1) Im Zusammenhang mit der durch die Befürwortung einer früher als ursprünglich vorgesehenen Dislozierung einer ersten Phase von SDI durch Weinberger in Washington in Gang gesetzten SDI-Diskussion gewinnt zunehmend die Frage des Übergangs von der engen Interpretation des ABM-Vertrags zu der seit Herbst 1985 ebenfalls als rechtlich zulässig erklärten weiten Auslegung dieses Vertrages⁴ an Gewicht. Das Thema soll dem Vernehmen nach auch eine wichtige Rolle bei der Sitzung der National Security Planning Group am 3.2.1987 gespielt haben. Während es auf dieser Sitzung weder hinsichtlich einer frühzeitigen Teildislozierung von SDI noch hinsichtlich der Interpretationsfrage eine Entscheidung gegeben hat, nimmt der administrationsinterne Meinungsbildungsprozeß hierzu offensichtlich an Intensität zu. Eine weitere Sitzung der Runde (an ihr nahmen neben Reagan Shultz, Weinberger, Meese, Carlucci, Crowe, Nitze, Rowny, Adelman teil) ist für den kommenden Dienstag⁵ vorgesehen.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 6. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik und „z[ur] K[enn]tnisnahme!“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann sowie die Wiedervorlage bei Referat 220 verfügte.

Hat Holik am 9. Februar 1987 vorgelegen.

² Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

³ Botschafter van Well, Washington, gab Äußerungen des amerikanischen Außenministers Shultz vor dem Streitkräfteausschuß des Senats am selben Tag sowie von Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrats bzw. der SDIO wieder: „Eine Entscheidung über die frühzeitige Stationierung eines Teilsystems von SDI ist noch nicht gefallen (entgegen Pressemeldungen auch heute nicht in der Sitzung der NSC-Planungsgruppe unter Vorsitz des Präsidenten). [...] Erwogen wird die Stationierung eines Systems mit zwei Teilen: Endphasenbekämpfung (terminal phase) und Bekämpfung in der Startphase (boost phase). Die Endphasenbekämpfung würde auf bodengestützten Systemen beruhen. Für die Bekämpfung in der Startphase wird in erster Linie an Raumplattformen mit kinetischen Waffen gedacht. Für die Errichtung solcher Plattformen müßten zunächst Raumfahrzeuge entwickelt werden, die schwere Lasten hochtragen können“. Vgl. Referat 201, Bd. 143471.

⁴ Zur Diskussion innerhalb der amerikanischen Regierung über eine enge oder weite Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

Vgl. dazu ferner die National Security Decision Directive Nr. 192 des Präsidenten Reagan vom 11. Oktober 1985; <http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html>.

⁵ 10. Februar 1987.

Hier kann möglicherweise schon eine Entscheidung fallen über die Vertragsauslegung.

2) Äußerungen von sowohl Shultz als auch Weinberger weisen deutlich in diese Richtung. Während Shultz am 3.2. vor dem Streitkräfteausschuß des Senats bemerkt hatte, er rechne nicht mit einer Entscheidung in der Dislozierungsfrage noch in diesem Jahr, waren seine Ausführungen zu der Frage eines möglichen Übergangs zu der extensiven Auslegung des ABM-Vertrages weniger deutlich. Er sprach in Beantwortung einer Frage des Senators Wilson zu den beiden Auslegungen des Vertrages davon, daß möglicherweise „sometime soon“ gewisse Entscheidungen zu treffen seien. Wenn dies der Fall sein sollte, wolle er „part and parcel“ der Entscheidung sein. Bis dahin werde er dem Präsidenten sagen, was aus seiner Sicht nötig sei.

Weinberger sprach am 4.2. vor dem Verteidigungsunterausschuß des Bewilligungsausschusses des Repräsentantenhauses davon, daß gewisse Entscheidungen relativ bald getroffen werden müßten, wenn, wie von ihm erhofft, 1994 mit der Dislozierung einer ersten SDI-Phase begonnen werden solle. Von einem Abgeordneten befragt, ob das SDI-Forschungsprogramm im Rahmen der engen Interpretation des Vertrages fortgeführt werden könne, antwortete er, man müsse zur „juristisch richtigen“ Interpretation übergehen („to do an adequate research job leading to deployment, we have to use what we call a legally correct interpretation of the ABM treaty“).

3) Zur Vorbereitung einer Entscheidung in der Interpretationsfrage ist unter Leitung des Rechtsberaters des State Department, Abraham Sofaer, eine erneute Überprüfung der ABM-Vertragsunterlagen eingeleitet worden. Zeitungsmeldungen zufolge ist bei diesen Arbeiten Material gefunden worden, aus dem hervorgeht, daß, entgegen bisheriger Behauptungen der Administration, Sowjets schon seit langem von einer restriktiven Auslegung der Vertragsbestimmungen hinsichtlich „exotischer Technologien“ ausgehen. So habe Karpow in einem Gespräch mit Earle am 16. März 1976 zu erkennen gegeben, daß Sowjets Beschränkungen des Vertrages als nicht nur auf herkömmliche ABM-Systeme, sondern auch auf künftige, auf neueren Technologien beruhende Systeme anzuwenden betrachteten. Ferner gebe es einschlägige Unterlagen über ein Gespräch zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Vertreter in der SCC, Ellis und Starodubow, im Mai 1985, zu einem Zeitpunkt also, der vor der Bekanntgabe der rechtlichen Zulässigkeit einer extensiven Interpretation des Vertrages lag. Damals habe Starodubow die Auffassung geäußert, daß der Vertrag auch die Entwicklung und Erprobung von Strahlenwaffen und neuartigen ABM-Systemen verbiete. Ellis habe eine Auffassung geäußert, die sich mit der Starodubows „überschnitten“ habe, jedoch nicht mit ihr identisch gewesen sei.

Die erneute Überprüfung der Vertragsunterlagen soll noch einige Zeit brauchen. Shultz soll in der Sitzung der National Security Planning Group angedeutet haben, daß für die Überprüfung noch bis zu sechs Monate erforderlich sein könnten. Meese und Weinberger sollen auf einen schnelleren Abschluß der Überprüfung gedrängt haben.

Es bleibt abzuwarten, ob die Überprüfung der Unterlagen letztlich zu dem Ergebnis kommt, daß an der engen Interpretation des Vertrages festgehalten werden sollte. Auf jeden Fall soll durch die gezielte Information der Presse ein

entsprechender Eindruck erweckt werden, um damit eine offenbar für bald befürchtete Entscheidung zu einer weiten Auslegung des Vertrages zu erschweren.

4) Im State Department sagt man uns vertraulich, daß, ungeachtet der Pressemeldungen über die für die Beibehaltung der restriktiven Auslegung des Vertrages sprechenden Unterlagen, eine baldige Entscheidung zum Übergang zu der extensiven Interpretation des Vertrages für möglich gehalten wird. Die Entscheidung könne schon auf der für die nächste Woche vorgesehenen Sitzung der National Security Planning Group fallen. Wenn sie dort nicht zustande komme, könnten dort jedenfalls entscheidende Weichenstellungen erfolgen. Eine erneute Geltendmachung unseres Standpunkts in dieser Frage durch ein Schreiben auf hoher politischer Ebene werde daher für gut gehalten. Allerdings hat man angedeutet, daß unsere Haltung im State Department ohnehin bekannt sei. Da die Entscheidung letztlich im Weißen Haus gefällt werde, spreche vieles dafür, unseren Standpunkt dort „an höchster Stelle“ zu bekräftigen.

5) Im Kongreß hat die Möglichkeit einer baldigen Entscheidung in der Frage der Auslegung des Vertrages bereits zu heftigen Reaktionen geführt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, Fascell, und der Ranking Republican in dem Ausschuß, Broomfield, haben den Präsidenten in einem Brief gedrängt, keine Änderung der Haltung der Administration zur Frage des ABM-Vertrages ohne Konsultierung des Kongresses vorzunehmen. Auf seiten des Streitkräfteausschusses des Repräsentantenhauses haben dessen Vorsitzender Les Aspin und der Abgeordnete Charles Bennett, der sich im vergangenen Jahr für ein Einfrieren der SDI-Mittel ausgesprochen hatte, in einem Brief an den Präsidenten davon gesprochen, daß eine Entscheidung „to seek near term deployment of strategic defenses in violation of the strict interpretation of the ABM treaty is not in our national security interest“. Der Präsident wird aufgefordert, vor einer solchen Entscheidung ausführlich die Joint Chiefs of Staff und die Alliierten zu konsultieren. Über das Schreiben, das u. a. vom Sprecher des Hauses, Jim Wright, unterschrieben ist, und erste Stellungnahmen der Stabschefs der Teilstreitkräfte hat die Botschaft gesondert berichtet (Kurzbericht LW⁶ Nr. 21/87 vom 5.2.1987⁷). Schreiben wird mit Fernkopie übermittelt.⁸

Widerstand auf seiten des Kongresses dürfte in den kommenden Tagen zunehmen und auch zu vergleichbaren Äußerungen gegenüber der Administration auf seiten der Senatoren führen. Bisher hat sich lediglich Senator Dole zu Wort gemeldet. Er äußerte nach einer Begegnung mit dem Präsidenten am 4.2. die Annahme, daß Reagan eine Entscheidung fällen würde, die eine frühzeitige Dislozierung ermögliche.

Im Senat machte man uns darauf aufmerksam, daß, falls bereits in der kommenden Woche eine Entscheidung getroffen werden sollte, dies genau in eine sitzungsfreie Woche beider Häuser fallen würde. Damit könne der Präsident versuchen, den Kongreß wie bei der Entscheidung über die Nichtweiterbeachtung

⁶ Luftwaffe.

⁷ Vgl. den Drahtbericht Nr. 564 des Brigadegenerals Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington; Referat 201, Bd. 143471.

⁸ Für das Schreiben vom 4. Februar 1987 an Präsident Reagan vgl. die Fernkopie Nr. 68 des Botschaftsrats Blomeyer-Bartenstein, Washington, vom 5. Februar 1987; Referat 201, Bd. 143471.

der numerischen Obergrenzen von SALT II⁹ in einer sitzungsfreien Zeit vor vollendete Tatsachen zu stellen.¹⁰

[gez.] van Well

VS-Bd. 11378 (220)

25

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond in Paris

VS-NfD

6. Februar 1987¹

AM *Raimond* hob in der Begrüßung die besondere Bedeutung dieser Konsultationsrunde hervor. Stellenwert deutsch-französischer Zusammenarbeit müsse erneut öffentlich unterstrichen werden, in Worten und in Taten. BM *Genscher* verwies darauf, daß dies sein erster Besuch nach BT-Wahlen² sei. D-F-Zusammenarbeit brauche starken und neuen Impuls. Neue Aufgaben seien sowohl bilateral als auch in Europa hinzugekommen. Bewältigung dieser Aufgaben hänge vorrangig von D und F ab.

AM *Raimond* berichtete über den Besuch von Delors in Paris.³ F stehe seinen Reformvorschlägen (Erhöhung der Finanzierung, Plafondierung der Agrar-

⁹ Am 27. Mai 1986 gab Präsident Reagan bekannt, daß sich die USA künftig nicht mehr an die Bestimmungen des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 gebunden fühlen würden. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 678–682. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 376–379. Vgl. dazu auch AAPD 1986, I, Dok. 157.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter notierte am 27. November 1986, die amerikanische Botschaft habe telefonisch mitgeteilt, „daß der 131. schwere, mit luftgestützten Marschflugkörpern ausgerüstete Bomber am 28. November 1986 in Dienst gestellt werde. [...] Mit der Indienststellung ende die ‚technical compliance‘ mit den Obergrenzen von SALT II. Die USA hielten aber weiterhin an ihrer Politik des ‚interim restraint‘ fest. Poseidon-U-Boote würden innerhalb der nächsten zwei Jahre ‚überholt‘, aber nicht demontiert. Nach Auffassung der Marine könnten diese Poseidon-U-Boote nach Abschluß der Überholungsarbeiten noch für sechs bis zehn Jahre eingesetzt werden.“ Vgl. Referat 240 (220); Bd. 163098.

¹⁰ Ministerialdirigent von Ploetz unterrichtete die Botschaft in Washington am 6. Februar 1987, das Auswärtige Amt habe das Bundeskanzleramt über die Anregung des amerikanischen Außenministeriums informiert, „unseren Standpunkt im Weißen Haus ‚an höchster Stelle‘ zu bekräftigen“. Er selbst habe in einem Telefonat mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, die Dringlichkeit unterstrichen: „Daraufhin erklärte T[eltschik] sich bereit, noch heute in einem Telefonat unsere Argumentation gegenüber dem NSC zu indossieren und zu bekräftigen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 140; VS-Bd. 12127 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

¹ Die „Protokollnotizen zu Konsultationen mit AM Raimond“ wurden von Botschafter Schoeller, Paris, am 8. Februar 1987 mit den Drahtberichten Nr. 290–292 übermittelt. Vgl. Anm. 22 und Anm. 41. Es handelt sich um die „berichtigte Wiederholung“ der gleich nummerierten Drahtberichte vom selben Tag. Vgl. Referat 202, Bd. 151087.

² Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

³ Der Präsident der EG-Kommission, Delors, hielt sich am 22./23. Januar 1987 in Frankreich auf.

ausgaben, Verdopplung der Strukturausgaben in fünf Jahren)⁴ reserviert gegenüber. Dies gelte für PM Chirac noch mehr als für den Quai. Im übrigen gehe er davon aus, daß die Probleme beim HH 87⁵ noch im laufenden Monat geregelt werden. D und F seien sich hier sehr nah. Dies vorausgesetzt, sei F für eine Erhöhung der MwSt.-Eigenmittel auf 1,6 v. H. ab 1988.⁶ Dies sei unerlässlich. Die übrigen Reformvorschläge von Delors müsse man erst noch genauer studieren. Grundsätzlich sei F gegen Plafondierung der Agrarausgaben. Kommission habe bereits eine Reihe von wichtigen, strukturwirksamen Maßnahmen getroffen. Im Agrarbereich sei Einigung zwischen D und F vorrangig, vor allem auch wegen der Bedeutung der bilateralen Beziehungen. Er, Raimond, sei bereit, sich jederzeit umgehend mit BM zu treffen, um wichtige Probleme zu diskutieren.

Die von Delors vorgeschlagene Verdopplung der Strukturfonds halte er für übertrieben. Man müsse dies allerdings noch weiter prüfen, insbesondere eine Reorientierung der Fonds nach geographischen oder sektoriellen Gesichtspunkten.

BM *Genscher*: Er halte ebenfalls eine Erhöhung der EG-Eigenmittel für erforderlich. Zu einem neuen Berechnungsmodus gebe es noch keine Entscheidung. Hier habe man noch viele Fragen. Die Bevorzugung eines Landes sei ein zunehmendes Problem.⁷ Hier gebe es zwei Antworten: Entweder werde kein Land bevorzugt, oder aber auch die Bundesrepublik verlange entsprechende Bevorzugung.

Die Strukturfonds seien zwar wichtig, entscheidend bleibe jedoch, die Entwicklungsunterschiede der einzelnen MS durch Koordinierung der Wirtschaftspolitiken abzubauen. Dem Binnenmarkt komme hier besondere Bedeutung zu. Die Fonds hätten eine flankierende, subsidiäre Rolle. Es sei eine Illusion, allein an die Fonds zu glauben, egal, wie groß sie seien. Dies entspreche der eigenen, deutschen Erfahrung nach Zweitem Weltkrieg. Man habe in Deutschland nicht nur wieder aufbauen müssen, sondern auch, da wichtige Industriezentren in der DDR waren, strukturell umschichten müssen. Alles in allem sei er für eine angemessene Erhöhung der Strukturfonds, nicht jedoch für eine Verdopplung.

Die Agrarpolitik sei tags zuvor Gegenstand der Koalitionsverhandlungen gewesen. Hier seien die Dinge noch im Fluß. Wichtig sei Verständigung mit F. Die Einrichtung der Agrar-AG im Anschluß an den Frankfurter Gipfel⁸ habe sich bewährt. Man brauche jetzt schnell eine Entscheidung auf höchster Ebene. Ag-

⁴ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51.

⁵ Zum EG-Haushalt vgl. Dok. 73, Anm. 6.

⁶ Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau die Erhöhung der EG-Eigeneinnahmen durch Anhebung des Abführungssatzes der Mehrwertsteuer auf 1,4 % spätestens zum 1. Januar 1986 sowie die mögliche Erhöhung auf 1,6 % zum 1. Januar 1988. Diese Maßnahme war jedoch mit dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien verknüpft. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

Auf einer Sondersitzung des EG-Ministerrats am 28./29. März 1985 in Brüssel wurde eine Einigung über die Beitrittsregelung erzielt und die Anhebung der Mehrwertsteuergrenze auf 1,4 % zum 1. Januar 1986 beschlossen. Das war allerdings an die Ratifizierung der Beitrittsverträge gebunden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kudlich vom 1. April 1985; Referat 410, Bd. 136101.

⁷ Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

⁸ Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main wurde beschlossen, eine interministerielle deutsch-französische Konsultationsgruppe zu EG-Agrarfragen einzusetzen. Diese trat am 12. Januar 1987 im Auswärtigen Amt zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats van Edig vom 15. Januar 1987; Referat 202, Bd. 151104. Zu den Konsultationen vgl. AAPD 1986, II, Dok. 312 und Dok. 315.

rarprobleme dürften nicht zu Problemen der deutsch-französischen Zusammenarbeit werden. Für ihn sei es wichtig, dies als gemeinsame Überzeugung mit nach Hause zu nehmen.

AM *Raimond* schlug vor, im Anschluß an nächste Agrarsitzung am 19. Februar⁹ sich erneut mit BM Genscher zu treffen und Bericht an nächsten D-F-Gipfel¹⁰ vorzubereiten. Auf Einwand von *BM*, daß nächster Gipfel Anfang Mai dafür sehr spät sei, schlug AM *Raimond* vor, nach nächster Agrar-AG jeweils getrennte Berichte mit Vorschlägen an PM Chirac und BK Kohl zu geben. Anschließend solle man über eine gemeinsame Sitzung vor nächstem Gipfel entscheiden.

De Boissieu wies ergänzend darauf hin, daß F zunehmend vor dem Problem stehe, in multilateralen Gremien prinzipielle Festlegungen zur Agrarpolitik treffen zu müssen. Dies sei ohne eine vorherige D-F-Einigung nur schwer möglich.

BM *Genscher* wies auf den Zusammenhang zwischen Agrarpolitik und allgemeiner Wirtschaftsentwicklung hin. Er habe befriedigt die positiven Wirtschaftsindikatoren in F zur Kenntnis genommen. In Deutschland habe man Glück gehabt, daß Wahlen bereits im Januar stattgefunden hätten. Er sehe zunehmende Wirtschaftsprobleme, vor allem im Export. Dies werde Auswirkungen auf die Konjunktur und damit auf den Arbeitsmarkt haben. Er glaube nicht, daß die schwachen Auftragseingänge ausschließlich eine Konsequenz des harten Winters seien.

Weitere Ungewißheiten bringe die Entwicklung in den USA. Er könne nicht sehen, wohin dort die Reise gehe. Nach der amerikanischen Kritik am Airbus¹¹ frage er sich, was dann alles noch kommen werde. USA haben kein Recht auf Monopol im Flugzeugbau. Er sei deshalb so besorgt, weil zusätzliche deutsche Anstrengungen, insbesondere eine massive Steuersenkung, nur Erfolg haben,

⁹ Die interministerielle deutsch-französische Konsultationsgruppe zu EG-Agrarfragen tagte am 19. Februar 1987 in Paris. Ministerialdirigent Trumpf vermerkte am 20. Februar 1987, behandelt worden seien die am 18. Februar 1987 im Sonderausschuß Landwirtschaft eingebrachten französischen Vorschläge („sozio-strukturelles Paket“) sowie das „Preispaket“, d. h. Fragen eines möglichen Fortfalls des Währungsausgleichs, eine Fettsteuer und eine Senkung der Agrarpreise. Erneut habe sich gezeigt, „daß D und F in ganz wesentlichen Punkten in der Agrarpolitik nicht übereinstimmen. Eine Gefahr schwerer Konflikte bestünde aber nur dann, wenn die eine Seite die andere im Verhandlungsverlauf in ihr besonders wichtig erscheinenden Fragen überstimmen würde.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168701.

¹⁰ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 in Paris vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

¹¹ Ministerialdirigent Pabsch notierte am 29. Dezember 1986: „Die USA haben in den letzten Tagen erneut Kritik an der – nach US-Auffassung GATT-widrigen – staatlichen Subventionierung des Airbus-Programms geübt und diese Kritik in einen Zusammenhang mit anderen handelspolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und der EG gebracht, die zu einem ‚Handelskrieg‘ führen könnten.“ Die amerikanische Kritik zielt primär darauf, „eine positive Entscheidung der Regierungen der Airbus-Länder über den Start der projektierten Airbus-Langstreckenversionen A 330 und A 340 zu verhindern. Die Frage, ob die Regierungen der Airbus-Länder grünes Licht für den Start dieser neuen Programme geben sollen, ist noch nicht entscheidungsreif.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160430. Am 9. Februar 1987 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Siemes, die amerikanischen Vorwürfe hätten bereits zu zwei informellen Treffen mit Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens am 20./21. März und 25./26. Juni 1986 in Genf geführt: „Eine dritte Gesprächsrunde ist vereinbart, ein Termin noch nicht festgesetzt. In der ersten Februarwoche führten der US-StS im Department of Commerce, Bruce Smart, und der stellvertretende United States Trade Representative, Mike Smith, Gespräche in London, Paris und Bonn, wo die gegensätzlichen Standpunkte noch einmal – zum Teil hart (London) – aufeinanderprallten.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160430.

wenn freier Welthandel nicht gestört werde. Auch hier sei enge Konzertierung zwischen D und F erforderlich.

AM *Raimond* verwies in diesem Zusammenhang auf Notwendigkeit, EWS zu verstärken. Dies habe die Vergangenheit gezeigt. Auch hier müßten D und F ihre Standpunkte annähern.

Auf bilaterale Fragen eingehend, sagte AM *Raimond*, die D-F-Zusammenarbeit werde derzeit ihrem guten Ruf nicht ganz gerecht. Vor allem die Rüstungszusammenarbeit sei, trotz anzuerkennender gemeinsamer Anstrengungen von BM *Wörner* und M. *Giraud*, „en panne“. F wolle weitere Fortschritte, Probleme lägen überwiegend bei D. *Raimond* bat, BM möge seinen Einfluß geltend machen. Andere Entwicklungen seien positiver: so bei *Hermes*¹² (Dank an BM für persönlichen Einsatz), bei *Airbus* sowie bei der geplanten Übernahme von *CGCT* durch *Siemens*¹³. *Raimond* gab den Rat, BM möge diesen letzten Punkt nochmals bei *PM Chirac* ansprechen.¹⁴

BM *Genscher* sagte zu, sich bei der Rüstungskooperation für weitere D-F-Fortschritte einzusetzen. Bei *Hermes* komme es jetzt darauf an, die deutschen industriellen und technologischen Interessen angemessen zu berücksichtigen. Derzeit würden in der Bundesrepublik die Weichen für die zukünftige Weltraumpolitik gestellt. Er stehe einer europäischen bemannten Raumfahrt positiv gegenüber. Beim derzeitigen technologischen Wettlauf könne der, der nicht mitmache, den Rückstand nie wieder aufholen. Er bleibe „zahlender Passagier“.

Noiville beklagte auf Rückfrage die schlechten Erfahrungen, die man bei *Columbus* mit den USA gemacht habe.¹⁵ Man habe nicht den Eindruck, daß USA gewillt seien, Europa als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren.

BM *Genscher* bestätigte, dies sei auch die deutsche Auffassung. Dies sei ein weiteres Argument für die eigene, europäische Raumfahrt. BM dankte für den Hinweis zu *CGCT*. Von einer funktionierenden Zusammenarbeit im Telekommunikationssektor gehe eine wichtige Signalwirkung für die Beziehungen aus.

Bei der kulturellen Zusammenarbeit habe er das Gefühl, man müsse nachdrücklicher an der Umsetzung der Frankfurter Beschlüsse¹⁶ arbeiten. Der Trend zur

¹² Zum *Hermes*-Projekt vgl. Dok. 13, Anm. 6.

¹³ In der Presse wurde berichtet, das französische Wirtschafts- und Finanzministerium wolle im Rahmen der Privatisierung die staatliche Telefongesellschaft „Compagnie Générale de Constructions Téléphoniques“ (*CGCT*) für 500 Millionen Francs verkaufen. Kaufinteressenten könnten sich bis 2. März 1987 melden. Dabei könnten ausländische Interessenten maximal 20 Prozent der Anteile erwerben. Vgl. dazu den Artikel „Paris nennt Kaufpreis für *CGCT*“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Februar 1987, S. 19.

¹⁴ Vortragender Legationsrat *Jess* vermerkte am 12. Februar 1987, Bundesminister *Genscher* habe im Gespräch mit Ministerpräsident *Chirac* am 6. Februar 1987 in Paris „nochmals das Interesse der Bundesregierung an einem Ankauf der Firma *CGCT* durch *Siemens* hervorgehoben. *PM* äußerte sein Bedauern, daß Gespräche über eine Zusammenarbeit der französischen Hightechologie-Firma *MATRA* mit *Siemens* auf dem Gebiet der Radio-Telefonie bisher zu keinem Erfolg geführt hätten, und bemerkte hierzu, er wolle der Angelegenheit nochmals nachgehen.“ Vgl. Referat 202, Bd. 151087.

¹⁵ Zu den Verhandlungen der ESA-Mitgliedstaaten mit den USA über eine Beteiligung an der Internationalen Raumstation vgl. Dok. 13.

¹⁶ Für den Wortlaut der bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung über kulturelle Zusammenarbeit vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 661–664.

Abschaffung der zweiten obligatorischen Fremdsprache in Frankreich gehe zu Lasten der deutschen Sprache.

AM *Raimond* betonte, er setze sich nach Kräften für die Beibehaltung der obligatorischen zweiten Fremdsprache ein. Dies sei im übrigen für ihn das einzige Mittel, im Ausland der Zurückdrängung des Französischen entgegenzuwirken.

BM *Genscher*: Die erste Phase des Personalaustausches zwischen beiden Ministerien sei gut verlaufen.¹⁷ Es komme darauf an, die noch ausstehenden Teile davon umgehend zu implementieren und den Austausch weiter auszubauen. Die Zentralabteilungen müßten angewiesen werden, eine Fortsetzung des Programms vorzubereiten. Er sei bereit, auch im Sicherheitsbereich sowie im Handelsbereich einen Austausch vorzusehen, vielleicht gerade in der für Agrarprobleme zuständigen Einheit. Er schlug gemeinsamen Beschluß vor: Zentralabteilungen werden beauftragt, bis zum nächsten regulären Außenministertreffen entsprechende Vorschläge vorzulegen.

AM *Raimond* stimmte dem zu.

BM *Genscher* bat um enge Koordinierung der Zusammenarbeit im Sicherheitsrat. F habe hier den Vorteil ständiger Präsenz. Die derzeitige Konstellation – sechs der sieben Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels im Sicherheitsrat¹⁸ – sei besonders günstig. Dies sei zu einer engeren Zusammenarbeit und einer Harmonisierung der Standpunkte zu nutzen.

AM *Raimond* war damit einverstanden.

BM *Genscher* sprach seinen Dank aus, daß Präsident Mitterrand und PM Chirac im Mai bzw. im Juli nach Berlin reisen.¹⁹ Dankte ebenfalls für Teilnahme des französischen Botschafters²⁰ am Neujahrskonzert in Ost-Berlin.²¹ Im nachhinein habe sich gezeigt, daß es richtig gewesen sei, der Einladung Folge zu leisten.²² Vor allem sei das schrille politische Signal einer Absage vermieden worden.

AM *Raimond* äußerte sich anschließend zur Einladung RBM Dieppen nach Ost-Berlin.²³ F sei hier noch zögernd, ähnlich, wenngleich schwächer, wohl auch GB. Es stelle sich die Frage der Vereinbarkeit mit dem Berlin-Status. Dies sei

¹⁷ Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris wurde ein regelmäßiger Personalaustausch zwischen den Außenministerien beider Länder beschlossen, um die Zusammenarbeit zu vertiefen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 61.

Am 20. Januar 1987 vermerkte Referat 101, für 1986 seien folgende Schritte vereinbart worden: „Höherer Dienst: Für ein Jahr Austausch von Mitarbeitern der Planungsstäbe und KSZE-Referate; dreimonatige Kurzaufenthalte im Fachbereich Sprachförderung, Kulturinstitute und Auslandsschulen. Gehobener Dienst: Austausch von Beamten der Rechtsabteilungen für jeweils drei Monate; Entsendung von Beamten an Konsularvertretungen des Partnerstaates für jeweils drei Monate.“ Vgl. Referat 202, Bd. 151106.

¹⁸ Neben Frankreich, Großbritannien und den USA, die mit einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat vertreten waren, gehörten 1987/88 auch die Bundesrepublik, Italien und Japan dem VN-Sicherheitsrat an.

¹⁹ Anlässlich des 750. Stadtjubiläums besuchte Staatspräsident Mitterrand Berlin (West) am 11. Mai 1987 und Ministerpräsident Chirac am 1./2. Juli 1987.

²⁰ Joëlle Timsit.

²¹ Zum Eröffnungskonzert zur 750-Jahr-Feier Berlins am 1. Januar 1987 in Ost-Berlin vgl. Dok. 16, Anm. 4.

²² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 291 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²³ Zu den Einladungen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dieppen, vom 8. Oktober 1986 vgl. Dok. 5, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 16.

ein Grundsatzproblem. Deutsche Seite gehe wohl davon aus, daß es allein deshalb schon nicht zum Besuch Diepgens komme, weil Honecker Gegeneinladung nach West-Berlin keine Folge leisten könne. Frankreich sei von der gesamten Konstruktion nicht überzeugt. Statusfragen wirkten zwar manchmal surrealistisch. Spätestens im Fall einer Krise werde es jedoch ernst. Dann müsse der Berlin-Status einen sicheren Schutz gewährleisten. Er, Raimond, wolle bei alledem betonen, daß er keine Hintergedanken habe.

BM *Genscher* dankte für Bereitschaft zur grundsätzlichen Erörterung der gesamten, sehr komplizierten Frage. Für ihn sei Vier-Mächte-Abkommen²⁴ von zentraler Bedeutung. Er selbst sei für dessen peinlichste Einhaltung. Verletzungen desselben könne der Osten leichter ausnutzen, da für ihn die machtpolitischen Hebel leichter einsetzbar seien. BM merkte an, er habe 1970 mit Rücktritt gedroht, als SPD plante, Moskau-Vertrag²⁵ zu ratifizieren, bevor Vier-Mächte-Abkommen ausgehandelt war.

Dies vorausgeschickt, müßten verschiedene Überlegungen berücksichtigt werden. Zum einen sei da der Umstand, daß Diepgen offenkundig nach Ost-Berlin wolle und dabei von der Mehrheit im Abgeordnetenhaus, d.h. CDU, SPD und Grünen, unterstützt werde. FDP sei demgegenüber eher zögernd, ebenso wie er, Genscher. Vor diesem Hintergrund wäre das Schlimmste, wenn der Eindruck entstünde, die Alliierten hinderten Diepgen an seinen Reiseplänen.

Anderer Umstand sei, daß Honecker mit Sicherheit Besuch in West-Berlin ablehnen werde, da Bundeskanzler und Bundespräsident anwesend seien. Er, BM, frage sich allerdings, ob diese ganze Konzeption sehr weise sei. In ein paar Wochen werde man zwei Absagen, nämlich die von Diepgen und die von Honecker, haben. Dies sei den deutsch-deutschen Beziehungen nicht dienlich.

Dritter Umstand sei, daß er, BM, nach eingehender Prüfung keine Statusverletzung sehe. Daher bitte er um Zustimmung, daß Einladung an Honecker gesandt werde. F gehe damit kein Risiko ein. Dies sei das einzige Mittel, einen Ausweg aus der verworrenen Lage zu finden. F könne im übrigen in der Vierergruppe die Erwartung aussprechen – ohne diese zu konkretisieren –, daß Status von Berlin nicht verletzt werde.

AM *Raimond* sagte zu, er wolle sich in diesem Sinne bei Präsident und Premierminister verwenden. Er benötige allerdings ein paar Tage.

Er berichtete anschließend kurz über den Besuch von DDR-AM Fischer in Frankreich.²⁶ Fischer habe auf ihn einen relativ aufgeschlossenen Eindruck gemacht, offener jedenfalls als russische Gesprächspartner. Im Rahmen KSZE-Erörterung habe er, Raimond, MR-Politik der Zwölf vorgetragen. Fischer habe mitgeschrieben und Vorbehalte zu erkennen gegeben. DDR wünsche mehr institutionalisierte Begegnungen mit F, ähnlich wie zwischen F und D. Raimond

²⁴ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

²⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

²⁶ Der Außenminister der DDR, Fischer, besuchte Frankreich am 29./30. Januar 1987.

versicherte in diesem Zusammenhang, Honecker werde nicht nach Frankreich eingeladen, bevor er nicht in der Bundesrepublik gewesen sei.²⁷

BM *Genscher* dankte nachdrücklich und nannte dies eine wichtige Erklärung. Fischer habe, ebenso wie auch Honecker, viel durch internationale Kontakte gelernt. Früher seien Begegnungen mit ihnen komplizierter gewesen.

Die deutsch-deutschen Beziehungen verliefen im übrigen zufriedenstellend. So hätte es 1986 für 500 000 Personen unterhalb des Rentenalters Besuchsgenehmigungen für den Westen gegeben. Dies sei eine erstaunliche Verbesserung gegenüber früher. Auch in schwierigen Phasen deutsch-sowjetischer Beziehungen habe die DDR nur die notwendigsten Pflichtübungen gegenüber der SU erbracht.

Man müsse allerdings auch klar die Motive der DDR-Führung sehen. Honecker habe schwierigen Stand im Warschauer Pakt. Stabilitätsbedrohend seien das Fehlen einer nationalen Identität, die doppelte Medienlandschaft sowie die familiären deutsch-deutschen Bindungen. All das, was er an menschlichen Erleichterungen zulasse, diene seiner Reputation und damit auch der Stabilität des Regimes, dem im übrigen die Bevölkerung nicht zustimme.

AM *Raimond* kam auf Beziehungen zur Türkei zu sprechen. Haltung zu bevorstehendem türkischen EG-Beitrittsantrag²⁸ bereite Kopfzerbrechen. Man könne nicht brutal „nein“ sagen. Für F stünden allerdings im Vordergrund konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zur Gemeinschaft.

BM *Genscher* bemerkte, er sehe derzeit keine Möglichkeit für einen Beitritt. Vorrangig sei, die Assoziation wieder zu beleben.²⁹ Die Finanzhilfe aus dem

²⁷ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

²⁸ Die türkische Regierung stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 93 und Dok. 136.

²⁹ Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah, also bis zum 1. Dezember 1986. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

Am 16. September 1986 fand in Brüssel eine Sitzung des Assoziationsrats EG–Türkei auf Ministerienebene statt. Referat 411 notierte dazu am 19. September 1986: „Die eigentliche Bedeutung des Assoziationsrates bestand in der Tatsache, daß er erstmalig seit fünf Jahren überhaupt und ohne Eklat getagt hat.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144908.

Am 27. November 1986 übermittelten die Europäischen Gemeinschaften der Türkei ein vom EG-Ministerrat am 24. November 1986 beschlossenes Verhandlungsangebot zur Durchführung des Artikels 12 des Assoziationsabkommens. Referat 411 erläuterte am 8. Dezember 1986, das Angebot sehe vor: „abschließende Regelung der Freizügigkeit (ergibt sich aus der Überschrift); völlige Kontrolle des Zugangs türkischer Arbeitnehmer von außerhalb der Gemeinschaft (Art. 6) sowie von Arbeitnehmern innerhalb der Gemeinschaft (Art. 6); Trennung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Letztere in nationaler Zuständigkeit (Art. 8); Beschränkung des Familiennachzugs auf die Arbeitnehmer der ersten Generation (Art. 3). Nachzugsalter für Kinder nach nationaler Regelung (Art. 3); Verbleiberecht für türkische Arbeitnehmer unter gewissen Voraussetzungen (Art. 5); schulische Betreuung zur Förderung der Integration (Art. 4); Gleichbehandlung mit EG-Arbeitnehmern hinsichtlich Rechte aufgrund Arbeitnehmertätigkeit (Art. 2). Ferner enthält das Angebot eine Klausel (Art. 10), die Griechenland eine Ausnahme von der Freizügigkeitsregelung ermöglicht.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144909. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 368.

4. Finanzprotokoll müsse deblockiert werden.³⁰ Was die Freizügigkeit EG-Türkei betreffe, so sei die Bundesrepublik Hauptbetroffene. Beispiele: Türkische Bevölkerung in West-Berlin größer als drittgrößte Stadt in der Türkei, in Frankfurt derzeit viermal mehr Moscheen in Bau als Kirchen.

BM Genscher erläuterte auf Bitten von AM Raimond seine Rede von Davos.³¹ Der SU müsse gezeigt werden, daß die Fortsetzung ihrer Politik der Öffnung im Westen auf positive Resonanz stoße. Für Gorbatschow sei es eine riskante Politik, G. sei sich dieser Risiken wohl auch bewußt. Eine Politik der Öffnung sei per definitionem gegen das bestehende System gerichtet. Man müsse sich nur einmal vorstellen, wie die Freilassung Sacharows³² als Signal auf ZK, Parteikader, schweigende Mehrheit sowie Kritiker gewirkt haben muß. Fazit sei für den Westen, daß eine sich öffnende SU besser als eine verschlossen bleibende sei. Dies müsse man deutlich zum Ausdruck bringen. Der KSZE-Prozeß sei für den Westen der Fahrplan, mit dem die russische Öffnungspolitik begleitet werden könne. Ohne KSZE sei überhaupt Gorbatschow nicht denkbar.

Ob G. Erfolg haben werde mit seiner Politik, bleibe abzuwarten. Widerstände seien von verschiedener Seite zu erwarten. Hauptproblem sehe er in den Schwierigkeiten der faktischen Umsetzung. Damit hätten bisher alle russischen Herrscher zu tun gehabt. Stichwort: Der Zar ist weit. Dies werde auch G.s Problem sein.

Für die Bundesrepublik stelle sich in besonderem Maße die Sicherheitsfrage. Reykjavik³³ habe gezeigt, welche Entwicklungen plötzlich möglich seien. Man müsse sehen, wie sich der dort eingeleitete Prozeß weiter entwickle. Die Mehrheitsverhältnisse im amerikanischen Kongreß³⁴ seien jedenfalls für eine Fortsetzung der Verhandlungen mit der SU günstig, im Gegensatz zu anderen Aktionsfeldern wie Nahost oder Zentralamerika, wo Reagan vom Kongreß gebremst werde. Andererseits sei auch eine SDI-Stationierung nicht auszuschließen.

Komme es zu Veränderungen im Nuklearbereich, stelle sich mit besonderer Dringlichkeit die Frage nach dem konventionellen Gleichgewicht. D sei zwar am unmittelbarsten betroffen, die anderen europäischen Staaten seien jedoch sicher-

³⁰ Zur Finanzhilfe der Europäischen Gemeinschaften für die Türkei führte Referat 411 am 13. März 1987 aus: „Zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Türkei hat die Gemeinschaft im Rahmen der Assoziation mit der Türkei Finanzprotokolle geschlossen. Die ersten drei Protokolle (Laufzeit: 1964–1969, 1973–1976, 1979–1981) waren mit insgesamt knapp 705 Mio. Europäische Rechnungseinheiten ausgestattet. 1980 kam eine Sonderhilfe von 75 Mio. ECU hinzu. Das 3. Finanzprotokoll sollte an sich Ende 1981 durch das bereits ausgehandelte 4. Finanzprotokoll über 600 Mio. ECU (ca. 1300 Mio. DM) abgelöst werden. Wegen der Machtübernahme durch die Militärs in der Türkei im gleichen Jahr und der darauf folgenden starken Abkühlung im Verhältnis EG-Türkei wurde das 4. Finanzprotokoll bis heute von der EG-Kommission nicht dem EG-Ministerrat zur Genehmigung vorgelegt.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144910.

³¹ Zur Rede des Bundesministers Genschers am 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

³² Der sowjetische Atomphysiker Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt. Am 19. Dezember 1986 gab der sowjetische Stellvertretende Außenminister Petrowskij bekannt, Sacharows Verbannung sei aufgehoben worden. Sacharow und seiner Ehefrau Jelena Bonner seien die Rückkehr nach Moskau und die Wiederaufnahme wissenschaftlicher Tätigkeit erlaubt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, Z 16.

³³ Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

³⁴ Seit den Wahlen zum Repräsentantenhaus bzw. den Teilwahlen zum Senat am 4. November 1986 in den USA besaßen die Demokraten im Senat 55 Vertreter und die Republikaner 45; im Repräsentantenhaus stellten die Demokraten 260 Abgeordnete, die Republikaner 175.

heitspolitisch „im gleichen Boot“. Ob man in diesem Boot in der Mitte oder mehr am Rande sitze, sei letztlich gleich: Im Fall des Kenterns falle jeder ins Wasser. Wichtig sei die europäische Abstimmung in der WEU. Das Treffen der AM in Luxemburg³⁵ habe ihn sehr ermutigt.

Man müsse von einer klaren östlichen Überlegenheit bei der konventionellen Angriffskapazität ausgehen. Er, BM, sage dies, ohne die Verteidigungskapazität des Westens zu unterschätzen. Deshalb sei die in Halifax getroffene Vereinbarung zur konventionellen Rüstungskontrolle³⁶ so wichtig.

Bereitschaft zur Verhandlung müsse allerdings einhergehen mit der Entschlossenheit zur Stärkung der eigenen Kräfte, solange es zu keinen Ergebnissen komme. Er, BM, sei damals für die Nachrüstung gewesen. Die Intervention von Mitterrand habe er noch in dankbarer Erinnerung.³⁷ Damals war der SU zu zeigen, daß sie keine Chance hatte, militärische Überlegenheit in politischen Druck umzusetzen. Darin habe die eigentliche Bedeutung der Nachrüstung gelegen. Die alte SU-Führung habe dies nicht verstanden. Er hoffe, dies sei bei der neuen russischen Führung anders.

Er, BM, habe Gorbatschow gesagt, daß SU sich heute in besonders vorteilhafter Lage befinde.³⁸ SU könne sicher sein, daß sie von ihren westlichen hochindustrialisierten Nachbarn nicht angegriffen werde. Dies sei gegenüber früheren Zeiten eine einschneidende Änderung. SU müsse dazu gebracht werden, sich zu fragen, weshalb bei dieser Konstellation soviel Militär erforderlich sei.

Im Zeichen deutscher Festigkeit stehe auch die Verlängerung der Wehrpflicht³⁹ sowie die Diskussion, ob Frauen Wehrdienst leisten sollten. Die Bundeswehr werde ihre Stärke erhalten, unbeschadet schwacher Geburtenjahrgänge. Es sei wichtig, daß diese Botschaft deutlich würde. Ebenso wichtig sei es, mit Verhandlungen über den Abbau der östlichen konventionellen Überlegenheit, insbesondere der Invasionsfähigkeit, zu beginnen. Er sei froh, daß sich F und USA geeinigt hätten.⁴⁰ ⁴¹HLTF-Sitzung vom Vortage sei seines Wissens gut verlaufen.⁴² Es dürfe nicht dazu kommen, daß SU zu Verhandlungen über konventionelle Truppenreduzierung bereit sei, während der Westen dies nicht sei.

³⁵ Am 13./14. November 1986 fand in Luxemburg die WEU-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 330.

³⁶ Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

³⁷ Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 142. Sitzung, S. 8978–8992.

³⁸ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.

³⁹ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

⁴⁰ Zum amerikanisch-französischen Kompromiß in der Frage des Forums für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. AAPD 1986, II, Dok. 352 und Dok. 359.

⁴¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 292 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁴² Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, teilte am 5. Februar 1987 mit, in der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO hätten sich alle Teilnehmer „zu den Beschlüssen vom 11.12.1986“ bekannt: „F stellte erstmals ausdrücklich klar, daß – falls ein befriedigendes

Er, BM, wolle jetzt noch etwas zu den INF sagen. Auch hier müsse man offen über die westlichen Verhandlungsziele reden. Man dürfe nicht vergessen, daß die SS-4 und SS-5 bereits stationiert waren, als die SS-20 kamen. Als Teil des nicht-öffentlichen Deals nach der Kuba-Krise hätten damals USA ohne größeres Aufsehen ihre entsprechenden Raketen aus der Türkei, Italien und GB zurückgezogen.⁴³ SU hätten also bereits vor der SS-20-Phase INF-Kräfte gegen Europa unterhalten. Mit der Stationierung der SS-20 hätten sie den Fehler gemacht, die westliche Standhaftigkeit zu unterschätzen. Jetzt hätten auch die USA entsprechende INF stationiert. Komme es also zur Null-Lösung, stehe der Westen im Ergebnis besser da als vorher, d. h. vor der SS-20-Stationierung. Es bleibe das Problem russischer Überlegenheit bei den SRINF. Deshalb sei die Koppelung der Null-Lösung mit der Verpflichtung zu Verhandlungen über SRINF so wichtig. Europäer müßten hier gemeinsame Haltung entwickeln. Im übrigen weise auch Honecker bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, daß im Falle einer Einigung auch DDR-Territorium von SRINF befreit würde. Offenbar gebe es hier SU-Zusagen, die die DDR durch entsprechende öffentliche Äußerungen absichern wolle.

AM Raimond entgegnete, er teile zu 90 v. H. die Einschätzung zu Gorbatschow. G. sei viel intelligenter als seine Vorgänger. Dies sei auch besser für den Westen. Auch er sehe als Hauptproblem, daß der russische Generalsekretär weit weg von der praktischen Umsetzung von Reformmaßnahmen sei.

Einiges sehe er, Raimond, jedoch anders. Zu echten Reformen gehöre auch Änderung der Menschenrechtspolitik. Hier sehe er noch nichts Neues. Weiter gehe er davon aus, daß Gorbatschow bald merken werde, daß er mit seinen Reformbemühungen an die Grenzen des Systems stoße. Was dann geschehe, wisse man nicht. Insgesamt nehme Frankreich eine Haltung doppelter Wachsamkeit ein: zum einen positive Wachsamkeit beim Registrieren von Veränderungen, dabei keine Möglichkeit auszulassen, das Positive zu unterstützen. Zum anderen Wachsamkeit, noch keine Konzessionen als Gegenleistung für unverbindliche Reformbemühungen zu machen, die zu Lasten der eigenen Interessen gingen. Dies betreffe vor allem Konzessionen im Sicherheitsbereich.

F wolle die Null-Lösung nicht in Frage stellen. F sei auch mit der Koppelung von Verhandlungen über SRINF einverstanden. Diese Verhandlungen dürften jedoch nicht dazu führen, daß auch bei SRINF eine Null-Lösung avisiert werde.⁴⁴ Shultz habe ihm auf entsprechende Fragen keine Antwort geben können. Hierzu müßten im Rahmen der WEU weiter Beratungen geführt werden. Eine europäische Position sei zu SRINF unverzichtbar. Dabei müsse man französische und britische Nuklearkräfte ausklammern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 117

Ergebnis der KRK-Mandatsverhandlungen erreicht werde – auch nach seiner Auffassung die eigentlichen Verhandlungen zu 23 stattfinden würden.“ Von amerikanischer Seite sei vorgeschlagen worden, „den von der HLTF erarbeiteten Leitlinien für die westlichen Unterhändler für die KRK-Mandatsverhandlungen (Wegener-Papier)“ nunmehr unverzüglich zuzustimmen und damit den Weg für die Absendung der Einladung an die sieben WP-Staaten in Wien freizugeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 162; VS-Bd. 13472 (212); B 150, Aktenkopien 1987.

⁴³ Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 2, Anm. 5.

⁴⁴ Vgl. dazu die Ausführungen des französischen Außenministers Raimond bei der NATO-Ministerrats-tagung im kleinsten Kreis am 11. Dezember 1986 in Brüssel; AAPD 1986, II, Dok. 363.

Die Brüsseler Vereinbarung zum doppelten Verhandlungsstrang KSZE und Allianz müsse beibehalten werden. F könne es nicht zulassen, daß Allianzverhandlungen zu stark in den Vordergrund rückten. Daraus würden erfahrungsgemäß Verhandlungen zwischen den USA und der SU, während die anderen Mitglieder an den Rand gedrängt würden.

BM *Genscher* sagte, ihm liege daran, die von Raimond erwähnten restlichen 10 v.H. Differenz zu dem Themenbereich zu durchleuchten. Was Gorbatschow betreffe, so gehe es ihm, BM, darum, daß G. beim Wort genommen werde. D.h., man müsse klar machen, daß jetzt Worten Taten zu folgen hätten. Der Westen müsse G. politisch ermutigen.

Man könne sich fragen, wohin G. wolle. Sicherlich nicht zum Modell westlicher Demokratie. G. wolle modernisieren, nicht jedoch liberalisieren. Er wolle mehr Effizienz. Anders als Dubček wolle er innerhalb des Systems bleiben. Ob er dies könne, ohne das System zu sprengen, ohne zu liberalisieren, bleibe abzuwarten. Dies sei Gorbatschows Risiko.

Zur Sicherheit: Er betone, daß auf Strategie der Abschreckung nicht verzichtet werden könne. Gerade D werde als erstes Land von Krieg betroffen, sei es konventionell, sei es nuklear. Für D sei daher Garantie der Kriegsverhütung besonders wichtig. Deshalb sei seine, BMs, erste Reaktion zu SDI auch gewesen: Ein Krieg in Europa dürfe dadurch nicht wieder führbar werden.

Die nukleare Abschreckung könne durch eine konventionelle Abschreckung nicht ersetzt werden. Ein konventionelles Gleichgewicht allein schrecke, wie der Krieg von 1914 gezeigt habe, nicht ab. Die nukleare Komponente werde daher im Sicherheitsbereich noch lange Zeit erforderlich bleiben.

Jedoch: Reagan habe erklärt, die nukleare Abschreckung sei unmoralisch.⁴⁵ Dieser Logik seien auch die Gespräche gefolgt, die in Reykjavik geführt worden seien. Deshalb könne man sich nicht der Frage nach den Konsequenzen im konventionellen Waffenbereich entziehen. Er leite daraus die Forderung an die SU ab: zum einen Abbau der Überlegenheit bei Kampfpanzern, Hubschraubern, Flugzeugen und anderen Angriffswaffen.

Zum anderen müsse die strukturelle russische Invasionsfähigkeit beseitigt werden.

Was die SRINF in diesem Zusammenhang anbelange: Hier gehe es weder um eine Null-Lösung noch um ein Einfrieren bestehender Stärken. Unser Ziel sei vielmehr eine Verringerung bei Festlegung gleicher Obergrenzen.

AM *Raimond* bemerkte, damit stelle er hundertprozentige Übereinstimmung fest.

BM *Genscher* verwies darauf, daß D mit F in der Frage des Verhandlungsforums einer Meinung gewesen sei. Auch D wolle kein Duplikat der Genfer Verhandlungen. Dabei denke er daran, daß gerade die N+N-Länder gute De-facto-Verbündete seien. Länder wie z.B. Jugoslawien sähen viele aus der russischen militärischen Bedrohung resultierende Probleme realistischer. Im übrigen glaube er, BM, daß gerade D und F Hauptrolle bei den Verhandlungen zukommen werde.

⁴⁵ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

AM *Raimond* stellte fest, daß Positionen von D und F sehr nahe seien. F und D seien in dieser Frage näher als F und GB. F könne der Linie folgen, wenn D und F eng zusammenblieben. Er bat um Hilfe bei der Forumsfrage.

BM *Genscher* schlug vor, vor dem nächsten Gipfel im Rahmen eines „Gymnich-type“-Treffens⁴⁶ der Außen- und Verteidigungsminister Stand der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zu erörtern. AM *Raimond* war damit einverstanden.

BM bat weiterhin darum, daß F die Einladung zur Teilnahme am Vierertreffen der Direktoren annehme.⁴⁷ Wir hätten wichtiges Interesse daran, in diesem Forum den USA unsere Meinung mitzuteilen.

AM *Raimond* sagte Prüfung zu. Derartige Treffen sollten allerdings die Ausnahme bleiben.

BM *Genscher* äußerte auf Frage Raimonds zur WEU-Erweiterung, auch er sei für die spanische Mitgliedschaft (Ergänzung von D²⁴⁸: allerdings langsamer, als von F befürwortet).⁴⁹ BM wies darauf hin, daß auch Norwegen Mitgliedschaft anstrebe. Dies sei sehr wichtig, Norwegen habe strategisch bedeutsame Rolle. Damals habe man leider Fehler gemacht, Norwegen EG-Beitritt durch klein-kariertes Verhandeln zu erschweren.⁵⁰ Wäre Norwegen heute in der EG, hätte Dänemark, weil nicht isoliert im Nordischen Rat, weniger Bündnisprobleme. Bei WEU-Beitritt sei natürlich von jedem neuen Mitglied zu akzeptieren, was bisher an gemeinsamer Politik vereinbart worden sei.

AM *Raimond* vertrat Auffassung, daß SU gerade in gegenwärtiger Phase Bedürfnis haben werde, andere Ostblock-Staaten unter Kontrolle zu haben.

BM *Genscher* stimmte dem zu. Mehr noch: Er glaube, daß diese Länder ihrerseits Vorbehalte gegen politische Entwicklung in SU hätten. Ihm gebe zu denken, daß russischer AM bei Besuch in DDR nur von AM Fischer begrüßt worden sei.⁵¹ Dies sei nicht viel. Er könne sich Reaktion vorstellen, wie sie damals auch nach Chruschtschows politischen Reformen zu beobachten war: „Diese Reformen brauchen wir nicht, da wir sie im eigenen Land bereits verwirklicht haben.“

Referat 202, Bd. 151087

⁴⁶ Zu den „Gymnich-type-Treffen“ vgl. Dok. 4, Anm. 29.

⁴⁷ Beim Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 26. Januar 1987 in Washington, bei dem die Erörterung der Ost-West-Beziehungen, insbesondere die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen, die KSZE, künftige Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle und die jeweiligen bilateralen Beziehungen zur UdSSR im Mittelpunkt standen, stellte Frankreich „offenbar aus prinzipiellen Erwägungen den bisherigen Rhythmus des Vierergesprächs in Frage“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 653 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 29. Januar 1987 an die Botschaften in London, Paris und Washington; VS-Bd. 13012 (204); B 150, Aktenkopien 1987. Zum Treffen der Politischen Direktoren am 27. Februar 1987 vgl. Dok. 66.

⁴⁸ Hermann Freiherr von Richthofen.

⁴⁹ Zur Frage eines WEU-Beitritts Spaniens vgl. Dok. 23, Anm. 12.

⁵⁰ Norwegen unterzeichnete am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973. Am 25./26. September 1972 sprachen sich bei einer Volksabstimmung 54% der Abstimmenden gegen und 46% für einen Beitritt aus. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

⁵¹ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die DDR vom 2. bis 4. Februar 1987.

26

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit Staatspräsident Mitterrand in Paris**

VS-NfD

6. Februar 1987¹

Mitterrand beglückwünschte BM zum Wahlergebnis 25. Januar.² Für seine Mühen sei er reich belohnt worden.

BM erläuterte, Koalitionsverhandlungen würden sich auf die Themen Steuer, Renten und Krankenversicherungsreform konzentrieren. Eine erhebliche Senkung sei erforderlich, damit Steuersystem sozial gerechter werde und konjunkturell ungünstigen Entwicklungen entgegengewirkt werden könnte. Zur Rentenreform habe Verfassungsgericht Entscheidung getroffen, ohne allerdings zu sagen, wie die hierdurch notwendige Finanzierung erfolgen könne.

Mit AM Raimond habe er u. a. Entwicklung des europäischen Binnenmarktes und den besorgniserregenden Stand der handelspolitischen Beziehungen der Gemeinschaft zu den USA erörtert.³ Im agrarpolitischen Bereich habe man eine Konfrontation vermeiden können. Jetzt seien USA bemüht, gegen Airbus Front zu machen.⁴ Allgemein sei zu befürchten, daß in den USA protektionistische Kräfte weiter an Einfluß gewinnen würden. Hierbei denke er auch an den Bonner Wirtschaftsgipfel.⁵ Die damalige Haltung *Mitterrands* werde durch die heutige Entwicklung bestätigt. *Mitterrand* hierzu: Er sei seinerzeit nicht liebenswürdig gewesen. Jetzt komme es darauf an, eine einheitliche europäische Haltung gegenüber den USA zu entwickeln und zu verfolgen.

BM bejahte – eine einheitliche Haltung sei auch im Sicherheitsbereich erforderlich. Er habe deshalb mit AM Raimond ein Gymnich-type-Treffen⁶ vereinbart, um ausschließlich Sicherheitsfragen zu erörtern. Die Verteidigungsminister⁷ sollten hinzugezogen werden. *Mitterrand* stimmte dem zu.

Präsident kam zurück auf USA, wo sich Anzeichen für eine bevorstehende schwere Krise häuften. Die amerikanische Regierung versuche, für ihre Probleme andere verantwortlich zu machen und Druck nach außen auszuüben. Hierzu gehörten auch ihm unverständliche Initiativen gegen den europäischen Airbus.

Für *BM* gehört zum freien Welthandel auch eine europäische Flugzeugindustrie. Die Firma Boeing habe mit ihrer Langstreckenversion hohe Gewinne gemacht, was ihr einen aggressiven Wettbewerb bei Mittel- und Kurzstreckenflugzeugen

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Schoeller, Paris, mit Drahtbericht Nr. 316 vom 8. Februar 1987 übermittelt.

² Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5.

³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond am 6. Februar 1987 in Paris vgl. Dok. 25.

⁴ Zur Kritik der USA an der Subventionierung des Airbus-Programms vgl. Dok. 25, Anm. 11.

⁵ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 112 und Dok. 113.

⁶ Zu den „Gymnich-type-Treffen“ vgl. Dok. 4, Anm. 29.

⁷ André Giraud (Frankreich) und Manfred Wörner (Bundesrepublik).

erlaube. Auch die Europäer müßten Langstreckenversionen des Airbusses bauen. *Mitterrand*: Ja, durchaus richtig.

Zur Frage Mitterrands nach Entwicklung der EG erläuterte *BM*, die Bundesregierung habe sich im Hinblick auf den ER im Mai oder Juni⁸ noch kein Urteil über die neuen Vorschläge der Kommission⁹ gebildet. Vorrangig sei eine deutsch-französische Einigung über eine gemeinsame Agrarpolitik. Man könne sich hier nicht unterschiedliche Positionen leisten. *Mitterrand* stimmte dem zu. *BM* weiter: Die Lage der Bauern in der Bundesrepublik sei wirtschaftlich schlecht, was zum Teil die Verluste der CDU bei den letzten Wahlen erkläre.¹⁰ Auf Frage von *Mitterrand*, ob dies vor allem für Bayern gelte, erwiderte *BM*, auch im Norden. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Agrarpolitik in den bevorstehenden Landtagswahlen hin.¹¹

Auf Einwurf *Mitterrands*, man habe das Problem der Überschüsse, ergänzte *BM*, auch das Problem unterschiedlicher Interessen sei gegeben. Die Überschüsse würden zu Ausgaben für die Lagerung in Höhe von 1/3 der EG-Agrarausgaben zwingen. *Mitterrand* stimmte dem zu.

Mitterrand zeigte sich überzeugt, daß im März bzw. April die Krise im Agrarbereich in der Gemeinschaft aktuell werde. Es bestehe die Gefahr, daß Europa auf der Strecke bleibe. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf die voraussehbaren Schwierigkeiten in der Währungspolitik hin. *BM* ergänzte, daß sich diese Schwierigkeiten auch im Verhältnis zu den USA ergäben. *Mitterrand* schloß mit den Worten, F und D müßten dafür sorgen, daß 1987 nicht zu einem Jahr des Rückschritts werde.

BM sprach sich dafür aus, das Jahr 1987 in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht zu einem sehr europäischen Jahr zu machen. Gerade weil die Probleme in den USA anwachsen, müsse man in Europa versuchen, gemeinsam die Bevölkerung vor krisenhaften Entwicklungen zu bewahren. *Mitterrand* stimmte dem zu. Wenn F und D die Dinge nicht in die Hand nähmen, würde es niemand tun.

Mitterrand erwähnte, daß er bald nach der Regierungsbildung BK treffen wolle und hierbei auch die Möglichkeiten der derzeitigen belgischen Präsidentschaft zu erörtern habe, die nach Auffassung von *BM* nicht von der Notwendigkeit, anstehende Probleme dynamisch lösen zu müssen, überzeugt werden müßte, die man jedoch unterstützen sollte. *Mitterrand* erwiderte, er sei dazu bereit.

Zur Feststellung Mitterrands, *BM* sei ein Pfeiler der Koalition, und er hoffe, daß er sich auch künftig wie bisher für Europa einsetzen werde, erklärte *BM*, es gäbe keine andere Lösung, als ein modernes Europa zu schaffen. In diesem Jahr

⁸ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 29./30. Juni 1987 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 193.

⁹ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51.

¹⁰ Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 15. Juni 1986 verlor die CDU die absolute Mehrheit und erreichte 44,3 % der gültigen Wählerstimmen, die SPD erzielte 42,1 %. Die Grünen kamen auf 7,1 %, die FDP auf 6 %.

Bei den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg am 9. November 1986 erreichte die CDU 41,9 % der gültigen Wählerstimmen. Die SPD erzielte 41,7 %, die Grün-Alternative Liste 10,4 %, die FDP scheiterte mit 4,8 % an der Fünf-Prozent-Hürde.

¹¹ Landtagswahlen fanden am 5. April 1987 in Hessen, am 17. Mai in Rheinland-Pfalz und in Hamburg sowie am 13. September 1987 in Bremen und Schleswig-Holstein statt.

habe man noch mehr Verantwortung für die Entwicklung der Gemeinschaft wie auch für das Ost-West-Verhältnis.

Für *Mitterrand* ist die Grundlage Europas die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. In diesem Sinne habe sich auch Chirac in Straßburg ausgesprochen.¹² Diese Zusammenarbeit müsse sich jetzt insbesondere auch auf dem Gebiet der Technologie und der Agrarpolitik bewähren. Zur Strukturhilfe bemerkte Mitterrand, daß es Kredite im Austausch gegen guten Willen gäbe. Das gelte für Griechenland, aber auch für Italien und Spanien. Europa sei aber nicht in der Lage, alles zu machen, was gemacht werden könne. Es sei letztlich eine Frage des Budgets, darüber müsse man aber sprechen.

Er fragte BM nach seiner Einschätzung Gorbatschows, der verstanden habe, daß die SU ihre Einstellung gegenüber der äußeren Welt ändern müsse, und der ihm in diesem Zusammenhang, den Eindruck vermittelt habe, daß er sich des afghanischen Problems entledigen wolle.

BM berief sich auf seine Worte in Davos¹³ vor einigen Tagen, wonach Gorbatschow beim Wort genommen werden müsse. Eine SU, die sich öffne, sei ein besserer Partner als eine verschlossene, unbewegliche SU. Dabei könne man nicht mit raschen Entwicklungen rechnen. G. könne Impulse geben in der Hoffnung, der sowjetischen Gesellschaft eine größere Effizienz zu vermitteln. Dies könne eine größere individuelle Bewegungsfreiheit implizieren. Die Freilassung Sacharows¹⁴ wirke sich aus auf die Kader der Partei, der Armee, die Geheimpolizei und die Bevölkerung. Für diese stelle sich die Frage, ob die Partei oder Sacharow recht habe. Für die Orthodoxen in der SU sei dies eine dramatische Entwicklung. Es sei in unserem Interesse, diese Politik zu ermutigen und eine realistische Politik ohne Illusionen zu betreiben. Man müsse Gorbatschow beim Wort nehmen. *Mitterrand* stimmte dem zu, „ohne Illusionen“, aber man müsse die Entwicklung, die sich anspinne, fördern. BM weiter: Er habe G. erklärt, daß vor ihm kein Zar und kein sowjetischer Führer den Vorteil gehabt habe zu wissen, daß an der Westgrenze Rußlands niemand zu aggressiven Aktionen bereit sei.¹⁵

Für *Mitterrand* ist auch der Generationswechsel bedeutsam. Die dritte Generation seit Entstehung der SU sei der historischen Tatenerzählung müde.

BM führte fort, Gorbatschows Position unterscheide sich von der seiner Vorgänger auch darin, daß er nicht mehr darüber befinden könne, was die Bürger der SU wissen bzw. nicht wissen dürften. So sei die Bevölkerung auf Tschernobyl¹⁶ erstmals durch westliche Sender aufmerksam gemacht worden. Er habe Gromyko

¹² Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Chirac am 27. Januar 1987 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Januar/Februar), S. 65–71.

¹³ Zur Rede des Bundesministers Genschers am 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

¹⁴ Zur Aufhebung der Verbannung des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 25, Anm. 32.

¹⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.

¹⁶ Am 26. April 1986 explodierte infolge von Bedienungsfehlern und Konstruktionsmängeln der Reaktor in Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl. Infolge des Reaktorunglücks wurden große Mengen radioaktiver Strahlung freigesetzt, die in der Umgebung zu zahlreichen Toten führte und als radioaktiver Niederschlag viele europäische Staaten traf. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 127, Dok. 128, Dok. 136, Dok. 138 und Dok. 144.

bereits vor drei Jahren gesagt, der Eintritt in das Informationszeitalter werde weltrevolutionäre Bedeutung haben.

Mitterrand stellte zu Reykjavik¹⁷ fest, das Treffen habe den Vorteil gehabt, stattgefunden und ohne Ergebnis geendet zu haben. Es sei bezeichnend, daß G. von einer möglichen Reduzierung der Nuklearwaffen um 50 und mehr Prozent gesprochen habe. Er lehne für seine Person die Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen nicht ab. Über diese Lösung sollte mit entsprechender Vorsicht verhandelt werden. Dies schaffe die Gelegenheit, auch über die Kurzstreckenraketen (SRINF) zu verhandeln. Mitterrand sprach sich für die Beibehaltung der Abschreckung zur Kriegsverhütung aus.

Die USA seien nicht endgültig an Europa gebunden (les US ne tiennent pas à l'Europe). Was den konventionellen Bereich angehe, so hätten Rüstungsbegrenzungsverhandlungen im Rahmen der KSZE stattzufinden. Die Gruppe der 35 sei unersetzbar. In diesem Punkt bleibe er unbeugsam (là, je serai intransigeant).

BM stimmte zu, er habe immer erklärt, daß die 35 das richtige Gremium seien. Die Bundesrepublik sei vor allem betroffen, da am stärksten bedroht. Sie stelle zudem in der Allianz die meisten Soldaten. Die Neutralen und Ungebundenen seien einzubinden in die Verhandlungen. In konventionellen Fragen seien sie uns sehr nah.

Seit gestern habe sich die Verhandlungslage gebessert¹⁸, und man hoffe, zu einer Einigung mit den USA in der Frage der Beteiligung der Neutralen zu kommen.

Hierzu sei festzuhalten, daß es entgegen anderen Behauptungen kein konventionelles Gleichgewicht gäbe. Was die Zahl der Soldaten angehe, sei dies vielleicht zutreffend. Die Zahl der sowjetischen Panzer, Geschütze und Flugzeuge, insbesondere aber die andere Struktur der Streitkräfte, gebe der SU Überlegenheit in ihrer Offensivkapazität. Mit einem Gleichgewicht der Kräfte allein könne man die Abschreckung nicht ersetzen. Mit der anzustrebenden Reduzierung der Angriffsfähigkeit erhöhe man die Atomschwelle. Aus diesen Gründen müsse man mit am Verhandlungstisch sitzen und dürfe sich nicht mit dem Katzentisch begnügen.

Zum Terrorismus äußerte *Mitterrand*, er sei nicht gegen gemeinsame internationale Maßnahmen. Man dürfe diesen Gedanken jedoch nicht vermischen mit der Vorstellung, dies sollte über eine Konferenz der Sieben eingeleitet werden. Die Sieben seien nicht eine Art von Weltdirektorium.¹⁹

Die US hätten die Tendenz, alle Probleme über die Einrichtung von Institutionen aufgreifen zu wollen. Er sei gegen jede Form von Institutionalisierung. Im übrigen könne man über alle Probleme sprechen. *BM* fügte zustimmend hinzu: Schon

¹⁷ Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁸ Vgl. die Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am 5. Februar 1987 in Brüssel; Dok. 25, Anm. 42.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heldt notierte am 31. Januar 1987, das italienische Außenministerium „als Vertreter der derzeitigen Siebener-Präsidentschaft“ habe den amerikanischen Wunsch übermittelt, „kurzfristig (d. h. noch in der Woche vom 2.2. bis 6.2.87) ein Treffen hochrangiger Beamter (Politische Direktoren) der Sieben zur Erörterung der Geiselnproblematik im Libanon einzuberufen“. Seine, Heldts, Sondierungen im Haus hätten daraufhin ergeben, „daß US-Initiative bereits am 30.1.1987 über die fr[an]z[ösische] Botschaft in Bonn bekanntgeworden“, die Reaktion jedoch durch Zurückhaltung gekennzeichnet sei. Vgl. Referat 310, Bd. 149653.

wegen der amerikanischen Flottenbewegungen im östlichen Mittelmeer habe man nicht nach Rom gehen können.²⁰

Referat 202, Bd. 151087

27

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

201-363.52-143/87 geheim

6. Februar 1987¹

Herrn Staatssekretär² zur Unterrichtung

Betr.: Abzug der amerikanischen chemischen Waffen (CW) aus der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Ihre Bitte um Unterrichtung

Anlg.: 1³

1) Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels im Mai 1986 in Tokio⁴ wurde in Gesprächen zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister auf deutscher und dem Präsidenten⁵ und Außenminister⁶ auf amerikanischer Seite Einvernehmen über den Abzug der amerikanischen CW-Altbestände aus der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Die vom Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 15. Mai 1986 gebilligte Abrede sieht vor:

„Die unitären CW-Bestände in der Bundesrepublik Deutschland werden entsprechend der mitgeteilten Präferenz der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Vernichtung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland abgezogen. ...

Der genaue Zeitpunkt für den Abzug wird in weiteren Konsultationen gemeinsam festgelegt. Unter der Voraussetzung, daß die Endfertigung der vollständigen Binär-Munition am 1. Dez. 1987 beginnt, wird der Abzug der unitären Bestände in der Bundesrepublik Deutschland nicht später als 1992 abgeschlossen sein.“⁷

²⁰ Zum Treffen von Terrorismusexperten am 12./13. März 1987 in Rom vgl. Dok. 66, Anm. 28.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Februar 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 6. Februar erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 9. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher sowie an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Richthofen am 10. Februar 1987 vorgelegen.

³ Vgl. Anm. 13.

⁴ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 4. bis 6. Mai 1986 statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 137.

⁵ Ronald W. Reagan.

⁶ George P. Shultz.

⁷ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 13. Mai 1986 an Präsident Reagan; AAPD 1986, I, Dok. 139.

Der Bundesminister der Verteidigung⁸ wurde in der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 15. Mai 1986 beauftragt,

- die bilateralen Konsultationen mit der amerikanischen Regierung über den Abzug der C-Waffen zu führen,
- eine Interministerielle Kommission für die Vorbereitung des Abzugs chemischer Waffen zu bilden.

2) Der gegenwärtige Stand des amerikanischen CW-Binärwaffen-Programms in den USA läßt erwarten, daß mit der Endfertigung der vollständigen Binär-Munition ab 1. Dez. 1987 begonnen werden kann und damit dann die wesentliche Voraussetzung für den Abzug der bei uns gelagerten amerikanischen CW-Altbestände gegeben sein wird. Allerdings steht die Produktion unter dem grundsätzlichen Gesetzesvorbehalt des amerikanischen Kongresses, daß die USA bis dahin nicht einer gegenseitig verifizierbaren internationalen Vereinbarung über chemische Waffen beigetreten sind.

a) Mit der Unterschrift des Präsidenten vom 19. Okt. 1986 sind die Authorization and Appropriation Acts zum Verteidigungshaushalt FY 1987 Gesetz geworden. Sie enthalten

- die Zustimmung zur Produktion von 155-mm-Munition,
- die Zustimmung zur Produktion von Fertigungsanlagen für die Bigeye-Bombe,
- keine Zustimmung für die Produktion der Bigeye-Bombe (die von weiteren Auflagen abhängig gemacht wird).

b) Wie unsere Botschaft in Washington von der amerikanischen Seite erfuhr, läuft die Entwicklung der 155-mm-Munition nach der nunmehr erfolgten Bewilligung der Haushaltsmittel nach Plan. Die Produktion der Komponenten werde im März anlaufen. Mit der Endmontage könne ab 2. Dez. 1987 begonnen werden. Schwieriger – jedoch als Voraussetzung im Sinn unserer Abzugsvereinbarung mit den USA unbeachtlich – gestaltet sich die Produktion der Bigeye-Bombe. Hier läßt sich gegenwärtig noch nicht absehen, ob es der Administration gelingen wird, die Zustimmung des Kongresses zu erhalten.

3) Am 10. Nov. 1986 trat die Interministerielle Kommission zum Abzug der chemischen Waffen (IMK-CW) unter der Leitung des BMVg (Generalmajor Hüttel) zu ihrer ersten, konstituierenden Sitzung zusammen. Eine weitere Sitzung hat am 3. Febr.⁹ 1987 stattgefunden.

Wegen der besonderen Sensibilität des Themas hat die IMK-CW beschlossen, daß Informationen – auch innerhalb der Kommission – nur nach dem Grundsatz „Kenntnis, wenn nötig“ weitergegeben werden dürfen. Die Ressortvertreter wurden gebeten, darauf zu achten, daß nur diejenigen Informationen in ihren Häusern weitergegeben werden, die für eine Zuarbeit durch andere Stellen unbedingt erforderlich sind.

⁸ Manfred Wörner.

⁹ Korrigiert aus: „Jan.“.

Zur zweiten Sitzung der Interministeriellen Kommission zum Abzug der chemischen Waffen vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 4. Februar 1987; VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Hauptgegenstand der Erörterung in der zweiten Sitzung der IMK-CW war ein vom BMVg entwickelter erster Entwurf eines Transportszenarios. Er basiert auf der einvernehmlich beschlossenen Grundlage, daß der Abtransport der CW-Altbestände mit dem Zug zum Hafen erfolgen soll. Festgestellt werden sollen mit diesen ersten Arbeitsschritten planungserhebliche Tatsachen und Beteiligungsnotwendigkeiten anderer Ressorts bzw. Länderbehörden. Definiert werden insbesondere auch Fragen, die mit den USA in einer für Anfang Juli 1987 vereinbarten Konsultationsrunde in Bonn besprochen werden sollen.¹⁰ General Hüttel berichtete aus vorbereitenden Gesprächen im Januar in Washington, daß die amerikanische Seite in den Gesprächen keinen Zweifel daran habe aufkommen lassen, daß die Vereinbarung, d.h. Abzug der bei uns gelagerten CW-Altbestände, durchgeführt werde.

Allerdings haben uns die USA für die für den 24. Febr. 1987 vorgesehenen deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen in Washington (Leitung auf unserer Seite Dg20¹¹) chemische Waffen als Tagesordnungspunkt vorgeschlagen. Angesichts der Tatsache, daß

- diese Thematik aus gegebenem Anlaß 1986 eingehend und ausführlich auf höchster Ebene abschließend behandelt wurde (siehe Ziffer 1) und
- am 6. Febr. 1987 in Bonn CW-Konsultationen in bezug auf Genf stattfinden¹², sehen wir für dieses Thema keinen Gesprächsbedarf. Wir haben die amerikanische Seite deshalb gebeten, falls sie das Thema unter „Sonstiges“ anzusprechen wünscht, uns mitzuteilen, wo sie Gesprächsbedarf sieht.

4) Die amerikanischen Überlegungen zur Vernichtung der in den USA gelagerten CW-Altbestände lassen eine – insbesondere der US-Armee – deutliche Präferenz für die Vernichtung jeweils vor Ort erkennen. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht gefallen. Angesichts des mit uns vereinbarten Abzugs der hier gelagerten CW-Altbestände sieht die US-Armee einen Erklärungsbedarf für die unterschiedliche Handhabung im Fall von Anfragen aus der amerikanischen Öffentlichkeit. Eine Sprachregelung, die auf den wesentlichen Unterschied, nämlich die einen Transport ermöglichende Sicherheit der bei uns gelagerten chemischen Waffen, hinweist, wurde mit den amerikanischen Stellen abgestimmt. Sie soll sicherstellen, daß sich deutsche und amerikanische Dienststellen im Fall öffentlicher Stellungnahmen nicht widersprechen. Der von uns vorgeschlagene Text (vgl. Anlage¹³) wurde der amerikanischen Seite Ende Januar übermittelt.

i. V. Ploetz

VS-Bd. 12159 (201)

¹⁰ Deutsch-amerikanische Konsultationen über den Abzug chemischer Waffen aus der Bundesrepublik in die USA fanden am 2./3. Juli 1987 im Bundesministerium der Verteidigung statt. Vgl. dazu Dok. 275, Anm. 9.

¹¹ Hans-Friedrich von Ploetz.

Zu den deutsch-amerikanischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 55.

¹² Zu den Viererkonsultationen über chemische Waffen vgl. Dok. 32.

¹³ Dem Vorgang beigelegt. Für die Sprachregelung zur „Vernichtung der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten amerikanischen CW-Altbestände“ vgl. VS-Bd. 12159 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Botschafter Holik, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-1696/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 172
Citissime

Aufgabe: 6. Februar 1987, 18.55 Uhr¹
Ankunft: 6. Februar 1987, 19.20 Uhr

Betr.: SCG/Quint-Sitzung vom 5./6. Februar 1987

Zur Unterrichtung

I. 1) In der Quint-Sitzung vom 5.2.1987 wurden ausschließlich die jüngsten US-Verifikationsvorschläge, insbesondere das Instrument der Verdachtskontrolle², erörtert. Alle Delegationen der Stationierungsländer³ trugen erhebliche Bedenken gegen die US-Vorschläge vor und waren übereinstimmend der Auffassung, daß es weiterer ausführlicher Konsultationen dieser Frage bedürfe. Auf entsprechende GB-Anregung traf sich am 6.2.1987 – parallel zu der SCG-Sitzung – eine Verifikationsexpertengruppe, um gemeinsam mit der US-Delegation einen Katalog von Fragen zu erarbeiten, die einer weiteren Klärung bedürfen. US-Delegation sicherte zu, Fragen alsbald zu beantworten. Es bestand Einvernehmen, unter Umständen eine weitere Sitzung der Verifikationsexpertengruppe vorzusehen.

2) Im Vordergrund standen die Erörterung der Verdachtskontrolle und Fragen nach der Auswirkung der Verifikationsbestimmungen auf die Hoheitsrechte der vom Inspektionsverfahren betroffenen europäischen Partner. Insbesondere GB, NL und I äußerten sich kritisch in bezug auf Notwendigkeit und Umfang einer solchen Inspektionsregelung. Selbst wenn man die Verdachtskontrolle grundsätzlich für erforderlich halte, sei dennoch die Frage zu stellen, ob das Instrument in seiner Ausgestaltung derartig weitreichende Konsequenzen haben müsse. GB warf insbesondere die Frage der Verhandlungbarkeit des amerikanischen Vorschlags auf. Allgemein wurden die Bestimmungen des Absatzes C als unklar, mißverständlich, mehrdeutig kritisiert. Auf meine entsprechende Frage, was unter „locations controlled by the other party“ zu verstehen sei, räumte US-Delegation ein, daß damit Militäreinrichtungen und staatliche Anlagen gemeint seien, private Betriebe der Rüstungsindustrie jedoch nur insoweit, als sie im staatlichen Auftrag handeln („under contract“). Bündnispartner machten deutlich, daß die Frage einer endgültigen Zustimmung zu den amerikanischen Vorschlägen erst dann anstehen könne, wenn die entsprechenden Verifikationsbestimmungen abschließend – gerade auch im Hinblick auf die Durchführungsbestimmungen des vorgesehenen Proto-

¹ Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe, z.Z. Brüssel, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. Februar 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 201 und 213 und den Umlauf in Referat 220 verfügte.

Hat Elbe erneut vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Müller und Legationsrat Brose vorgelegen.

² Zu den Vorschlägen der USA zur Verifikation eines INF-Abkommens vgl. Dok. 19.

³ Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

kolls – erarbeitet sind.⁴ Die abschließende Klärung dieser Fragen sei notwendig, um die Rechtsexperten in die Lage zu versetzen, – soweit erforderlich – Auswirkungen auf das nationale Recht zu prüfen und ggf. gesetzgeberische Maßnahmen zur Durchführung des Inspektionsregimes auf ihrem Boden vorzusehen.

3) Abweichend von der ersten amerikanischen Reaktion auf unsere vorab übermittelte Fragenliste (vgl. DB Washington 464 vom 2.2.1987⁵) zeigte sich US-Delegation in keiner Weise enttäuscht über die geschlossen kritische Haltung der Quint-Mitglieder. Sowohl Holmes als auch Botschafter Woodworth, Vertreter für den abwesenden Botschafter Glitman, hielten die Anregungen der europäischen Partner für hilfreich und drängten nicht auf Zustimmung zu den jetzt vorliegenden US-Vorschlägen. Woodworth erkannte es selbst als problematisch an, Vorschläge in die Verhandlungen einzuführen, die die USA nicht überzeugend vertreten könnten und die einer ausreichenden Unterstützung der Alliierten entbehrten. Es wurde jedoch auch deutlich, daß die US-Delegation in Genf möglichst bald einen fertig ausformulierten Vertragsentwurf einführen möchte, um nicht das Momentum der Verhandlungen durch Übergang in eine Drafting-Phase zu fördern.⁶ Es bestand Einvernehmen, daß die für erforderlich gehaltenen weiteren Konsultationen zügig durchgeführt werden sollen.

II. In der SCG-Sitzung vom 6.2.1987 unterrichteten Holmes und Woodworth über den gegenwärtigen Verhandlungsstand der siebten Runde.⁷ In der Sache seien keine wesentlichen neuen Bewegungen zu verzeichnen gewesen. Allerdings bestimmten ein neuer kooperativer Stil und der Übergang zu eher informellen Diskussionen den Verhandlungsablauf positiv. Zu den guten Nachrichten rechnete Woodworth, daß die Sowjetunion zu ihrer früheren Haltung von Reykjavik⁸, daß ein INF-Abkommen von unbegrenzter Dauer sein müsse, zurückgekehrt sei. In der Verifikationsfrage habe sich ihre frühere Position in bezug auf die drei Prinzipien – Datenaustausch, Überwachung der Beständevernichtung und Vor-Ort-Inspektionen bei den verbleibenden Systemen – gefestigt. Als negativ bewertete die amerikanische Delegation, daß die Sowjetunion – abweichend von Reykjavik – einen unterschiedlichen Zeitraum für die Eliminierung der in Europa und Asien dislozierten Systeme vorsieht.

GB und B wiesen auf die Notwendigkeit hin, alsbald die Diskussion über die Berücksichtigung der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in Folgeverhand-

⁴ Der Passus „Auf meine entsprechende Frage ... erarbeitet sind“ wurde von Legationsrat Brose hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das genau? (staatlich) subventionierte Forsch[un]g?“

⁵ Botschafter van Well, Washington, berichtete, das amerikanische Außenministerium habe sich am 2. Februar 1987 enttäuscht gezeigt über die Reaktion der Bundesregierung auf die amerikanischen Vorschläge zur Verifikation eines INF-Abkommens: „Verdachtskontrollen seien nach Auffassung der Administration zwingend erforderlich. Entscheidung sei auf ‚höchster Ebene‘ gefallen. Nationaltechnische Mittel und systematische Vor-Ort-Inspektionen reichten nicht aus.“ Vgl. VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

⁸ Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

lungen fortzusetzen. I und wir baten die amerikanische Delegation, zu gegebener Zeit den endgültigen Entwurf für ein INF-Abkommen den Verbündeten zur Kenntnis – und zwar zeitlich vor Einführung in die Verhandlungen – zu geben. Dem stimmte Holmes nicht nur ausdrücklich zu, sondern er forderte von den Verbündeten Beiträge und Fragen, die die Entwicklung des Vertragsentwurfs fördern könnten.

[gez.] Holik

[...]⁹

VS-Bd. 11370 (220)

29

Runderlaß des Ministerialdirigenten Wegner

601-600.00 NO-17/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 951 Plurez

6. Februar 1987¹
Aufgabe: 10. Februar 1987, 11.06 Uhr

Betr.: Sicherheit der Zweigstellen des Goethe-Instituts

I. Auswärtiges Amt hat mit Plurez vom 21.1.1987² den Vertretungen im Nahen Osten folgende Weisung erteilt:

„1) Von einem hochrangigen Vertreter der palästinensischen Abu-Nidal-Gruppe wird aus ernstzunehmender Quelle berichtet, er habe die Schließung aller Goethe-Institute im Nahen Osten, die verlängerter Arm des BND und somit auch des israelischen Geheimdienstes seien, gefordert. Wenn dies nicht geschehe, müßten die Konsequenzen getragen werden. Über Entführungsfall Cordes gab sich Abu-Nidal-Vertreter nicht unterrichtet, äußerte jedoch, er glaube, daß noch weitere Deutsche ‚eingesammelt‘ würden, wie inzwischen geschehen.“³

2) Die Vertretungen werden gebeten, die dortige Zweigstelle des GI sowie vorsorglich auch die übrigen deutschen kulturellen Institutionen umgehend von dieser Warnung zu unterrichten und sie zu erhöhter Wachsamkeit aufzufordern.

Soweit dies angezeigt erscheint, sollten auch die örtlichen Sicherheitsbehörden in geeigneter Form von der Warnung gegen die Goethe-Institute unterrichtet werden.“

⁹ Im Anhang wurde das „SCG Chairman’s press statement“ im englischen Wortlaut übermittelt. Vgl. VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß an die Botschaften in Athen, Ankara und Nikosia sowie an die Generalkonsulate in Istanbul, Izmir und Thessaloniki wurde von Vortragendem Legationsrat Krebs konzipiert.

² Für den Runderlaß Nr. 426 des Ministerialdirigenten Wegner vgl. VS-Bd. 12449 (600/601/602); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 9 und Dok. 20.